

Minh-Chau Tran

Stadt und Wald



Vom stadtplanerischen Umgang mit dem stadtnahen Wald
dargestellt am Beispiel der Stadtentwicklung Karlsruhe
1870 – 2000



universitätsverlag karlsruhe

Minh-Chau Tran

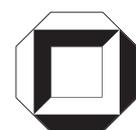
Stadt und Wald

Vom stadtplanerischen Umgang mit dem stadtnahen Wald
dargestellt am Beispiel der Stadtentwicklung Karlsruhe 1870 – 2000

Stadt und Wald

Vom stadtplanerischen Umgang mit dem stadtnahen Wald
dargestellt am Beispiel der Stadtentwicklung Karlsruhe
1870 – 2000

von
Minh-Chau Tran



universitätsverlag karlsruhe

Dissertation, Universität Karlsruhe (TH)
Fakultät für Architektur, 2008

Impressum

Universitätsverlag Karlsruhe
c/o Universitätsbibliothek
Straße am Forum 2
D-76131 Karlsruhe
www.uvka.de



Dieses Werk ist unter folgender Creative Commons-Lizenz
lizenziiert: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/>

Universitätsverlag Karlsruhe 2008
Print on Demand

ISBN: 978-3-86644-257-3

Stadt und Wald

Vom stadtplanerischen Umgang mit dem stadtnahen Wald
dargestellt am Beispiel der Stadtentwicklung Karlsruhe 1870-2000

Zur Erlangung des akademischen Grades eines

DOKTOR-INGENIEURS (Dr.-Ing.)

der Fakultät für Architektur

der

Universität Karlsruhe
(Technische Hochschule)

vorgelegte

DISSERTATION

von

Frau Dipl.-Ing. Minh-Chau Tran
aus Heidelberg

Tag der mündlichen Prüfung: 09.04.2008

Gutachter: Prof. D.P.L.G. Henri Bava

Gutachter: Prof. Dr. Klaus Richrath

Vorwort

Nach mehrjähriger Arbeit gilt mein besonderer Dank meinem Doktorvater Herrn Prof. Henri Bava für die Annahme als Doktorandin und die Begleitung des Arbeitsprozesses sowie die großen Freiräume und seinen stets unermüdlichen Zuspruch. Besonders danken möchte ich Herrn Prof. Dr. Klaus Richrath, der mich in schwierigen Phasen mit wertvollen Rückmeldungen, konstruktiver Kritik und viel Geduld maßgeblich unterstützt hat. Auch für die äußerst gewissenhafte und kritische Durchsicht meiner Arbeit danke ich ihm. Viel Interesse und Aufmunterung erhielt ich von Herrn Prof. Dr. Egon Martin, dem ehemaligen Stadtplanungsamtsleiter in Karlsruhe, dem ich für die wertvollen und anregenden Gespräche besonders zum Thema der Stadtentwicklung in Karlsruhe danke.

Bei Herrn Gunther Horn bedanke ich mich für die informationsreichen Gespräche wie auch für die sorgfältige Durchsicht meiner Arbeit. Dr. Frank Lohrberg danke ich für seine wertvollen Rückmeldungen, die hilfreichen Informationen und die Bereitstellung von Unterlagen.

Dank gilt auch Herrn Prof. Robert Mürb, Herrn Dr. Harald Ringler, Herrn Josef Werner und Herrn Heiner Baron, die mich durch Gespräche, Ratschläge und die Bereitstellung von Unterlagen unterstützten. Herrn Ulrich Kienzler, Herrn Thomas Rupp und Herrn Wilhelm Knobloch danke ich für die wertvollen Informationen zum Thema Wald und Forst sowie für die Beleuchtung des Themas aus forstlicher Perspektive.

Wertvolle Hilfe erfuhr ich auch von verschiedenen Dienststellen, allen voran vom Karlsruher Stadtarchiv sowie dem Archiv der Badischen Neuesten Nachrichten.

Unterstützung erhielt ich auch von meinem guten Freund und Freizeitpiloten Nima Amoi Taleghani, der mir die Luftbildaufnahmen ermöglichte. Nicole Kuhnle, Guido von Thadden und Ulla Reimann-Dubbers danke ich für die kritische Lektüre.

Schließlich möchte ich ganz besonders meinen Eltern und meinen Freunden danken, die mir geholfen haben, an die erfolgreiche Beendigung meiner Arbeit zu glauben.

Inhaltsverzeichnis

0	Einführung	1
1.	Einleitung	1
1.1	Ausgangslage	1
1.2	Ziel der Arbeit	3
1.3	Untersuchungsraum und -zeit	4
1.4	Zu den Begriffen „stadtnahe Wälder“ und „Urbane Wälder“	4
1.5	Aufbau der Arbeit	6
I	Die Beziehung zwischen Wald und Stadt: Grundlagen und geschichtlicher Hintergrund	9
1.	Zur Bedeutung des Waldes und der Stadt in Deutschland	9
1.1	Die Bedeutung des Waldes für den Menschen	9
1.2	Der Begriff Wald: eine Vielzahl an Definitionen	10
1.3	Die Bedeutung der Stadt im Verhältnis zu Wäldern bzw. zur Landschaft	11
2.	Das Stadt-Wald-Verhältnis: Historischer Überblick	13
2.1	Stadt und Wald in der vorindustriellen Zeit: Das Gegensatzverhältnis Innen und Außen	14
2.2	Stadt und Wald seit der Industrialisierung: Die Umkehrung Innen und Außen	15
2.2.1	Reale Stadt- und Waldentwicklung	15
2.2.2	Die Bedeutung des Waldes in städtebaulichen Leitbildern der Moderne	17
2.3	Stadt und Wald heute: Die Auflösung von Innen und Außen	18
2.3.1	Der stadtnahe Wald als Nutz-, Schutz- und Erholungswald	18
2.3.2	Reale Stadt- und Waldentwicklung und städtebauliche Ideen	19
2.4	Zusammenfassung	21
II	Die Stadt Karlsruhe und das Stadtumland: Der planerische Umgang mit Wäldern 1870-2000	23
1.	Die Stadt- und Waldentwicklung der Stadt Karlsruhe und ihrem näheren Umland	24
1.1.	Die Region Karlsruhe: Historischer Überblick über ihre Beziehung zu Wäldern	24
1.2.	Die Waldlage der Residenzstadt und die daraus resultierenden Bedingungen	25
1.3.	Der stadtf fernere Wald als Baulandreserve für Groß(prestige)projekte	30
2.	Wald als Wirtschaftsforst - Der Umgang mit Wäldern in Karlsruhe 1870-1918	34
2.1.	Rahmenbedingungen	34
2.1.1.	Stadt- und Bevölkerungsentwicklung	34
2.1.2.	Vom Jagdgebiet zum forstlichen Nutzwald und Erholungswald	35
2.2.	Waldflächeninanspruchnahmen als Einzelfälle	35
2.3.	Erste Gesamtstadtpläne - Wald ohne Bedeutung	36
2.4.	Effektive Walderhaltungspolitik	37
2.5	Zusammenfassung	38

3.	Wald als Ordnungs- und Gestaltungselement	
	- Der Umgang mit Wäldern in Karlsruhe 1918-1945	39
3.1.	Rahmenbedingungen	39
3.1.1.	Stadt- und Bevölkerungsentwicklung	39
3.1.2.	Der übernutzte stadtnahe Wald und der Erholungsraum Wald	40
3.2	Waldflächeninanspruchnahmen und geplante Projekte	40
3.3	Der Umgang mit Waldflächen in Leitplänen und deren Zielsetzungen	42
3.3.1	Allgemeine städtebauliche Leitgedanken: Trennung der Funktionen	42
3.3.2	Generalbebauungsplan 1926: Wald als aktives Landschaftselement	43
3.4	Starke Walderhaltungspolitik bis 1945 trotz Waldinanspruchnahmen	45
3.5	Zusammenfassung	45
4.	Vom Wald als Bauland zum Wald für Sozialfunktionen	
	- Der Umgang mit Wäldern in Karlsruhe 1945-1975	47
4.1	Rahmenbedingungen	47
4.1.1	Stadt- und Bevölkerungsentwicklung	47
4.1.2	Bedeutungswandel: Vom Nutzwald zum sozialen Wald	49
4.1.3	Wald im Rahmen der Raumplanung und Gesetze	49
4.2	Waldflächeninanspruchnahmen und geplante Projekte	51
4.3	Boden- und Freiflächenpolitik	52
4.4	Der Umgang mit Waldflächen in Leitplänen und deren Zielsetzungen	53
4.4.1	Grundgedanken der Gesamtstadtplanung Karlsruhe	53
4.4.2	„Schweizerplan“ 1943/1948: Wald als funktionales Element	54
4.4.3	Vorentwurf Flächennutzungsplan 1961: Wald als Schutzfläche	56
4.4.4	Wald für Landschaftsgestaltung und als Baulandfläche im ROP 1964-1969 (1971)	58
4.5	Walderhaltung: Vertreter, Politik und Maßnahmen	60
4.5.1	Einzelstimmen zur Walderhaltung	60
4.5.2	Die schwache Walderhaltungspolitik	61
4.5.3	Wiedegründung des GBA 1963 und ihr Einfluss auf die Grünpolitik	62
4.6	Zusammenfassung	62
5.	Wald als strikt geschützter Raum - Der Umgang mit Wäldern in Karlsruhe 1975-2000	64
5.1	Rahmenbedingungen	64
5.1.1	Stadt- und Bevölkerungsentwicklung	64
5.1.2	Der Hartwald als Ökosystem, Erholungswald und gestalteter Wald	66
5.2	Waldflächeninanspruchnahmen als Ausnahmefälle und geplante Projekte	67
5.3	Der Umgang mit Waldflächen in Leitplänen und deren Zielsetzungen	69
5.3.1	Stadtplanungspolitik in Karlsruhe: Orientierung an ökologischen Aspekten	69
5.3.2	FNP 1985 und 2010 (2004): Wald als Tabufläche für Bauzwecke	70
5.4	Starke Walderhaltung: Maßnahmen und Politik	73
5.4.1	Wald und Raumplanung: Gesetzliche Verankerung des Freiraumschutzes	73
5.4.2	Waldnaturschutzkonzepte	75
5.4.3	Partizipation und öffentlicher Widerstand	75
5.5	Zusammenfassung	76
6.	Paradigmenwechsel im Umgang mit dem stadtnahen Wald	
	- Zusammenfassung und Folgerungen	77
III	Analyse ausgewählter Siedlungen im Zusammenhang mit Waldflächen	83
1.	Hartwaldsiedlung (1919-1926) - Das Konzept Gartenstadt	88
1.1	Lage - Größe - Kontext	89
1.2	Zur Entstehung - Erstes bauliches Großprojekt im Hartwald	89
1.3	Durchsetzungspolitik - Zielkonflikt Bauen und Schutz des Waldes	89
1.4	Die Rolle des Waldes in der Planung - Waldstücke als Schmuck	90
1.5	Reale Beziehung - Siedlung ohne Waldbezug	92
1.6	Fazit: Siedlung anstelle von Wald	94

2.	Nordstadt (1950-heute) - Wohnen im (Wald-)Park	95
2.1	Lage - Größe - Kontext	97
2.2	Zur Entstehung - Bauen im Wald unter Druck von außen	97
2.3	Durchsetzungspolitik - Waldinanspruchnahme durch Salami-Taktik	98
2.4	Die Rolle des Waldes in der Planung - Wald als Parklandschaft	100
2.5	Reale Beziehung Wald und Siedlung - Wald als Kulisse?	101
2.6	Fazit: Auflichtung des Waldes zur Parklandschaft und Kulissenwald	106
3.	Waldstadt (1955-1966) - Wohnen im Wald	107
3.1	Lage - Größe - Kontext	109
3.2	Vorgeschichte der Waldstadt - Der Konflikt Norderweiterung der Stadt	109
3.3	Zur Entstehung - Die „Blitzentstehung“ der Waldstadt als Ergebnis langer Diskussionen	112
3.4	Durchsetzungspolitik - Schutz des Waldes als „Freibrief“ für die Waldinanspruchnahme	113
3.5	Die Rolle des Waldes in der Planung - Wald als Folie	113
3.6	Reale Beziehung Wald und Siedlung - Trennung Siedlung und Wald?	117
3.7	Fazit: Waldcharakterbildung durch transformierten Wald	123
4.	Bergwaldsiedlung (1959-1973) - „Wohninsel“ im Bergwald	125
4.1	Lage - Größe - Kontext	127
4.2	Zur Entstehung - Bergwaldsiedlung als umstrittene „Waldsiedlung“	127
4.3	Durchsetzungspolitik - Salami-Taktik und Folgeabholzungen	128
4.4	Die Rolle des Waldes in der Planung - Erhaltung der Waldsilhouette	130
4.5	Reale Beziehung Wald und Siedlung - Siedlung als Insel im Wald	131
4.6	Fazit: Abschottung der Siedlung vom Wald	135
5.	Universitätserweiterungen (1958-1996)	137
5.1	Lage - Größe - Kontext	137
5.2	Zur Entstehung - Überlegungen zur Erweiterung seit 1920	139
5.3	Art der Waldinanspruchnahme - Additive Erweiterung/Salami-Taktik	141
5.4	Die Rolle des Waldes in der Planung - Wald als Reservefläche	143
5.5	Reale Beziehung Wald und Siedlung - Punktuelle Streuung von Bauten	144
5.6	Fazit: Von der Nichtwaldzone zur dichten Waldzone	148
6.	Hochschule Karlsruhe - Technik und Wirtschaft (1961-2000) - Studieren und Wohnen im Waldpark	149
6.1	Lage - Größe - Kontext	149
6.2	Zur Entstehung - Raumnot als Ursache	150
6.3	Art der Waldinanspruchnahme - Additive Durchlöcherung	150
6.4	Die Rolle des Waldes in der Planung - Wald als Kulisse und Hülle	152
6.5	Reale Beziehung Wald und Bebauung - Punktuelle Streuung von Baukörpern	152
6.6	Fazit: Wald als Reservefläche für die Addition einzelner Bauten	155
7.	Zusammenfassung Analyse und Schlussfolgerungen	157
IV	Perspektiven und Zukunftsstrategien zum Umgang mit stadtnahen Wäldern	171
1.	Heutige Prämissen für den allgemeinen Umgang mit Wäldern	171
2.	Veränderungen der Ausgangsbedingungen	173
2.1	Fokus auf die Region und Bedeutungsgewinn weicher Standortfaktoren	173
2.2	Veränderungen nur in Sonderfällen	173
2.3	Lage der Forstwirtschaft	174
2.4	Neue Ansprüche an stadtnahe Wälder	175
2.5	Mehr Wald, mehr Potential! – Waldzunahme	175

3.	Neue Potentiale und Strategien im planerischen Umgang mit Wald	176
3.1	Regionalparkkonzepte: Wälder als in Wert gesetzte Landschaft	176
3.1.1	Beispiel Urbane Waldgestaltung im Emscher Landschaftspark (ELP)	177
3.1.2	Beispiel Regionalpark Saar: Urbane Forstwirtschaft und Waldgestaltung	178
3.1.3	Beispiel Landschaftspark Duisburg-Nord: Wälder als gestaltete Boskette	180
3.1.4	Wald als Aneignungsraum - Brennholzquelle, Spielwiese, Kulisse	180
3.1.5	Stadtnahe Wälder zur Biomassenutzung	181
3.2	Stadtumbau in Schrumpfungsbereichen: Mit Wald „bauen“!	182
3.2.1	Beispiel Halle Silberhöhe: Wald in die Stadt „hineinlassen“	184
3.2.2	Beispiel Leipzig Wurzner Straße: Waldbilder als Konzept	186
3.3	Siedlungserweiterungen im Umland: Wald als „Grüne Mauer“ und Siedlungsbegrenzung	187
3.3.1	Beispiel nördliches Umland von Karlsruhe: neue Ausgangssituation	188
3.3.2	Ausformung von Waldbuchten	191
3.4	Bodenwertverluste als Hindernis	192
4.	Wesentliche Aspekte im planerischen Umgang mit stadtnahen Wäldern	195
5.	Resümee	198
	Literatur- und Quellenverzeichnis	203

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1: Gliederungsschema
- Abb. 2: Darstellung einer fiktiven Landschaft um 2000 v. Chr.
- Abb. 3: Darstellung einer fiktiven Landschaft um 1300
- Abb. 4: Darstellung einer fiktiven Landschaft der letzten Jahrzehnte
- Abb. 5: Plan Grundriss d. Ämter Durlach, Mühlburg, Graben u. Staffurth samt der ganzen Sit. 1714
- Abb. 6: Plan Karlsruhe und Umgebung 1792
- Abb. 7: Plan Stadt Karlsruhe 1869
- Abb. 8: Plan Karlsruhe und Umgebung 1860
- Abb. 9: Plan Eingemeindungen und Stadterweiterungen bis 1995
- Abb. 10: Stadtentwicklung 1715 –1815 –1915 – 1990
- Abb. 11: Luftbild Kernforschungszentrum
- Abb. 12: Wesentliche Waldinanspruchnahmen im NVK – Planausschnitt NVK
- Abb. 13: Plan Stadt Karlsruhe 1914
- Abb. 14: Übersichtsplan der Landeshauptstadt Karlsruhe und Umgebung 1928
- Abb. 15: Sportpark Hardtwald 1927
- Abb. 16: Zeichnung Sportanlage Carl Pflästerer
- Abb. 17: Generalbebauungsplan 1926
- Abb. 18: Plan Karlsruhe mit Umgebung 1948
- Abb. 19: Plan „Zur städtebaulichen Neuordnung von Karlsruhe“ 1943 von Schweizer
- Abb. 20: Entwurf Flächennutzungsplan 1961
- Abb. 21: Entwurf zum Landschaftsplan nach 1980
- Abb. 22: Plan Stadt Karlsruhe 2002
- Abb. 23: Zielkonzept Landschaft + Freiraum
- Abb. 24: Restriktionen I
- Abb. 25: Restriktionen II
- Abb. 26: Wald in neuen Kontexten - Entwicklung der bebauten Flächen und stadtnahen Waldflächen
- Abb. 27: Plan Gesamtstadt Karlsruhe mit Kennzeichnung der untersuchten Siedlungen
- Abb. 28: Hardtwaldsiedlung
- Abb. 29: Luftbild Hardtwaldsiedlung – Blick von Südwesten
- Abb. 30: Kein Waldeindruck im Straßenraum
- Abb. 31: Bäume als Waldreste
- Abb. 32: Waldbäume umgeformt in gepflegtes Grün im Straßenraum
- Abb. 33: Amerikanersiedlung
- Abb. 34: Luftbild Nordstadt (ehemalige Amerikanersiedlung) – Blick von Südwesten
- Abb. 35: Aufgelichtete Flächen mit alten erhaltenen Kiefern und Buchen
- Abb. 36: Geordnete Neupflanzungen
- Abb. 37: Alte Hainbuchen im „Waldhof“
- Abb. 38: Alte aufgelichtete und hochgewachsene Kiefern
- Abb. 39: „Wilde Waldinsel“
- Abb. 40: Dichtere Waldstrukturen mit natürlich nachwachsendem Unterstand
- Abb. 41: Östliche Waldansicht als Raumkante wirkend
- Abb. 42: Alter Wald transformiert zu einem neuen, gepflegten, aufgelichteten Waldbild
- Abb. 43: Sich belassenes Waldstück mit Waldbodenflora
- Abb. 44: Filterwirkung durch Bäume im Straßenraum
- Abb. 45: Straßenraumeindruck an der Hupterschließungsstraße
- Abb. 46: Waldartige Grünzone, in die sich die gebaute Struktur einbindet
- Abb. 47: Übergang Wald zu Siedlung
- Abb. 48: Trampelpfade als Zugänge in das Waldgebiet
- Abb. 49: Weg vom Wald zur Straße
- Abb. 50: Waldstadt

- Abb. 51: Luftbild Waldstadt – Blick von Südwesten
- Abb. 52: Plan Parkring-Projekt ca. 1949
- Abb. 53: Plan Waldstadt-Vorentwurf Stadtplanungsamt bearbeitet von Güldner 1955
- Abb. 54: Plan Waldstadt-Entwurf Selg 1956
- Abb. 55: Waldbild des benachbarten Hardtwaldes
- Abb. 56: Gehölze durch die Flächenausdehnung als aufgelichteter Wald wahrnehmbar
- Abb. 57: Eingeschossige Gebäude am westlichen Siedlungsrand
- Abb. 58: Nicht gestaltetes Waldstück dient als Müllablagefläche
- Abb. 59: Wald als Waldkulisse hinter den niedrigen EFH
- Abb. 60: Straßenraum innerhalb der Siedlung
- Abb. 61: Straßenraum Haupterschließungsstraße
- Abb. 62: Rad- und Fußweg im Bereich einer der waldartigen Zonen zwischen den Wohngruppen
- Abb. 63: Bebauung vom lichten Wald umgeben
- Abb. 64: Bergwaldsiedlung
- Abb. 65: Luftbild Bergwaldsiedlung – Blick von Nordwesten
- Abb. 66: Modell Variante Flachbauweise
- Abb. 67: Modell Variante Hochbauweise
- Abb. 68: Wald als Kulisse hinter Bebauung
- Abb. 69: Waldfragmente erwecken Parkeindruck
- Abb. 70: Neupflanzungen in der parkartigen Grünzone
- Abb. 71: Querspangenstraße
- Abb. 72: Aus dem Kontext gerissene Waldfragmente
- Abb. 73: Bungalows am östlichen Siedlungsrand
- Abb. 74: Natürliches „wildes“ Wachstum im westlichen Bereich der Siedlung. Trampelpfad
- Abb. 75: Südwestlicher Rand: Aufgelichteter Waldsaum vor Hochhausreihe
- Abb. 76: Nördlicher Siedlungsrand: Verkehrsstraße und Garagenfront trennen Wald und Siedlung
- Abb. 77: Trennung Siedlung und Wald am westlichen Rand, Bebauung versteckt sich hinter Hecken
- Abb. 78: Universitätsgelände
- Abb. 79: Luftbild Universitätsgelände – Blick von Südosten
- Abb. 80: Plan der Architekten Brunisch und Platz
- Abb. 81: Plan Universitätscampus 1956
- Abb. 82: Plan Universitätscampus 1959
- Abb. 83: Gebaute Strukturen prägen Südbereich
- Abb. 84: Gebaute Strukturen und Neupflanzungen prägen die zweite Zone
- Abb. 85: Aufgelichtete Waldstrukturen auf Rasenfläche umhüllen die Gebäude
- Abb. 86: Gebäude eingebunden in Waldstrukturen auf Waldboden
- Abb. 87: Eindruck eines Innen-Außen-Verhältnisses: Bauliche Einheit von Wald umgeben
- Abb. 88: Gebaute Strukturen, gepflegtes, geordnetes Grün prägen den Weg in das Waldgebiet
- Abb. 89: Geht man den Weg weiter, dominieren immer mehr Bäume
- Abb. 90: Schließlich führt der Weg in geschlosseneres Waldgebiet
- Abb. 91: Schattenbereich und Nichtschattenbereich des Waldes
- Abb. 92: Links der Waldbereich, rechts die aufgelichtete Fläche, in dem Gebäude eingebunden sind
- Abb. 93: FH-Gelände
- Abb. 94: Luftbild FH-Gelände – Blick von Norden
- Abb. 95: Skizze der Forstdirektion 1956
- Abb. 96: Lageplan FH-Gelände
- Abb. 97: Erschließungsstraße führt durch Wald
- Abb. 98: Baumreihe entlang der Straße, die die Gebäude dahinter abschirmt
- Abb. 99: Wege innerhalb des Geländes führen zum großen Teil durch Waldzonen

- Abb. 100: In das Waldgebiet integrierte Freiflächen, die wie Lichtungen wirken
- Abb. 101: Übergang: Straße (links nicht sichtbar), Baumreihe, Weg, aufgelockerte Waldstruktur
- Abb. 102: Differenzierte Gestaltung der Freiräume
- Abb. 103: Gestaltete Freiflächen am Gebäude: Rasen, Waldstruktur auf Waldboden
- Abb. 104: Art der Siedlung-Wald-Beziehung und die daraus abgeleiteten schematischen Modelle
- Abb. 105: Schemadarstellung Randzonen
- Abb. 106: Schematische Ausschnittdarstellungen ausgewählter Wald-Siedlung-Übergänge
- Abb. 107: Äußere Erschließungstypen
- Abb. 108: Schematische Darstellung der relevanten Aspekte für die Siedlung-Wald-Beziehung
- Abb. 109: Raummodell eine Ost-West-Differenzierung
- Abb. 110: Die Waldachse, die Saarkohlenwald ist in hellem Grün hervorgehoben
- Abb. 111: Variante Signalbaumart – in freiem Wuchs oder als Hecke geschnitten
- Abb. 112: Die Lichtspur in der Entwurfsidee und Umsetzung
- Abb. 113: Plan Grünvernetzung und Freiraumtypologie
- Abb. 114: Perspektive. Abrissflächen am Anhalter Platz, Juni 2004
- Abb. 115: Perspektive. Zukunftsvision für den Anhalter Platz
- Abb. 116: Vorentwurf Dunkler Wald
- Abb. 117: Vorentwurf Lichter Hain
- Abb. 118: Besiedelte Fläche im NVK um 1840 (Ausschnitt NVK)
- Abb. 119: Besiedelte Fläche im NVK um 1955 (Ausschnitt NVK)
- Abb. 120: Besiedelte Fläche im NVK 2005 (Ausschnitt NVK)
- Abb. 121: Modell nördliches Umland von Karlsruhe mit Siedlungsgebieten und Landschaftsraum
- Abb. 122: Schematische Darstellung der Idee „Wohnen in Waldbuchten“
- Abb. 123: Nur private Gärten weniger randgelegenen EFH grenzen an den Waldrand
- Abb. 124: Modell Zonierung einer siedlungsnahen Waldfläche in drei Zone

Die Fotos, sofern nicht anders vermerkt, sind Aufnahmen der Verfasserin.

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
Anm.d.V.	Anmerkung des Verfassers
AFZ	Allgemeine Forstzeitschrift
ARL	Akademie für Raumforschung und Landesplanung
A.Z.	Anzeigenzeitung
BauGB	Baugesetzbuch
BBauG	Bundesbaugesetz
BBR	Bundesministerium für Bauwesen und Raumordnung
Bd.	Band
BML	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMVEL	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
B.N.N.	Badische Neueste Nachrichten
B.V.Z.	Badische Volkszeitung
B-W	Baden-Württemberg
BWaldG	Bundeswaldgesetz
bzw.	beziehungsweise
CIAM	Congrès Internationaux d'Architecture Moderne
COST	European Cooperation in the field of Scientific and Technical Research
DASL	Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung
d.h.	das heißt
DIFU	Deutsches Institut für Urbanistik
DM	Deutsche Mark
D.T.	Deutsches Tagblatt
ebd.	eben da
ELP	Emscher Landschaftsplan
et al.	et alii
EU	Europäische Union
EUFORIC	European Urban Forestry Research and Information Centre
Ew.	Einwohner
f, ff	folgend, folgende
FAO	Food and Agriculture Organization
FNP	Flächennutzungsplan
GALK-DST	Gartenamtsleiterkonferenz –Deutscher Städtetag
GBA	Gartenbauamt
H.	Heft
H-Reg.	Hauptregistratur
ha	Hektar
Hrsg.	Herausgeber
IBA	Internationale Bauausstellung
insg.	insgesamt
ISL	Institut für Städtebau und Landesplanung
Jg.	Jahrgang
LEP	Landesentwicklungsplan
LfU	Landesanstalt für Umweltschutz
LP	Landschaftsplan
LPIG	Landesplanungsgesetz
LWaldG	Landeswaldgesetz
m ²	Quadratmeter
MLR	Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum
NatSchG	Naturschutzgesetz
NVK	Nachbarschaftsverband Karlsruhe

NWP	Nationales Waldprogramm
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
NVK	Nachbarschaftsverband Karlsruhe
OB	Oberbürgermeister
o.g.	oben genannte
o.S.	ohne Seitenangabe
ROB	Raumordnungsbericht
ROP	Raumordnungsprogramm
s.	siehe
S.	Seite
StadtAK	Stadtarchiv Karlsruhe
Tab.	Tabelle
TH	Technische Hochschule
u.a.	und Andere(s), unter Anderem/Anderen
usw.	und so weiter
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
vgl.	vergleiche
WFK	Waldflächenkartierung
z.B.	zum Beispiel
zit.	zitiert

0 Einführung

1. Einleitung

Auf den ersten Blick gehören die Begriffe Stadt und Wald zwei Begriffskategorien konträren Inhalts an. Wald wird oftmals als Sinnbild für Natur und Wildnis verstanden, die Stadt erscheint als geordnete Zone. Entgegen dieser Vorstellung gibt es allerdings über Jahrhunderte enge Beziehungen zwischen Stadt und Wald. Die ehemals außerhalb der Stadt liegenden Wälder haben sich immer mehr räumlich mit der Stadt und später mit der Stadtregion verflochten. Überdies hat Deutschland traditionell eine enge, vor allem ideelle Verbindung zum Wald. Aufmkolk (2004 (online)) stellt fest, dass, obwohl heute die Verhältnisse und die Ansprüche an den stadtnahen Wald sich tiefgreifend verändert haben, sie in der Öffentlichkeit kaum diskutiert werden. Im Hinblick auf die räumlichen Veränderungen, aus denen neue Siedlungsformen und Bevölkerungsumverteilungen resultieren, kommt den stadtnahen Wäldern eine neue veränderte Rolle zu. Aufgrund der Tatsache, dass heute ein Großteil der Bevölkerung in Verdichtungsräumen lebt¹, stellt die Stabilisierung oder möglichst sogar Verbesserung der städtischen Umweltsituation eine wichtige Aufgabe für die Zukunft dar. Neben diesen veränderten Verhältnissen haben sich die Bedeutung von stadtnahen Wäldern und die Wahrnehmung des Waldes und seiner Leistungen aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen wie des wachsenden Wohlstandes und der zunehmenden und differenzierten Freizeit sowie der gewandelten Wohnansprüche und des Lebensstandards stark geändert. Stadtnahe Wälder erfüllen im öffentlichen Bewusstsein nicht mehr vorrangig die Aufgabe der Holzproduktion. Insbesondere bei Wald in Ballungsräumen überwiegen im Bewusstsein der Bevölkerung die erholungswirksamen, ästhetischen und ökologischen Waldfunktionen gegenüber der Rohstofffunktion (Nationales Forstprogramm 1999/2000:16). Angesichts des Konkurrenzkampfes der Regionen werden stadtnahe Grünräume „zunehmend entscheidende weiche Standortfaktoren für das Image und damit für Investitions- und Wohnentscheidungen in einer Stadt sein.“ (Niesel 2007:18)

1.1 Ausgangslage

Aktuelle urbane Vorgänge und Chancen der Landschaftsarchitektur

Nach jahrzehntelangem Wachstum der Städte ist Stadtentwicklung heute durch Flächenwachstum, Stagnation oder Schrumpfung gekennzeichnet. Ersteres lässt sich beschreiben als Ausdehnung der Städte in das Umland, einhergehend mit einer gegenseitigen Verflechtung von Stadt und Landschaft. Kritisiert werden hierbei der Flächenverbrauch sowie die Zerstörung und Zerschneidung von Naturräumen und die „Zer-

¹ Ca. 85 % der deutschen Bevölkerung lebt in städtischen, halbstädtischen und dicht besiedelten Gebieten. (Daten nach dem Statistischen Bundesamt aus einer Pressemitteilung vom 30. Mai 2005) [online] <http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm2005/p2370021.htm> (Stand 02.11.2005)

siedlung“. Demgegenüber lässt die Schrumpfung von Städten einen Verfallsprozess deutlich werden. Baulücken, leerstehende Gebäude und Quartiere, Brachflächen und Abbau von öffentlicher und privater Infrastruktur kennzeichnen sie. Für beide Prozesse gibt es bisher kaum wirklich erfolgreiche überzeugende Gegensteuerungen (vgl. Schultz u. Dosch 2005:3; vgl. Sieverts 2001:98; vgl. Weidner 2005:4; vgl. Hoelscher 2005:110; ROB 2000:52 u.a.). Die Lesart, diese Vorgänge aus der „Binnensicht der Stadt“, wie es Aufmkolk (2004 online) nannte, heraus zu betrachten, hilft offensichtlich nicht weiter. Aktuell hat sich die Landschaftsarchitektur durch ihre wiedergewonnene raumgestalterische Souveränität wieder als gleichwertige Disziplin auf Augenhöhe mit dem Städtebau und der Architektur behaupten können. „Die Frage nach der Gestaltbarkeit urbaner und landschaftlicher Strukturen durch Landschaftsarchitektur wird wieder aktuell.“ (Weidinger 2006:206) Deshalb wird in der vorliegenden Arbeit vorgeschlagen, diese urbanen Vorgänge nicht nur aus stadtplanerischer Sicht, sondern auch aus Sicht der Landschaft zu lesen, speziell aus dem Blickwinkel des Landschaftselements Wald.

Der stadtnahe Wald in der Überschneidungszone verschiedenster Disziplinen

Stadtnahe Wälder unterliegen vielfältigen Anforderungen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen, dem Wertewandel in der Gesellschaft. Sie liegen zugleich im Schnittpunkt verschiedener Planungsdisziplinen. Sowohl Stadt-, Regional-, Freiraum- und Landschaftsplanung als auch die Forst- und Landwirtschaft sowie der Naturschutz und andere Disziplinen beeinflussen die Planung nach ihren eigenen spezifischen Zielen und Interessen. Stadtnahe Wälder werden vorrangig nicht als integratives Element gesehen. Waldflächen wurden in der Vergangenheit und in manchen Fällen auch bis heute als Flächenreserve für Bauland gesehen oder aufgrund ihres strikten Schutzes gar nicht erst konzeptionell in Planungen integriert, sondern in Plänen Wald meist nur als Bestand kartiert. Die Forstpolitik wiederum konzentriert sich vornehmlich auf die Bereitstellung traditioneller Leistungsangebote. Der planerische Umgang mit Wald wird bisher von der in den Köpfen der Gesellschaft immer noch stark wirksamen Vorstellung der Landschaft als arkadischem Ideal geprägt, basierend auf dem Bild der vorindustriellen Kulturlandschaft. Wald repräsentiert seit Entstehung der modernen Stadt immer noch eine „Urnatur“, eine Gegenwart zur Stadt. Dieses veraltete Bild ist überholt und unzutreffend.²

1.2 Ziel der Arbeit

Im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen stadtnahe Wälder, die vorrangig aus stadt- und landschaftsplanerischer Sicht betrachtet werden sollen. Unter gestalterischen, baulich-räumlichen und planerischen Gesichtspunkten soll nachgegangen werden, welcher

² Dieses Denkmodell des Gegensatzpaares ist daher nicht mehr berechtigt und wird seit Jahren in Frage gestellt und kritisiert. (Vgl. Sieferle 1997:192f; vgl. Lohrberg 2002; vgl. Dettmar u. Weilacher 2003 (online); vgl. Sieverts 1997:53; vgl. Böhme 1989:73; vgl. Piepmeier 1980 dargestellt in Prominski 2004:57-67; vgl. Breuste 2001:79f u.a.).

konzeptionelle Stellenwert stadtnahen Wäldern in der Vergangenheit bis zur Gegenwart zugemessen wurde. Ökologische oder ökonomische Gesichtspunkte im planerischen Sinne sind nur, soweit zum Verständnis dieser Arbeit erforderlich, berücksichtigt. Mit Hilfe einer Untersuchung der historischen Entwicklung des planerischen Umgangs mit dem stadtnahen Wald und des Verhältnisses von Stadt und stadtnahem Wald werden heutige planerische Umgangsweisen mit stadtnahen Wäldern in den geschichtlichen Kontext eingebettet, um somit eine mögliche Entwicklungslinie aufzuzeigen. Betrachtet wurden dabei die Planungsebenen der Stadt und der Siedlung. Die Ebene der Region konnte bei der historischen Untersuchung weitgehend außer Acht gelassen werden, da lange Zeit Stadterweiterungen innerhalb der Stadtgrenzen stattfanden und regionale Entwicklungen kaum eine Rolle spielten.

Schwerpunkt dieser Arbeit liegt in der Fragestellung, wie die Stadtplanung in der Vergangenheit mit stadtnahen Wäldern umgegangen ist und wie sich die Ergebnisse dieses Umgangs darstellen. Die Arbeit erforscht, wie sich die Rolle des Waldes in Planungen und die Ansprüche der Gesellschaft an den stadtnahen Wald seit Beginn der modernen Stadtplanung bis zur Gegenwart unter Berücksichtigung der jeweiligen Rahmenbedingungen gewandelt haben. Dazu wurden den Fragen nachgegangen, wo die wesentlichen Schwerpunkte der Stadtentwicklung lagen und inwiefern diese Stadtentwicklungsprozesse sich auf den planerischen Umgang mit stadtnahen Wäldern auswirkten. Welche Werthaltungen und Zielsetzungen hatten neben der urbanen räumlichen Entwicklung Einfluss auf den planerischen Umgang mit Wäldern?

Die geschichtliche Aufarbeitung des planerischen Umgangs mit stadtnahen Wäldern dient als Hintergrund für die Betrachtung des heutigen und möglichen zukünftigen Umgangs mit stadtnahen Wäldern. In enger Verbindung zu den Fragen, welche veränderten Ausgangsbedingungen heute herrschen, wie die Stadtplanung im Hinblick auf die gegenwärtige Ausgangssituation heute und zukünftig mit stadtnahen Wäldern umgehen kann und welche gestalterischen Potentiale stadtnahe Wälder im Zusammenhang mit aktuellen urbanen Prozessen und gesellschaftlichen Ansprüchen haben, werden Perspektiven am Ende der Arbeit aufgezeigt, nicht nur auf der Ebene der Stadt und der Siedlung wie in der historischen Untersuchung, sondern auch auf Regionsebene, da in den letzten Jahrzehnten regionale Planung an Bedeutung gewonnen hat.

1.3 Untersuchungsraum und -zeit

Im Mittelpunkt der Studie steht das Beispiel der Stadt Karlsruhe und ihrer näheren Umgebung seit Beginn der Industrialisierung und der modernen Stadtplanung Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart (ca. 1870-2000). Da Karlsruhe als gegründete Stadt in einem Waldgebiet entstand, ist sie als Fallstudiengebiet besonders geeignet. So hat sich Karlsruhe im Laufe der Stadtentwicklung zwangsläufig unter Inanspruchnahme von Waldflächen von einer Jagdschlossanlage über eine Barockstadt über eine Stadt- und Industrielandschaft zur gegenwärtigen Landschaft gewandelt und er-

weitert. Das Beispiel Karlsruhe stellt im Hinblick auf die Beziehung von Wald und Stadt im Vergleich zu anderen deutschen Städten eine Ausnahme dar: Das Verhältnis des Waldes zur Stadt zeichnet sich durch die Besonderheit aus, dass sich trotz Nutzung, Übernutzung und teilweise massiven Inanspruchnahmen große zusammenhängende Waldflächen über annähernd 300 Jahre hinweg von Süden bis an die Siedlungen der Stadt ziehen und im Norden unmittelbar an das Zentrum reichen (vgl. Abb. 12).

1.4 Zu den Begriffen „stadtnahe Wälder“ und „Urbane Wälder“

Während im englischsprachigen Bereich der Begriff ‚Urban Forest‘ existiert (vgl. Moll 1995:12), gibt es für diesen semantisch zusammengesetzten Begriff „Urbane Wälder“ in der deutschen Sprachliteratur keine eindeutige Definition (Kreft 1993:105). In jüngster Zeit erfolgt aber auch im deutschsprachigen Raum eine vermehrte Untersuchung dieses Themas (vgl. Topos September 2002; vgl. Nationales Waldprogramm 2003; vgl. Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) 2005; vgl. Kowarik u. Körner 2005; vgl. Konijnendijk et al. 2006 u.a.). Die bisherigen Begriffe (groß-) stadtnahe Wald oder „Stadtwald“ bezeichnen Wälder mit starkem Siedlungsbezug, es treten dabei zwei Bestimmungsmerkmale hervor: das Merkmal räumlicher Nähe zur (groß-) städtischen Siedlung und das Merkmal „kommunales Eigentum“ (vgl. Kreft 1993: 105). Nach Kreft bezeichnet das Wort „urban“ den „starke(n) überformende(n) Einfluss des Menschen in städtischen Siedlungen, bedingt durch Nutzungen und daraus resultierenden Eingriffstypenkombinationen“ (1993:105). „Urbane Wälder“ sind aus seiner Sicht „inselartige Waldbestände, die überwiegend von Siedlungsflächen umgeben und in ihrer Struktur durch eine typische Kombination einer Vielzahl von Nutzungen erheblich verändert sind.“ Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen ökologische Aspekte wie der Grad der menschlichen Beeinflussung und die ökologischen Folgen. Der Stadtökologe Kowarik (2005:4ff) führt drei Ansätze zur Begriffsbestimmung „Urbaner Wälder“ aus: die räumliche, ökologische und historische Annäherung. Der Botaniker Rüdiger Wittig (1998:245f) erwähnt, dass in der englischsprachigen Literatur die Gesamtheit des städtischen Baumbestandes als „urban forest“ bezeichnet wird, der sich im Unterschied zum „natural forest“ aus zahlreichen, unterschiedlich großen „Inseln“ zusammensetzt (ebd.:246).

Bisher beschäftigen sich die Arbeiten vorwiegend aus ökologischer Sicht mit stadtnahen Wäldern. Demgegenüber werden sie in dieser Arbeit, wie schon erwähnt, mit Vorrang aus stadt- und landschaftsplanerischer Perspektive beleuchtet.

Verwendet wird vorzugsweise der Begriff „stadtnahe Wälder“, obwohl der Begriff „Urbane Wälder“ allmählich vermehrt auch in deutschen Publikationen auftaucht und im Englischen die Begriffe „Urban Woods“ und „Urban Forest“ u.a. mittlerweile etabliert sind. Diese englischen Begriffsbildungen sind offensichtlich auf die Tatsache zurückzuführen, dass im Englischen dafür einzig das Wort „urban“ existiert. Im

Deutschen allerdings bedeutet „urban“ zwar „städtisch“³, jedoch eher im Sinne von städtische Lebensweisen ausübend, zumal Urbanisierung „Ausbreitung bzw. Diffusion städtischer Tätigkeiten und Lebensweisen auch in nichtstädtische Räume“ (Gaebe 2004:19) bedeutet. Der aus dem Englischen übernommene semantisch zusammengesetzte deutsche Begriff „Urbane Wälder“ erscheint nach Meinung der Verfasserin eher unklar und der Begriff „stadtnahe Wälder“ verständlicher. Zusammenfassend betrachtet unterscheiden sich stadtnahe Wälder in erster Linie insofern von reinen stadtfernen Wäldern, als sie aufgrund der Nähe zu Bebauungen und verhältnismäßig großen Menschenmengen verschiedensten Anforderungen gerecht werden müssen. Stadtnahe Wälder werden vorrangig definiert durch ihren (stadtnahen) Standort sowie durch ihre städtischen Funktionen und umfassen nicht nur die administrativen Stadtverwaltungsgebiete, sondern den gesamten Verdichtungsraum.

Der wissenschaftlichen Erforschung von stadtnahen Wäldern hat man sich bisher wenig in Deutschland gewidmet. Die Begriffe „Stadtnahe Wälder“, „Urbane Wälder“ oder „Urbane Waldwirtschaft“ werden in Deutschland in der Literatur kaum explizit benannt bzw. wissenschaftlich diskutiert, wohingegen dieses Thema auf internationaler Ebene schon seit Jahrzehnten in der Diskussion steht (Bradley 1995:3). Aktuell ist das Thema seit den letzten Jahren insofern, als in Deutschland das Nationale Waldprogramm (NWP) seit 1999 durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML; heute Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL)) gestartet wurde. Das NWP entstand als Folge der Umweltkonferenz in Rio de Janeiro im Jahre 1992.⁴ Vorrangig geht es um Bewirtschaftungsformen, um Organisations- und Managementprozesse. Dass soziale und gestalterische Aspekte in Verbindung mit stadtnahen Wäldern in Deutschland kaum Erwähnung finden, bestätigt eine Analyse der Definitionen von 39 Dokumenten in Bezug auf urbane Wälder und urbane Waldwirtschaft sowie eine weltweite Expertenbefragung im Jahre 2002 (Randrup et al. 2006:16f).

„Auf europäischer Ebene hat es in den vergangenen Jahren eine Reihe von bemerkenswerten Aktivitäten zu Fragen Urbaner Waldwirtschaft („Urban Forestry“) gegeben.“⁵ Genannt seien hier EUFORIC, das European Urban Forestry Research and Information Centre, das im Zusammenhang mit dem Europäischen Forstinstitut in Finnland urbane Waldwirtschaft untersucht, oder das Projekt „NeighbourWoods“ sowie COST⁶ Action E12 Urban Forests and Trees oder das bilaterale Projekt zwischen Schweden und Frankreich, das sich mit „urban wood for People-Demonstration of ways to increase recreational benefits from urban woodlands.“ (Vgl. Grundlagenpapier für das NWP 2003 (online); vgl. Konijnendijk et al. 2006) Dass diese Programme größtenteils ohne deutsche Beteiligung laufen, ist erstaunlich, zumal die

³ Duden Oxford Großwörterbuch – Deutsch-Englisch, Englisch-Deutsch (2005:1677)

⁴ In der „Waldgrundsatzserklärung“ darin werden erstmalig in der Geschichte internationale Regeln zur Bewirtschaftung, Erhaltung und nachhaltigen Entwicklung von Wäldern weltweit vereinbart sowie Leitideen der intersektoral ausgelegten Pläne/Programme festgelegt.

⁵ Grundlagenpapier für das NWP 2003 (online)

⁶ European **CO**-operation in the field of **S**cientific and **T**echnical Research

Bundesrepublik Deutschland zu den am dichtesten bevölkerten Staaten Europas zählt und nahezu jeder Wald in Deutschland von der Urbanisierung der Gesellschaft erfasst wird.⁷ In Nordrhein-Westfalen wurden in jüngster Zeit Forschungsprojekte begonnen, die sich mit den neuen Rollen des Waldes beschäftigen. Zu nennen ist beispielsweise das Projekt „Wald und Gesellschaft im Ruhrgebiet“ am Beispiel der Stadt Essen und deren Umgebung, dessen Ziel die raumzeitliche Aufarbeitung der Mensch-Kultur-Wald-Beziehung in einem Ballungsraum ist, und das Projekt „Industriewald Ruhrgebiet“, das im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park (IBA) 1995 begonnen wurde. Auch die Impulstagung „Urbane Waldnutzung im Ruhrgebiet“ im April 2005 soll für neue Ideen im Umgang mit urbanen Wäldern als Anstoß dienen.⁸

1.5 Aufbau der Arbeit

Dem Hauptteil dieser Arbeit (II und III) wird ein historischer Abriss (I) vorangestellt. Zunächst werden darin die Begriffe Wald und Stadt untersucht (1.), danach werden in chronologischen Abschnitten grob allgemeine wesentliche Entwicklungszüge des Verhältnisses von Stadt und Wald bis in die heutige Zeit skizziert (2.).

Teil II zielt darauf ab, anhand des Beispiels Karlsruhe die tatsächliche Entwicklung im Verhältnis von stadtnahen Waldflächen und der Stadt im Verstädterungsprozess zunächst im stadtreionalen (1.) und dann im städtischen (2.-5.) Maßstab beispielhaft darzustellen und parallel dazu mit Hilfe einer Untersuchung des stadtplanerischen Umgangs mit dem stadtnahen Wald bestimmte Umgangsweisen mit dem stadtnahen Wald verschiedener Zeitphasen herauszuarbeiten. Obwohl der Schwerpunkt auf dem planerischen Umgang mit Wald liegt, wird auch in Verbindung mit der Urbanisierung der allgemeine Umgang mit Wald, worunter hier sowohl die konkrete Waldnutzung als auch die gesellschaftlichen Werthaltungen zum Wald verstanden werden, unter Berücksichtigung der jeweiligen Rahmenbedingungen betrachtet, da der planerische Umgang mit Wald diesen Werthaltungen und äußeren Bedingungen stark unterliegt.

Mit den Fragen, wie man auf Siedlungsebene planerisch mit Wald im Zusammenhang mit Siedlungen umgegangen ist, beschäftigt sich Teil III. Dafür werden lupenartig sechs Fallbeispielsiedlungen im Stadtgebiet Karlsruhe ausgewählt (1.-6.), anhand derer zunächst die Entstehungsursachen der Siedlungen und die Auseinandersetzung Waldinanspruchnahme-Walderhaltung sowie die Planungskonzepte, soweit nachvollziehbar, betrachtet, dann das reale Verhältnis von Siedlung und Wald und ihre möglichen baulich-räumlichen und gestalterischen Beziehungsformen untersucht. Zuletzt werden diese modellhaft typologisiert und beschrieben. Am Ende dieses Kapitels werden Schlüsselemente für den allgemeinen Entwurfsprozess herausgearbeitet.

⁷ Grundlagenpapier für das NWP 2003 (online)

⁸ Vgl. Plattform Urbane Waldnutzung im Ruhrgebiet - Dokumentation der Impulstagung (online)

In Teil IV werden nach einer knappen Hinterfragung aktueller planerischer Prämissen zum derzeitigen planerischen Umgang mit stadtnahen Wäldern (1.) und nach Darstellung gegenwärtiger Ausgangsbedingungen (2.) Vorschläge für mögliche Strategien im Umgang mit stadtnahen Wäldern im Zusammenhang mit derzeitigen urbanen Prozessen aufgezeigt und anhand von Beispielen Perspektiven im Umgang mit stadtnahen Wäldern diskutiert (3.).

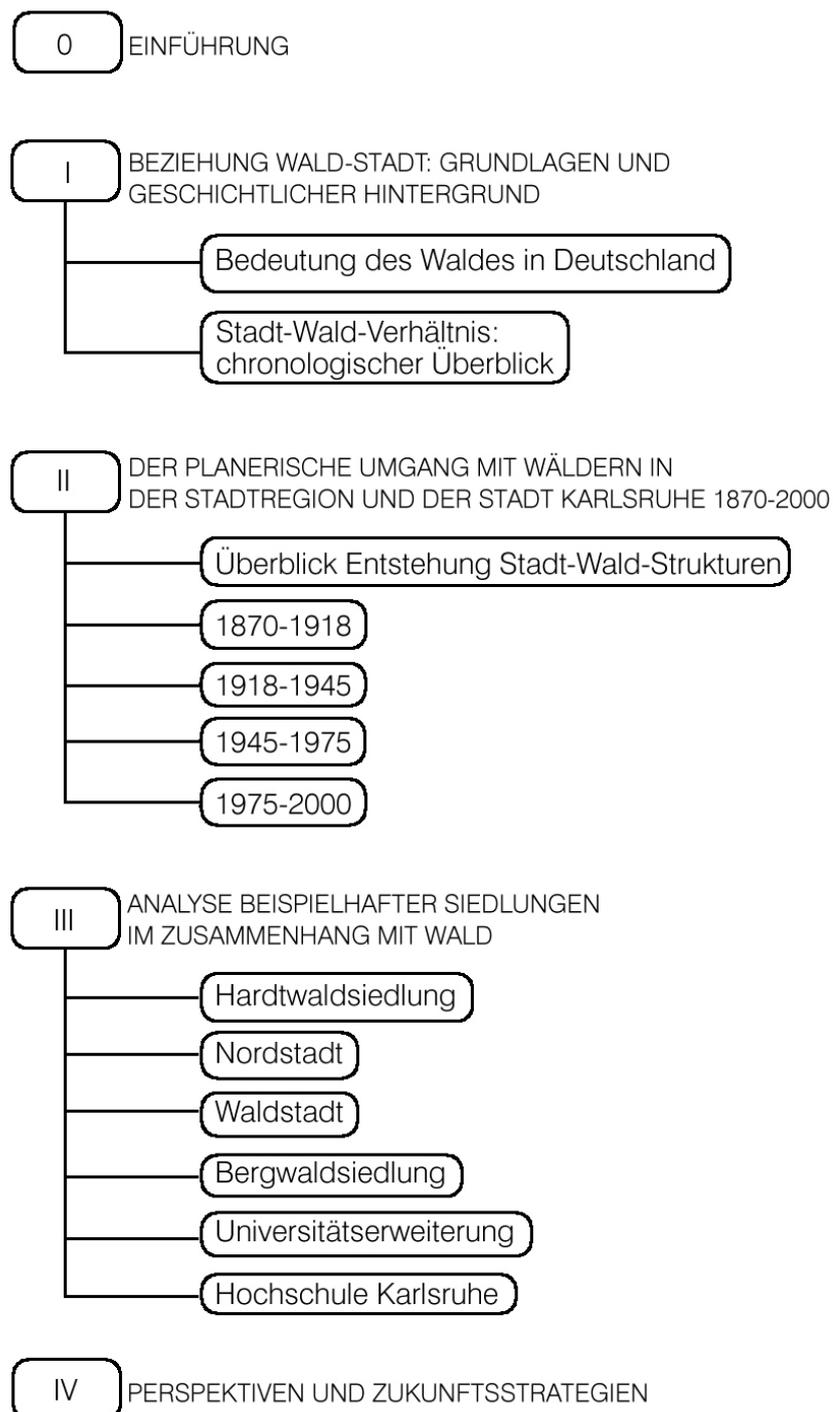


Abb. 1: Gliederungsschema

I Die Beziehung Wald und Stadt: Grundlagen und geschichtlicher Hintergrund

Zunächst werden einige relevante Aspekte zur Bedeutung des (stadtnahen) Waldes in Deutschland genannt (1.1) und der Begriff „Wald“ und seine vielfältigen vorhandenen Definitionen beleuchtet (1.2). Danach wird der Begriff „Stadt“ (1.3) im Zusammenhang mit Wald bzw. Landschaft kurz betrachtet.

1. Zur Bedeutung des Waldes und der Stadt in Deutschland

1.1 Die Bedeutung des Waldes für den Menschen

Da Deutschland ehemals von Natur aus ein fast geschlossenes Waldgebiet war, spielt Wald kulturhistorisch gesehen eine besondere Rolle. Im Jahr 2004 macht Deutschlands Waldfläche mit 11,1 Mio. ha etwa 31% der Gesamtfläche aus. (Zweite Bundeswaldinventur 2004:16) Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten ist Deutschland eines der walddreichsten Länder. Allerdings liegt Deutschland aufgrund seiner Bevölkerungszahl mit seinem Pro-Kopf-Waldanteil von 1300 m² im europäischen Vergleich am Ende der Skala.

Traditionell haben die Deutschen eine enge Verbindung zum Wald (Gesamtwaldbericht 2001:40). Das Verhältnis der Menschen zum Wald lässt sich nach Joachim Allmann (1989:354) durch zwei sich ergänzende Ebenen, die konkret-materielle Nutzungsebene und die übergeordnet-mentale Ebene, darstellen. Zur ersten zählt z.B. die in historischen Zeiten intensive Holz- und Waldflächennutzung und die Schweineweide, die die Energiebasis und Nahrungsbasis für die unmittelbare Versorgung darstellten. Neben der **Holznutzung** tritt seit etwa 1900 die Rolle des Waldes für die **Erholung** der Bevölkerung in den Vordergrund. Was die mentale Ebene betrifft, galt der Wald lange Zeit als **Projektionsraum** für geheime und innerste Ängste und Träume der Menschen. Er ist Ursprung und Spiegel der Kultur (Harrison 1992) und trägt Mythen und Symbole. Wälder lagen bis zur Industrialisierung sowohl räumlich als auch im gesellschaftlichen Bewusstsein außerhalb der geordneten Welt der Stadt (Harrison 1992:81). In früheren Zeiten war der Wald ein Ort des Schreckens.⁹ Die mittelalterliche Stadt hat mentale Wandlungen von großer Bedeutung hervorgeufen. Seit der Mensch „frei von der Unterdrückung durch die Kälte (...) und den Hunger“ war, verlor er den „intimen Kontakt zur Natur“ (Barros 1998:308), was zur Trennung von Mensch und Natur beitrug. Utilitaristisches Denken beherrschte den Umgang mit Wäldern. Der Rationalismus in Frankreich entzauberte den Wald, seine Rohstoffe wurden wenig nachhaltig ausgebeutet. In neuerer Zeit muss er vor allem in

⁹ Dennoch kann sich der mittelalterliche Wald unter verschiedensten Blickwinkeln präsentieren: als unkultivierter und weitgehend menschenfreier Wald; als Aufenthaltsort von Ausgestoßenen und „Aussteigern“, als Königsforst, (...) als Variante des „locus amoenus“ (vgl. Wunderli 1991:69).

Stadtnähe vielfältigeren Nutzungsansprüchen gerecht werden. Heute spielt die Bedeutung des Waldes für den Menschen als **Ökosystem** mit seinen Wirkungen wie Luftfilterung, Lärm-, Boden-, und Klimaschutz, Regulierer des Wasserhaushalts usw. eine große Rolle. Die Waldfunktionen werden traditionell daher in Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion unterschieden. „Von Zeit zu Zeit bedeutete ‚Wald‘ immer wieder etwas anderes. Seine Zusammensetzung wandelte sich, und mehr und mehr prägte der Mensch selbst, was er und seine Zeitgenossen einerseits und seine Nachfahren andererseits als Wald empfinden sollten“ (Küster 1998:235).

1.2 Der Begriff Wald: eine Vielzahl an Definitionen

Wald ist nicht gleich Wald, denn Wald hat viele äußere Erscheinungsformen¹⁰ und vielfältige Eigenschaften, die mit dem Ort und den Ursachen der Entstehung zusammenhängen.¹¹ Dennoch steht er in unserer Begriffswelt als diffuses Einheitsbild da. Der Waldbegriff ist aber ein sehr breit gefächertes Begriff und lässt sich je nach Interessensgesichtspunkt unterschiedlich auslegen. Demzufolge gibt es keinen allgemeingültig festgelegte Definition, sondern verschiedene Definitionen.

Definitionen heute

Zur Klärung des heutigen Begriffs Wald ist auf eine Auswahl vorhandener Definitionen zurückzugreifen.

- Allgemein wird im Deutschen Wörterbuch Wald als größere, dicht mit Bäumen bestandene Fläche definiert. (Duden – Deutsches Wörterbuch 2003:1772).

- In Deutschland wird im juristischen Sinn der Begriff Wald meist ähnlich definiert, wie es das Bundeswaldgesetz vom 2. Mai 1975 in § 1 bestimmt: „Wald im Sinne dieses Gesetzes ist jede mit Forstpflanzen bestockte Grundfläche.“ Als Wald gelten weitere mit dem Wald verbundene und ihm dienende Flächen. Die Länder können diesen Waldbegriff in ihren Landeswaldgesetzen enger oder weiter definieren. Mindestbreite, -größe, -produktion gelten als Kriterien (Erlbeck, Reinhold et al. 2002:769).

- Aus ökologischer Sicht ist Wald eine Vegetationsform, die besonderen Lebensgesetzen unterliegt. Wald ist ein vernetztes Sozialgebilde und Wirkungsgefüge seiner sich gegenseitig beeinflussenden und oft voneinander abhängigen biotischen, physikalischen und chemischen Bestandteile. Dadurch entsteht ein Waldbinnenklima,

¹⁰ Im Lateinischen z.B. gibt es u.a. die klassischen Begriffe wie „*silva*, ein dichter Wald, in dem Holz geschlagen wird, *nemus*, ein Hochwald, in dem früher die heidnischen Heiligtümer standen, *lucus*, ein dichtes, selbst für die Sonne undurchdringliches Waldstück, und *saltus*, eine Wildnis“ (Brunner1998:341f).

¹¹ Als Beispiel wird von Andersson (2002:49f) auf der einen Seite ein natürlich verjüngter Kiefernwald im schwedischen Färö, der über viele Jahre hinweg vom lokalen Klima geformt wurde, genannt, auf der anderen Seite ein in visueller Hinsicht mit dem ersteren stark übereinstimmender Kiefernwald, den Perrault im Innenhof der Bibliothèque Nationale in Paris gestaltete. Letzterer ist um des Effekts willen an einem neuen Ort verpflanzt worden, ersterer ist ortsgebunden.

das sich nur bei einer Mindesthöhe, Mindestfläche und Mindestdichte der Bäume entwickeln kann (Erlbeck, Reinhold et al. 2002:768).

- Nach den Forstfachleuten Röhrig und Bartsch (1992:12f) unterscheidet sich Wald biologisch von anderen Pflanzenformationen in erster Linie durch Bäume, die Hauptmerkmal eines Waldes sind und das Landschaftsbild vorrangig prägen. Allerdings ist das Vorhandensein von Bäumen zwar wichtigste Voraussetzung, doch keineswegs die alleinige für den Begriff "Wald". „Damit Bäume einen Wald bilden, müssen sie so dicht beieinander stehen, dass sie ein gemeinsames, den Boden wenigstens größtenteils überschirmendes Kronendach bilden und eine so große Fläche einnehmen, dass sich darin Lebensbedingungen entwickeln und erhalten, die sich von den angrenzenden Pflanzenformationen deutlich unterscheiden.“ (ebd.:13)¹²

Es wird dabei ersichtlich, wie unterschiedlich die Maß- und Größenangaben in den einzelnen Definitionen sind. Daraus lässt sich folgern, wie schwer es ist, das komplexe System Wald durch messbare Kriterien allgemeingültig zu definieren. Da speziell stadtnahe Wälder Schwerpunkt dieser Arbeit bilden, muss der Blick auf Wälder um die städtische Perspektive erweitert werden. Demzufolge ist klar, dass es beim planerischen Umgang mit stadtnahen Wäldern nicht nur um forstliche Themen, sondern vorrangig auch um stadträumliche, urbane Aspekte geht. Im Gegensatz zum Begriff des Waldes, der dennoch gemeinhin verstanden wird, stellt sich der Begriff der Stadt als diffuser dar. Im Folgenden wird zum besseren Verständnis für die weiteren Untersuchungen die Bedeutung der Stadt im Verhältnis zu ihren stadtnahen Wäldern bzw. zur Landschaft umrissen.

1.3 Die Bedeutung der Stadt im Verhältnis zu Wäldern bzw. zur Landschaft

Ebenso wie der Wald bedeutete die Stadt von Zeit zu Zeit etwas anderes. „Aus dem Jahrtausende alten Gegensatzpaar Stadt-Land ist (...) ein komplexes Ergänzungsverhältnis entstanden“ (Fritzen 2005:45).

Während die Stadt im Mittelalter durch ihre Mauern räumlich eingegrenzt und nach außen abgeschlossen war und die Landschaft, wozu auch Wälder gehörten, außerhalb der Stadt lag (vgl. I, 2.1), wurde bereits im 18. Jh., in der Epoche des Barock, mit ausladenden Parkgestaltungen, die zum Schlossbau gehörten, ein neues Verständnis von Stadt und Landschaft postuliert. Indem im 19. Jh. Grüngürtel an die Stelle von Mauern traten, Wohnblöcke mit Grünanlagen durchsetzt wurden und Großstädte sich mit Volksparks schmückten, wurde das Grün in die Städte geholt, um die enorme Wohndichte der Industriestadt auszugleichen, aufgrund der „Unrentierlichkeit“ zunächst mit bescheidenem Erfolg.

¹² Die Problematik besteht dennoch darin, dass eine Abgrenzung nicht einfach ist, da insbesondere bei sehr gleichmäßig angebauten Beständen, wie es bei Erst- und Wiederaufforstungen oft der Fall ist, die Elemente, die dem Bestand den Charakter eines Waldes verleihen, erst später einstellen: Größe, Dichtschluss der Bäume, Waldboden und Waldklima, Waldflora und -fauna. (ebd.:12f)

Seit Ende des 19. Jhs. gibt es unterschiedliche Leitbilder für Städte in Bezug zur Landschaft. Das am meisten geschlossene Planungsmodell einer „Einbettung“ der Stadt in die Landschaft stellt der Grüngürtel dar. Die Wald- und Wiesengürtel wurden als Freiraumstrukturmodell zwischen europäischen Großstädten und ihren Vorstädten verstärkt seit Anfang des 20. Jahrhunderts planerisch verfolgt (vgl. Kühn 2001:202).

Eine andere Position zur Idee der „Einbettung“ der Städte in die Landschaft nimmt das Konzept der Stadtlandschaft ein, das während der 1940er/1950er Jahre als Planungsgrundlage für den Wiederaufbau Städte diente. Nach diesem Modell sind Stadt und Landschaft keine räumlich getrennten Sphären, sondern sind durch die Durchdringung von städtischen und landschaftlichen Strukturen gekennzeichnet (Düwel u. Gutschow 2001:122). Stadtlandschaft war ein Programm zur Befreiung aus der Dichte und Enge der unhygienischen, als Zwangform empfundenen „steinernen“ Stadt. Die konzipierten und teils realisierten Neuformulierungen von Stadt sind Modelle eines städtischen Auflösungsprozesses, der von Gartenstadt bis zur Trabantenstadt reicht. Dabei verflochten sich Stadt und Landschaft und somit auch Wald immer mehr miteinander.

Seit den 1970er Jahren wachsen die Städte nicht mehr nur an ihren unmittelbaren Siedlungsrändern, sondern beziehen Siedlungen und Ortschaften im näheren Umland der Städte in die täglichen Funktionsabläufe mit ein. Die reale Siedlungsentwicklung zeichnet sich heute dadurch aus, dass es nicht nur in den wachsenden, sondern auch in derzeit schrumpfenden Städten infolge einer fortschreitenden Siedlungsdispersion und Suburbanisierung zu einer rasanten „Verstädterung der Landschaft“ gekommen ist. Andererseits haben Brachflächen und beginnende leerstandsbedingte Abrisse in zunehmend deindustrialisierten Städten zu einer ungeplanten „Verlandschaftung der Stadt“ (Jessen 1999) geführt (vgl. Kühn 2001:204). „Insofern handelt es sich (...) um eine räumliche Maßstabsvergrößerung unter dem Paradigma ‚Die Region ist die Stadt‘ (ARL 1999)“ (Kühn 2001:207). Der Begriff Stadt bezieht sich heute also nicht nur auf die Gesamtstadt, sondern kann auch die Stadtregion bezeichnen.

2. Das Stadt-Wald-Verhältnis - Historischer Überblick

Im Bewusstsein, dass es bei der Betrachtung der räumlichen Stadt-Wald-Entwicklung mit all ihren Folgen für die Landschaft - quantitativ und qualitativ - regionale und zeitliche Unterschiede gibt, wird im Folgenden ein grober historischer Überblick skizziert. Es werden lediglich die wesentlichen Entwicklungslinien dargestellt, um die vielfältigen Berührungspunkte zwischen Stadt und Wald zu verdeutlichen, und die sich stets verändernden wechselseitigen Beziehungen zwischen der Stadt und ihrem Umgang mit stadtnahen Wäldern dargelegt werden.

Nach Harrison (1992) begann erst mit dem Abholzen der Wälder, mit dem Freischlagen erster Lichtungen die Zivilisation. Da allerdings bis spätestens im 19. Jahrhundert „(...) die anthropogene Veränderung nicht existent oder zumindest unbedeutend gewesen (...)“ (Bork u. Erdmann 2002:6f) ist, wird dieses Kapitel in drei Abschnitte gegliedert. Der erste behandelt das Stadt-Wald-Verhältnis in der vorindustriellen Zeit, in der die kompakte Stadt und die außerhalb der Stadt liegenden Wälder noch als ein räumliches und mentales Innen und Außen, als Gegenüber, bezeichnet werden können (2.1). Der zweite Abschnitt konzentriert sich auf die Zeit seit der Industrialisierung (2.2), in der die stadtnahen Wälder stark durch das Wachstum der Städte in der Form verändert, vielfach in Anspruch genommen, überformt und umbaut werden. Der dritte bezieht sich auf die jüngere Vergangenheit und heutige Zeit (2.3).

Welche Bedeutung haben stadtnahe Wälder für eine Stadt und ihre Bevölkerung in der Vergangenheit gehabt und haben sie heute?

Welchen Einfluss hat die Entstehung, Erweiterung und Veränderung von Städten und ihrer Struktur auf den konkreten Umgang mit stadtnahen Wäldern und umgekehrt?

2.1 Stadt und Wald in der vorindustriellen Zeit: Das Gegensatzverhältnis Innen und Außen

Waldveränderungen und das räumliche Innen – Außen

Bereits vor etwa 7000 Jahren begannen durch die Bildung fester Siedlungen die ersten prägenden menschlichen Einflüsse auf die Gestalt des Waldes (Küster 1998:91). Die mittelalterlichen Rodungsperioden drängten den Anteil des Waldes von 90% auf 33% um 1300 zurück und führten bis zum Ende des 14. Jahrhunderts zu einer Wald/Feldverteilung, die in Grundzügen der der heutigen Zeit entspricht. (Hasel u. Schwartz 2002:45; vgl. Klose u. Orf 1982:193) Im Gegensatz zu heute befanden sich die Wälder damals außerhalb der eingefriedeten Zone, wohingegen die ortsfesten Siedlungen „innen“ liegende Markungen hatten und in die Wälder eingesprengt waren. Auch leitet sich der Begriff „Forst“ womöglich von „foris“, „draußen“, ab (Harrison 1992:81). „Die menschlichen Siedlungen, auch die wenigen Städte, waren Inseln in einem fast undurchdringlichen Meer von Urwald“ (Böhme 1989:37).



Abb. 2: Darstellung einer fiktiven Landschaft um 2000 v. Chr.
[eigene Darstellung auf Grundlage der Illustration von Kayser/Richter (pictura vitae) [online]
<www.dasl.de/wordpress/wp-content/uploads/20%20Eppinger.pdf>

Wechselseitige Abhängigkeit zwischen Stadt und Wald

Seit dem Mittelalter kam es zur Ausbreitung geordneter Strukturen in die „Wildnis“ hinein. Die Bildung von Städten schloss Planung mit ein, denn das Siedlungswesen war zunächst abhängig vom Wald.¹³ Die große Abhängigkeit des Menschen vom Wald wurde nach Lorenz (1993:28) dadurch verursacht, dass, lange bevor Städte als typisches mittelalterliches Phänomen Verbreitung fanden, Strukturen zur Regelung der Waldnutzung bestanden. In diese bestehenden Strukturen musste die Stadt eingepasst werden, die Lage der einzelnen Gewerbe musste genau bestimmt werden. Da der Ausbau der Stadtmauern sehr kostspielig war, wuchsen die Städte nach innen (Küster 1998:102). Trotzdem war die Beziehung zwischen Stadt und Wald aufgrund

¹³ „Alle Kultur (war) innig verbunden mit dem Wald, sie war aus ihm hervorgegangen und nur durch ihn möglich. Der Wald lieferte früher das nötige Bau- und Brennholz, Futter für das Vieh, Wachs, Honig, Wildbret, Felle usw. Der Bergbau und Glashütten verbrauchten große Mengen Holz, ebenso wie die Ziegelherstellung, Kalkbereitung, Ton- und Porzellanindustrie.“ (Schöpfer 1928:3-8)

der Arbeitsnutzung des Waldes zur Existenzsicherung und Aufrechterhaltung von Städten sehr eng. Erst ökonomisches Denken im Sinne von Akkumulation führte zur Verdichtung der Stadt, wodurch die Distanzierung städtischer Kultur von Natur wuchs, die als feindlich angesehen und aus der Stadt verbannt wurde (Böhme 1989:41). Jahrhunderte lange intensive Kolonisierung führte zur Waldverwüstung und Holznot um 1800, was in Deutschland zu strengen forstpolitischen Maßnahmen und zum Neuaufbau der Wälder führte. Mit dem Aufstieg der Forstverwaltung im späten 18. und 19. Jahrhundert wurden Wälder zum Gegenstand der modernen Forstwissenschaft, die die Wälder auf Nutzholz reduzierte (Harrison 1992:134) und den Schutzgedanken bis heute begründete.

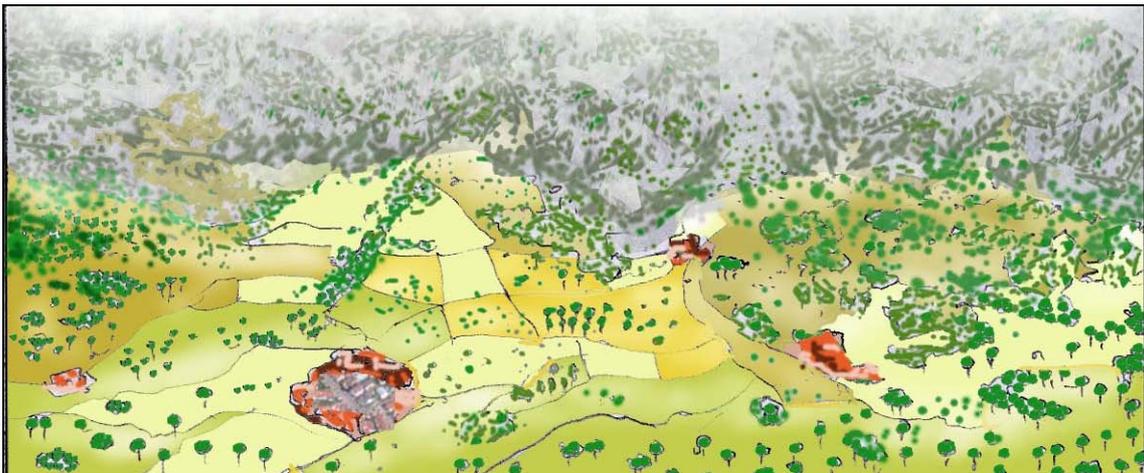


Abb. 3: Darstellung einer fiktiven Landschaft um 1300
[eigene Darstellung auf Grundlage der Illustration von Kayser/Richter (pictura vitae) [online]
<www.dasl.de/wordpress/wp-content/uploads/20%20Eppinger.pdf>

2.2 Stadt und Wald seit der Industrialisierung: Die Umkehrung Innen und Außen

Betrachtet man die Geschichte der modernen Stadtentwicklung, gilt es zu differenzieren zwischen der Geschichte der tatsächlichen Stadtentwicklung im Verhältnis zwischen Wäldern und Städten zum einen und zum anderen der Geschichte der städtebaulichen Leitvorstellungen, die sich seit etwa Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelten und zum Teil Einfluss auf die reale Stadtentwicklung hatten. Es werden daher nach Darstellung der realen Entwicklung (2.2.1) die wesentlichen einflussreichen Leitgedanken der Stadtplanung bezüglich des Verhältnisses zwischen Stadt und Wald bzw. Freiraum umrissen (2.2.2).

2.2.1 Reale Stadt- und Waldentwicklung

Stadt - Wald: Das verdrehte räumliche Innen - Außen

Der Prozess der Industrialisierung im 19. Jahrhundert veränderte insofern stark das Verhältnis von Stadt und Land, als es zur Landflucht kam, wodurch die Städte rasant

wuchsen. Mit Beginn der Industrialisierung reagierte die Stadtgestalt weniger auf militärische Probleme als auf die fortschreitende Arbeitsteilung. Industrie-, Villengebiete und Arbeitersiedlungen entstanden außerhalb der alten Stadtkerne. Eine räumliche Verflechtung von Stadt und Land erfolgte mit Beginn des städtebaulichen Wachstums. Wälder bzw. Waldrelikte wurden nun Teil der Städte, waren nicht mehr, räumlich gesehen, außerhalb. „(...) mit den Eingemeindungen dehnen sich die Städte über die stadtnahen Wälder aus, umbauen und bebauen sie.“ (Richter 1981:303)



Abb. 4: Darstellung einer fiktiven Landschaft der letzten Jahrzehnte
[eigene Darstellung auf Grundlage der Illustration von Kayser/Richter (pictura vitae) [online]
<www.dasl.de/wordpress/wp-content/uploads/20%20Eppinger.pdf>

Für die Entwicklung der Wälder war vor allem entscheidend, dass Kohle Holz und Holzkohle ersetzte, wodurch ab etwa Mitte des 19. Jahrhunderts die Forste wieder wuchsen. Vom 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg wurden frei gewordene Brachflächen immer stärker mit Nadelholz aufgeforstet. Nach massiven Waldabholzungen in den Vorkriegs- und Kriegsjahren kam es in der Nachkriegszeit zu Überhieben und Reparationshieben. Um dem entgegenzusteuern, war zwischen den Jahren 1950 und 1960 die Waldflächenvermehrung in Deutschland pro Jahr am größten seit 1834 (Schmidt 1994:268). Zeitgleich wurden Forste oftmals zu Gunsten von Bebauung und Verkehr wieder reduziert.

Gestalteter Erholungswald als Gegenbild der Stadt

Seit etwa 1900 wurde der Wald für die Städte wieder attraktiv. „(...) Aufenthalte im Wald nahmen entsprechend in der Weise zu, in der die Verstädterung voranschritt“ (Braun 2000:59). Durch die planmäßige Bewirtschaftung der Wälder kam es zur Abnahme der Bedrohlichkeit des Waldes, aber auch zur Sehnsuchtssteigerung nach Naturerleben, zur Etablierung der Walderholung (vgl. Küster 1998:207f). Die Entdeckung des Sinns für die Schönheit des Waldes in Deutschland stand in engem Zusammenhang mit dem Entstehen einer planmäßigen Forstwirtschaft mit ihren gegliederten und gepflegten Beständen. Ende des 19. Jahrhunderts spielte die Forstästhetik eine bedeutende Rolle, so dass Waldparks entstanden (Richter 1981:304).

2.2.2 Die Bedeutung des Waldes in städtebaulichen Leitbildern der Moderne

Waldflächen meist nur indirekt erwähnt

Seit Anfang des 20. Jahrhunderts wurden die Leitbilder und Modelle der gegenseitigen Durchdringung von Stadt und Landschaft zur Stadtlandschaft entwickelt (s. Teil I, 1.2). Als Reaktion auf die Missstände in den großen Städten, die unzulängliche Hygiene und mangelnde Wohnqualität aufgrund der hochverdichteten Blockrandbebauung entwickelte Howard 1898 den Gartenstadtgedanken. Er basierte auf einem ringkonzentrischen Bild der Stadt, die durch Landschaft abgeschlossen wurde. Howard verstand sie als zwischengemeindliche Gliederungselemente innerhalb der Stadtregion. Räumlich gesehen sollten durchgrünte Stadteinheiten entstehen mit dem Ziel der Trennung von einzelnen Wohnbereichen durch Grüngürtel und andere Freiflächen (Reinborn 1996:48). Größe, Dichte und Umfang spielten dabei insofern eine Rolle, als das Ziel die Entwicklung neuer Städte mit allen erforderlichen Infrastruktureinrichtungen war, „groß genug, um ein eigenständiges städtisches Leben zu ermöglichen, aber klein genug, um überschaubar und in allen Teilen für den Fußgänger erreichbar zu sein,“ (Albers 1988:33) Dies schloss auch die Idee der kurzen Wege in die Grünräume rings um die Städte mit ein. In Deutschland wurde diese Idee nur in bescheidenerem Umfang umgesetzt. Gartenstadt bedeutete eher eine vorstädtische Siedlung ohne zugeordnete Arbeitsstätten usw. Die Hygiene- und Erholungsfunktion des Waldes waren Ausgangspunkte sowohl für diese Konzepte als auch für das Konzept des Wald- und Wiesengürtels, das in einigen Großstädten wie Wien oder Berlin entwickelt wurde. Wald und Wiesen entsprachen offensichtlich dem ästhetischen Ideal der Planung (Lohrberg 2001:11).

„In den Konzepten der modernen Stadt wird (die Natur) (...) als geographische Formation zugrunde gelegt und funktional geplant.“ (Böhme 1989:70) Wald wurde meistens nur indirekt erwähnt, oftmals in einem Zuge mit Wiesen, als Grünfläche angesehen und als Ordnungselement eingesetzt (Lohrberg 2001:12). Sein räumliches und gestalterisches Potential wurde nicht thematisiert. Pläne aus den 1920er Jahren wurden in den 1940er Jahren konkretisiert.¹⁴ Reichow propagierte eine Wende von der kompakten zur gebauten Stadt in der Landschaft als naturräumlich bestimmte Stadtlandschaft „(...) als Kontrast zur steinernen Stadt des 19. Jhs. mit Mietskasernen, Hinterhöfen und Korridorstraßen.“ (Durth et al. 1987:28) Da die städtebauliche Figur im Modell der gegliederten und aufgelockerten Stadt von Göderitz et al. vor allem durch den bebauten Raum gebildet wird, dient der Freiraum nur als Grund, „der in seiner Substanz nur angedeutet (...) wird.“ (Lohrberg 2001:50) Er blieb bei diesen den Nachkriegsstädtebau stark beeinflussenden Konzepten „Manövriermasse zwischen den bebauten Räumen“ und wurde zur ‚Folie‘ degradiert“ und auf seine gliedernde Funktion reduziert. Die so entstandenen Grünflächen stellten „Abstandsgrün“ mit geringem Nutzungswert dar (ebd.:51). Entsprechend wenig gestalterische Bedeutung wurde dem Wald beigemessen. Dieses Leitbild blieb bis etwa 1960 bestehen.

¹⁴ Als einflussreiche Werke gelten die „Organische Stadtbaukunst“ (1948) von Reichow oder „Die gegliederte und aufgelockerte Stadt“ (1957) von Göderitz et al. (vgl. Durth/Gutschow 1987:30)

Prägendes Modell für die städtebauliche Entwicklung seither war Hillebrechts „Regionalstadt“, das eine wissenschaftliche Fundierung forderte und ihr Aufgabenfeld auf die Stadtregion ausweitete. Somit wuchs der Abstraktionsgrad der Planung, wobei die Auseinandersetzung um Freiraum relativ grob ausfiel (Lohrberg 2001:60ff). Ab etwa den 1960er Jahren verlor Freiraum und somit auch Wald im Städtebau nicht nur durch die Verwissenschaftlichung der Planung immer mehr an Bedeutung, sondern auch dadurch, dass er „seinen Blick vom Stadtrand löst und (...) alte und neue Zentren ins planerische Blickfeld rückt.“ (ebd.:63)

„Vieles spricht dafür (...), dass in den letzten fünf Jahrzehnten hauptsächlich in den Agglomerationen ein neuer Stadttypus im Entstehen ist, der sich aus dem Vorort als einem Ableger der Alten Stadt über die „Zwischenstadt“ zur Stadtlandschaft entwickelt (...)“ (Sieverts et al. 2005:154). Zwischenstadt ist hier nicht als Modell oder Leitbild zu verstehen, sondern als Zustandsbeschreibung. Bis heute scheinen ausgedehnte Wälder in Stadt und Umland als „Trenngrün“ zu dienen, die als „regionale Grünzüge“ oder „Grünzäsuren“ ausgewiesen werden (s. Teil II, 5.3.2).

2.3 Stadt und Wald heute: Die Auflösung von Innen und Außen

2.3.1 Der stadtnahe Wald als Nutz-, Schutz- und Erholungswald

Seit 1945 kann man folgende Schwerpunkte der Waldnutzung unterscheiden: Der Wald als Rohstoffquelle, als Flächenreserve und seit den 1970ern als Umweltfaktor und Erholungsraum. Der Umgang mit Wäldern wird heute im Großen und Ganzen durch die drei traditionellen Säulen Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion bestimmt, die seit 1953 durch Dieterich in seiner Waldfunktionenlehre formuliert wurden (Stölb 2005:219) und seit 1975 im Bundeswaldgesetz (BWaldG) verankert sind.

Während Holz in der unmittelbaren Nachkriegszeit für viele die einzige Energiequelle und Bauholz ein begehrter **Rohstoff** war, zeichnet sich die heutige Situation dadurch aus, dass im Gegensatz zum 18. Jahrhundert der Holzbedarf pro Kopf bis zu zehn Mal niedriger liegt (Schmidt 2002:18) und die Holznutzung in Stadtnähe in Zeiten der Globalisierung verzichtbar ist. Während stadtnahe Wälder früher vielmals als **Flächenreserve** genutzt wurde (vgl. Teil II, 4.), wurde im Laufe der Zeit die Vielfältigkeit des Nutzens der Wälder für die menschliche Gesellschaft und die Notwendigkeit, sie nachhaltig zu nutzen und zu pflegen, erkannt. Das Ende der 1960er Jahre markierte den Anfang des allgemeinen Wertewandels.¹⁵ Im Zuge des Europäischen Naturschutzjahres 1970 wandten sich die Naturschützer allmählich wieder verstärkt dem Wald als **Schutzobjekt** zu. Im BWaldG 1975 wurde der Erhalt des Waldes gesetzlich festgeschrieben (vgl. Teil II, 5.1.3). Angesichts des wirt-

¹⁵ Der Bericht des Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“ aus dem Jahr 1973 sowie das in den 1980er Jahren prognostizierte „Waldsterben“ u.a. verstärkten diesen Bewusstseinswandel.

schaftlichen Aufschwungs entwickelte sich die Nutzung des Waldes als **Erholungsraum** zu einer die Waldwirtschaft örtlich stark bestimmenden Einflussgröße. Repräsentativen Umfragen in der Großstadt zufolge stellt der Erholungsraum Wald das am häufigsten genutzte Freiraumelement dar (Gesamtwaldbericht der Bundesregierung 2001:40). In großstadtnahen Waldgebieten dauert der Aufenthalt im Wald heute im Durchschnitt eine Stunde länger als noch vor rund 20 Jahren.¹⁶ Neben der stillen Erholung durch Wandern sind verstärkt Sportarten wie Reiten, Mountainbiking, Walken, Jogging verstärkt hinzugetreten. Wälder werden desweiteren als Orte für Überlebenstrainings und zur Selbstfindung genutzt (ebd.). Waldlandschaften werden viel stärker aufgesucht als Acker- und Wiesengebiete.¹⁷

2.3.2 Reale Stadt- und Waldentwicklung und städtebauliche Ideen

Auflösung der kompakten Stadt und Waldzunahme

Der seit Jahrzehnten anhaltende Verstädterungsprozess führt zu neuen Stadtstrukturen, die nicht mehr dem traditionell „geschlossenen“ Modell der kompakten Stadt mit klar definiertem Zentrum und einem darauf ausgerichteten Umland entsprechen. Es findet seit Jahrzehnten in vielen Regionen eine Ausdehnung des Umlandes statt, einhergehend mit einer dispersen Siedlungsentwicklung mit den Folgen einer Fragmentierung der Landschaft und der Stadt. Heute leben in den meisten Agglomerationsräumen mehr Menschen im Umland als in den Kernstädten.¹⁸ Andererseits vollziehen sich in einigen Regionen Schrumpfungsprozesse, die ebenso tiefgreifende raumstrukturelle Veränderungen mit sich bringen. Auf Brachflächen inmitten der Stadt entstehen beispielsweise nach Abriss leerstehender Gebäude wieder Freiflächen, auf denen durch natürliche Sukzession oder Renaturierung Wald entstehen kann. Die derzeitige Waldfläche ist das Ergebnis einer Waldzunahme durch Aufforstungen und Sukzession. Die Waldflächenanteile bleiben in siedlungsfernen Räumen meist konstant und nehmen in Gebieten, in denen die Bewaldungsprozente ohnehin schon über dem Durchschnitt liegen, weiter zu. In Agglomerationsgebieten bleiben sie aufgrund strikter Regelungen konstant.

Desweiteren ist zu beobachten, dass sich die Berührungslinien zwischen Wald- und Siedlungsrändern durch fortschreitende Siedlungserweiterungen im Umland der Städte verlängern. Ein Merkmal der heutigen Siedlungsrealität drückt sich nämlich im „randsuchenden Siedlungsverhalten“ der Menschen aus, die die (Wald-)Randsituationen bevorzugen (vgl. Sieverts 2003:6; vgl. Humpert 1997:42). Wohnen am Wald mit der Stadt im Rücken ist heute im Hinblick auf den o.g. Erholungswert eines Waldrands privilegiertes Wohnen.

¹⁶ MLR Baden-Württemberg (Ministerium für Ernährung und ländlichen Raum B-W) [online] <http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/cgi/styleguide/content.pl?Artikel_ID=512> (Stand 26.09.05)

¹⁷ Bents, D.: Attraktivität von Erholungslandschaften. Diss. Freiburg 1974. In: Kappelmann: Nutzung freigesetzter Flächen. Aus: Schriftenreihe des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Heft 356, 1988, S.53

¹⁸ Bundesministerium für Bauwesen und Raumordnung (BBR) [online] <http://www.bbr.bund.de/raumordnung/stadtregionen/umland.htm>

Freiraumbasierter/landschaftsarchitektonischer Städtebau

Aus Sicht der Raum- und Landschaftsplanung kann nach Aufmkolk (2005:59) die bisherige Haltung, geprägt von den Erfahrungen der letzten fünf Jahrzehnte, durch eine Raumplanung, die vornehmlich darauf angelegt ist, Wachstum von Siedlungs- und Verkehrsflächen zu lenken, charakterisiert werden, wohingegen die Landschaftsplanung sich in einer restriktiven Rolle des Sicherns, Bewahrens, Konservierens letzter Reste vermeintlicher Natur oder der Rekonstruktion von Elementen aus der Agrarlandschaft des 19. Jahrhunderts versteht.¹⁹

Während ehemals Freiraum also als „Rest der Siedlungsentwicklung“ (Selle 1999:36) verstanden wurde, ist man heute auf dem Weg, Freiraum als ein Gerüst urbaner Strukturen zu lesen, als integratives gestalterisches Element der Stadt- und Landschaftsplanung.²⁰ Es wird in jüngster Zeit wieder erkannt, dass die Aufgabengebiete von Stadt- und Landschaftsplanung angesichts der zunehmenden Verzahnung von Freiraum und gebauten Strukturen näher zusammenrücken (Jessen 1998:13). „Die Neugestaltung von ‚Landschaften‘ hat heute Hochkonjunktur.“²¹ Im Englischen existiert für die Mitte der 1990er Jahre entstandene neue Disziplin der Begriff „Landscape Urbanism“, dessen Ursprung in Nordamerika liegt.²² In Deutschland macht z.B. Lohrberg (2002) auf die Vorschläge von Koolhaas und Sieverts für den Freiraum als Ordnungsprinzip, als strukturierendes Element der Raumgliederung und Grundgerüst aufmerksam²³ und plädiert für einen freiraumbezogenen Städtebau. Weidinger (2006:207) spricht vom landschaftsarchitektonischen Städtebau. Selbst reliktartige Waldflächen sind geeignet, Stadtteile zu gliedern und Wohngebiete voneinander oder von Gewerbegebieten zu trennen. Darüberhinaus haben sie verbindende Funktionen. Oft sind Stadtwälder Teil eines stadtgliedernden Grünzuges, selbst ein Grünzug oder haben gar das Grünsystem einer Stadt entscheidend geformt. Hauptfrage bei raumplanerischen Überlegungen war bisher zumeist, wie Nutzungsansprüche, die im Rahmen der Bauleitplanung auftreten, von Waldflächen ferngehalten werden können. Es stellt sich aber auch die Frage, in welchem Maße der Wald mit seinen Schutz- und Erholungs- und Gestaltungswirkungen aktiv zur Geltung gebracht werden kann.

¹⁹ Viele Autoren (u.a. Haber 2001:13ff, Körner 2003:74ff, Breuste 2001:82) kritisieren diese Sichtweise der Landschaftsplanung, „die sich oft dem Naturschutz besonders verpflichtet (fühlt)“ (Haber 2001:16), der den Menschen als Störfaktor ausgrenzt. Es lässt sich allerdings eindeutig belegen, dass durch die Kultur auch neue Formen von Natur geschaffen werden.

²⁰ Vgl. u.a. Lohrberg 2002:10ff; vgl. Sieverts 1997:139; vgl. Bava 2002:72; vgl. Aufmkolk 2005:49ff; vgl. Selle 1999:36ff; vgl. Jessen 1998:13ff

²¹ Grundlagenpapier für das NWP 2003 [online] www.nwp-online.de/archiv/nfp2001/tisch-152a.pdf

²² Seit der kanadische Landschaftsplaner Waldheim 1997 das Programm „Landscape Urbanism“ an der School Of Architecture in Chicago gegründet hat, erschienen mehrere Veröffentlichungen hierzu.

²³ Dieses Umdenken findet in jüngster Zeit vermehrt Ausdruck in Fachkreisen. (Vgl. u.a. Lohrberg 2002; vgl. Tischer 2002; vgl. Ipsen u. Weichler 2005; vgl. Lootsma 2002; vgl. Dettmar und Weilacher 2003; vgl. Aufmkolk 2005:59) Diese Idee, Landschaft als Basis für den Städtebau zu betrachten, ist allerdings nicht neu. Schon in den 1950er und 1960er Jahren gab es Veröffentlichungen hierzu. (Vgl. Bronder 1954:82ff; vgl. Rossow 1957 in Rossow 1991:28ff; vgl. McHarg 1969)

2.4 Zusammenfassung

Wälder sind seit Jahrtausenden ausgeprägten Veränderungen unterworfen und konnten sich gleichzeitig immer wieder behaupten. Deutlich wird, dass sich Wälder immer in Übergangsstadien befinden, in urbanen Gebieten stark den Bedürfnissen der Gesellschaft unterliegen und immer in neuen Zusammenhängen mit der Stadt zu lesen sind. Während früher Städte kompakt und verstreut in der Landschaft lagen, dehnten sie sich im Prozess der Eingemeindungen und Regionalisierung über ihre Mauern aus. Während man früher von einem Innen der Stadt und einem Außen der Wälder sprechen konnte, kommt es seit Mitte des 20. Jahrhunderts durch grundsätzliche Veränderungen in der Stadt- und Landschaftsstruktur zu einem Verlust des Gegenübers. In Zukunft ist in Deutschland mit einer Zunahme der Wälder zu rechnen.

Während der Wald im Mittelalter außerhalb und lebensfeindlich war, wurden Wälder im Zuge des Städtewachstums, seit die Mehrheit der Gesellschaft urbane Lebensformen annimmt und nicht mehr existenziell vom Wald abhängig ist, als schöner Erlebnisraum positiv wahrgenommen, obwohl er längst zum Wirtschaftsforst geworden ist. Heute stehen Wälder gesetzlich unter striktem Schutz und haben Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion. In historischer Zeit existierten trotz der räumlichen Trennung zwischen Stadt und Wald enge Nutzbeziehungen der Städter zu ihm, wohingegen es heute keine notwendigen Nutzbeziehungen für die Mehrheit der Städter mehr gibt, sodass Wald mehrheitlich aus zweiter Hand wahrgenommen wird. Um 1900 wurden stadtnahe Wälder als ästhetische Waldparks als Gegenbild der Stadt ausgeformt, seit Anfang des 20. Jhs. kamen Ideen der Durchdringung von Stadt und Landschaft auf, dennoch wurde der mit städtischen Strukturen verzahnte Freiraum und somit auch Wald in der Nachkriegszeit auf Abstandsgrün reduziert, war lediglich Folie und Manövriermasse. Seit Mitte der 1990er Jahre wurden angesichts der zunehmenden Verzahnung von Stadt und Freiraum erkannt, dass Freiraum nicht mehr nur Rest der Siedlungsentwicklung ist, sondern als gleichwertiges integratives Element des Städtebaus zu sehen ist.

Festzuhalten ist, dass zu verschiedenen Zeiten ein spezifischer Umgang der Gesellschaft mit dem stadtnahen Wald erfolgte. Aus den bisherigen Kapiteln lässt sich schließen, dass Wald - wenn man die mentale Dimension einmal außer Acht lässt - ein komplexes System aus äußerer Gestalt und zeitlicher Dimension ist, das seit Jahrtausenden menschlichen Eingriffen, natürlichen Faktoren und - was den planerischen Umgang angeht - bestimmten Zielen und Ansprüchen unterliegt.

II Die Stadt Karlsruhe und das Stadtumland: Der planerische Umgang mit Wäldern 1870-2000

Im Anschluss an die vorangegangenen allgemeinen Betrachtungen der wesentlichen Prozesse in der Stadt-Wald-Beziehung soll der Schwerpunkt der Betrachtungen im Folgenden zunächst auf den konkreten Untersuchungsraum des näheren Umlands der Stadt Karlsruhe (1.), dann auf der Stadt Karlsruhe (2.) selbst liegen. Dabei ist es notwendig, schon im ersten Teil auf historische Beziehungen zwischen Wald und Siedlungen in der Region Karlsruhe sowie auf die Stadtgründung selbst einzugehen, da diese historischen, vor allem raumstrukturellen Rahmenbedingungen die Entwicklungsgeschichte der Stadt und den planerischen Umgang mit Waldflächen stark beeinflussen.

Es werden Entwicklungslinien des stadt- und landschaftsplanerischen Umgangs mit stadtnahen Waldflächen im Zeitraum 1870-2000 unter Berücksichtigung der jeweiligen Rahmenbedingungen nachgezeichnet. Unter dem dieses Kapitel als „roten Faden“ bestimmenden Aspekt der zwei Gegenpole „Waldinanspruchnahme“ und „Walderhaltung“ werden Konzepte im Zusammenhang mit Waldinanspruchnahmen – realisierte und nicht realisierte – sowohl in die städtebauliche Planungsgeschichte als auch in die konkrete städtebauliche Entwicklung eingeordnet.

Folgende Fragen stellen sich hierbei:

- Wie hat sich die Rolle des stadtnahen Waldes in stadtplanerischen Konzepten gewandelt?
- Welche Bedeutung hat der stadtnahe Wald für die Bevölkerung, die Planer, die Politiker, die Forstleute, und wie hat sie sich gewandelt?
- Welche Rahmenbedingungen haben zu welcher Art von stadt- und landschaftsplanerischem Umgang mit stadtnahem Wald geführt?
- Wie lässt sich der heutige planerische Umgang mit stadtnahem Wald kennzeichnen?

Diese Leitfragen werden durch weitere Unterfragen ergänzt:

- Wo liegen die Schwerpunkte der Stadtentwicklung in den einzelnen Zeitphasen?
- Welche Projekte der Stadterweiterung wurden auf Waldflächen geplant, stehen in engem Zusammenhang mit Wald?

1. Die Stadt- und Waldentwicklung der Stadt Karlsruhe und ihrem näheren Umland

1.1 Die Region um Karlsruhe: Historischer Überblick über ihre Beziehung zu Wäldern

Der Hardtwald und seine Nutzung

Bis ins Mittelalter war fast das gesamte Oberrheingebiet mit Wald bedeckt (s. Abb. 5). Der Hardtwald ist das die Umgebung nördlich und südlich des heutigen Karlsruhe prägende Landschaftselement neben Rheinniederung und Vorbergzone. Die ursprünglichen Hardtwälder beherrschten Eichen-Birkenwälder und waren „Hardte“, d.h. sie unterlagen einer intensiven Weide- und Holznutzung. Lediglich in der Mitte des Hardtrückens gab es große zusammenhängende Waldflächen.

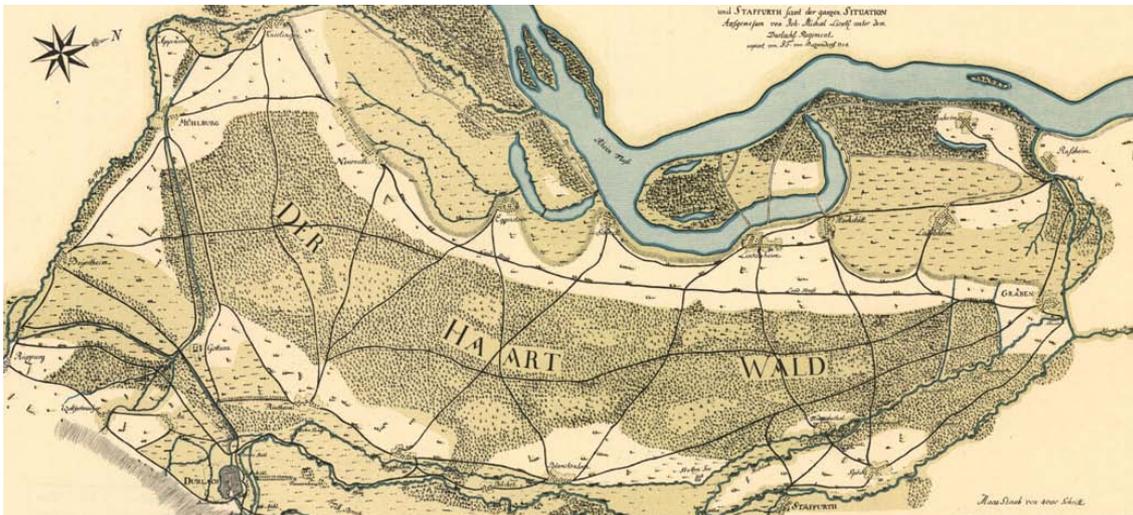


Abb. 5: Plan Grundriss der Ämter Durlach, Mühlburg, Graben und Staffurth samt der ganzen Situation 1714 [Quelle: StadtAK 8 PBS XVI 710]

Durch Aufforstungen wurde seit etwa 1500 die ertragreiche und raschwüchsige Kiefer die beherrschende Baumart (vgl. Musall 2003:125; vgl. Naturschutz im Landkreis Karlsruhe 1989:187). Sie diente nach den verschiedenen Kriegen zur Aufforstung der infolge von Bevölkerungsrückgang verwüsteten und abgeholzten Wälder und Äcker (vgl. Stephan 1974:78; vgl. Rommel 1933; vgl. Rupp 2004:136f). Der Hardtwald war durch den Landesherrn als Jagdgebiet und durch die Gemeinden als Nutzgebiet für Brenn- und Nutzholz sowie als Weidewald genutzt. Von der Zeit der Germanen bis ins spätere Mittelalter hinein entstanden Siedlungen durch Waldrodungen (vgl. Chronik Karlsruhe 1992). Dabei besaßen zwangsläufig die besten Böden, ebene Flächen und verkehrsgünstig gelegene Gebiete Vorrang. Die Siedlungen entstanden auf den Nord-Süd-Korridoren beiderseits des Hardtwaldes in Kettenform am Hochgestade, am Fuße der Vorbergzone entlang der dort verlaufenden ehemaligen Römerverkehrswege, ferner auf den Kiesbänken im Tiefgestade, auf Mulden und Rodungsinseln im

Bergland (Richrath 1976:116f).²⁴ Neureut, erstmals 1261 urkundlich genannt, verdankte den Rodungen des Klosters Gottesau seine Entstehung. „Die Gottesauer (...) Lushardt war im Spätmittelalter in die Nutzung einer Waldgenossenschaft übergegangen, bestehend aus den Dörfern Beierteim, Blankenloch, Büchig, Hagsfeld, Neureut, Rintheim und Spöck“ (Leister 1966 zit. In Stephan 1974:16).

1.2 Die Waldlage der Residenzstadt und die daraus resultierenden Bedingungen

Der Hardtwald als Wildpark

Zunächst wurde im Jahre 1714 keine Stadt, sondern eine Jagdschlossanlage (Leiber 1996:13) mit einem Wildpark, wie sie aus Beispielen der damaligen Zeit bekannt war, geplant (vgl. Leiber 1991:26). Die Zirkelanlage mit Wegestrahlen wurde nach Vorbild des sog. Jagdsterns entworfen (vgl. Mangler 1960:10; vgl. Leiber 1996:15). Neben dem Jagdschloss sollte eine Schlossanlage gebaut werden. Die Anlage in Karlsruhe bestand also aus einem „Wegestern zur Walderschließung und einem Ruhesitz, aus einer Jagd- und Tiergartenanlage“ (Leiber 1991:26). Durch den Wegestern wurde der schnelle Holztransport sowie eine schnelle Wegeverbindung zu den umliegenden Siedlungen ermöglicht. Die Zahl der radialen Wege orientierte sich an den Dörfern auf beiden Seiten der Hardtebene. Für die Anlage von Karlsruhe bestand also die Aufgabe, das Zentrum mit den Zielorten zu verbinden (Leiber 1996:13 u. 32f). Aber nicht nur funktionale, auch gestalterische Kriterien wie die Zentrierung auf einen Mittelpunkt, von dem aus der Herrscher nach allen Seiten blicken konnte, führten zur Entstehung des Wegesterns (Leiber 1996:33). Aus einem Lustschlösschen entstand 1715 ein Schloss als Sommersitz. Um die Versorgung des Hofes zu sichern, kam Wohnbebauung hinzu. 23 Wegestrahlen verliefen im Wald, die restlichen neun bildeten nach Süden hin die Straßenanlage, in die die Bebauung eingepasst wurde. Das Schloss wurde in der damals üblichen Weise als Dreiflügelanlage konzipiert, war somit ein gerichteter Bau und gab schon die Richtung für die Wohnbebauung vor. Es gab ein „Hinten“ und „Vorne“, was die weitere Stadtentwicklung und somit das Stadtbild von Karlsruhe maßgeblich prägte. Das „Hinten“ bestand zunächst aus einem ausgedehnten Waldgebiet, welches bis heute als zusammenhängendes Landschaftselement bestehen blieb (s. Abb. 6). Nach Leiber (1996:30) lag am Anfang kein städtebaulicher Ansatz zugrunde. Aus der Tatsache, dass die nachfolgende Stadtanlage durch die hinderliche Ausdehnungsmöglichkeit nach Süden aufgrund der Lage an der Landesgrenze geprägt war, wird ersichtlich, dass der Gedanke einer Stadtgründung ursprünglich nicht erwogen wurde. Ungewöhnlich erscheint deshalb nach Leiber (1996:15), dass man im Fall Karlsruhe diese Form nach dem Entschluss, die Anlage zu einer bürgerlichen Ansiedlung auszubauen, beibehalten hat.

²⁴ Die Ortsnamen der frühesten Siedlungen, die weit vor der Stadtgründung in Waldgebiete der Niederterrasse gebaut worden sind, zeugen von einer engen Beziehungen zum Wald im Karlsruher Raum: z.B. Scheibenhard (1150 Seibenhardt, sciba = Scheibe, Kreis, hart = Wald, kreisrunde Fläche im Wald) und Neureut (= Neue Rodung).

Ausbau der Residenz zur Stadt

Im Gegensatz zu den o.g. historischen Siedlungsgründungen ist die Entstehung der Stadt im Jahre 1715 insofern ein „Willkür-Akt“ durch Markgraf Karl Wilhelm, als der Standort Karlsruhe nicht topographischen und historisch-ökonomischen Entwicklungsbedingungen und damit verbundenen „Zwängen“ folgte. Durch den Ausbau der Residenz zur Stadt wurde der Hardtwald in zwei Teile geteilt, in die „untere Hardt“, die sich nördlich der Stadt bis nach Graben erstreckt und die „obere Hardt“, südlich der Stadt. Karlsruhe entstand im Hardtwald an der Verbindungsstraße zwischen Mühlburg und Durlach zwischen Rhein und Schwarzwald und ist eine Planstadt, deren Entwicklung sich in west-östlicher Längsrichtung vollzog. Die historische Entwicklung von Karlsruhe und des Umlandes und die o.g. grundlegenden Naturgegebenheiten definieren für den Raum Karlsruhe jede räumliche Konzeption: der Rheinstrom, die Auelandschaften, das Hochgestade, der durchlaufende Hardtwald und der grüne Hang des Schwarzwaldes. „Die räumliche ‚Befreiung‘ durch die Neugründung eröffnete große Siedlungspotentiale sowohl in quantitativer Hinsicht (große ebene Flächen) wie auch in qualitativer Hinsicht (Fächergrundriss, Stadtwachstum in zusammenhängenden Quartieren in fast alle Richtungen, Überschaubarkeit, Erschließung...)“ (Einsele u. Kilian 1997:11).

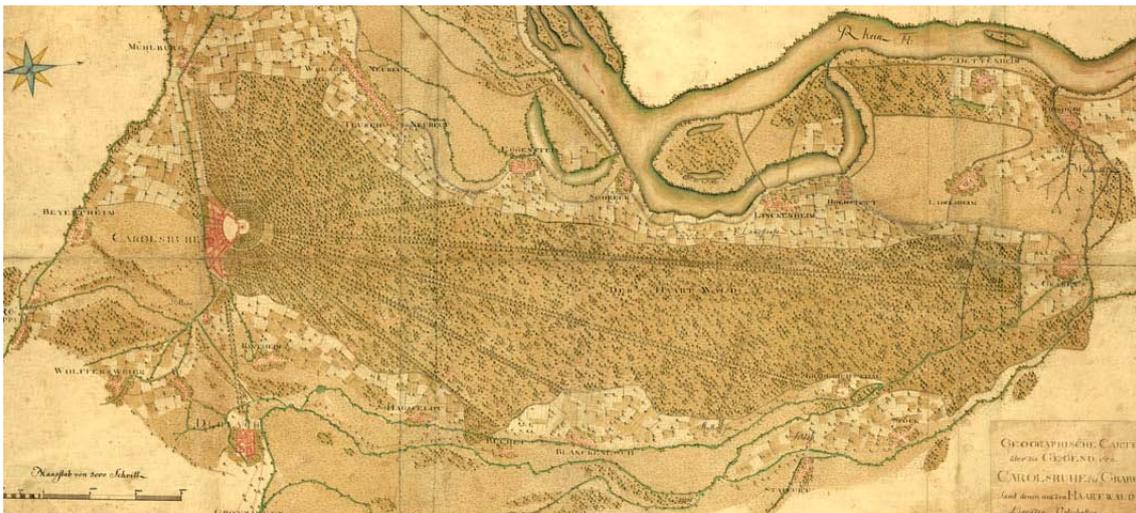


Abb. 6: Plan Karlsruhe und Umgebung 1792 [Quelle: StadtAK 8 PBS XVI 103]

Fazit

Das Bauen im Wald bei der Gründung Karlsruhes erlaubte aufgrund der Tatsache, dass nur ein Wille darüber verfügen konnte, und aufgrund des „Zugriffsrechts“ auf das Gelände den Bau einer einheitlichen Musteranlage, eines Gesamtkunstwerkes in verhältnismäßig kurzer Zeit, ohne auf benachbarte Bebauungen und Hoheitsgrenzen Rücksicht nehmen zu müssen. Desweiteren wurde der Wald als Jagdgebiet in einem geometrischen System in die Planungen miteinbezogen, man machte ihn direkt nutzbar. Der Wald mit seinen Jagdstrahlen bildete den Kontext für die Jagdschlossanlage. Es herrscht also eine enge Beziehung zwischen Wald und Bebauung, sowohl nutzungsbedingt als auch gestalterisch durch den Grundriss der Anlage in Verbindung mit den Wegestralen.

Stadtausbau innerhalb der Gemarkung: Wald als landesherrlicher Bannwald

Die räumliche Entwicklung von Karlsruhe lässt sich in zwei deutliche Abschnitte gliedern: in die Zeit des landesfürstlichen Städtebaus und in ein Zeitalter des kommunalen Städtebaus. Bis etwa Mitte des 19. Jahrhunderts dehnte sich Karlsruhe räumlich nur geringfügig und langsam aus, da der Hardtwald zum Jagdgebiet angelegt (Rommel 1933:45-57) und daher lange Zeit geschützt war. Der Wald wurde zunächst südlich des Schlosses - bedingt durch den Grundriss der Schlossanlage mit seinen Flügeln - zwischen den diese Flügeln fortsetzenden Strahlen in Anspruch genommen. Bis zum Jahre 1870 konnte das Wachstum der Stadt durch die Erschließung von Baugelände innerhalb der damaligen Gemarkungsgrenze der Stadt erfolgen. Die klassizistische Stadt reichte bis an die drei Tore, Mühlburger Tor im Westen, Durlacher Tor im Osten und Ettlinger Tor im Süden (Abb. 7). Die Siedlungsfläche von Karlsruhe und die umliegenden Dörfer lagen verstreut in der Landschaft und waren kompakt (Abb. 8). Die Wälder grenzten an die Siedlungsfläche, bedingt durch ihre Nutzung als Jagdgebiet des Fürsten, hatten aber keinen wirklichen Bezug zur Reststadt, die sich nach Süden ausdehnte. Bis zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die Stadt nur zögernd. Gründe waren: „1. Die Katasterfläche der Stadtgemarkung war zunächst sehr klein und ließ keinen Raum für vorausschauende Planungen. 2. Der unmittelbar nördlich an den Stadtkern angrenzende Hardtwald stand als Tabufläche (landesherrlicher Bannwald) nicht zur Disposition, entsprechend wurde die südliche Erweiterungsrichtung bereits von den Stadtgründern vorgegeben. 3. Die ungünstigen naturräumlichen Gegebenheiten: im Osten bildeten die Bruchniederung, im Westen das Tiefgestade zunächst unüberwindliche Siedlungshindernisse“ (Hammer 1885:145).

Der Hauptteil der Untersuchung beschränkt sich daher auf die Zeit seit 1870, die Zeit des rasanten Wachstums der Stadt und der modernen kommunalen Stadtplanung.

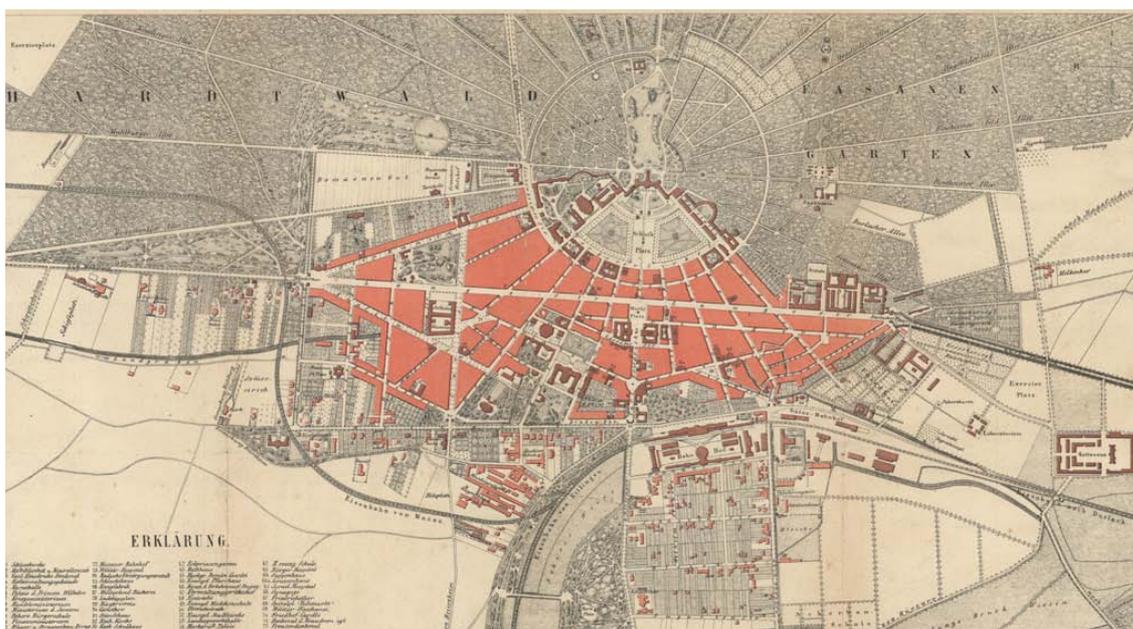


Abb. 7: Plan Stadt Karlsruhe 1869 [Quelle: StadtAK 8 PBS XVI 218]



Abb. 8: Plan Karlsruhe und Umgebung 1860 [Quelle: StadtAK 8 PBS XVI 863]

Die Entwicklung von Stadt und Wald in Karlsruhe im 20. Jahrhundert

Fokussiert man auf das Stadtgebiet Karlsruhe im 20. Jahrhundert, so erkennt man auf dem Plan „Eingemeindungen und Stadterweiterungen bis 1995“ (Abb. 9), wie sich die Gemarkungsgrenzen im Zuge des Stadtwachstums vergrößerten.²⁵ Die zur heutigen Stadt gehörenden Waldflächen erhielt sie zum größten Teil im Zuge von Eingemeindungen (Abb. 9).

Von der 17.347 ha umfassenden Gemarkungsfläche des Stadtkreises Karlsruhe entfallen heute auf den Wald etwa 4517 ha oder 26%²⁶. Größter Waldbesitzer im Stadtkreis ist das Land Baden-Württemberg mit 2370 ha Staatswald, 2150 ha gehören der Stadt Karlsruhe und 49 ha sind in Privatbesitz. Die Flächenentwicklung von Karlsruhe im Untersuchungszeitraum zeichnet sich dadurch aus, dass die Siedlungsflächen – in bestimmten Zeitphasen zwar unterschiedlich schnell und mit unterschied-

²⁵ Während das Verhältnis von bebauter Fläche zu Freifläche Mitte des 19. Jahrhunderts bezogen auf die Gemarkungsfläche von 1974 noch 1:41 war, betrug im Jahr 1890 1:18, im Jahre 1974 nur noch 1:1,8. (Mitteilungen des Baudezernats – Landschaftsplanung 1975:3.1f)

²⁶ Aus der Flächenerhebung 1985 und 2001. In: Erläuterungsbericht Band 1 – NVK FNP 2010. S. 45

licher Flächenausdehnung – kontinuierlich zugenommen haben. Bis zum Zweiten Weltkrieg wurde die zusammenhängende Waldstruktur weitgehend bewahrt, dennoch haben nicht zu übersehende Rodungen stattgefunden. Nach Schätzungen erfolgte ein Drittel aller Waldinanspruchnahmen auf der alten Stadtgemerkung Karlsruhe seit 1780 in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg (Kälble 1982:675). Festzustellen ist, dass ab 1978 bis heute die Waldflächen annähernd konstant geblieben sind. Da die Bautätigkeiten hauptsächlich in der Vorkriegszeit und Nachkriegszeit stattfanden, lässt sich die Untersuchungsphase in drei Abschnitte gliedern, die durch Kriege einschneidende Zäsuren erfuhren. Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg lässt sich zudem aufgrund eines grundsätzlichen Bewusstseinswandels zu Umwelt und Natur sowie eines Wertewandels in zwei Teile gliedern. Der erste behandelt die Zeit vor 1975 (3.), der zweite die Zeit von 1975 bis 2000 (4.).

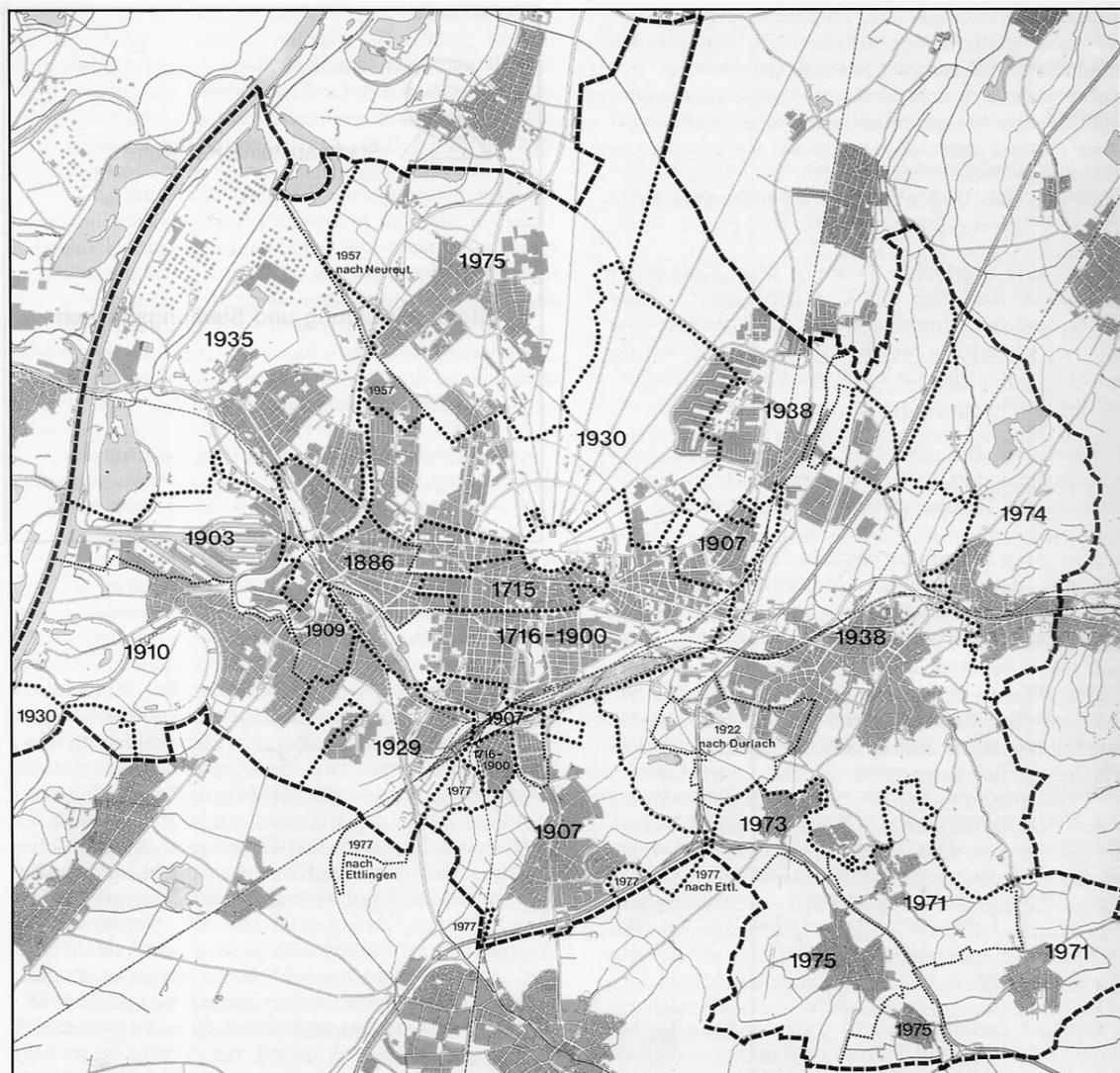


Abb. 9: Plan Eingemeindungen und Stadterweiterungen bis 1995 [Quelle: Einsele/Kilian 1997]

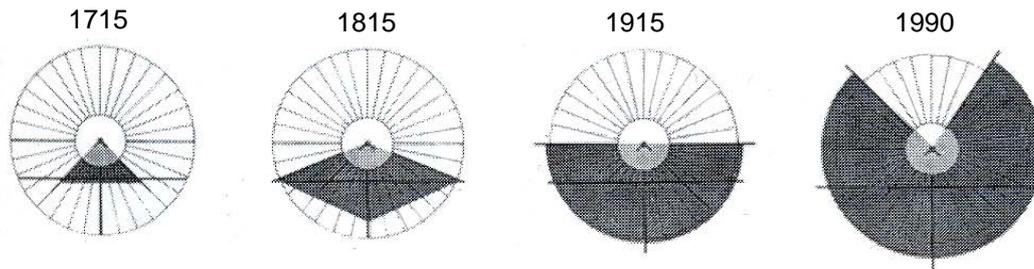


Abb. 10: Stadtentwicklung 1715 –1815 –1915 – 1990 [Quelle: Einsele/Kilian 1997]

Da die planmäßige Anlage der Stadt Karlsruhe mitten in einem Waldgebiet erfolgte, musste dementsprechend fast für jede Siedlungserweiterung Wald in Anspruch genommen werden. Trotzdem blieben in der zeitlichen Phase bis zur Industrialisierung Landschaft und Siedlungsraum in einem Gleichgewicht (Arbeitskreis Regionale Geographie und Regionalplanung 1985:4/3, 1.1). Festzuhalten ist, dass der nördliche Hardtwald bis heute als zusammenhängende große Waldfläche bis in das Stadtzentrum hineinragt. Gründe hierfür sind...:

...das verhältnismäßig geringe Alter der Stadt:

Karlsruhe ist erst 1715 gegründet worden, so dass große zusammenhängende Waldflächen im Umkreis der Stadt im Gegensatz zu Mittelalterstädten, in denen über einen viel längeren Zeitraum hinweg eine intensive Wald- und Holznutzung stattgefunden hat, nicht irreversibel zerstört wurden und heute in der Stadt immer noch wahrgenommen werden können,

...zugleich der Umstand, dass der Markgraf den Wald bis 1918 als Jagdgebiet nutzte, der Wald somit über 200 Jahre unter Schutz stand und bis Anfang des 20. Jahrhunderts zu großen Teilen erhalten werden konnte,

...die Tatsache, dass neue Energieträger das Holz ersetzen, der Druck auf die Holznutzung dementsprechend nicht mehr so stark war wie beispielsweise um 1800,

...das starke Aufkommen des Walderholungsgedankens im gesellschaftlichen Bewusstsein vor allem nach dem Fall der Monarchie als Gegenreaktion auf die Industrialisierung der Stadt und des Waldschutzgedankens seit den 1970er Jahren.

1.3 Der stadtfornere Wald als Baulandreserve für Groß-(Prestige)projekte

Während die vorangegangenen Abschnitte sich vorrangig auf historische Gesichtspunkte konzentriert haben, wird in diesem Abschnitt - bevor das Augenmerk auf die Gesamtstadt Karlsruhes im Zeitraum 1870-2000 gerichtet wird - der Blickwinkel auf das nähere Umland Karlsruhe erweitert, da Waldgebiete sich natürlich über die Gemarkungsgrenzen hinaus erstrecken. Hierbei geht es vorrangig um die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts. Als räumliche Begrenzung dient der Raum des 1976 gegründeten Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe (NVK) (s. Teil II, 5.3.3). Betrachtet man zunächst nicht nur den heutigen Nahbereich der Stadt Karlsruhe, sondern weitet

sein Augenmerk zunächst mit Hilfe historischer Pläne des Raumes Karlsruhe²⁷, des Flächennutzungsplans des NVK 2010 und einer Karte über Waldflächenentwicklung im Raum Karlsruhe²⁸ auf ihr Umland aus, so sind aus dieser Übersicht die Standorte von bisher erfolgten großflächigen Bautätigkeiten im Zusammenhang mit Waldinanspruchnahmen in der Region schnell erkennbar. Viele größere punktuelle Eingriffe in Waldflächen befinden sich in einiger Entfernung vom Stadtzentrum Karlsruhes in der Nähe umliegender Gemeinden oder kleinerer Städte. Untersucht man diese im Hinblick auf ihre Nutzung und ihre Entstehungsursachen, fällt auf, dass sie allesamt öffentliche Anlagen sind, die von der Stadt Karlsruhe mittelbar oder unmittelbar veranlasst worden waren, und z.T. hauptsächlich auf die Stadt Karlsruhe bezogen sind.



Abb. 11: Luftbild Kernforschungszentrum, heutiges Forschungszentrum (eigene Aufnahme)

Beispielsweise fällt einem das in den Hardtwald gebaute, mehr als 2,5 km² Waldfläche in Anspruch nehmende Forschungszentrum auf, das ehemals 1956 mit Atomreaktor als Kernforschungszentrum geplant und genutzt wurde und „aus Sicherheitsgründen“ (Beilage der B.N.N. 28.6.1996) ca. 9 km nördlich des Karlsruher Stadtzentrums auf dem Gebiet der Nachbargemeinde Eggenstein-Leopoldshafen liegt. Zu jener Zeit des technischen Fortschritts waren Wissenschaft und Wirtschaft gleichermaßen an einem Reaktorprojekt sehr interessiert. Da das für den Reaktorbau zunächst in Aussicht genommene Gelände in Karlsruhe-Maxau – heute Raffinerie Standort – sich als ungeeignet erwies, wurde daraufhin in kürzester Zeit vom Landkreis Karlsruhe ein Alternativgelände nördlich von Karlsruhe im Hardtwald angeboten. Der Wald scheint als Reservefläche zur Durchsetzung kommunalpolitischer Interessen sehr geeignet. „Maßgebliche Unterstützung jedoch leisteten einflussreiche Kommunalpolitiker (...)“ (Forschungszentrum Karlsruher GmbH 2000:12). Auseinandersetzungen, deren Kern der Widerstand der Bevölkerung der Nachbargemeinden gegen diesen Standort war, wurden Ende 1958 außergerichtlich beigelegt. Auch der Bau der Raffinerien am Rheinhafen auf ehemaligem Waldgelände ist ein Beispiel für ein solches störendes, aber wirtschaftliche Vorteile bringendes Großprojekt. Es gab keine Vorbehalte, man war stolz.

²⁷ Karten „Karlsruhe und Umgebung“ (1860), (1913), (1969) aus Spoerhase 1970; „Carte der Umgegend von Karlsruhe“ aus Huhn (1843)

²⁸ Karte „Entwicklung der Waldflächen im Raum Karlsruhe 1875-1978“ aus Hammer 1985

Aus der Literatur ist zu entnehmen, dass es überdies auch nicht realisierte Planungen in Wäldern um Karlsruhe gab, die wiederum öffentliche, störende, aber wirtschaftliche oder sonstige Vorteile für die Stadt bringende Projekte darstellen, wie beispielsweise ein Flugplatz außerhalb der Stadtgrenzen im Hardtwald zwischen Durmersheim, Malsch und Bruchhausen. Dieser Vorschlag entstand durch Regierungspräsident Munzinger vom Regierungspräsidium Nordbaden im Zuge der Verhandlungen zur Freigabe des Flugplatzes auf dem ehemaligen Exerzierplatz westlich der Amerikanersiedlung, in der die Amerikaner 1960 einen Umzug auf einen neuen Flugplatz außerhalb Karlsruhe zusagten. Das Gelände war eine zur Gemeinde Malsch gehörende Waldfläche von 70 ha (Heck 1998:91f). In der auch im Karlsruher Stadtrat heftig geführten Diskussion um das Projekt „Flugplatz Malsch“ stand der Interessenskonflikt „Lärmschutz für Krankenanstalten und Anwohner“ oder „Verlust durch Waldbestand“ im Vordergrund. Dieser Plan scheiterte allerdings am energischen Widerstand aus Malsch gegen die Abholzung des Waldbestandes (Koch 1999:100f). Als weitere Projekte seien der Rangierbahnhof im Plan von Schweizer (1943/1948) und die Autobahn von der französischen Grenze quer über das Albtal (ca. 1965/1966) zu nennen.

Fazit:

Planungen größeren Umfangs, die einerseits der Stadt bzw. ihrem Fortschritt und somit ihrem Wachstum und ihrer Wirtschaft dienen, andererseits aber unattraktiv für das Stadtbild erscheinen oder eine bestimmte Gefahr und Unannehmlichkeiten aufgrund von Immissionen, Lärm o.ä. für die Stadt und die Bewohner darstellten, wurden auch aufgrund des geringen Flächenangebotes möglichst entfernt zur Stadt in den Wald an den Stadträndern konzipiert. Aufgrund der Besitzverhältnisse – sie waren meist in einer Hand und nehmen großen Flächen ein – wurden die in einiger Entfernung zur Stadt gelegenen Wälder vor allem in der Nachkriegszeit als Baulandfläche für große die Wirtschaft und das Wachstum der Stadt fördernde Projekte in Anspruch genommen, die in der Zeit Wichtigkeit und Bedeutung hatten. Deutlich wird, dass politische Entscheidungen der Großstadtpolitiker, beeinflusst durch die angebliche Bedarfsnotwendigkeit der jeweiligen Zeit, den stadtplanerischen Umgang mit den etwas stadtfirneren Waldflächen im Umland maßgeblich bestimmten. Andererseits gab es im Hinblick auf das Verhältnis Bebauung und Wald auch einen positiven Aspekt: das Forschungszentrum im Wald stört die freie Landschaft kaum, nur die Schornsteine sind sichtbar.

Im folgenden Übersichtsplan (Abb. 12), der einen Ausschnitt des NVK zeigt, wird die Lage punktueller und flächiger Waldinanspruchnahmen von etwa 1870 bis 2000 dargestellt, die in den folgenden Kapiteln genannt und z.T. näher beschrieben werden. Dabei handelt es sich um eine Auswahl.

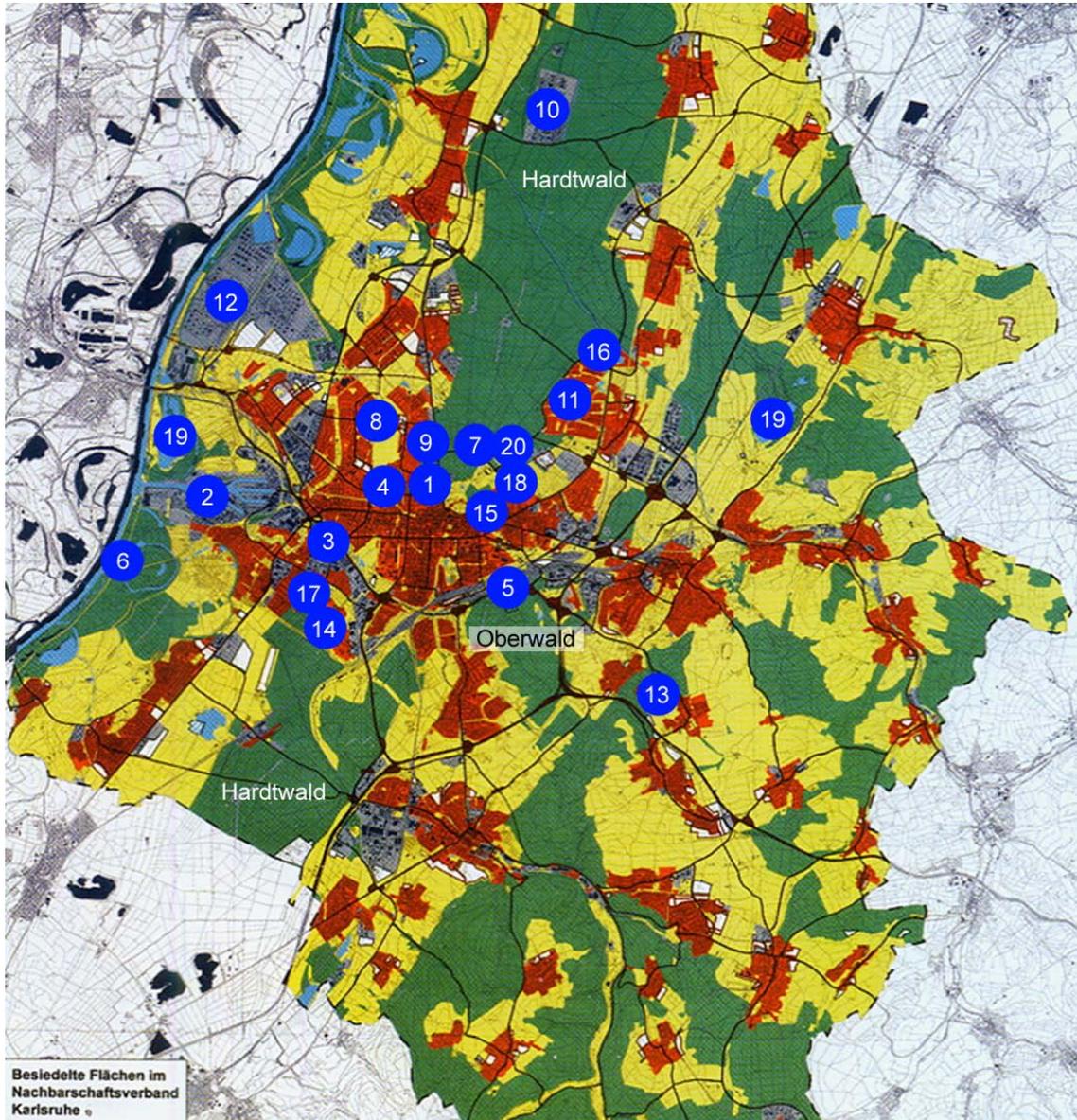


Abb. 12: Wesentliche Waldinanspruchnahmen im NVK – Planausschnitt NVK, verändert auf Grundlage des Plans „Besiedelte Flächen im NVK“ 2005 [Quelle: NVK Planungsstelle 2006]

- | | |
|---|---|
| 1) Großbürgerliches Villenviertel (ab 1885),
Hochschule KA – Technik u. Wirtschaft (1962-72) | 12) Ölraffinerie und Folgeanlagen (1958/59) |
| 2) Rheinhafen (1901) | 13) Bergwaldsiedlung (1965-73) |
| 3) Westbahnhof (um Jahrhundertwende) | 14) Oberreut (1963-70) |
| 4) Städtisches Krankenhaus (1903-07) | 15) Unierweiterung (1960er Jahre) |
| 5) Hauptbahnhof (um Jahrhundertwende) | 16) Europaschule, Europ. Viertel (1963/64) |
| 6) Rheinstrandbad Rappenwört (1929) | 17) Schulzentrum Südwest (ab 1976) |
| 7) Parkring (Ende 1920er Jahre) | 18) Forschungszentrum Umwelt (1997) |
| 8) Erweiterung des Flugplatzes (1939) | 19) Kiesgruben und sonstiges |
| 9) Paul-Revere-Siedlung, Nordstadtteil (ab 1950) | 20) Sportanlagen |
| 10) Forschungszentrum (1956) | |
| 11) Waldstadt-Waldlage (1957-1970) | |

2. Wald als Wirtschaftsforst - Der Umgang mit Wäldern in Karlsruhe 1870-1918

2.1 Rahmenbedingungen 1870-1918

2.1.1 Stadt- und Bevölkerungsentwicklung

Ende des 19. Jahrhunderts kam es in Baden zu innen- und außenpolitischen Umbrüchen. Die 1871 vollzogene Reichsgründung führte zu einer eigenständigen Außenpolitik und zu einer einflussreicheren Landesregierung, während die Souveränität des Großherzogtums geschwächt wurde. Von grundlegender Bedeutung für die Stadtentwicklung waren die Veränderungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes und die Industrialisierung. Durch die Annexion von Lothringen und Elsass, deren Folge ein starker Bevölkerungszuwachs war, verlor Baden den Status eines Grenzlandes (Asche 1998:298ff). Seit der Reichsgründung verursachte der verstärkt einsetzende Agglomerations- und Konzentrationsprozess, der zwischen 1870 und 1910 sein größtes Ausmaß erreichte, in den Industriemetropolen im Südwesten Deutschlands größere Waldflächenverluste. Neben militärischen und zivilen Einzelbauten gab es in Karlsruhe eine räumliche Ausdehnung über die Stadtgrenzen hinaus in Form von Baugebieten im Süden, Südwesten, Westen und Osten der Stadt.

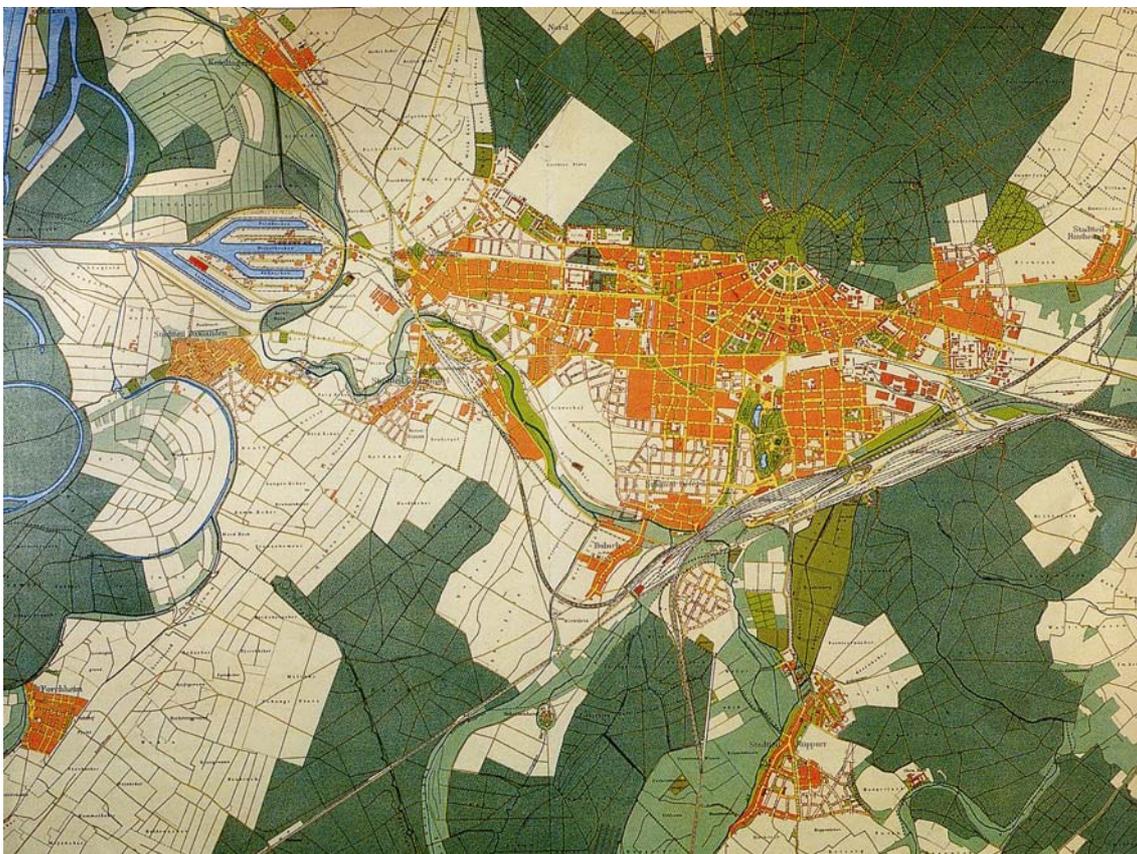


Abb. 13: Plan Stadt Karlsruhe 1914 [Quelle: StadtAK 8 PBS XVI 599]

Es fand im Zuge dieser großflächigen Stadterweiterungen eine Funktionstrennung innerhalb der Stadt statt, die mit der Bildung von Arbeiterwohngebieten, Villengebieten und Industriegebieten am Stadtrand einhergingen. Nach Westen dehnte sich die Stadt durch die Eingemeindung Mühlburgs und die Eröffnung des Rheinhafens aus. Westlich des Mühlburger Tores bildete sich seit den 1870er und 1880er Jahren ein großflächiger, teilweise in den Hardtwald gebauter Stadtteil aus, das heutige Musikerviertel. Durch aktive Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung entstanden im Bannwaldbezirk im Westen und vor dem Durlacher Tor im Osten neue Industriegebiete. Im Osten und Süden entstanden Blockrandbebauungen (Reinhard 1991:131). Nach Süden hin beschränkten die Bahnlinien und der Rangier- und Güterbahnhof die Südentwicklung der Stadt. Daher wurde der Hauptbahnhof 1913 von seinem stadtnahen Standort beim heutigen Staatstheater nach Süden verlegt, womit einerseits eine störende Trennung zwischen Südstadt und Innenstadt aufgehoben, andererseits aber eine erneute Grenze für die südliche Stadterweiterung errichtet wurde (s. Abb. 13).

2.1.2 Vom Jagdgebiet zum forstlichen Nutzwald und Erholungswald

Das beginnende 20. Jahrhundert stellte andere Anforderungen an den Wald. Baden und Württemberg entwickelten sich von Agrar- zu Industrieländern. Da Steinkohle nun als Energieträger zur Verfügung stand, verlor Brennholz an Wert, war Nutzholz gefragt. Da der Hardtwald und der Wildpark bis Anfang des 20. Jahrhunderts eine „abgesonderte Gemarkung“ (Rommel 1933:5) bildeten und der Wildpark sowie der Fasanengarten bis 1918 der Bevölkerung nicht zugänglich war, war seine Bedeutung bis dahin für die Stadtbewohner gering. Etwa 80% des großherzoglichen Wildparks wurde ab 1918 Teil des Forstbezirks Hardt (Exkursionsführer für den Forstbezirk Karlsruhe-Hardt ca. 1957:2). Neben der Holzproduktion gewannen neue Dimensionen wie der Zeitvertreib in der Natur, Erholung und Naturerleben, die bis dahin kaum thematisiert worden waren, allmählich an Stellenwert. In Karlsruhe entwickelte sich das Spaziergehen als Freizeitbeschäftigung der Bürger schon im 18. Jahrhundert (Stadt Karlsruhe Gartenbauamt 2005:4).

2.2 Waldflächeninanspruchnahmen als Einzelfälle

Durch mehrere Eingemeindungen um die Jahrhundertwende (Mühlburg 1885, Beierteim, Rüppurr, Rintheim 1907, Grünwinkel 1909) kamen auch Wälder in die Gemarkungsfläche der Stadt. Nach 1900 sind geringe Waldverluste in der Rheinniederung im Zusammenhang mit dem Bau des Rheinhafens zu verzeichnen (Stephan 1974:90). Nur zögerlich wagte man sich bis 1914 von Westen her in den nördlich der Stadt angrenzenden Hardtwald, der an dieser Stelle die Ost-West-Achse der Stadt berührte (Abb. 13). Zu unterscheiden ist zum einen die Größe der baulichen Maßnahmen - kleine Einzelprojekte einerseits und zusammenhängende größere Komplexe andererseits, zum anderen ihre Lage - Einzelobjekte, als privilegierte Bauten, mitten in großem Waldgebiet wie das Forsthaus oder die Majolika und direkt an

die Stadt als Stadterweiterung erkennbare Bauten wie die Grenadierkaserne, die Kadettenanstalt, die heutigen Oberfinanzdirektion, oder das Villenviertel sowie das Städtische Krankenhaus. Waldinanspruchnahmen erfolgten also bezüglich Größe und Raum auf unterschiedliche Art. Auch lassen sich die Hauptnachfragegruppen für Flächenansprüche an den Wald zu der Zeit deutlich an der Auflistung ablesen: es sind zum großen Teil staatliche oder städtische bzw. noch großherzogliche Planungen.

Waldflächeninanspruchnahmen 1870 - 1918 (s. Abb. 12):

- Großbürgerliches Villenviertel um Bismarckstraße und Moltkestraße (ab 1885)
- Aus- und Neubau des Eisenbahnnetzes (Ende des 19. Jahrhunderts)
- Ausstockung des Weiherwaldes, Ausstockung Ringelberg und Fritschlach für Landwirtschaftsflächen (zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts)
- Gelände des neuen Hauptfriedhofs
- Heim der Karlsruher Schützengesellschaft mit Schießstand
- Großherzogliche Majolikafabrik
- Fernheizwerk für den Schloßbezirk
- Kadettenanstalt (1889-1892)
- Grenadierkaserne (1893-1897)
- Rheinhafen (1901)
- Städtisches Krankenhaus (1903-1907)
- Verkehrsanlagen: Neugestaltung der Bahnanlagen (Westbahnhof bei Grünwinkel, Hauptbahnhof) (um Jahrhundertwende)²⁹
- Forsthaus (1905)

Neben vereinzelt stadtnahen Waldinanspruchnahmen für militärische und öffentliche Einrichtungen sowie für Landwirtschaftsfläche nahmen parallel dazu auch seit dem Inkrafttreten des badischen Forstgesetzes von 1854 Aufforstungstätigkeiten vor allem in den Mittelgebirgen auf Ödland und Grenzertragsböden zu. Als Impuls für die Aufforstungswelle können die Abwanderung ländlicher Arbeitskräfte in die Städte sowie die Umstellungen in der Landwirtschaft, internationaler Handel, eine Verbesserung der Verkehrswege und steigende Holzpreise gelten (Hammer 1985:74f).

2.3 Erste Gesamtstadtpläne - Wald ohne Bedeutung

Vor 1857 gab es keine Erweiterungspläne o.ä. für Karlsruhe. Für die Stadtentwicklung in dieser Zeit bezüglich räumlicher Ausdehnungsmöglichkeiten wurde auf Baupläne der 1840er Jahre zurückgegriffen und weitere Baugebiete im Süden, Südwesten, Westen und Osten der Stadt ausgeschrieben. Anfang des 19. Jahrhunderts wurden kaum Grenzen in Form von Zäunen und Gräben übersprungen, da das Verbot bestand, zur besseren Kontrolle für die Erhebung von Verbrauchersteuer an den

²⁹ Informationen aus: Hammer 1985; Stadt Karlsruhe – Stadtarchiv 1998; Das Rektorat der Fachhochschule Karlsruhe 2003

Stadttore nicht außerhalb des Stadtgebietes zu bauen. Die Bauordnung von 1843 sah ebenso diese Einschränkung mit Ausnahme für großflächige Fabriken und Gartenhäuser vor. Erst 1857 bekam Karlsruhe einen Stadtbauplan, der nur als Text existierte.

1868 gab es im Zuge eines wirtschaftlichen Aufschwungs und der Erweiterung der Bahnanlagen die Forderung der Großherzoglichen Wasser- und Straßenbaudirektion nach einem neuen Stadtbauplan. 1871 wurde die künftige Entwicklung der Stadt festgelegt (Ringler 1991:50ff). Waldflächen waren nicht betroffen. Die Planungen wurden in keinem eigenständigen Planungsdokument ausgewiesen, sondern wurden als vorgesehene Stadterweiterung in die damaligen Stadtpläne ab 1871 eingezeichnet. An eine differenzierte stadträumliche Ausformung der Freibereiche und der Straßen wurde nicht gedacht, es war ein technischer Städtebau. Erst zu Beginn des 20. Jahrhundert wurde das Stadtgebiet mit allen seinen Funktionen als Einheit betrachtet. Es entstand das neue Aufgabenfeld Stadtplanung.

Aufgrund der Möglichkeiten der aus den Grundstücken zu erzielenden Profite, verursacht durch die „Baufreiheit“, kam es zu hohen Baudichten, aus denen ungesunde Wohnverhältnisse entstanden. Dies führte Ende des 19. Jahrhunderts zur harten öffentlichen Kritik an der Städteentwicklung, die Anfang des 20. Jahrhunderts in neue Reformbewegungen mit antistädtischen Visionen mündeten. Konkret entstanden nach Englands Vorbildern Gartenstädte wie die Gartenstadt Ruppurr in Karlsruhe. Da die Stadt sich erst langsam entwickelte, ohne Wald in Anspruch nehmen zu müssen, und die Stadterweiterung daher nicht in Konflikt mit Waldflächen kam, gab es auch keine nennenswerten Auseinandersetzungen in Zusammenhang mit Bauen und Waldinanspruchnahmen. Darüber hinaus war der Wald in dieser Phase landesherrlicher Bannwald und somit vor nichtlandesherrlichen Nutzungsansprüchen geschützt.

2.4 Effektive Walderhaltungspolitik

Vor allem durch die badische Forstgesetznovelle von 1854 herrschte eine effektive Walderhaltungspolitik. Trotz konservierender Forstpolitik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verursachte der seit der Reichsgründung einsetzende Agglomerationsprozess in Karlsruhe beispielsweise für den Eisenbahnbau, Bahnhofsbauten oder den Hafenneubau größere Waldinanspruchnahmen (vgl. Hammer 1985:72). Da die Forstwirtschaft zu dieser Zeit noch hohen gesamtwirtschaftlichen Stellenwert hatte, wurde im Abwägungsprozess für waldbeanspruchende Großprojekte den forstlichen Interessen eine gewichtige Position eingeräumt. Waldflächen wurden nur für Projekte überwiegend im staatspolitischen Interesse freigegeben. Bis Ende der 1920er Jahre wurde diese Linie beibehalten (vgl. Hammer 1985:72).

2.5 Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass von 1870 bis etwa 1918 Stadterweiterungen direkt an das vorhandene Stadtgebiet anknüpften. Stadtplanung im modernen Sinne befand sich in ihren Anfängen. Da sich die Stadt seit Beginn der Industrialisierung zunächst nach Süden, Südwesten und Westen entwickelte, waren Waldflächen davon noch nicht betroffen. Das einzige Wohngebiet, das in dieser Zeit auf Waldfläche errichtet wurde, war das Villenviertel um den Haydnplatz. Einzelne militärische Anlagen sowie öffentliche Bauten wurden in den Wald gebaut – vorwiegend im Westen der Stadt und nördlich der Kaiserallee und der Moltkestraße. Der nördliche Hardtwald wurde somit nach langer Zeit, in der die Stadt sich eher nach Süden, Westen und Osten ausdehnte, für eine Stadterweiterung „angeknabbert“. Es galt zuvor als nördliche Bebauungsgrenze die Ost-West-Achse durch den Schlossturm, heute die Willstätter Allee, und die Moltkestraße.

Da in diesem Zeitabschnitt eine effektive Walderhaltungspolitik herrschte, die Forstwirtschaft einen hohen Stellenwert hatte und man deshalb forstliche Interessen bei Abwägungsprozessen stark berücksichtigte, konnten Waldinanspruchnahmen für Bauzwecke auch nur in geringem Maße durchgesetzt werden. Es entstanden zu der Zeit hauptsächlich staatliche bzw. großherzogliche Einzelbauten.

3. Wald als Ordnungs- und Gliederungselement - Der Umgang mit Wäldern in Karlsruhe 1918-1945

3.1 Rahmenbedingungen

3.1.1 Stadt- und Bevölkerungsentwicklung

1918 war aus der großherzoglichen badischen Haupt- und Residenzstadt die Hauptstadt des Freistaats Baden geworden. Karlsruhe hatte nach 1918 sein wirtschaftliches Hinterland verloren. Nach einer Phase kontinuierlichen Wachstums bis 1914 bedeutete der Erste Weltkrieg einen tiefen Einschnitt in das Bevölkerungswachstum, die wirtschaftliche und soziale Struktur. Im Jahre 1916 hatte die Stadt 133.655 Einwohner (Stadt Karlsruhe 1998:683), wohingegen die Einwohnerzahl bis Ende 1921 drastisch fiel.

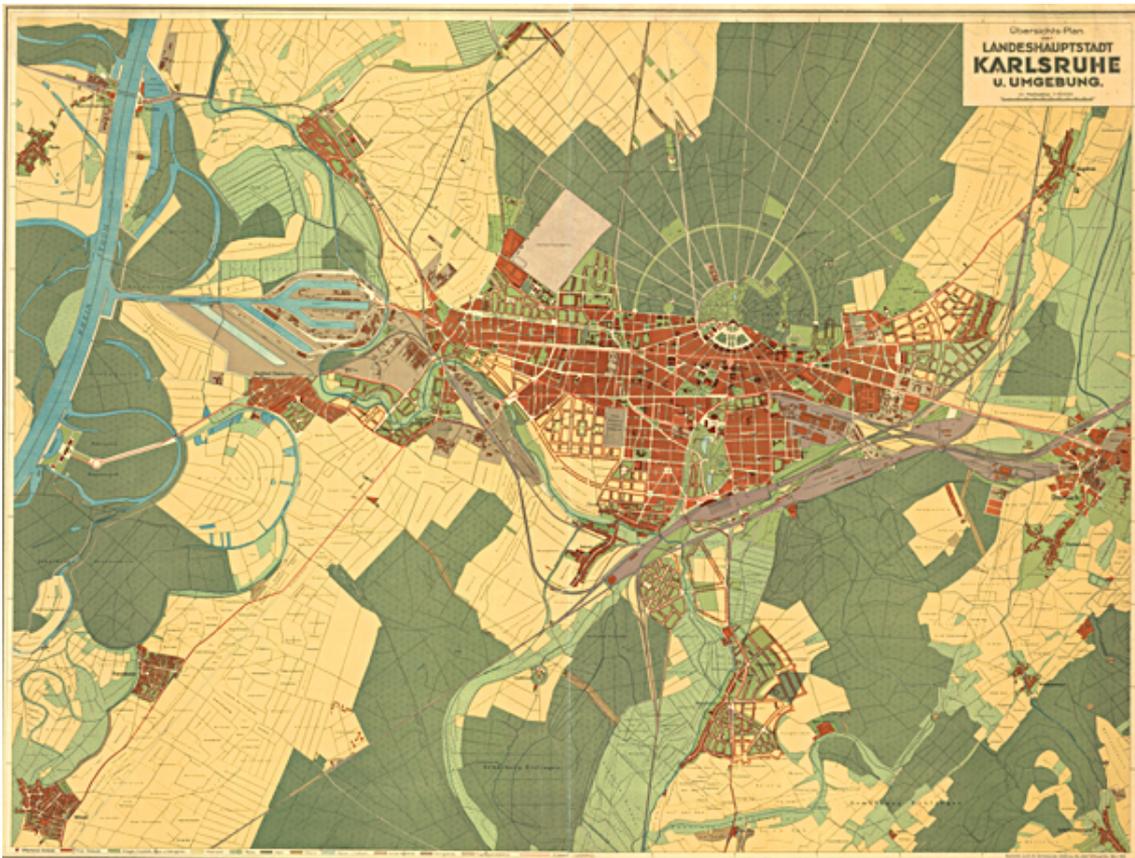


Abb. 14: Übersichtsplan der Landeshauptstadt Karlsruhe und Umgebung 1928 [Quelle: StadtAK 8 PBS XVI 752]

Da in Krisenzeiten die Stadt an Attraktivität verlor und der Geburtenüberschuss zurückging, wuchs die Bevölkerungszahl danach nur langsam. Von 1937 bis zu Beginn des Zweiten Weltkriegs stieg sie hauptsächlich aufgrund großflächiger Eingemeindungen von Knielingen, Hagsfeld und Durlach wieder kontinuierlich an (Bräunche

1998:382). Die Gemarkungsfläche verdreifachte sich zwischen den Weltkriegen auf 12.300 Hektar, die Einwohnerzahl stieg um 50.000 auf 186.000. Karlsruhe war wieder Grenzstadt, die mit Elsass-Lothringen ein wichtiges Absatzgebiet verloren hatte. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs gab es in Karlsruhe noch viele Wohnungen in „Mietskasernen“ mit schlechten Luft- und Lichtverhältnissen. Da während der Kriegszeit der Wohnungsbau zum Erliegen kam, war Wohnraum Ende des Krieges knapp. Der um 1905 als Naturdenkmal total erhaltene Hardtwald (von Grolman 1955:215) wird 1919 zum ersten Mal für ein Großprojekt (Hardtwaldsiedlung) angetastet. Zum ersten Mal begann mit der Gartenstadt Ruppurr auch der Siedlungsbau in den Außenbezirken.

3.1.2 Der übernutzte stadtnahe Wald und der Erholungsraum Wald

Nach der Staatsumwälzung ab 1918 kam es zu einschneidenden Veränderungen für den Hardtwald. Die Umzäunung des Hardtwaldes fiel, er ging in den Besitz des Staates über und war nun für jedermann frei zugänglich (Rommel 1933:71). In der Zeit des Dritten Reiches kam es erneut zu massiven Abholzungen. Während auf einem Luftbildfoto aus dem Jahre 1934 die Kahlschläge unmittelbar nördlich des Schlosses noch nicht erkennbar sind, können aus einem etwa zwei Jahre später aufgenommenen Senkrechtluftbild³⁰ die Devastierungen großer Teile des Hardtwaldes durch massive Abholzungen nachgewiesen werden. Parallel dazu entwickelte sich die Auffassung vom Wald als Erholungsraum. In den 1910er Jahren gab es die erste Ausgabe eines Wanderführers durch die Wälder in der Umgebung von Karlsruhe.³¹ „(...) der Hardtwald mit Wildpark und Fasanengarten als Erholungsorte (werden) von den Stadtbewohnern vielfach aufgesucht.“ (Rommel 1933:5)

3.2 Waldflächeninanspruchnahmen und geplante Projekte

Was Stadterweiterungen angeht, kann hier als erste Großsiedlung im Zusammenhang mit Wald die bereits erwähnte Hardtwaldsiedlung genannt werden, die nach anfänglich kleineren Waldinanspruchnahmen den Auftakt für weitere Großplanungen im nördlichen Hardtwald bildet. In Karlsruhe erreichten die Waldinanspruchnahmen in der Zeit von 1919 bis 1925 einen ersten Höhepunkt seit der Jahrhundertwende.

Waldflächeninanspruchnahmen und Planungen (s. Abb. 12):

- Hardtwaldsiedlung 15,2 ha (1919-1926)
- Umwandlung von 174 ha Waldfläche im nördlichen Hardtwald in Landwirtschaftsfläche
- Sportpark Hardtwald (nicht realisiert) (1926)

³⁰ Vgl. Fotos aus: Niedersträßer 1993:136/138

³¹ Weiner, Edmund: Wald heil! Karlsruhe. Die erste Ausgabe entstand im Jahre 1914, weitere folgten 1920 und 1927.

- Rheinstrandbad Rappenwörth im Rheinwald (1929)
- Zeppelinflughafen im Oberwald (nicht realisiert) 830 ha (1928)
- Ende der 20er Jahre: Anlegung des Parkrings, des heutigen Adenauerrings
- Sportanlagen (1930er Jahre)
- Straßenbaumaßnahmen (Autobahnabschnitt Mannheim-Karlsruhe) (1930er Jahren)
- Erweiterung des bestehenden Flugplatzes von 79 auf 136 ha (1939)

Nach ausgeprägten Kriegszerstörungen kam es aufgrund großer Versorgungsprobleme in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu größeren Waldabholzungen für die Gewinnung von Kleingartenanlagen und Ackerbauflächen, wodurch eine Rodungswelle ausgelöst wurde. Im Notprogramm der badischen Regierung von 1919, „Soforthilfeprogramm“ genannt, wurden im Karlsruher Umland große Teile von Staatswaldflächen zur vorübergehenden Umwandlung in Landwirtschaftsflächen vorgesehen (Hammer 1985: 73). Gleichzeitig trat seit dem Inkrafttreten des Badischen Forstgesetzes von 1854 eine Aufforstungswelle ein, vor allem auf Grenzertragsböden. Stadtprägend für die Vorkriegsentwicklung im Hinblick auf den Zweiten Weltkrieg ist die Anlage zahlreicher Sportanlagen, entstanden in den 1920er und 1930er Jahren im nördlichen Stadtwald, die bereits 1936 eine Fläche von 60 ha beanspruchten. Auch der Bau von Verkehrsanlagen verursachte größere Waldinanspruchnahmen sowie die Rodungen für die Erweiterung des Flugplatzes, des ehemaligen Exerzierplatzes, für militärische Zwecke. Die Versorgungsnotsituation bestimmte nach dem Ersten Weltkrieg stark die Waldverluste, während es ab 1933 politische Ereignisse waren. Gegenüber vorangegangenen Jahrzehnten ist eine größere Heterogenität der waldbeanspruchenden Nutzungen festzustellen.

Im Folgenden wird kurz auf die Planung des Sportparks Hardtwald eingegangen.

Beispiel Sportpark - Der Walderholungsgedanke als Grundlage

Nach dem Ersten Weltkrieg war das Verhältnis zur Natur bzw. zum Wald durch den Erholungsgedanken geprägt, der Planungen am Beginn des 20. Jahrhunderts stark beeinflusste. Waldgebiete wurden beispielsweise in die Planungskonzepte für o.g. Projekte sowie für Waldheime als Erholungsort für Stadtkinder integriert.³² Die Gestaltung der Rheininsel Rappenwört im Westen von Karlsruhe durch ein Strandbad als „Volkspark zur volksgesundheitlichen Erziehung für die Bedürfnisse der Karlsruher Bevölkerung“ sowie die Planung des Sportparks Hardtwald waren Teil des Generalbebauungsplans von 1926 und unterstützten die Idee der Erholung im Wald.

Verbunden mit der Realisierung des im Generalbebauungsplan konzipierten Projekts „Waldringstraße“, des heutigen Adenauerrings (1927-1931), war die Konzeption für den „Sportpark Hardtwald“ durch Carl Pflästerer, eine fächerförmige Anlage der

³² In Karlsruhe gab es beispielsweise die Gustav-Jakob-Hütte und das Caritas Waldheim, die in den 1920er Jahren nach dem Ersten Weltkrieg mitten in den Hardtwald errichtet worden sind und heute noch beispielsweise für Kinder- und Jugendfreizeiten oder Stadtranderholung für Senioren, genutzt werden.

verschiedenen Vereinssportflächen beiderseits der Straße. Anstelle der „waldzerstörenden Unordnung“ sollte nun mit dieser Sportanlage eine „wohltuende Ordnung“ (Broschüre Der Sportpark Hardtwald 1927:9) gesetzt werden. Städtebaulich solle sie sich derart einordnen, dass die landschaftliche Schönheit des Waldes erhalten bleibe und sie nicht beeinträchtigt, eher bereichert werde. Es geht also bei den Entscheidungskriterien nicht um ökologische Belange, wie es heute der Fall ist, sondern um ästhetische Gesichtspunkte, um die Erhaltung der „Schönheit“ der Landschaft, um die künstlich, von Menschenhand geschaffene Ordnung des Waldes durch das Einsetzen ebenso künstlicher Anlagen.

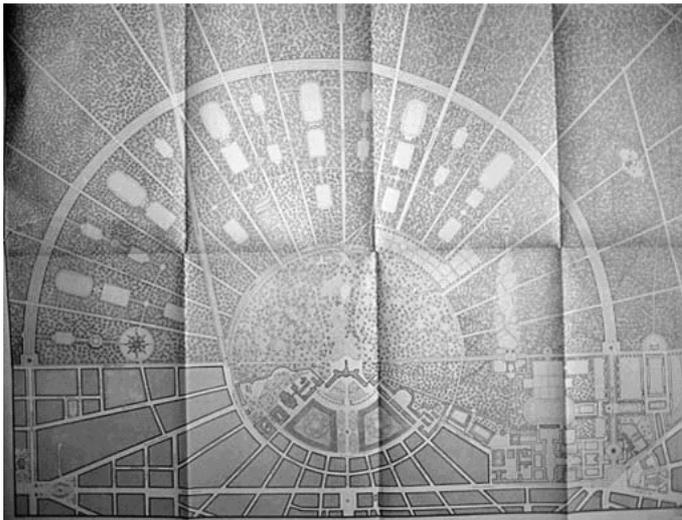


Abb. 15: Sportpark Hardtwald 1927 [Quelle Spiel und Sport im Karlsruher Generalbebauungsplan: der Sportpark Hardtwald 1927]

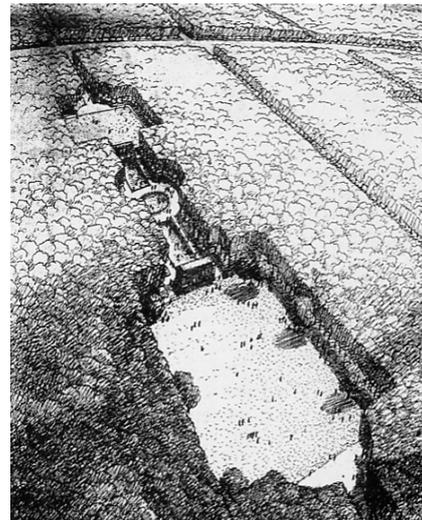


Abb. 16: Zeichnung Sportanlage Carl Pflästerer

3.3 Der Umgang mit Waldflächen in Leitplänen und deren Zielsetzungen

3.3.1 Allgemeine städtebauliche Leitgedanken: Trennung der Funktionen

Durch die Pläne der 1920er Jahre zur Dezentralisierung der Großstädte und zur Trennung der Gebiete nach Funktionen Wohnen, Arbeiten, Erholung und Verkehr gab es eine entscheidende Weiterentwicklung im Städtebau und in den Wohnverhältnissen.³³ Diese Ideen der Funktionstrennung hatten im Laufe der Zeit immer mehr Einfluss auf die Stadtgestalt Karlsruhes und auf den Umgang mit Waldflächen. Es entstanden einheitlich gebaute Wohnsiedlungsgebiete, die nicht direkt an die bestehende Stadt angrenzten, sondern losgelöst vom restlichen Stadtgebiet konzipiert wurden und durch Grüngelände wie Wälder und Ackerland von anderen Bereichen getrennt wurden.

³³ Diese Leitvorstellungen des modernen Städtebaus wurden daraufhin durch die Internationalen Kongresse für moderne Architektur (CIAM) konkretisiert. Die Ergebnisse der Kongresse wurden in veränderter Form 1943 von Le Corbusier als „Charta von Athen“ kommentiert publiziert, die als Leitbild des Nachkriegsstädtebaus prägenden Einfluss hatte.

3.3.2 Generalbebauungsplan 1926: Wald als aktives Landschaftselement

Nach dem ersten Weltkrieg wurde der Ruf nach einer städtebaulichen Ordnung laut, und es setzten sich die Bemühungen nach einem Generalbebauungsplan als Leitplan für Gesamtstadtplanungen fort. Man dachte früh an eine Arbeitsgemeinschaft mit Umlandgemeinden und begann, über die Stadtgrenzen hinaus zu planen. Ziel war es, das vorhandene Stadtgefüge zu ordnen. Der Baubürgermeister Schneider beteiligte sich an aufkommenden Planungsaktivitäten, und das bürgerschaftliche Interesse an Planungen erwuchs. In den Jahren der Weimarer Republik bemühten sich die Stadt und eine Reihe von Wohnungsbaugenossenschaften mit dem Bau neuer Siedlungen am Stadtrand um gesunden und erschwinglichen Wohnraum.

Zwischen 1924 und 1927 erarbeitete das Tiefbauamt der Stadt Karlsruhe unter Leitung von Emil Bronner einen Generalbebauungsplan (Abb. 17) - einen städtebaulichen formalen Konzeptplan, dessen Planungsraum auch die Nachbargemeinden einschloss, was zu jener Zeit nicht selbstverständlich war. Der Stadtplaner Carl Peter Pflästerer wirkte wesentlich an diesem Plan mit. Der Generalbebauungsplan, der keinerlei Rücksicht auf topographische und Baugrundverhältnisse nahm, blieb nur Entwurf (Ringler 1997:49). Dennoch konnten einige Ideen in kleineren Zügen verwirklicht werden. Die Verkehrsplanung stand bei diesem Plan an erster Stelle, danach kam die Grünplanung, an der Friedrich Schierer, Gartenbaudirektor jener Zeit, konsequent mit Schneider zusammenarbeitete. Die Verkehrsplanung beruhte auf einer völlig neuen Konzeption der Verkehrsanlagen zur Entwicklung der Stadt nach Südwesten. Neue Bahnanlagen mitten durch den Hardtwald im Norden sowie neue Bahnhöfe zeigen, welchen Stellenwert der Eisenbahnverkehr zu der Zeit einnahm. Dennoch scheiterte dieser Plan gerade an dieser unrealistischen Verlegung der Bahnanlagen (Ringler 1997:49).

Was die Landschaftsplanung angeht, sollte die Grünpolitik frühzeitig „schon über die von der Bebauung auszuschließenden Grünflächen zugunsten praktischer Veranstaltungen der Volkserholung“ (Die Grünpolitik im Karlsruher Generalbebauungsplan 1927:14) verfügen. Hierin wird deutlich, dass die Grünflächen vor der Bebauung zwar geschützt werden müssen, aber nicht um ihrer selbst willen, sondern für die Nutzung durch den Menschen. Aufgabe des Plans war es, das Gebirge im Osten und den Rhein im Westen mit dem Grünflächensystem von Karlsruhe zu verbinden. Vorbedingung stellt allerdings die Erfüllung verkehrspolitischer Forderungen der Sprengung des die Stadt im Osten, Westen und Süden der Stadt umgebenden Rings der Eisenbahnanlagen (Die Grünpolitik im Karlsruher Generalbebauungsplan 1927:9). In den 1920er Jahren wurde Landschaft nicht bloß als künftiges Bauland gesehen. Städtebaulich kommt den Waldflächen im Stadtgebiet eine besondere Bedeutung zu. Neben Sozial- und Erholungsfunktion haben gerade die Stadtwälder eine wichtige Gliederungsfunktion. Freie Flächen sollten aufgefüllt und bestehende Bebauungen erweitert werden. Trabantsiedlungen waren nicht vorgesehen. Stadterweiterungen auf Waldflächen waren nicht geplant. Lediglich eine Straße in

Halbkreisform und eine Bahnanlage sollten durch den nördlichen Hardtwald führen, ein Sportpark im Hardtwald sowie ein Freizeitbad am Rhein im Rheinwald waren die nennenswerten Projekte im Zusammenhang mit Waldflächen. Die Bahnanlage und der Sportpark wurden im Gegensatz zu den beiden anderen Planungen nicht realisiert.



Abb. 17: Generalbebauungsplan 1926 [Quelle Generalbebauungsplan der Landeshauptstadt Karlsruhe in Baden, Karlsruhe 1926, Anlage 4]

Am Beispiel der Südstadt wird der „Mangel an Licht und Luft“, die „viel zu dichte Bebauung“ und die „organische Verbindung mit der Natur“ kritisiert. (Die Grünpolitik im Karlsruher Generalbebauungsplan 1927:6) Daher war eine Durchgrünung der gesamten Stadt vorgesehen, und es wurde vorgeschlagen, „die Wald- und Wiesenflächen weitmöglichst in ihrem Bestand zu erhalten und, soweit für die Zwecke der Erholung nötig, noch besonders auszugestalten. Ihr Zusammenhang soll in einer Weise gewahrt werden, daß die ganze Stadt von einem geschlossenen Wald- und Grüngürtel umgeben ist, der seine Ausläufer (...) weit in das Stadtinnere hineinschiebt. In all diese Freiflächen sind Sportanlagen und Kleingärten als Daueranlagen einzubetten.“ (Generalbebauungsplan 1926:94f) „(...) der Mensch (muß) mit der Natur wieder in engere Berührung gebracht werden“ (ebd:11). Es wird in diesen Aussagen der Versuch deutlich, das bestehende Potential der Landschaft, vor allem das der

stadtnahen Wälder zur Verbesserung des Naturkontaktes für die Bevölkerung und zum Zwecke der Erholung zu nutzen.

Desweiteren wurde deutlich gemacht, dass „nicht unabhängig von der umgebenden Landschaft (...) die Stadt entwickelt werden (darf), sondern nur in innigster Verbindung mit ihr (...) die gebaute Stadt *kann* und muß sich vielmehr mit ihrer Landschaft verschmelzen (...). Wälder und Wiesen sollen von außen her tief in den Kern selbst noch der Großstadt vorstoßen, Grünwege aus dem Stadtinneren allüberall hin ins Freie führen“ (Die Grünpolitik im Karlsruher Generalbebauungsplan 1927:3f). „Vornehmste Zweckbestimmung des städtischen Bodens darf es nicht sein, zu Bauplätzen ausgeschlachtet zu werden, die Gemeininteressen sind es in erster Linie, denen er zu dienen hat.“

Die eingeleiteten Planungen wurden aber durch den Zweiten Weltkrieg und seine Folgeerscheinungen zunichte gemacht. Dennoch (beruhte) „die Generalplanung für Karlsruhe (...) bis 1961, dem Jahr der Beschlußfassung eines Verkehrslinienplans und der Vorstellung eines ‚vorläufigen Flächennutzungsplans‘ in vielen Teilen auf dem 1926 fertiggestellten (...) Plan.“ (Ringler 1997:51)

3.4 Starke Walderhaltungspolitik bis 1945 trotz Waldinanspruchnahmen

Die allgemeine Wiederbelebung der Konjunktur, die Auswirkungen der Autarkiebestrebungen in der Landwirtschaftspolitik sowie der Aufwind in der Rüstungs- und Infrastrukturpolitik führten in der nationalsozialistischen Zeit aber trotz der Manifestation des Naturschutzgedankens im **Reichsnaturschutzgesetz (RNG)** von 1935 zu größeren Waldinanspruchnahmen. Dieses Gesetz hatte bis zur Einführung des Bundesnaturschutzgesetzes im Jahre 1975 Gültigkeit. Aus der Tatsache, dass die bedeutsamsten Waldumwandlungen in Karlsruhe erst nach 1945 stattfanden, lässt sich folgern, dass forstliche Interessen dennoch bis zum zweiten Weltkrieg geltend gemacht werden konnten.³⁴

3.5 Zusammenfassung

Nach einem tiefen Einschnitt durch den Ersten Weltkrieg, dem verringerten Wachstum durch die Weltwirtschaftskrise und der verschärften Ernährungs- und Versorgungskrise in den 1920er Jahren stieg infolge von großflächigen Eingemeindungen die Bevölkerungszahl an. Die Gemarkungsfläche verdreifachte sich zwischen den Weltkriegen. Der stadtnahe Wald wurde in Notzeiten und nach dem Krieg durch die Bevölkerung übernutzt, in Landwirtschafts- und Sportflächen, Kleingartenanlagen,

³⁴ „Im nördlichen Hardtwald wurden in der Zeit von 1919-1925 insgesamt 675 ha Wald zur Ausstockung beantragt. Von der Forstabteilung genehmigt wurden aber lediglich 174 ha, das sind 26%“ (Hammer 1985:73).

Flächen für militärische Zwecke und Verkehrsanlagen umgewandelt und diente aufgrund des Wohnraummangels als Baulandfläche. Während die Versorgungssituation nach dem Ersten Weltkrieg die Waldverluste bestimmte, waren es ab 1933 politische Ereignisse. Zeitgleich entwickelte sich andererseits die Auffassung vom Wald als Erholungsraum. In der NS-Zeit wurde im Zuge der Manifestierung des Naturschutzgedankens aufgrund der symbolischen Aufwertung des Waldes das erste deutsche Naturschutzgesetz verabschiedet, das allerdings den Belangen des Naturschutzes kaum Rechnung trug.

Nach anfänglichen kleineren Waldinanspruchnahmen in Richtung nördlicher Hardtwald in der vorherigen Phase wurde der Wald für die Errichtung der Hardtwaldsiedlung durch eine Baugenossenschaft an dieser Stelle fast vollständig abgeholzt. Sie stellt die einzige Siedlung in dieser Phase im Zusammenhang mit Waldflächen dar. Mit dem Generalbebauungsplan 1926 wurde erstmals versucht, das Stadtgefüge sowie das Umland zu ordnen. Wald wurde als aktives Landschaftselement betrachtet, als Gliederungselement der Stadt, aber auch immer in Bezug zur Stadt und zur Bevölkerung. Teilplanungen, in denen Wald als aktives Landschaftselement in enger Verbindung zu gebauten Strukturen steht, gab es in Form von Erholungs- und Freizeitanlagen, bei denen man den Naturkontakt für die Menschen erleichtern wollte.

Zwar herrschte nach dem Ersten Weltkrieg eine Notsituation, in der stadtnahe Waldflächen in größerem Maße in Anspruch genommen wurden - in der Zeit von 1919-1925 gab es einen ersten Höhepunkt der Waldinanspruchnahmen seit der Jahrhundertwende - allerdings war die Walderhaltungspolitik von forstlicher Seite noch relativ stark.

4. Vom Wald als Bauland zum „sozialen Wald“ - Der Umgang mit Wäldern in Karlsruhe 1945-1975

4.1 Rahmenbedingungen

4.1.1 Stadt- und Bevölkerungsentwicklung

Karlsruhe lag in der Weimarer Republik und zu Beginn des Dritten Reiches mehr oder minder in einem toten Winkel. Die Stadt lag unmittelbar an der Grenze zu Frankreich und gewissermaßen im Schussfeld lag. Ohne dieses Hinterland als Einzugs- und Absatzgebiet gab es kaum Industrieansiedlungen. Schließlich verlor Karlsruhe nach dem Zweiten Weltkrieg seine Funktion als Landeshauptstadt des Landes Baden. Aufgabe war es daher, diesen wirtschaftlichen Verlust in etwa wieder auszugleichen, indem Bautätigkeiten vorangetrieben wurden. Wie im restlichen Deutschland befand man sich in Karlsruhe zunächst vor einem Wiederaufbau und Neubeginn. Die 1950er und 1960er Jahre wurden von einem anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung geprägt.

Das rasche Bevölkerungswachstum³⁵ in der unmittelbaren Nachkriegszeit und der damit einhergehende Mangel an Wohnraum stellen ein Motiv dar, in kurzer Zeit günstige Wohnungen errichten zu müssen. Als Gründe für die Waldinanspruchnahmen für Bauzwecke sind desweiteren folgende Tatsache zu nennen: Es bestand ein objektiver Bedarf an Bereitstellung kostengünstigen Wohnraums, und es wurde kein geeignetes Baugelände außerhalb des Kommunalwaldes gefunden. Die Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt waren aufgrund der privaten Bodenbesitzverhältnisse und der Kleinparzellierung (s. Teil II, 4.2.1) beschränkt. Außerdem bestand zu der Zeit keine bindende Bauleitplanung und kein Baugesetz für die hier untersuchten Siedlungsprojekte im Wald. Allerdings reichen diese Antworten als Erklärung für das Bauen **im** Wald allein nicht aus. Ein weiterer Grund lag im Karlsruher Grundriss: seit der Gründung der Stadt Karlsruhe im Jahre 1715 entwickelte sie sich nur nach Süden, Westen und Osten, denn der Hardtwald, der sich von Mannheim bis in die Stadtmitte zog, war bis ca. 1950 Tabuzone (s. Abb. 18). Im Osten setzte das Hochgestade der Erweiterung eine Grenze, im Westen das Tiefgestade, und Eingemeindungen waren zu diesem Zeitpunkt auch nicht möglich. Die bauhistorisch dominierende strahlenförmige Stadtgestalt mit dem im Norden der Stadt liegenden Hardtwald bildete das Hauptgerüst der Stadt.

³⁵ Die Bevölkerungsentwicklung in Karlsruhe:

1939	198.168 EW
1950	216.358 EW
1961	265.077 EW
1970	287.452 EW

Einwohnerzahlen nach Volkszählungsergebnissen bezogen auf heutiges Stadtgebiet. Quellen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg und eigene Berechnungen

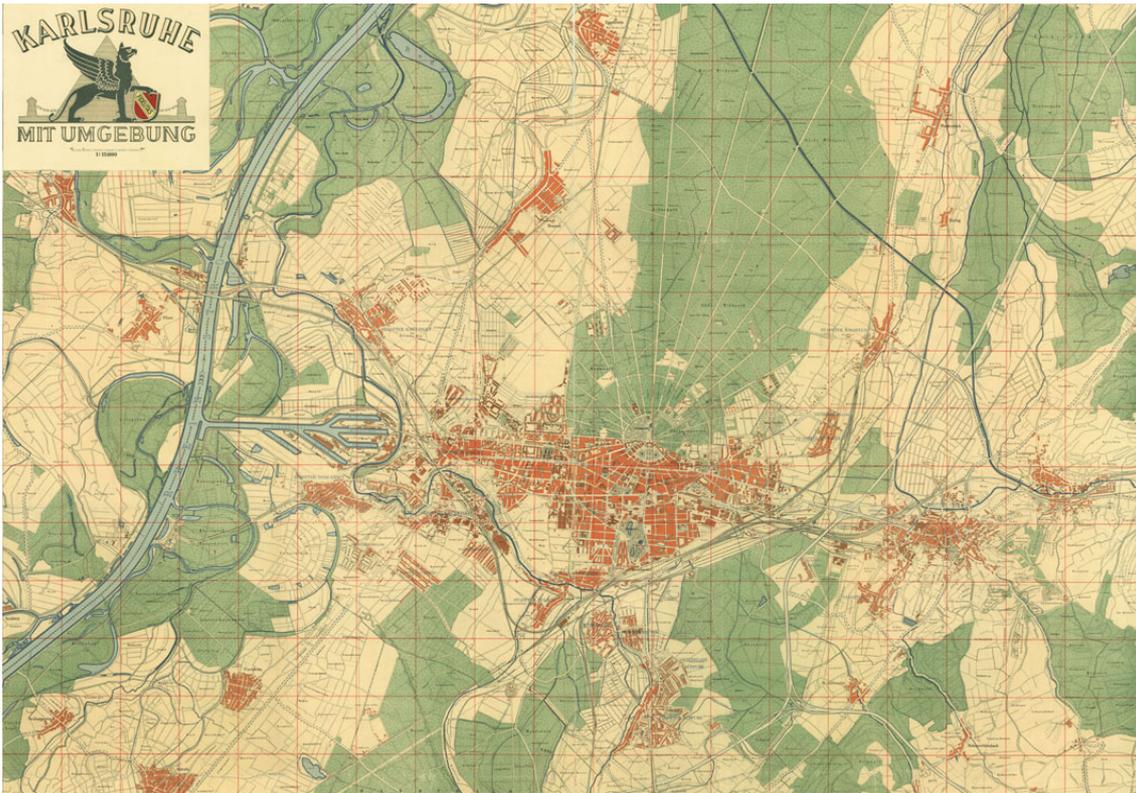


Abb. 18: Plan Karlsruhe mit Umgebung 1948 [Quelle: StadtAK 8 PBS XVI 834]

Nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutete Stadterweiterung im Gegensatz zu der Zeit davor „die Anlage eigenständiger Siedlungen, abgesetzt von der eigentlichen Stadt“ (Ringler 1998:10). Daher kam die Diskussion um eine Norderweiterung der Stadt auf, die auch schon vor 1945 geführt worden ist. Die erste größere Waldinanspruchnahme des nördlichen Hardtwaldes erfolgte auf Druck der Besatzungsmacht durch die Bebauung an der Erzbergerstraße für Familien der amerikanischen Truppen. Einige Jahre später folgten der Bau der Waldstadtsiedlung in den Hardtwald im Nordosten der Stadt, kurz darauf die Erweiterungen der Universität und des Badischen Staatstechnikums (heute Hochschule Karlsruhe – Technik und Wirtschaft), beide ebenso auf ursprünglichem Waldgebiet (Abb. 12 u. Teil III, 2. u. 3.).

In der Zeit zwischen 1945 und 1970 kam es zu noch nie zuvor in der Karlsruher Geschichte da gewesenen Waldinanspruchnahmen kam, vor allem für Industrie, Wohnbebauung und Verkehr. Die Schwerpunkte der Stadtentwicklung in dieser Periode erfolgten vorwiegend punktwiese, losgelöst vom zusammenhängendem Stadtgebiet, an den Stadträndern in den Wäldern südlich und nördlich der Stadt bzw. als direkte Stadtanbindung in den Hardtwald östlich und westlich des Schlosses. Es gab also eine starke Außenentwicklung während der 1950er und 1960er Jahre, die besonders die Altstadt in den Planungsschatten rückte.

4.1.2 Bedeutungswandel: Vom Nutzwald zum sozialen Wald

Nach dem Zusammenbruch 1945 setzten die massiven Abholzungen sowohl durch Besatzungsmächte als auch durch die deutsche Bevölkerung ein. Der Forstbezirk Karlsruhe-Hardt war der am stärksten zerstörte Bezirk in Nordbaden (Exkursionsführer für den Forstbezirk Karlsruhe-Hardt ca. 1957:2). Im Umkreis großer Städte wurden u.a. aufgrund des harten Winters 1946/47 große Flächen zur Nutzung von Brennmaterial entwaldet. Die Funktion des Hardtwaldes als Holzproduktionsstätte galt lange Zeit bis in das 20. Jahrhunderts hinein als vorrangig. In der Zeit der Beruhigung des Holzmarktes kam es zum Wiederaufbau des Waldes und zur Rückführung in eine geordnete Forstwirtschaft, wobei in Karlsruhe bereits Ende der 1950er Jahre aus forstlicher Sicht der Hardtwald als *der* Erholungswald von Karlsruhe angesehen wurde (ebd:2). Untersuchungen über die hygienischen und erholfördernden Wirkungen des Waldes wurden erstmals aufgestellt.³⁶ Ab Mitte der 1960er Jahre bis Anfang der 1970er Jahre wurden Wälder zu Erholungswäldern umgewandelt und mit einer Fülle von Erholungseinrichtungen ausgestattet.³⁷

Aus vielen Presseartikeln in dieser Zeitphase wird deutlich, wie die Bedeutung der „Wohlfahrtsfunktionen“ des Waldes die Funktion des Waldes als Holzlieferant im allgemeinen Gesellschaftsverständnis allmählich übersteigt (vgl. u.a. B.N.N. 6.7.1965, 29.3.1967, B.N.N. 24.3.1971, B.N.N. 30.5.1972). Großen Einfluss auf das Waldbewusstsein und letztlich auf den (forstlichen) Waldumgang hat der um 1970 immer offensiver werdende Naturschutz. Auch der Umweltschutz geriet zu der Zeit sprunghaft in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses.³⁸

4.1.3 Wald im Rahmen der Raumplanung und Gesetze

Immer mehr Gesetze zur Raumplanung und somit indirekt auch zur Planung der Landschaft wurden seit den 1960er Jahren entwickelt. Die von der Wissenschaft an die Allgemeinheit herangetragenen Forderungen der „Umweltpflege“ fanden ihren politischen Niederschlag (vgl. Klose u. Orf 1982:54f). In der Regierungserklärung vom 27.3.1963, beeinflusst von der Landesforstverwaltung, zeichnete sich das Umdenken in Bezug auf einen veränderten Umgang mit Waldflächen allmählich ab: „Die Erhaltung und Sicherung des Waldes gehört unabdingbar zu den Zielen der Landesplanung, nachdem die Bedeutung des Waldes für das Volksganze und für seinen Lebensraum allgemein anerkannt ist. Die Forstverwaltung ist daher bei der Aufstellung der **Regional- und Entwicklungspläne** rechtzeitig einzuschalten. (...) Der

³⁶ Im Einzelnen geben Mediziner und Psychologen in den 1960er Jahren (Heiss und Franke, 1964:16, 336f, und Hellpach 1964:110, 170ff, 207f) vielerlei Gründe für die erholfördernde Wirkung des Waldes an.

³⁷ In diesem Zusammenhang ist beispielsweise auch der Tierpark Oberwald zu nennen, der 1965 als Entlastungspark für den Zoo im Rahmen der Bundesgartenschau 1967 geschaffen wurde und bis heute noch existiert. In einer Phase ab Mitte der 1970er Jahre trat eine Konsolidierung ein, womit eine Stagnierung der Zuwachsraten einzelner Erholungseinrichtungen einherging.

³⁸ Unter „Umweltschutz“ waren fortan „Maßnahmen zum Schutze der Lebensbereiche der Menschen, Tiere und Pflanzen vor schädlichen Wirkungen der Technik“ zu verstehen (Runge 1998:157).

Wald darf nicht als Flächenreserve angesehen werden, sondern seine Erhaltung gehört zu den bedeutendsten Aufgaben im Rahmen der **Landesplanung und Bauleitplanung**.“ (Zundel 2004:116) Da diese neuen Gesetze und Pläne wesentlichen Einfluss auf den stadtplanerischen Umgang mit stadtnahen Waldflächen haben, werden sie exemplarisch im Folgenden unter Berücksichtigung der darin aufgestellten Ziele und Grundsätze zur Behandlung von Wäldern dargestellt.³⁹

Auf Bundesebene forderten die **Grundsätze der Raumordnung** eine Flächensicherung für Wälder mit Schutz-, Erholungs- und Produktionsfunktionen (Hammer 1985:60ff). Auch auf Landesebene wurde im baden-württembergischen **Landesentwicklungsplan (LEP)** 1971 z.B. vorgeschrieben, **Waldinanspruchnahmen in verdichteten und waldarmen Räumen auf das „Unvermeidbare“ zu beschränken**.⁴⁰

Bis Anfang der 1980er Jahre bestand die Hauptaufgabe der **Regionalpläne** darin, die Siedlungsexpansion zu steuern und den Ausbau der Infrastruktur zu fördern. Regionale Funktionszuweisungen im Zusammenhang mit Freiflächensicherung wie die Ausweisung von Vorranggebieten für die Land- und Forstwirtschaft sowie **regionale Grünzüge und Siedlungsachsen** wurden darin räumlich festgelegt.

Auf kommunaler Ebene lag zum ersten Mal in der Rechtsgeschichte mit dem BBauG eine einheitliche und umfassende Rechtsordnung für den Städtebau vor. Ein zweistufiges Planungssystem aus **Flächennutzungsplan (FNP)** und **Bebauungsplan** löste die bisherigen vielfältigen länderspezifischen Systeme ab. **Die kommunale Bauleitplanung bindet an die Grundsätze des ROG**. Zielsetzungen der Erstfassung des BBauG 1960 enthielten kaum planerische Aussagen zur Forstwirtschaft und zum Wald, eine Pflicht zur Aufstellung von Bauleitplänen bestand nicht (vgl. § 2, Nr. 1 und 2). Man konnte in dieser Phase in nahezu allen größeren Städten der Bundesrepublik den Bau von flächenextensiven „Waldsiedlungen“ beobachten, „die regelhaft in den unverplanten Außenbereich eingriffen, ohne dass eine Flächennutzungsplanung vorlag (...)“ (Hammer 1985:94). In der Praxis verlief die Aufstellung von Flächennutzungsplänen in Karlsruhe trotz Orientierungsphase schleppend und zeitaufwendig. Charakteristisch war für die Anfangsphase bis weit in die 1970er Jahre hinein eine vorherrschende Planungssegmentierung. Spielraum für die Umgehung des Bauleitverfahrens bot die Ausnahmeregelung, nach der von der Aufstellung des FNP abgesehen werden konnte. Dies wurde oft als Begründung für die Nichtaufstellung oder schleppende Verwirklichung der langfristigen Rahmenpläne in Verdichtungs-

³⁹ Auf Bundesebene wurden seit 1960 folgende wichtige Gesetze und Planungsinstrumente zur Schaffung eines Raumplanungssystems eingeführt:

- Bundesebene: Raumordnungsgesetz 1965
- Landesebene: Landesplanungsgesetz B-W 1962
- kommunale Ebene: Bundesbaugesetz 1960

⁴⁰ Allerdings wurde „Waldarmut“ und das „Unvermeidbare“ nicht näher charakterisiert, sodass der vollzugspraktische Stellenwert beider Begriffe vernachlässigt wurde. Dennoch deuten diese Grundsätze auf Handlungserfordernisse gegenüber der ablaufenden räumlichen Entwicklung hin.

räumen geltend gemacht. Andererseits führte die Verabschiedung des BBauG ab 1960 zu einer Zunahme landschaftsplanerischer Betätigung auch im städtischen Bereich.⁴¹

4.2 Waldflächeninanspruchnahmen und geplante Projekte

Der wachsende Wohlstand sowie die Verbesserung der Infrastruktur führten in den 1950er und 1960er Jahren zu einer vermehrten Nachfrage nach Bauflächen in Karlsruhe. Anhand von Unterlagen und Literatur⁴² konnten folgende bedeutende Stadterweiterungen im Zusammenhang mit Waldflächeninanspruchnahmen zusammengetragen werden (s. Abb. 12):

- Sportflächen 52 ha
- Trasse des Adenauerrings 7 ha
- Paul-Revere-Siedlung, heute: Teil der Nordstadt ca. 80 ha (ab 1950)
- Bau der Fachhochschule (heutige Hochschule Karlsruhe – Technik und Wirtschaft) auf 15 ha (Planung ab 1956, Bau 1962-72)
- Kernforschungszentrum, heutiges Forschungszentrum, 150 ha (1956)
- Eurocontrol und Luftwaffenunterstützungsgruppe 27 ha
- Waldstadt-Waldlage 146,4 ha (Planung 1955, Bau 1957-70)
- Öltraffinerie und Folgeanlagen ca. 530 ha (1958/59)
- Fortführung der Paul-Revere-Siedlung 134,1 ha (1958)
- Bergwaldsiedlung ca. 25 ha (Planung 1959-64, Bau 1965-73)
- Oberreut ca. 30 ha (Planung ab 1961, Bau 1963-70)
- Erweiterung der Universität von 18 ha auf 85 ha (60er Jahre)
- Europäische Schule und Europäisches Viertel (1963/1964)
- Rheinstadt (Planung 1965/1966) – nicht realisiert
- Verkehrsversorgung insg. 97 ha
- Landwirtschaftsflächen 43 ha
- Kiesgruben und sonstiges 75 ha

Bei Kriegsende hatte Karlsruhe eine Waldfläche von 4146 ha. Eine Untersuchung des Waldbestandes von 1947-1970 zeigt eine Abnahme von 1307,6 ha und eine Zunahme von 317,1 ha. Der tatsächliche Waldverlust betrug in dieser Zeit 990,5 ha (B.N.N. 30.05.1972), wovon der Wohnungsbau und der Bau von öffentlichen Einrichtungen mit 547 ha sowie Industriebauten mit 626 ha deutlich vor den anderen Nutzungsarten stehen.⁴³ Bemerkenswert ist die Tatsache, dass die vier bedeutsamen realisierten

⁴¹ Das BBauG sah nämlich die Berücksichtigung des Natur- und Landschaftsschutzes sowie die Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes vor.

⁴² Hammer, Rainer: Waldflächenentwicklung und Walderhaltungspolitik in Ballungsräumen - Eine vergleichende Analyse am Beispiel der Räume Bern, Freiburg i. Br., Karlsruhe und Zürich zwischen 1900 und 1980, 1985, S.146; Das Rektorat (Hrsg.): Spuren in der Stadt 1878-2003, 2003, S.155f; Presseartikel z.B. B.N.N. 30.05.1972; B.N.N. 09.02.1980

⁴³ Zahlen aus Unterlagen der Forstdirektion Nordbaden

Nachkriegssiedlungen Nordstadt, Waldstadt, Oberreut und Bergwald, die als autarke Stadterweiterungen, losgelöst vom direkten Siedlungszusammenhang mit der Stadt, gelten (Koch 1998:574), allesamt im Wald entstanden sind. Sie sind die ersten und bisher einzigen Stadterweiterungen in dieser Größenordnung, die auf Waldfläche gebaut wurden.

4.3 Boden- und Freiflächenpolitik

Einfluss von Bodenbesitzverhältnis und Bodenwert auf den Umgang mit Wald

Entscheidend als die Waldflächen gefährdender Faktor ist die forstgesetzlich verankerte öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung am Wald, die u.a. die Nutzungsart Wald festlegt, wobei Wald in Verbindung mit der geringen Rentabilität der Forstwirtschaft den niedrigsten Bodenwertpreis hat. Die Standortentscheidungen werden direkt beeinflusst durch die erzielbaren Bodenwertsteigerungen aus der Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart. Kostenüberlegungen der öffentlichen Haushalte können dazu führen, die jeweils billigeren Lösungen bei Planungsvorhaben zu bevorzugen, was letztlich meist bei der Baulandgewinnung zur Inanspruchnahme der Flächenressource Wald geführt hat. Da der Wert des Waldes oftmals nur ökonomisch gesehen wurde, viele Waldbereiche durch übermäßige Holznutzung und Verwüstungen nicht mehr wirtschaftlich waren, hatten die Anträge an die Forstbehörde zur Freigabe eines Waldstücks für Zwecke der Bebauung meistens Erfolg. Diese Problematik wird vom Bundesminister für Raumordnung wie folgt beschrieben: „Der Siedlungsdruck (auf den Wald, Anm.d.V.) ist oft stärker als er angesichts der noch vorhandenen Baulandreserven zu sein brauchte; oft wird ausgewiesenes oder gar schon erschlossenes Bauland wegen der hohen Preisforderungen der Eigentümer von den Interessenten zum vorgesehenen Zwecke nicht angenommen oder baureifes Land aus spekulativen Gründen vom Markt zurückgehalten. Wenn Unternehmen und Wohnungsbaugesellschaften sich dann bemühen, ihre Vorhaben auf Waldgrundstücken oder auf anderen für die Naherholung wichtigen Grundstücken zu errichten, weil diese oft der öffentlichen Hand gehören, und somit billiger zu erwerben sind, haben Staat und Gemeinden es oft schwer, diesem Druck zu widerstehen“ (Raumordnung und Umweltschutz 1972:30).

Verfügbarkeit von Waldfläche für andere Zwecke

Da Waldflächen, wie oben dargestellt, sich meist in größeren Einzelflächen in einheitlichem Besitz befanden, als dies bei der landwirtschaftlichen Splitterbesitz der Fall war und sie daher unter dem Gesichtspunkt rationaler Bodenverwertung als potentielle Baulandfläche ideal waren, wurden in Zeiten des raschen Wachstums der Städte, einhergehend mit dem Wohnungsmangel, Waldflächen eher in Anspruch genommen. Hinzu kam die Tatsache, dass durch den **Splitterbesitz** die Realisierung oft mit zeitlich aufwändigen und **konfliktintensiven Verhandlungen** und Durchsetzungsproblemen zum einen und **langwierigen Umlegungsverfahren** zum anderen verbunden war. Außerdem waren Waldflächen in geringerem Maße als offene Flächen

von privaten und öffentlichen Nutzungsdispositionen bzw. Vorplanungen belegt. „Derartige Flächenreservierungen („Freihalteprogrammen) werden ohne endgültige Festlegungen von den raumbeanspruchenden Planungen in Verdichtungsräumen bis zu 20 Jahre vor der eigentlichen Projektrealisierung vorgenommen⁴⁴, führen zu einer Angebotsverknappung an ‚verplanbarem‘ Raum und leisten Tendenzen Vorschub, mit den damit getroffenen Nutzungsdispositionen nicht kompatible Projekte in den Wald abzudrängen“ (Hammer 1985:31).

In Karlsruhe erfolgten die höchsten Waldinanspruchnahmen zugunsten von Projekten für die Industriegeländeerschließung, woraus sich eine Interessensübereinstimmung der Antragsteller und der Investoren ergab. Diese äußerte sich derart, dass die Gemeinden den Investoren Gelände anboten, um den kommunalen Haushalt nicht zu sehr zu belasten, gleichzeitig aber auch zusätzliche Gemeindeeinnahmen durch die Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetriebe erhalten können, während die Industrie möglichst günstige Grundstücke erwarb. Dadurch, dass den Belangen des Waldes in dieser Hinsicht von den kommunalen Entscheidungsträgern ein geringer Stellenwert eingeräumt wurde⁴⁵, lässt sich eine **kommunale Freiflächenpolitik** ableiten, die in dieser Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs und des Städtewachstums ausschließlich nach **ökonomischen Kriterien** entscheidet. (Hammer 1985:20)

4.4 Der Umgang mit Waldflächen in Leitplänen und deren Zielsetzungen

4.4.1 Grundgedanken der Gesamtstadtplanung Karlsruhe

Bereits in der Schrift des Deutschen Forstwirtschaftsrates aus dem Jahre 1962 über die Bedeutung des Waldes in der Raumordnung sollte aus Sicht des Raumplaners Isbary (1962:15) „der Wald nicht als kompakter Block vorhanden“ sein, sondern sich „als aktives Gestaltungselement in buntem Wechsel mit Siedlungen und Verkehrsbahnen, Feldern und Grünland“ (ebd.:15) sich ausbreiten. Auch in Karlsruhe wurde daher im Rahmen einer Tagung der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Anfang der 1960er Jahre das Leitbild der gegliederten und aufgelockerten Stadtlandschaft durch Stadtplaner Wilhelm Wortmann gepriesen und die Miteinbeziehung des Waldes in die Raumplanung gefordert (D.T. 10.4.1961). Neben dem verstärkten Ausbau des Straßenverkehrsnetzes als Planungsziel war das größte Problem der Nachkriegszeit in Karlsruhe der Wohnungsbau. Somit war die wichtigste Aufgabe der Stadtplanung der schnelle, unkomplizierte Bau von Wohnungen.

Auffällig war in der unmittelbaren Nachkriegsphase, dass zunächst keine Neuplanung der Gesamtstadt erfolgte. Leitgedanke war es, „den alten Stadtkern rekonstruktiv wiederherzustellen, zugleich aber die Wohnqualität und das künftige Wachstum der Industrie- und Handelsstadt durch die Anwendung der Prinzipien des neuzeitlichen

⁴⁴ Bohnert 1976. Zit. in: Hammer 1985:31

⁴⁵ Vgl. Tabelle in Hammer 1985:170

Städtebaus zu gewährleisten“ (Hafner 1993:196). Erste grundsätzliche planerische Überlegungen für einen Wiederaufbau publizierte die Stadtverwaltung nach internen Diskussionen 1946. Im Hinblick auf die barocke Stadtplanung und den klassizistischen Ausbau durch Friedrich Weinbrenner war sie sich des baukünstlerischen Erbes bewusst. Daher wurde der alte Stadtkern wiederhergestellt sowie die Vorgaben, die Nord-Süd-Achse mit Barockschloss und klassizistischem Marktplatz zu rekonstruieren, erfüllt (ebd.:194).

Pflästerer hatte den Generalbebauungsplan von 1926 in der Phase danach noch als Leitplan verwendet. 1936 wurde dieser Plan als neuer Entwurf fortgeschrieben, aber diesmal ohne die aufwendigen Eisenbahnplanungen und ohne einige Siedlungsprojekte (Ringler 1991:26). Noch während des Krieges 1943 wurde womöglich aufgrund des schon akzeptierten Verlustes der Gauhauptstadtfunktion ein Gutachten für die Ausweisung von Baugebieten für die Zeit nach dem Krieg in Auftrag gestellt, in dem als Ausgleich für den Verlust Industrieansiedlungen zu planen waren. In dieser Planung verlor die Grünplanung an Gewicht. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse führten dazu, dass das Gartenbauamt (GBA) 1941 aufgelöst wurde. Es fehlten „personelle und finanzielle Voraussetzungen, um eine Gesamtkonzeption für die Grünflächen zu erstellen und durchzusetzen“ (Gartenbauamt 2005:19). Stadtplanung bezog zwar Gedanken zur Landschaftsplanung mit ein, dennoch wurden die Ziele des Siedlungs- und Industriebaus sowie der Verkehrsplanung, vorrangig durchgesetzt.

4.4.2 „Schweizerplan“⁴⁶ 1943/1948: Wald als funktionales Element

Da der während des Krieges regierende OB Hüsey für die Stadtentwicklungspläne die Unterstützung der Gauleitung erbitten musste, richtete er im April 1943 ein Schreiben an den Gauleiter Wagner mit dem Antrag, eine Neuordnung Karlsruhes in die Wege zu leiten. Im Zusammenhang mit der Ausweitung des industriellen Sektors als erstrebtes Ziel infolge des Wegzugs der Regierung war nun die Einbindung Karlsruhes in das Verkehrsnetz der Autobahnen von vorrangiger Bedeutung (Koch 1998:555f). 1943 beauftragte die Stadt daher Otto Ernst Schweizer, Professor für Städtebau an der TH Karlsruhe, einen Grundlagenplan zu erstellen, der auf seinem eigenen Idealplan für eine Großstadt von 1931 basierte. Fünf Jahre später veröffentlichte er diese Gedanken „Zur städtebaulichen Neuordnung von Karlsruhe“ in einem detaillierten Stadtentwicklungsplan basierend auf den o.g. Auftrag von 1943. Aufbauend auf dem Verkehrskonzept der Reichsbahnanlagen von Professor Friedrich Raab, die mitten durch die Wälder verliefen, erarbeitete Schweizer „geschlossene Komplexe“ entlang dieser Bänder, die mit dem bestehenden Stadtzentrum durch Schnellverkehrsachsen verbunden sind. Das Konzept sah den Erhalt des barocken Stadtgrundrisses und die Rekonstruktion der wesentlichen Weinbrennerbauten vor.

⁴⁶ s. Abb. 19

Desweiteren umriss der Plan verschiedene Möglichkeiten zur Erweiterbarkeit der Stadt: “ (...) die Arrondierung der Stadtränder zu einem geschlossenen Siedlungsbild, eine **bandartige Erweiterung** in nördlicher und südlicher Richtung unter Einbeziehung der bestehenden umliegenden Gemeinden, die auf diese Weise zu Trabanten-siedlungen wurden; schließlich die Neuplanung von Siedlungseinheiten mit eigenen Zentren” (Hafner 1993:196). Relativ neu war für die damalige Zeit, dass Schweizer sich nicht nur auf Karlsruhe beschränkte, sondern auch die Umlandgemeinden mit einbezog (s. Teil II, 3.3.2, Plan 1926). Die Siedlungseinheiten sollten 12.000 bis 15.000 Menschen aufnehmen können. Auffälliges Merkmal war die zur damaligen Zeit gängige strikte Funktionstrennung der Bereiche Arbeiten und Wohnen. Diese Trennung war nicht nur auf Leitideen des modernen Städtebaus, sondern auch auf die Richtlinien für einen „luftschutzgerechten Städtebau“ zurückzuführen. U.a. könnten also funktionale Gründe Schweizer bewegt haben, die Industriegebiete in den Wald zu planen. Darüber hinaus wurde die Lage der Industrie im Wald dadurch begründet, dass so ihr störender Charakter nicht besonders hervortreten kann. Sie sollte „möglichst im Baumgrün aufgesogen werden“ (Schweizer 1943:17).



Abb. 19: Plan „Zur städtebaulichen Neuordnung von Karlsruhe“ 1943 von Schweizer [Quelle: Schweizer, Otto Ernst: Zur städtebaulichen Neuordnung von Karlsruhe, 1943]

Schweizer übertrug die schon 1935 in seiner Veröffentlichung „Grundlagen des architektonischen Schaffens“ als Siedlungsmodell entworfenen Trabantenbänder auf Karlsruhe. Sie zogen sich zu beiden Seiten des Hardtwaldes entlang und strukturierten das Gebiet. Der Plan sah im Norden, teils am, teils im Hardtwald den Bau großer Industrie- und Wohnsiedlungen vor. In diesem Plan kann man schon die Lage der erst sehr viel später errichteten Siedlungen Bergwald und Waldstadt erkennen. Neben der Bandstadtidee war die Auflösung der „Steinstadt“, der bestehenden Stadtstrukturen, eines seiner Ziele (vgl. ebd.:9). Für ihn spielten die landschaftlichen Gegebenheiten insofern eine große Rolle, als sie „unter allen Umständen in ihren Hauptwesenszügen erhalten“ (ebd.:8) werden sollten und sich die Baugebiete ihnen folglich unterordneten: „Im ganzen gesehen müssen also bei der Disposition der neuen Baugebiete und Verkehrsanlagen die grundlegenden Naturgegebenheiten, (...), der durchlaufende Hardtwald, die idyllischen Bachtäler mit (...) den anschließenden schönen Waldrändern (...) erhalten, (...) besonders unterstrichen und hervorgehoben werden“ (ebd.:8). Dem Anspruch der Erhaltung kommt der des allgemeinen Wunsches nach „Verbindung mit der Landschaft“ (ebd.:8) hinzu. Deutlich lässt sich aus dem Plan herauslesen, dass dem stadtnahen Wald aus heutiger Umweltsicht in Anbetracht der projektierten Lage sämtlicher Industrie- und Wohngebiete und Verkehrsanlagen im Wald keinerlei Umweltbedeutung zukommt.

Zwischen den Siedlungs- und Industriegebieten wurde „hauptsächlich aus Gründen der Wegverlegung der störenden und lästigen Industrieanlagen von den Wohngebieten und auch aus ästhetischen Gründen (...) ein Trennungsgürtel von einem 300 bis 500 m breiten Grünstreifen, hauptsächlich Baumgrün, vorgeschlagen“ (ebd.:16). Sowohl als Lärmschutz als auch als Nutzfläche, die mit ihrer 500 m-Breite sich in all ihren Werten ausbauen lässt, sollte das Grün dienen. Er ging von einer zwangsläufigen Nutzung des Waldes aufgrund ihrer Nähe und Lage aus, die automatisch eine positive Beziehung zwischen Mensch und Wald bewirkt. Funktionale Gründe übertrafen deutlich gestalterische Gründe. Er konnte nicht ahnen, dass in den folgenden Jahren das Auto als Transportmittel rasant an Bedeutung gewann, die Nutzung des Grüns nicht zwingend erfolgte.

Der praktizierte Wiederaufbau in Karlsruhe war schließlich ein Kompromiss zwischen einer vollständigen Realisierung des Schweizerischen Konzepts und den bestehenden Sachzwängen. Es kam nie zum Bau von Industriegebieten im Hardtwald und wegen der Planungshoheit der Gemeinden auch nicht zum Bau der Siedlungsbänder, wie Schweizer sie in seinem Plan vorgesehen hatte.

4.4.3 Vorentwurf Flächennutzungsplan 1961: Wald als Schutzfläche

1960 sind die „größten Wunden, die Spuren der Auswirkungen des Weltkrieges (...) nahezu geschlossen, das Größte repariert oder neu aufgebaut“ (Martin 1999:24), dennoch wurden im Konzeptionellen Versäumnisse registriert und daher Gutachten angefordert und Planungen angestoßen. Großinstitute und Fachexperten lieferten

umfangreiche Gutachten zu möglichen Veränderungen in Stadt und Region. Es stellte sich allerdings heraus, dass alle Prognosen überzogen waren, das Isenberg-Gutachten (1962:67ff) wich am stärksten von der wirklichen Entwicklung ab (Martin ebd.). Nach einer Trendberechnung der Stadt Karlsruhe aufgrund von Zahlen von 1951 bis 1962 ließ sich für Karlsruhe noch ein Bevölkerungsstand von 330.000 Einwohnern im Jahre 1980 erwarten. Bergstraesser und Tenbruck (1965:240 u. 249) halten allenfalls 290.000 Einwohner für erreichbar, erwarten eher 275.000 für das Jahr 1980. Die starkes Wachstum verheißenden Prognosen in den Gutachten führten in der Planungspraxis zu großflächigen Erweiterungsplanungen. Die Bauleitplanungen beruhen in erster Linie auf der Frage nach der zahlenmäßigen Bevölkerungsentwicklung und dem steigenden Wohnflächenbedarf pro Person. Wachstum und Stadterweiterung war bis Anfang der 1970er Jahre stark im Denken der Planenden verankert.

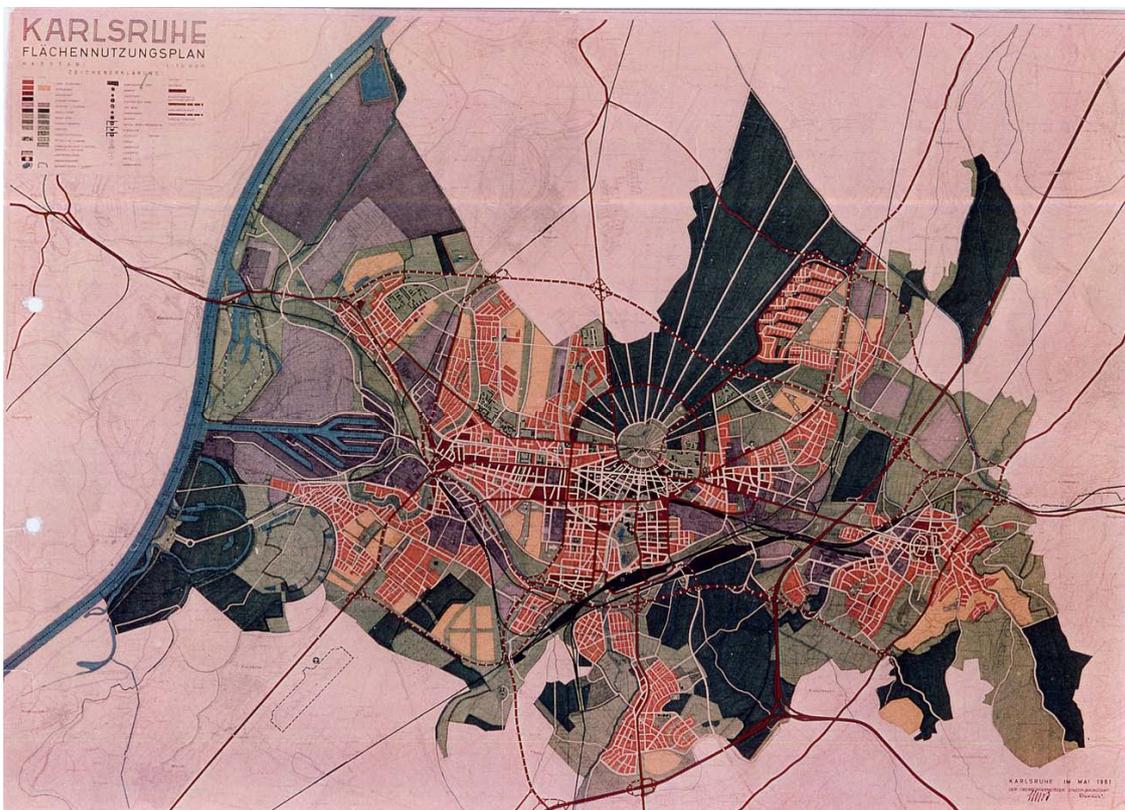


Abb. 20: Entwurf Flächennutzungsplan 1961 [Quelle: Stadtplanungsamt Karlsruhe]

Nach 1961 wurde laut BBauG die Aufstellung eines FNP gefordert. Als weitere Forderung galt, eine gründliche Untersuchung mit den unterschiedlichsten Zielsetzungen diesem neuen Plan vorzuschicken. Dieser FNP des Stadtgebietes Karlsruhe vom Mai 1961, der aufgrund der o.g. Prognosen beachtliche Flächen für Stadterweiterung und Verkehr auswies, erlangte nie durch einen Planfeststellungsbeschluss Rechtsverbindlichkeit. So wollte es auch der damalige OB Klotz, denn in dieser Phase der Bedarfsbefriedigung mussten einerseits Flächen angeboten werden – es gab, wie auch heute noch, Konkurrenz zwischen Nachbargemeinden wie Ettlingen beispielsweise und der Stadt – andererseits Grünflächen als Erholungsflächen innerhalb der

Stadt bewahrt und entwickelt werden. Klotz brauchte Spielraum für die weiteren Planungen, er wollte keine Bandagen und benutzte diesen Plan als „Schubladenplan“.⁴⁷ Dieser Zwang zur flexiblen Lösung führte in Karlsruhe zu einer zu groß dimensionierten Flächenwidmung (Altrup1969: 1). Daher hat der FNP von 1961 bis Ende der 1960er Jahre nur geringfügige Veränderungen erfahren. In diesem Plan ist deutlich die Lage der beiden Siedlungen Oberreut und Bergwald zu erkennen, die in den Wald eingreifen und die auch schon im „Schweizerplan“ projektiert wurden. Da Karlsruhe „außerordentlich weitflächige(n) Waldflächen erhalten wollte, stehen den Baugebiets-erweiterungen im Großen und Ganzen die landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Flächen wie auch noch Teile der sonstigen Flächen offen (...)“ (Altrup 1969:147).

4.4.4 Wald als Landschaftsgestalter und Baulandfläche im ROP 1964-1969 (1971)

Im Auftrag der Stadt Karlsruhe, des Landkreises Bruchsal, Karlsruhe und Rastatt erarbeitete das Institut für Stadt- und Landesplanung an der Fakultät für Architektur der Universität Karlsruhe in den Jahren 1964-1969 unter Leitung von Professor Adolf Bayer ein Raumordnungsgutachten. Dies war insofern bemerkenswert, als es bis zur Auftragsgebung bundesweit noch kein Raumordnungsgesetz (ROG) gab, das die Aufstellung eines Raumordnungsplans (ROP) festlegte. In der Region Karlsruhe wurde also schon früh, schon vor Inkrafttreten des ROG und lange bevor es einen Regionalverband gab, die **Planung von Stadt und Umland** für notwendig erachtet. Ergebnis ist die Veröffentlichung des **Raumordnungsplans Zentrales Oberrheingebiet (1971)**, der allerdings nur ein Konzeptplan blieb.

Ein Ziel war es, ein „Nebeneinander bzw. Überlagerung statt einer Entmischung“ der verschiedenen Funktionen zu erreichen, „wobei trotzdem eine Differenzierung der verschiedenen Ansprüche an die Landschaft nach der vorherrschenden Nutzung vorgenommen wird.“ (Raumordnungsplan Zentrales Oberrheingebiet 1971:340) Wälder wurden in diesem Plan allgemein als schutzwürdig betrachtet, „weil visuelle und emotionale Werte unter allen Landschaftselementen hier am meisten dominieren.“ (ebd.:340) Grob differenziert wurden die Belastung und die Nutzung der Wälder sowie seine Lage. Im Bericht 10 der Regionalplanung im Zentralen Oberrheingebiet aus dem Jahr 1967 (2) über die Forstwirtschaft, der im Rahmen der Raumordnungsplanung entstand, wurde die **Sozialfunktion** betont, die **Produktionsfunktion** trat demgegenüber in den Hintergrund. Im Bericht wurde gefordert, dass **Erholungswälder** des Planungsgebiets vorrangig der Nah- und Wochenenderholung der verstädterten Bevölkerung dienen sollten. Auch **ästhetischen Gesichtspunkten** wurde insofern Rechnung getragen, als es hieß, unterschiedliche Vegetationsgesellschaften der Wälder nehmen einen hervorragenden Rang im Landschaftsbild ein. „Sie werden daher nicht nur Erholungsflächen sein, sondern für die künftige Landschaftsplanung als ein Hauptelement auftreten.“ (ebd.:12)

⁴⁷ Persönliches Gespräch mit ehemaligem Stadtplanungsamtsleiter Egon Martin (1972-1994) am 27.04.05

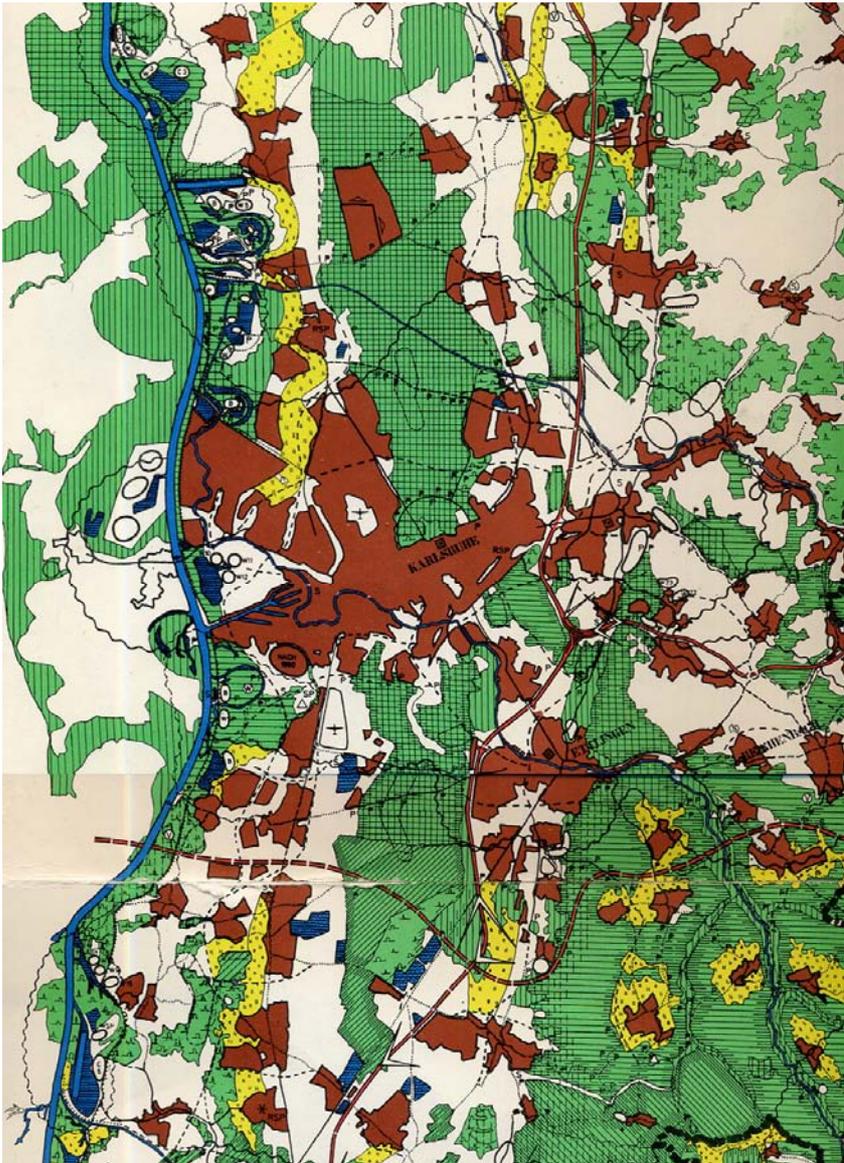


Abb. 21: Entwurf zum Landschaftsplan nach 1980 [Quelle: Raumordnungsplan 1971]

Zum Abschnitt „Schutz der stadtnahen Wälder“ wurde von forstlicher Seite gefordert, dass „die Waldflächen im Grüngürtel der Städte in das Stadtbild mit einzubeziehen und diese selbst durch Grünzüge im Stadttinnern zu einem sinnvollen Grünsystem zu verwenden (sind), daß ein gesundes und menschenwürdiges Wohnen und Leben auch in diesen dichtbesiedelten Gegenden ermöglicht wird.“ (AFZ 1964:478) Es wurde davon ausgegangen, dass durch die zunehmende Freizeit und Motorisierung die Menschen ein „Doppelleben“ in Stadt und Land führen werden konnten, das sich derart ausdrückt, dass Zweitwohnsitze in der Landschaft, möglichst in Verbindung mit besonderen Landschaftswerten wie Höhen, Hänge und Waldrand, ausgewiesen werden müssen. Angesichts der „unabwendbare(n) Ansprüche“ wurden im Raumordnungsplan etwa 617 ha Flächen als alternative Baugebiete für das Wohnen in der Landschaft im Umland unter Berücksichtigung eines verdichteten Bauens

vorgeschlagen (Raumordnungsplan Zentrales Oberrheingebiet 1971:329f) (Abb. 21). Es ist als eine Zusammenzeichnung aller gemeindlicher Erweiterungsflächen zu verstehen. Im Vergleich dazu wurden zu jener Zeit in Wirklichkeit etwa 144 ha ausgewiesen.⁴⁸ In gewissem Sinn hatte Bayer die tatsächlich eingetretene Zukunftsentwicklung vorausgeahnt, und zwar die flächenhafte Ausbreitung von neuen Wohnsitzen im Umland möglichst „im Grünen“.

FNP-Entwürfe – Konzentration auf die Region

Anfang der 1970er Jahre wurde eine FNP-Abteilung eingerichtet, die eine Vielzahl von Daten erfasste, Datenmaterial sammelte, um Grundlagen für die Aufstellung des FNP zu schaffen. Flächen, die zuvor als Bauland für Erweiterungsflächen ausgewiesen wurden, fielen nun weg.⁴⁹ Man erkannte zu dieser Zeit die Notwendigkeit, grenzübergreifend zu planen. Als Folge davon wurde im Landesplanungsgesetz die Gründung von Nachbarschaftsverbänden gefordert, die die Stadt mit ihren Umlandgemeinden einschloss und die Planungen aufeinander abstimmen sollten (vgl. Teil II, 5.3.3).

4.5 Walderhaltung: Vertreter, Politik und Maßnahmen

Immer mehr Gegenstimmen gegen die massiven Waldinanspruchnahmen wurden laut. Zum Teil waren es Einzelstimmen und Einzelgegner, zum Teil wurde die Walderhaltungspolitik durch rechtliche Verankerung waldschützerischer Maßnahmen forciert.

4.5.1 Einzelstimmen zur Walderhaltung

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und die Öko-Bewegung

Als Reaktion auf die Waldschäden wurde 1947 die „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“ gegründet, aus der sich 1949 der Landesverband Baden-Württemberg formierte, deren Ziel die Wiederaufforstung der reduzierten Wälder war. In Karlsruhe kam es 1961 nach bereits erfolgten großen Waldinanspruchnahmen für die heutige Nordstadt und die Waldstadt zu einer großen Landestagung der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, auf der man sich mit lokalen und überregionalen Raumplanungen befasste. Es wurde an die Einbeziehung von Waldbeständen in die Stadtplanung appelliert. Da die Mehrheit der Bevölkerung in städtischen Gebieten lebte, sollten Ballungsgebiete mit ausreichenden Grünanlagen versehen werden. Ergebnis dieser Tagung war der Beschluss, für die regionale Raumplanung Karlsruhe die stadtnahen Wälder, insbesondere den Hardtwald, unter Schutz zu stellen (D.T. 10.4.1961). Erste

⁴⁸ Angesichts der Prognosen von Fachexperten (s. Teil II, 4.3.4) wird folgende Aussage getroffen: „Wir können uns für die künftige regionale Entwicklung nicht mit den seitherigen juristischen, gesellschafts- und gemeindepolitischen Argumentationen abfinden. Die Probleme sind nicht zu lösen durch mehr oder weniger konsequente Ablehnungen der Baugesuche mit der Begründung des Schutzes der Landschaft oder ihrer Unbenutzbarkeit für den begehrten Zweck unter dem Hinweis, den Außenbereich in erster Linie seiner besonderen Bestimmung für die naturgegebene Bodennutzung und als Erholungslandschaft der Allgemeinheit zu erhalten.“ (Raumordnungsplan Zentrales Oberrheingebiet 1971:315)

⁴⁹ Als Beispiel seien hier die Flächen für Wohnbebauung entlang des Berghanges im Rappeneigen in Durlach und für die Rheinstadt genannt, die erheblich zurückgenommen wurden.

Anzeichen der „Öko-Bewegung“ wurden im Laufe der 1960er Jahre in der Gesellschaft deutlich, die bald die Freiflächenpolitik der Planer durch die „Grüne Front“ stark beeinflussen. Kontra-Meinungen wurden nahezu zu jeder Planung formuliert (Martin 1999:40).

Otto Figlestahler und die Hardtwaldfreunde – erste Umweltschützer

Im Jahre 1956, also nach dem Beschluss der Waldstadt, drangen nach Planungsabsichten der Stadt in Bezug auf weitere Hardtwald-Bebauungen die Appelle der Arbeitsgemeinschaft der Hardtwaldfreunde zur Erhaltung des Hardtwaldes als Erholungsgebiet an die breite Öffentlichkeit. Als wohl bekanntester „Widerständler“ und früher Umweltschützer der 1950er/60er Jahre galt Otto Figlestahler (B.N.N. 24.03.1973) Er gründete den Verein der Hardtwaldfreunde, die später zur Arbeitsgemeinschaft der mittelbadischen Waldfreunde erweitert wurde. Die Tatsache, dass er 1956 in den Stadtrat gewählt worden war, zeigte deutlich, dass es in der Bevölkerung viele Gegenstimmen gegen Waldinanspruchnahmen für Bauzwecke gab. Hauptausgangspunkte waren die Erweiterungsplanungen der Technischen Hochschule, die Planung eines Wasserwerks und eines Atomreaktorprojekts, dem heutigen Forschungszentrum.

4.5.2 Die schwache Walderhaltungspolitik

Nach dem Krieg führte bis in die zweite Hälfte der 1960er Jahre hinein eine vorwiegend nach ökonomischen Kriterien ausgerichtete Argumentationsweise (vgl. Teil II, 4.3) zum rasanten Anstieg der Umwandlungen von Wald für andere Nutzungen.⁵⁰ In der Zeit von 1950 bis ca. 1970 gab es unterschiedliche Schwerpunkte im Bereich der Walderhaltungspolitik: bis Ende der 1950er Jahre kann das Hauptanliegen der Politik in einem Beitrag zum Wiederaufbau gesehen werden. Von 1960-1970 änderte sich die Politik, da man den weitgehend wirkungslosen Waldflächenschutz erkannte. Man wandte sich stärker zur Raumordnung und Landesplanung hin (Hammer 1985:99). In den 1960er und 1970er Jahren wurden die schon unter Schutz gestellten, eher kleinteiligen Gebiete durch größere Landschaftsschutzgebiete wie Rheinaue oder Hardtwald ergänzt. Der Schutz des Hardtwaldes nördlich der Stadt entstand hauptsächlich in Verbindung mit der Waldstadtplanung (s. III, 3.4). Als Folge einer großzügig betriebenen Ausweisungspraxis von z.B. Landschaftsschutzgebieten konnten möglicherweise ebenso großzügig gehandhabte Ausnahmeregelungen wie z.B. im Falle der Bergwaldsiedlung oder Oberreut in Karlsruhe erfolgen. Denn nach der alten Rechtslage war es leicht, die Festlegungen des Landschaftsschutzes durch die mit einem Bebauungsplan geltend gemachten Zwänge der städtebaulichen Entwicklung zu unterlaufen (Hammer 1985:190).⁵¹ Oft wurden aber erst *nach* einem Abholzungsantragsentscheid die

⁵⁰ Näheres dazu in: Hammer 1985:182-189

⁵¹ „... (es) können für Flächen, die dem Landschaftsschutz unterliegen, Nutzungsregelungen getroffen werden, soweit dies für die städtebauliche Entwicklung der Gemeinde erforderlich ist und nicht überwiegende Belange des Natur- und Landschaftsschutzes entgegenstehen.“ Und: „Mit dem Inkrafttreten eines Bebauungsplanes treten in seinem Geltungsbereich Regelungen, die dem

planerischen Grundlagen geschaffen, d.h. ohne die baugesetzlichen Voraussetzungen über einen Antrag entschieden.

4.5.3 Wiedegründung des GBA 1963 und ihr Einfluss auf die Grünpolitik

Da OB Klotz die Chancen für die Stadtentwicklung nicht nur durch Baulandbeschaffung und Stadterweiterungen, sondern auch durch eine adäquate Einbeziehung und Entwicklung des öffentlichen Grüns erkannte, beschloss der Gemeinderat Anfang der 1960er Jahre eine Bundesgartenschau (BUGA). Folge war die Wiedegründung eines selbständigen GBA 1963. Eine konzeptionelle, nachhaltige Durchgrünung der Stadt im Zuge der laufenden Erweiterungen wurde unter der Leitung von Robert Mürb geplant und realisiert (Stadt Karlsruhe Gartenbauamt 2005:20). Die enge Zusammenarbeit zwischen den Leitern vom Stadtplanungs-, Tiefbau- und Gartenbauamt bewirkte eine allmähliche Änderung im stadtplanerischen Umgang mit Freiflächen. Die Konstellationen von einflussreichen Persönlichkeiten verschiedener Ämter, die internen Besprechungen und ihre enge Zusammenarbeit steuerten stark die Grün- und Freiflächenpolitik ab den 1960er Jahren.⁵²

4.6 Zusammenfassung

Nach der in Kapitel 3 erfolgten Darstellung einer allmählichen Ausdehnung der Stadt in den Wald und ihren insgesamt gesehen relativ geringen Waldinanspruchnahmen wurde in diesem Kapitel deutlich, in welchem beispiellosem Ausmaß in der Nachkriegszeit aufgrund des Wohnungsmangels als Folge des rasanten Bevölkerungswachstums und der Wohlstandsentwicklung Waldflächen für Siedlungs- und Industriezwecke umgewandelt wurden. Es lassen sich zwei Grundhaltungen bezüglich der Walddiskussion feststellen: einerseits das Bedürfnis der Stadtverwaltung, die Stadt zu erweitern und Wohnraum zu schaffen und somit auch Waldflächen für Bauzwecke in Anspruch zu nehmen, andererseits das Bemühen der Stadt, der Bevölkerung und der Forstbehörde um den Schutz des stadtnahen Waldes. Faktisches Ergebnis dieser Auseinandersetzungen ist, dass es zu den flächenmäßig bedeutsamsten Waldumwandlungen des 20. Jahrhunderts kam. Es war die Zeit der starken Persönlichkeiten, die großen Einfluss auf den Umgang mit Wald haben, erstens, weil unmittelbarer Handlungsdruck vorhanden war, zweitens, weil ein gesellschaftlicher Grundkonsens bestand, dass nach dem Krieg und seinen Folgen das Land wieder aufgebaut werden musste. Was die stadtnahen Wälder anging, verhielt es sich so, dass, obwohl bis in die 1970er Jahre hinein die Steigerung der Produktionsleistung im Vordergrund stand, sich seit den 1960er Jahren das gesellschaftliche Bewusstsein für die Bedeutung des Waldes als Erholungsort entwickelte, in dessen Folge stadtnahe Wälder zu Erholungswäldern

Landschaftsschutz dienen, insoweit außer Kraft, als sie der Durchführung des Bebauungsplanes entgegenstehen“ (nach § 5 (I) des BBauG vom 23.6.1960).

⁵² Persönliches Gespräch mit ehemaligem Gartenbauamtsleiter Robert Mürb am 20.04.05 und mit dem ehemaligen Stadtplanungsamtsleiter Egon Martin am 29.04.05

umgestaltet wurden. Aber auch das Bewusstsein für die Schutzfunktionen des Waldes, die nun auf naturwissenschaftliche Grundlagen gestellt wurden, erwachsen allmählich. Der hohe Stellenwert des Waldes schlug sich in Gesetzestexten nieder, die gesetzlichen Grundlagen zur Raumplanung etablierten sich seit den 1960er Jahren. Folge war, dass Natur im Vergleich zu früher nicht zum Nulltarif benutzt werden konnte. Andererseits herrschte in der Anfangsphase eine Planungssegmentierung vor, was dazu führte, dass das gesetzlich festgelegte Bauleitverfahren leicht umgangen und somit Waldflächen als Baulandreserve weiterhin genutzt werden konnten. Denn sie lagen in einer Hand, waren billig und sofort verfügbar. Hinzu kam, dass die Leitbilder der 1950er und 1960er Jahre von einer Auflösung der Stadt, von einer Durchdringung von Stadt und Natur beherrscht waren. Da Stadtlandschaftsvisionen, die vor dem Krieg entstanden waren, nun realisiert werden konnten, von forstlicher Seite eine schwache Walderhaltungspolitik herrschte, die sich ausschließlich an wirtschaftlichen Kriterien orientierte, und der OB jener Zeit treibende, einflussreiche Kraft im Stadtplanungsgeschehen war, entstanden verhältnismäßig viele Baugebiete im Zusammenhang mit und unter Inanspruchnahme von Wald.

5. Wald als strikt geschützter Raum - Der Umgang mit Wäldern in Karlsruhe 1975-2000

5.1 Rahmenbedingungen

5.1.1 Stadt- und Bevölkerungsentwicklung: Verstädterung der Stadtregion

Zwischen 1972 und 1975 vergrößerte sich das Stadtgebiet durch mehrere Eingemeindungen⁵³ um 5817 ha, wodurch neues Bauland und neue Waldgebiete in die Stadtmarkung kamen (Ringler 1991:72). In den vergangenen Jahrzehnten fand ein tiefgreifender Wandel der Landschaft in der Region Karlsruhe statt. Gründe lagen vor allem in der Intensivierung der gesamten Landnutzung, z.B. durch „ständig wachsende Flächenansprüche für bauliche Nutzungen, (...) zusätzliche Flächenanforderungen wegen der heute als notwendig erkannten Schutz- und Abstandsflächen zwischen unterschiedlichen Flächennutzungen.“ (Erläuterungsbericht Band 1 FNP 2010 (2004):68) Die Entwicklung der Stadt bzw. Region Karlsruhe ist gekennzeichnet durch eine weitere Ausdehnung der Umlandgemeinden und eine intensive Verstädterung der Umlandgemeinden (Stadt Karlsruhe 1995). Es zeichnet sich neben dem ersten und zweiten Siedlungsring um die Stadt Karlsruhe die Bildung eines dritten Siedlungsringes ab (Erläuterungsbericht Band 1 FNP 2010 (2004):16).

Siedlungs- und Verkehrsflächen vermehren sich auf Kosten von Landwirtschaftsflächen. Im Vergleich dazu ist die Entwicklung der Flächennutzung in Gesamtdeutschland ähnlich⁵⁴, wobei die Waldflächen tendenziell leicht zunehmen. Im NVK ist der Waldflächenanteil nahezu gleich geblieben, die landwirtschaftlichen Flächen haben zugunsten von Gebäude-, Frei- und Verkehrsflächen zwischen 1985 und 2001 um 6 % abgenommen.

Es haben sich in den letzten Jahrzehnten einige Rahmenbedingungen verändert - z.B. gestiegene Mobilität, gesteigener Wohnflächenbedarf pro Person, Eigenheimzulage, Pendlerpauschale -, die sich in Abwanderungen aus der Großstadt in die Umlandgemeinden der Region ausdrücken. Wesentliche Ursache für die Bevorzugung von Flächen im Umland ist das Bodenpreisgefälle zwischen dem Kernbereich der Stadtregion und den Randbereichen (Schäfer und Hohl 2002:56). Obwohl nun keine Wohnungsnot wie in der Zeit nach dem Krieg herrscht, sind dennoch ein deutlicher Siedlungsflächenbedarf sowie eine Inanspruchnahme von Flächen für Siedlungszwecke vorhanden.

⁵³ Stupferich, Hohenwettersbach, Wolfartsweier, Grötzingen, Wettersbach und Neureut

⁵⁴ 30 % Wald - Tendenz leicht, aber kontinuierlich steigend

53 % Landwirtschaft - Tendenz stark fallend

12 % Siedlungs- und Verkehrsfläche - Tendenz steigend

5 % sonstige

(Statistisches Bundesamt Deutschland) [online] <<http://www.destatis.de/basis/d/umw/ugrtab7.php>>

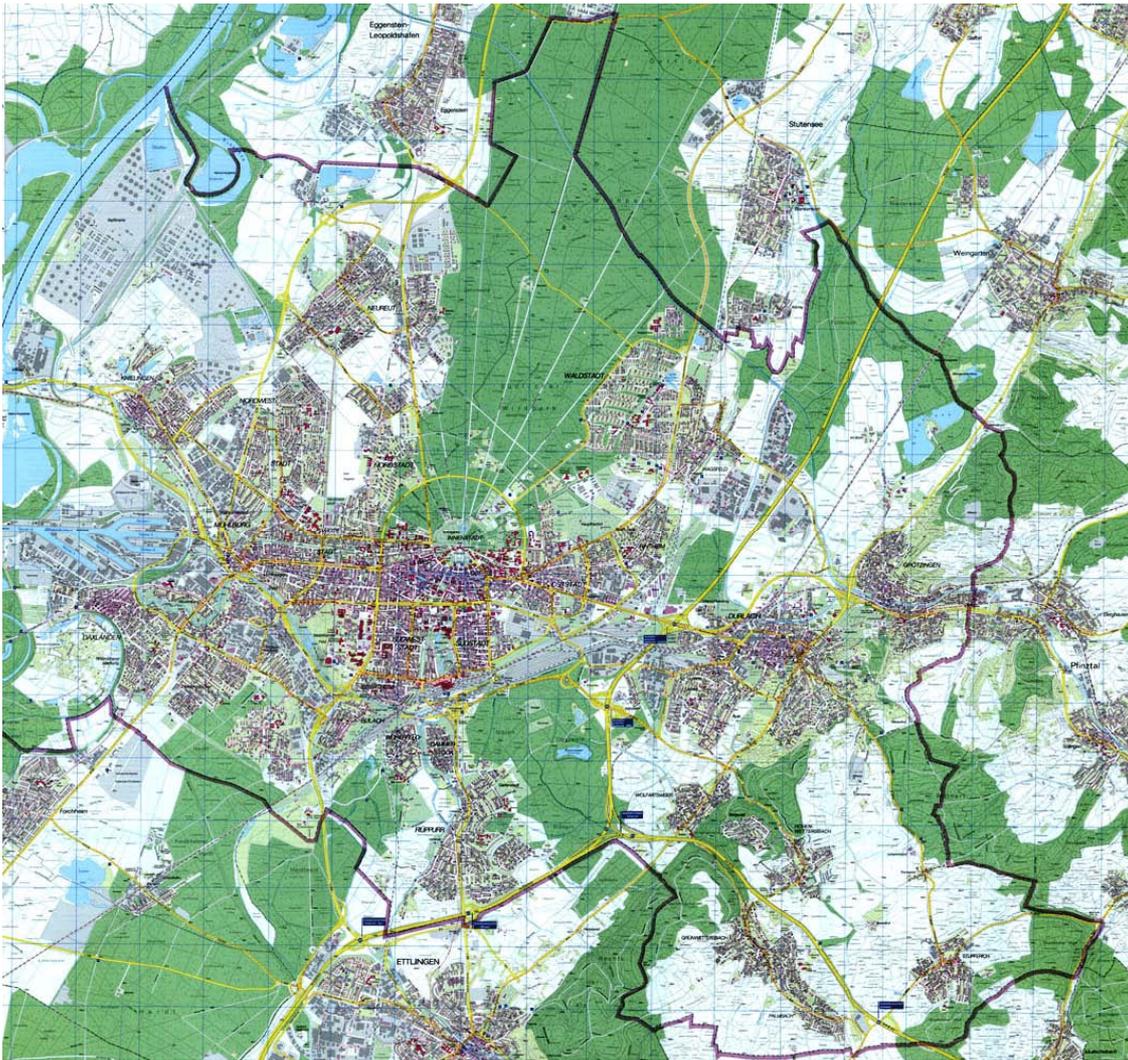


Abb. 22: Plan Stadt Karlsruhe 2002 [Quelle: StadtAK 8 PBS XVI 1252]

Die Einwohnerzahl stagniert heute bei leichten Schwankungen seit dem Höchststand von 1975 bei etwa 283.000 Einwohnern. Bis in das Jahr 2003 blieben die Einwohnerzahlen Karlsruhes seit etwa 1980 mit einigen minimalen Schwankungen in etwa gleich (1980: 269.789 EW; 1990: 270.379 EW; 2003: 272.262 EW⁵⁵). Die Prognose besagt dennoch eine Bevölkerungsabnahme im Prognosezeitraum ab 2015 bis 2030 (Stadt Karlsruhe 14/2003:55). Jährlich verliert die Stadt Karlsruhe 1000 bis 2000 Einwohner an die Region (Wohnungsnachfrage in der Wohnungsmarktregion Karlsruhe bis 2010:4). Die Entwicklung verläuft allerdings moderat. Eine Untersuchung über die Region um Karlsruhe hat eine geringere Intensität des Suburbanisierungsverlaufs nachgewiesen, als dies in anderen Agglomerationsräumen zu beobachten ist (Schäfer und Hohl 2002:60). Obwohl in der Wohnungsmarktregion Karlsruhe die Bevölkerungszahl bis 2010 in etwa konstant bleibt, wird die Zahl der Haushalte (aufgrund der kleiner werdenden Haushalte) in diesem Zeitraum wachsen und somit eine zusätzliche Nachfrage nach neuen Wohnungen entstehen.

⁵⁵ Daten aus Internetquelle Karlsruhe Stadtentwicklung: [online]
<http://www1.karlsruhe.de/Stadtentwicklung/afsta/Statistik/Index.htm> (Stand 28.03.2006)

5.1.2 Der Hardtwald als Ökosystem, Erholungswald und gestalteter Wald

Vom „geradlinigen“ zum „wilden“ Wald

Das **Europäische Naturschutzjahr 1970** und die wachsende Sensibilität der Gesellschaft für den **Umweltschutz** beeinflussten die forstlichen Zielsetzungen in der Folgezeit insofern stark, als ökologische Belange und walddynamische Prozesse stärker berücksichtigt wurden (vgl. u.a. B.N.N. 23.8.1971, B.N.N. 23.2.1974, B.N.N. 19.8.1978). Diese Ziele eines naturnahen Waldbaus wurden durch konsequente Umwandlung der Kiefernbestände in stabilere Mischwälder verstärkt.⁵⁶ Heute wird im Karlsruher Wald **multifunktionale Forstwirtschaft** betrieben. Ziel ist die Erhaltung des Waldes in seiner flächenhaften Ausdehnung sowie der Schutz und die Pflege des Ökosystems Wald.⁵⁷ Im Gegensatz zum Altersklassenwald verwildert der geradlinige und „ordentliche“ Wald (Schriewer 2001:26).

Erholungswaldausweisung: Steigende und differenzierte Erholungsnutzung

Eine starke Steigerung der Besucherzahlen im nördlichen Hardtwald wird in der Studie von Volk (1992) festgestellt, die sich mit Entwicklungen der Walderholung in stadtnahen Wäldern in Südwestdeutschland befasst (vgl. auch B.N.N. 1.12.1988, B.N.N. 30.5.1988, Diener u. Blaschczok 1988). Darin wird eine expansive Entwicklung der Walderholung im Zeitraum 1970-1980 belegt (ebd:284f). Insgesamt nahm in stadtnahen Wäldern in der Umgebung u.a. von Karlsruhe die Freizeitnutzung zwischen 1977 und 1988 im Durchschnitt um 140% zu (Volk 1992:o.S. zit. in: Bericht der Arbeitsgruppe Freizeit und Erholung im Wald 2003 (online)). Die Veränderungen der Besucherhäufigkeit wirkte sich insofern auf die Ausweisung von Erholungsflächen in der WFK von Karlsruhe aus, als die Stufe 1 (Intensiverholungswälder) hohe Anteile dazugewonnen hatte, da im Gegensatz zu anderen Städten genügend Waldfläche zur Verfügung stand (Volk 1992:289). Etwa 25 % des Waldes im Stadtkreis wurden als **gesetzlicher Erholungswald** ausgewiesen.⁵⁸ Im Vergleich dazu sind in Baden-Württemberg etwas mehr, ca. 30%, als Erholungswald Stufe 1 und 2 ausgewiesen.

Erholung im Wald stellte in den 1960er und 1970er Jahren den bedeutendsten Bestandteil aller programmatischen Überlegungen zur Erholungsvorsorge in Baden-Württemberg dar. Im jüngsten Bericht „Nachfrage nach Freizeit- und Sportangeboten in Karlsruhe“ (2003) wird festgestellt, dass die stadtnahe Erholung an Bedeutung gewinnt. Große zusammenhängende Grünräume wie der Hardtwald und der Oberwald werden neben Parkanlagen u.a. bevorzugte Räume für Spaziergänger, Jogger und Radfahrer (Stadt Karlsruhe 2003:69). Im Bericht „Ökologische Aspekte der Stadtentwicklung“ (1998:40f) wird davon ausgegangen, dass „der Drang nach Bestätigung und die Suche nach ‚Verlorenem‘ in der freien Natur zur Steigerung des körperlichen Wohlbefindens (...) daher weiter wachsen (werden).“

⁵⁶ Im Jahre 1840 betrug der Kiefernanteil im Hardtwald etwa 67%, stieg bis 1949 auf etwa 82%. Heute dominieren die Kiefernbestandstypen mit wiederum etwa 67%, wohingegen Eichen 14% und Buchen 13% des Hardtwaldes ausmachen (Rupp 2004:136).

⁵⁷ [online] <http://www1.karlsruhe.de/Natur/Wald/forst4.htm> (Stand 18.01.05)

⁵⁸ [online] <http://www1.karlsruhe.de/Natur/Wald/forst4.htm> (Stand 18.01.05)

Waldgestaltung aus forstlicher Sicht

Von Seiten der Forstverwaltung wurde jüngst versucht, auf die veränderten Bedürfnisse der Menschen einzugehen, indem die Aspekte **Ästhetik und Gestaltung des Waldes** in die forstliche Planung miteinbezogen wurden. Am Beispiel des Schlossgartens, Fasanengartens und des Hardtwaldes wird dies deutlich. Auf der bereits im Rahmen der Bundesgartenschau 1967 gestalteten Landschaft dieses Bereiches aufbauend wird heute die Weiterentwicklung bzw. die Aufrechterhaltung eines ästhetischen Landschaftsbildes angestrebt, indem Bäume als Solitäre entwickelt, Blickachsen auf das Schloss entlang von Alleen freigemacht werden und landschaftsprägende Bäume eingesetzt werden. Räumliches Konzeptziel ist es, Übergänge vom künstlerisch geformten Schlossgarten über den gepflegten gestalterischen Fasanengarten bis zum Hardtwald zu schaffen (Kienzler 2004:27). Ein weiteres forstliches Ziel ist es, die Alleenstruktur der Schneisen in Zukunft stärker herauszuarbeiten (Schmidt 2004:36). Diese Maßnahmen sind vor dem Hintergrund einer allmählich aufkommenden Tendenz der Gegenentwicklung gegen den betriebswirtschaftlichen Umgang mit dem stadtnahen Wald zu verstehen. Allerdings stehen dem Ziel der ästhetischen Gestaltung der Pragmatismus und die hohen Kosten entgegen, die die Durchsetzung dieser gestalterischen Ideen erschweren oder gar verhindern, vor allem in staatlichen Wäldern.⁵⁹ Das jüngst von einem Forstmann veröffentlichte Buch „Waldästhetik“⁶⁰, das für eine Haltung weg vom starren betriebswirtschaftlichen Denken plädiert, bezeugt ein allmähliches Umdenken auf dem forstlichen Sektor.

Ein weiteres Beispiel für die stärkere Berücksichtigung der Wünsche und Anforderungen der Bevölkerung von Seiten der Forstbehörden stellte der im Oktober 2002 durch die Forstdirektion Freiburg verfasste inoffizielle Grobentwurf dar, in dem im Hinblick auf den Erholungsaspekt des stadtnahen Waldes zum einen eine Erweiterung des bisherigen Erholungswaldes „Nördlicher Karlsruher Hardtwald“ vorgeschlagen wurde, zum anderen Vorschläge zur Pflege und Entwicklung des Waldes zum Erholungswald gemacht wurden (Forstdirektion Freiburg Würdigungsentwurf 2002). 14 Jahre nach der ersten gesetzlichen Erklärung weiter Teile des stadtnahen Waldes zum Erholungswald wird somit nun ein zweiter Entwurf aufgestellt. Dabei müssen die Belange der **Erholungsvorsorge** und des **Naturschutzes** miteinander in Einklang gebracht werden (ebd. 2002:10f). Allerdings hat dieser Entwurf aufgrund der leerer Landeskassen und geringen Investitionsbereitschaft des Landes kaum Chancen der Durchsetzung.⁶¹

5.2 Waldflächeninanspruchnahmen als Ausnahmefälle und geplante Projekte

Man erkennt, dass in dieser Phase ab 1970 die Waldinanspruchnahmen Einzelfälle darstellen, sie teilweise auch nur Planungen sind, die bis heute nicht realisiert bzw.

⁵⁹ Persönliches Gespräch mit Forstamtsleiter Herrn Kienzler 29.05.06

⁶⁰ Wilhelm Stölb: Waldästhetik – Über Forstwirtschaft, Naturschutz und die Menschenseele. Remagen-Oberwinter, 2005

⁶¹ Persönliches Gespräch mit Forstamtsleiter Herrn Kienzler 29.05.06

nicht mehr weiterverfolgt worden sind. Großwohnsiedlungen und Industriegebiete werden nicht mehr projiziert, es sind lediglich öffentliche Einrichtungen sowie der Ausbau von Verkehrsanlagen.

- Nordtangente geplant (im Generalbebauungsplan 1926 erstmals formal konzipiert, seit 1961 geplant, heute wieder aktuell)
- Schulzentrum Südwest (Planung 1969-1975), Bau ab 1976
- Rissnert Sportzentrum (nicht realisiert) 1970er Jahre
- Verkehrsstrassen L506, Südtangente
- Forschungszentrum Umwelt als Universitätserweiterung (1997) (s. Abb. 12)

Durch die in Kraft getretenen Umweltgesetzgebungen Mitte der 1970er Jahre und dadurch, dass die größte Wohnungsnot überwunden war, ist diese Zeit durch einen Stopp größerer Waldinanspruchnahmen geprägt. Die Verlaufsform der Ablehnungsraten pro Jahrzehnt, entnommen aus einer Graphik von Hammer⁶², sowie die Zahlen über Waldflächen der Gemarkung Karlsruhe belegen dies: ca. 4500 ha (1975)⁶³, 4535 ha (1985), 4517 ha (2001).⁶⁴

Waldflächenveränderungen

Es ist eine seit 1978 annähernd gleichbleibende Bewaldungsmenge erkennbar.⁶⁵ Was Aufforstungen angeht, nimmt tendenziell die Zahl der neugepflanzten Bäume stetig ab. Dies ist auf die seit etwa den 1990er Jahren praktizierte naturnahe Waldwirtschaft zurückzuführen, die ganz bewusst auf die natürlichen Verjüngungskräfte des Waldes zurückgreift (vgl. Teil II, 5.1.2). Lediglich 100 ha, bezogen auf den NVK wurden aufgeforstet, 15 ha Waldvermehrung gehen auf Sukzession und 17 ha auf Waldpflanzaktionen der Jahre 1978 bis 1983 zurück (FNP 1985:128). Aufgrund zunehmender Flächenverluste der Land- und Forstwirtschaft und damit einhergehend der Verschärfung der Konkurrenz um die Bodennutzung sind die Aufforstungsgenehmigungen rückläufig. Aus Tabellen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg⁶⁶ lässt sich dennoch entnehmen, dass die Waldfläche im Stadtkreis Karlsruhe im Zeitraum 1989 bis 2005 um 0,4% auf 26,1%, im NVK im Zeitraum 1997 bis 2001 um 0,2% auf 36,6% zugenommen hat.

⁶² Graphik über die Verlaufsform der Ablehnungsraten im Zeitraum 1900-1980 in den Teilräumen Zürich und Karlsruhe. In: Hammer, Rainer: Waldflächenentwicklung und Walderhaltungspolitik in Ballungsräumen - Eine vergleichende Analyse am Beispiel der Räume Bern, Freiburg i. Br., Karlsruhe und Zürich zwischen 1900 und 1980, 1985, S. 232

⁶³ Mitteilungen des Baudezernats – Stadtplanung FNP 13, 1975:6

⁶⁴ Flächenerhebungen 1985 und 2001 in den Gemeinden des NVK nach Art der tatsächlichen Nutzung in Hektar bzw. %. In: Erläuterungsbericht Band 1 – NVK Flächennutzungsplan 2010 (2004):45

⁶⁵ [online] <<http://www1.karlsruhe.de/Natur/Wald/forst2.htm>> (Stand 18.01.2005)

⁶⁶ Statistisches Landesamt [online]

<http://129.143.97.131/SRDB/home.asp?H=BevoelkGebiet&U=01&T=&R=KR215> (Stand 03.02.06)

5.3 Der Umgang mit Waldflächen in Leitplänen und deren Zielsetzungen

5.3.1 Stadtplanungspolitik in Karlsruhe: Orientierung an ökologischen Aspekten

Da allgemein erkannt wurde, dass die Phasen der Stadterweiterung weitgehend abgeschlossen sind, ergaben sich neue Aufgabenfelder wie Stadterneuerung als Weiterführung der Innenentwicklung der Städte durch Wohnumfeldverbesserung, Stadtgestaltung, Flächenrecycling usw. Während zum Ende der 1960er Jahre der Glaube in die Gestaltbarkeit der Zukunft durch Planung herrschte, ist seit den 1970er Jahren das hohe Ansehen von Planung verblasst, die zunehmend auf Ablehnung und Verweigerung stieß (Martin 1999:39). Dies führte zu Veränderungen in Auffassung und Zielen zur Stadtplanung in Richtung „Verstärkte Berücksichtigung von Umweltaspekten“. Das Interesse der Öffentlichkeit an generellen Umweltfragen blieb im Verlauf der 1980er Jahre anhaltend hoch⁶⁷, so dass sich in Reaktion darauf das Spektrum der umweltpolitischen Instrumente und Programme erheblich ausweitete.⁶⁸ In den 1990er Jahren ließ sich das Planen in Karlsruhe dadurch kennzeichnen, dass es „zäh und unbestimmt, geradezu zielunsicher“ (Martin 1999:69) wurde. Das gewohnte Ordnungsdenken wurde von anderen eigendynamischen Kräften bestimmt. „Die Stadtplanung denkt voraus, bessert aber in Wirklichkeit nur nach, sanktioniert. Planer und Kommunalpolitiker sind jetzt mit einem in der Geschichte der Stadtplanung neuen Phänomen einer tiefgreifenden allgemeinen Planungsfeindlichkeit konfrontiert. (...) Das ist deshalb fatal, weil gerade jetzt mit stärkerem Umweltbewusstsein ein neuer Schub an Planungsbedarf besteht.“ (Martin 1999:69)

Im Gegensatz zur Nachkriegszeit stellt heute die Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte und das Ziel „Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen“ in der Stadtentwicklung einen wichtigen Teil der Kommunalpolitik dar. Man geht davon aus, dass ein an ökologischen Maßstäben und Zielen ausgerichtetes Leitbild der städtebaulichen Entwicklung zur Sicherung der „Umweltqualität und damit auch die Attraktivität der Stadtregion insgesamt“ am geeignetsten ist. (Stadt Karlsruhe 1995:10) Heutige Stadterweiterungen stehen unter dem Vorzeichen des flächensparenden Bauens. Konversionen, Umnutzungen, innerstädtische Verdichtung sowie die Bewertung der Biotop und die darauf aufbauenden Schutzkonzepte bilden Schwerpunkte der aktuellen Städtebau- und Freiraumpolitik der Stadt Karlsruhe und der Nachbargemeinden (Einsele u. Kilian 1997:17).

5.3.2 Flächennutzungspläne (FNP) 1985 und 2010 (2004): Wald als Tabufläche für Bauzwecke

Vor o.g. Hintergrund werden die Leitpläne zur Stadt bzw. zur Region behandelt. Um Planungen nicht nur innerhalb der Gemarkung Karlsruhe, sondern auch der Umland-

⁶⁷ Verwiesen wird auf den Presseartikel „Der Wald stirbt bald“ (Karlsruher Rundschau 11.5.1983).

⁶⁸ In Karlsruhe kam es z.B. 1980 zur Bildung eines Naturschutzbeirates, und die Einführung von Umweltämtern in den Kommunen ist eine Reaktion auf die als ungenügend empfundene Berücksichtigung der Umweltbelange in Abwägungsprozessen.

gemeinden besser zu steuern und alle Planungen aufeinander abstimmen zu können, wurde 1976 der NVK gegründet.⁶⁹ Die Gesamtstadtplanung Karlsruhes wird also seit etwa 30 Jahren auf eine teilregionale Planung, die den NVK umfasst, ausgeweitet. 1985 wurde der erste **Flächennutzungsplan für den NVK** aufgestellt, der den **Zielen der Raumordnung und Landesplanung** angepasst ist.

Da nach 1945 bis 1979 im Gebiet des NVK Waldumwandlungen von etwa insgesamt 2500 ha Waldzugängen von 363 ha gegenüberstanden (Erläuterungsbericht FNP 1985:128) und die hohe Bedeutung des Waldes allgemein anerkannt wurden, wurden im FNP 1985 Waldflächen als Tabuflächen für Bauzwecke betrachtet. Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen und gesellschaftspolitischer Ziele liegt seit Juli 2004 ein neuer, überarbeiteter FNP 2010 vor. Die in den Verdichtungsräumen kritische ökologische Situation ist der Auslöser für ein neues Planungsverständnis geworden. Im FNP 2010 ist daher eine **nachhaltige Stadt- und Regionalplanung** als Leitlinie für die Flächennutzungsplanung im NVK festgesetzt. Daraus ergeben sich Konsequenzen für den FNP in erster Linie im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes (Erläuterungsbericht Band 1 FNP 2010 (2004):8).

Die Grundhaltung Schutz der bestehenden Landschaft vorwiegend aus ökologischen Gründen und flächensparendes Bauen spiegelt sich auch in der Formulierung des städtebaulichen Zielkonzepts für Landschaft und Freiraum im FNP (Erläuterungsbericht Band 1 FNP 2010 (2004):67ff) wider. **Freiräumliche Leitlinien** sind heute als wichtiger Bestandteil eines Gesamtkonzepts zur regionalen Siedlungsentwicklung zu integrieren (Abb. 23). Die siedlungsgliedernden Freiflächen, sollen erhalten, die Siedlungsränder gestalterisch klar definiert und abgegrenzt werden.⁷⁰ Die Siedlungsbegrenzung bzw. -gliederung soll Hauptziel sein. Zur Zielvorstellung in Bezug auf den stadtnahen Wald fanden sich lediglich folgende Aussagen: „Der Hardtwald nördlich und südlich von Karlsruhe ist infolge seiner zusammenhängenden Waldflächen ebenfalls zu sichern“, und auch der Charakter Karlsruhes als historische Stadtgründung mit seinem Fächergrundriss mit dem Raumkontrast Stadt-Hardtwald soll bewahrt werden (ebd.:69f). Festzustellen ist, dass eine bewusste Entwicklung von Landschaft und Freiraum der Region als elementarer Teil ihrer Gesamtentwicklung begriffen wird, die gleichberechtigt neben der baulichen Entwicklung steht. Es wird davon ausgegangen, dass Landschaft dabei zur stabilisierenden und identitätsstiftenden Komponente wird (ebd.:67).

⁶⁹ Elf Gemeinden gehören ihm an: Die Städte Karlsruhe, Ettlingen, Stutensee und Rheinstetten, die Gemeinden Pfinztal, Eggenstein-Leopoldshafen, Karlsbad, Waldbronn, Linkenheim-Hochstetten, Weingarten und Marxzell.

⁷⁰ Für den Teilraum des Hochgestades ist z.B. von einer Bebauung abzusehen, um den Geländesprung von der Rheinniederung zur Niederterrasse als landschaftstypische, natürliche Grenzlinie zu erhalten.

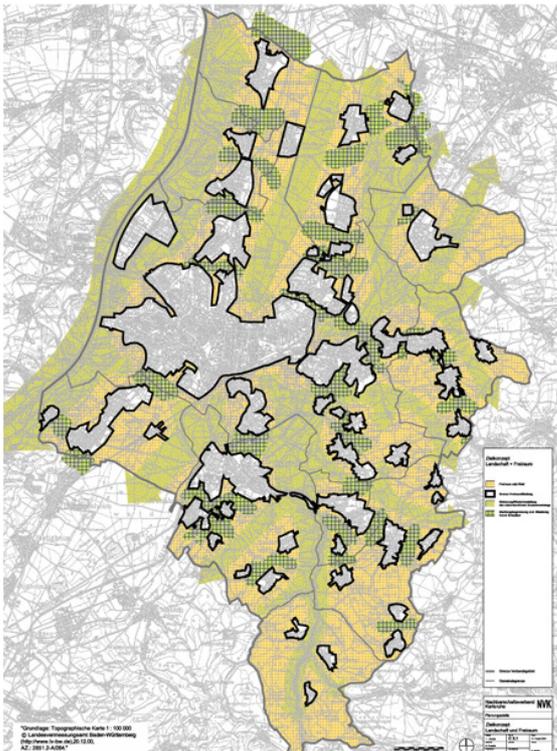


Abb. 23: Zielkonzept Landschaft + Freiraum
[Quelle: FNP des NVK 2010]

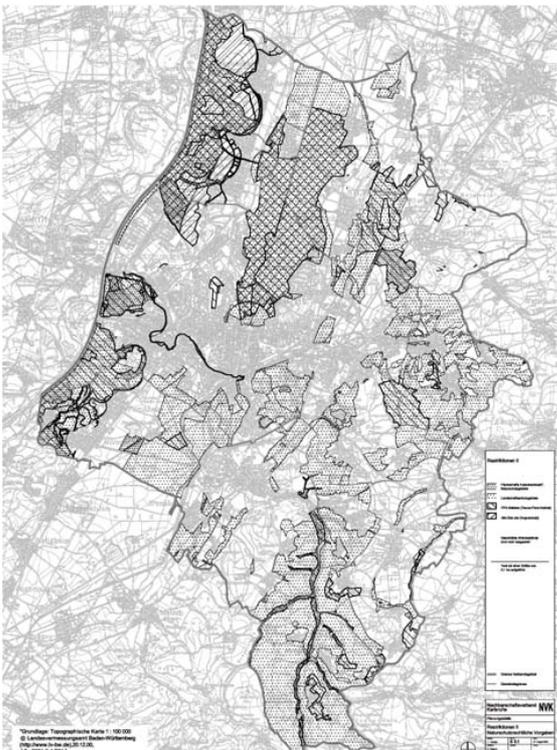


Abb. 24: Restriktionen I (Regionale Grünzüge, Grünzäsuren, schutzbedürftige Bereiche der Landwirtschaft, des Naturschutzes und der Landespflege [Quelle: FNP des NVK 2010]

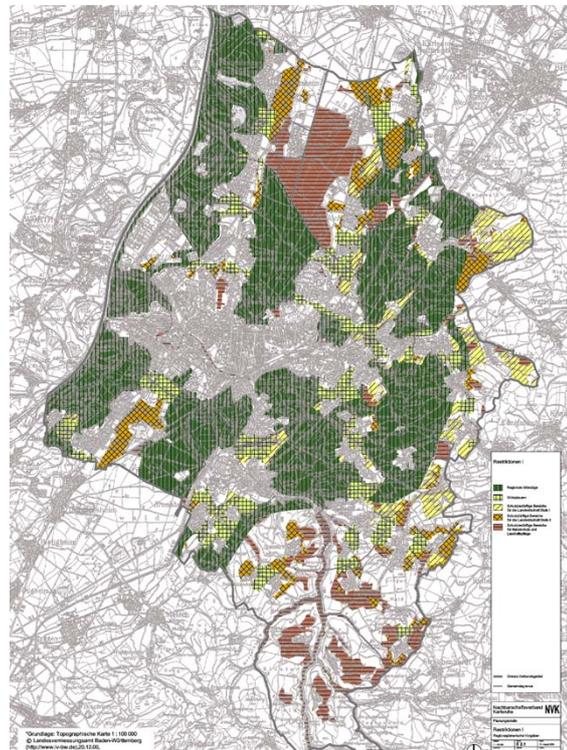


Abb. 25: Restriktionen II (Flächenhafte Naturdenkmale, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete [Quelle: FNP des NVK 2010]

Andererseits entsteht der Eindruck, dass trotz gleichberechtigter Berücksichtigung von Landschaft und baulicher Entwicklung der Freiraum durch Auferlegung vieler **Restriktionen** vor allem im städtischen Raum als passives Element verstanden wird, das es zu schützen gilt, und aufgrund der Dominanz der naturschutzfachlichen Position sektoral behandelt wird. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der FNP Aussagen und Ziele des Landschaftsplans übernimmt, der auf rechtlicher Basis des Naturschutzgesetzes aufgestellt ist und vielfach mit Schutz-, d.h. mit Verbotskategorien arbeitet. Etwa 88% der Waldflächen der Stadt Karlsruhe (3960 ha) sind als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen (Multifunktionale Forstwirtschaft a) (online)). Die Karte Restriktionen I (Abb. 24) enthält schutzbedürftige Bereiche aus dem Regionalplan, bei denen aufgrund der landesplanerischen Zielsetzung eine bauliche Nutzung ausgeschlossen ist: z.B. Grünzäsuren, regionale Grünzüge, schutzbedürftige Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege usw. Die Karte Restriktionen II (Abb. 25) enthält weitere Flächen anhand des Naturschutzgesetzes sowie der Natura 2000-Richtlinie der EU, die ebenfalls Nutzungseinschränkungen unterliegen. In diesen exemplarisch ausgewählten Plänen ist zu erkennen, dass fast alle Freiflächen einer Restriktion unterworfen sind und diese einen großflächigen Anteil des Planungsbereiches einnehmen.

Wald in Landschaftsplänen (LP): Von der sozialen zur ökologischen Funktion

Ab 1975 gab es vermehrt Untersuchungen zur Natur und Landschaft im Raum Karlsruhe. **Stadtklimagutachten** wurden z.B. erstellt, die immer stärker an Bedeutung gewannen, da sich vor allem im Rheintal sowohl durch eine hohe Luftbelastung als auch durch das ungünstige Klima – viele heiße Tage, zu wenig Luftaustausch – ein Bewusstseinswandel zu Natur und Umwelt und eine Sensibilisierung der Bevölkerung stattfand.⁷¹

Im LP des Jahres 1975 wurden als Ziele der forstwirtschaftlichen Nutzung genannt, dass „die Sozialwirkungen des Waldes in unserem Verdichtungsraum eindeutiger gegenüber der reinen Holzproduktion in den Vordergrund treten (müssen).“ (Mitteilungen des Baudezernats – Landschaftsplanung LP 2 1975:14) Hierin erkennt man die **Forderung der verstärkten Berücksichtigung der sozialen Dimension** bereits vor etwa 30 Jahren. Auch die Möglichkeit einer entsprechenden **Gestaltung des Waldes** für die direkte Ästhetik- und Erholungswirkung sowie Nutzbarkeit für die Menschen wurde in Betracht gezogen: „Die Anlage von Trimm-Dich-Pfaden, Spielplätzen und Sitzplätzen allein genügt nicht als Voraussetzung für eine interessante Freizeitbetätigung, wie sie der Wald bieten könnte. (...) Doch schon die Verwendung von pflanzensoziologisch entsprechenden Gehölzarten erscheint als wesentliche Verbesserung gegenüber dem stets zunehmenden Anteil an Nadelgehölzen (...). Auch unter ökologischen Gesichtspunkten sind interessante Laubwaldmischbestände mit entsprechend ausgebildeten Waldrändern anzustreben. Durch empirische Untersuchungen ist festgestellt worden, daß die Besucher besonders die **Waldränder** aufsuchen. Dem sollte durch eine **entsprechende Erschließung und die Schaffung von Lichtungen** entsprochen werden.“ (ebd.:14)

⁷¹ Mit Hilfe von Temperaturmessungen im Hochsommer stellte man beispielsweise fest, dass es im Waldbereich an manchen Tagen um 5 C° kühler ist als im übrigen Stadtgebiet.

Im Gegensatz zu diesen Zielformulierungen im LP von 1975 werden im Vorentwurf des LP 2010 (1999:6/4) des NVK aus dem Jahre 1999 Aspekte wie Waldgestaltung in Verbindung mit Landschaftsarchitektur und Berücksichtigung ästhetischer Werte nicht mehr erwähnt. Als **landespflegerische Zielvorstellung** heißt es eindeutig, dass **Waldungen „Taburäume für die Siedlungsentwicklung“** seien. Auf der Niederterrasse sollten die ausgedehnten Waldungen als historische und landschaftstypische Nutzungen erhalten bleiben und klare Grenzen für die Siedlungsentwicklung bilden. Durch die Aufzählung der Waldfunktionen in Abschnitt 4/78f wird deutlich, welch starkes Gewicht den **Schutzfunktionen** wie Wasserschutz, Bodenschutz, Klimaschutz, usw. entgegen der sozialen Funktion, die sich einzig auf die Erholungsfunktion beschränkt, zukommt. Eine Differenzierung struktureller Elemente nach beispielsweise Baumgruppen, Gehölzvegetation usw. oder eine Differenzierung nach Standorten wie Innenstadtlage, Stadtrandlage usw. wird nicht vorgenommen. Dennoch wird festgestellt, dass der Hardtwald „nur eine eingeschränkte natürliche Attraktivität für Erholungssuchende“ besitzt, er aber aufgrund der „Nähe zum Quellgebiet Karlsruhe“ wichtiger Naherholungsraum darstellt (Vorentwurf Landschaftsplan 1999:4/80). Das Ziel einer Verbesserung dieser eingeschränkten Attraktivität wird nicht formuliert.

5.4 Walderhaltung: Maßnahmen und Politik

In den letzten Jahrzehnten hat sich gegenüber der Nachkriegszeit eine starke Walderhaltungspolitik mit entsprechenden Regelungen und Richtlinien herausgebildet. Auch die Bürgerbeteiligung, eingeführt im BBauG 1976, die sich in öffentlichen Widerständen gegen Waldinanspruchnahmen ausdrückte, gewann an Bedeutung.

5.4.1 Wald und Raumplanung: Gesetzliche Verankerung des Freiraumschutzes

Als Folge des neuen veränderten Umweltbewusstseins erfahren die politischen Entwicklungen und Entscheidungen ihre Verbindlichkeit und ihre Schranken im Recht. Auf allen Planungsebenen wird die gestiegene Bedeutung des Freiraumschutzes deutlich. Nachfolgend soll daher die gewachsene administrative Verankerung des Natur- und Umweltschutzes an wenigen ausgewählten Beispielen dargestellt werden.

Bundesebene, Landes- und Regionalebene und Kommunalebene

Auf Bundesebene wurde, was Landschaft und indirekt somit auch den Wald betrifft, 1998 im Raumordnungsgesetz (ROG) zukünftig eine „**nachhaltige Raumentwicklung**“ als Leitvorstellung bei der Erfüllung raumordnerischer Aufgaben vorgegeben (§1 Abs. 2 ROG). Mehr Gewicht wird in der neueren Fassung auf die Bedeutung der Freiräume als zu schützende Räume für die Umwelt gelegt. Während in der alten Fassung bei diesem Punkt noch von der Sicherung und Gestaltung von Erholungsgebieten die Rede war, fiel dies in der neueren Fassung gänzlich weg.

Auch auf Landesebene „rücken **der Schutz des Waldes, die Schonung der Landschaft und der Grundsatz ‚Ausbau vor Neubau‘** in den Vordergrund (...).“ (Vorwort im LEP 1983) Um der gestiegenen Bedeutung des Freiraumschutzes Rechnung zu tragen, wurde im LEP 2002 ein eigenes Kapitel zur Freiraumsicherung und der –nutzung eingeführt. Fortgeführt wird außerdem das Ziel der Beschränkung des Eingriffes in den Waldbestand auf das Unvermeidbare (LEP 2002:40)⁷². Während bis Anfang der 1980er Jahre die Aufgabe der Regionalpläne vorrangig darin bestand, die Siedlungsexpansion zu steuern, steht heute das Bemühen um Ausgleich zwischen Siedlungsentwicklung und Freiraumerhaltung im Vordergrund. Durch eine verstärkte Berücksichtigung ökologischer Belange auf Ebene der Regionalplanung durch die Zielformulierungen wie Festlegung von **Grünzäsuren** und **Regionalgrünzügen** sind diese Ziele nicht abwägungsfähig.⁷³

Seit der großen Baurechtsnovelle im Jahr 1976 und mit der Schaffung des Baugesetzbuches (BauGB) 1986 sind bei der Bauleitplanung auch die **Belange des Umweltschutzes** (BauGB § 1 Abs. 5 Satz 2 Nr. 7) entsprechend in Planungsentscheidungen miteinzubeziehen. Auch durch Ergänzungen im **Bundesnaturschutzgesetz** (BNatSchG) und durch die seit 1998 geltende Änderung des Baugesetzbuches (§1a) kann den Belangen des Naturhaushaltes und des Arten- und Biotopschutzes stärker Rechnung getragen werden. Die Eingriffsregelung wird nun mit der Bauleitplanung des Baugesetzbuches verknüpft. Sind durch die Verwirklichung eines Bebauungsplans Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu erwarten, müssen bereits im Bebauungsplan **Ausgleichsmaßnahmen** festgelegt werden. Durch die Eingriffsregelung wird ausgedrückt, dass Landschaft nicht mehr zum „Nulltarif“ in Anspruch genommen werden darf.

Was Ersatzaufforstungen angeht, so sieht das **Landeswaldgesetz** (LwaldG) von Baden-Württemberg (§ 9 (4)) unter bestimmten Voraussetzungen eine **Walderhaltungsabgabe** vor, sofern die nachteiligen Wirkungen nicht ausgeglichen werden können. Im Falle eines Vorhabens, bei dem Wald in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden soll, muss nach LWaldG (§9 (1)) ein bestimmtes **Waldumwandlungsverfahren** eingeleitet werden, wobei eine **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)** durchzuführen ist.

5.4.2 Waldnaturschutzkonzepte

Die Naturschutzfunktion der Wälder hat sich seit Mitte der 1970er erheblich verändert, wozu maßgeblich die Gesetzesinitiativen auf nationaler- und Länderebene sowie

⁷² „Eingriffe in den Bestand des Waldes in Verdichtungsräumen und in Wälder mit besonderen Schutz- und Erholungsfunktionen sind auf das Unvermeidbare zu beschränken. Solche Waldverluste sollen möglichst in der Nähe der Eingriffe in Abstimmung mit den Belangen des Naturschutzes und der Landwirtschaft durch Aufforstung von geeigneten Flächen ausgeglichen werden.“

⁷³ Grünzäsuren dienen dazu, das Zusammenwachsen der Siedlungen zu verhindern, und sind strikt von jeglicher Bebauung freizuhalten, regionale Grünzüge stellen großräumliche Grünflächen dar, die die Grünzüge miteinander verbinden und die im Einzelfall ausgeformt werden können.

Naturschutz-Richtlinien der EU beigetragen haben. Deutliche rechtliche Schritte in Richtung eines systematischen **Arten- und Biotopschutzes** war die Einführung des § 20c BNatSchG, womit Biotoptypen erstmals pauschal unter Schutz gestellt wurden, sowie die Verabschiedung der EU-weit geltenden **Flora-Fauna-Habitat (FFH) Richtlinie** (1992) (Runge 1998:210). 1995 wurde in Karlsruhe die **Waldbiotopkartierung** durchgeführt. Dabei wurden 210 Biotope mit einer Fläche von 485 ha bzw. 11% der Waldfläche ausgewiesen. In Baden-Württemberg werden zwei Kategorien von Waldschutzgebieten unterschieden: in **Schonwäldern** ist im Hinblick auf einen besonderen Schutzzweck eine forstliche Bewirtschaftung erlaubt, die besonderen Auflagen unterliegen.⁷⁴ Im Gegensatz dazu sind **Bannwälder** sich vollständig selbst überlassene Waldreservate und gänzlich unbewirtschaftet. Ziel ist hierbei, „Urwälder von morgen“ sowie Beobachtungsflächen für wissenschaftliche Urwaldforschung zu schaffen (Landesforstverwaltung a) (online)). In Karlsruhe sind 364 ha als Schonwald und 5 ha als Bannwald ausgewiesen.

5.4.3 Partizipation und öffentlicher Widerstand

Neben den genannten Restriktionen und Regelungen zur stärkeren Berücksichtigung landschafts- und umweltplanerischer Belange gewann die Öffentlichkeitsbeteiligung, deren Maßnahmen und Initiativen zur Walderhaltung bzw. Erschwerung der Durchsetzung waldinanspruchnehmender Planungen führten, immer mehr an Bedeutung. Durch die Zunahme von **Bürgerinitiativen**, die sich v. a. auf Konfliktpunkte in der Stadt- und Regionalplanung konzentrierten, zeigte sich ein deutlich verstärktes Öffentlichkeitsinteresse auf dem Gebiet der räumlichen Planung. Es galt, Planungen zu verhindern. Durch die Novellierung des BBauG 1976 wurde die Bürgerbeteiligung bei der Bauleitplanung eingeführt, die sich derart gestaltete, dass Bürger sich frühzeitig an der Gestaltung des Planungskonzepts beteiligten, Anregungen und Bedenken zu Planungen äußerten und damit die Planung mitbestimmen konnten, was die Erfolgchancen für Planungen im Zusammenhang mit Waldinanspruchnahmen erheblich minderte (vgl. ebd.). In einigen Fällen kam es zum starken öffentlichen Widerstand wie der Fall der Nordtangentenplanung durch den Hardtwald in Karlsruhe zeigt, der sich bis in die heutige Zeit zieht. In diesem Fall erzwang sich ein Teil der Bevölkerung die Mitwirkung durch ein Bürgerbegehren. Infolge der starken Resonanz der Bürgerschaft zur Rettung des Hardtwaldes nahm der neue Gemeinderat 1980 die Zustimmung zur Nordtangente zurück. Durch die Möglichkeit der Partizipation bei der Bauleitplanung wuchsen die Widerstände gegen bestimmte Planungen (Ringler 1991:74).

⁷⁴ Schutzziele in Schonwäldern sind z.B.: Optimierung der Lebensbedingungen für einzelne Tier- und Pflanzenarten, Erhalt von Waldgesellschaften, Waldbiotopen oder die Wiederherstellung historischer Waldformen, die durch menschliche – sprich kulturelle Nutzung entstanden sind.

5.5 Zusammenfassung

Neben der zwischen 1972 und 1975 erfolgten Vergrößerung des Stadtgebietes durch Eingemeindungen, wodurch neues Bauland und neue Waldgebiete in die Stadtmarkung kamen, fand in den vergangenen Jahrzehnten ein tiefgreifender Wandel der Landschaft in der Region Karlsruhe statt. Das verstädterte Umland ist gewachsen und weiter verdichtet worden, sodass die Berührungszonen von gebauten Strukturen mit Waldflächen zwangsweise zunahm. Zur Zeit findet eine Stagnation der Einwohnerzahl mit leichten Schwankungen seit dem Höchststand von 1975 statt. Dennoch ist die Entwicklung der Region Karlsruhe aufgrund des gestiegenen Flächenbedarfs pro Person durch eine weitere Ausdehnung der Umlandgemeinden gekennzeichnet.

Das Zusammenwirken aller gesetzlichen Vorschriften, die in ihrem Grundsatz aus ökologischer Sicht den sparsamen Umgang mit Boden- und Freiflächen und den Freiraumschutz zum Ziel haben, erschwert in hohem Maße weitere Waldflächeninanspruchnahmen bzw. die aktive Einbeziehung stadtnaher Wälder zur Qualifizierung und Gestaltung von Orten. Tendenziell wird sich dieser derzeitige Umgang mit Waldflächen – betrachtet man die letzten 30 Jahre seit Einführung von Umweltschutzgesetzen und das sich seit jener Zeit bis heute noch auswirkende Bewusstsein in Bezug auf den Natur- und Umweltschutz - nicht ändern.

Im Zielkonzept Landschaft und Freiraum im Erläuterungsbericht des FNP 2010 sind zwei Hauptstrategien festzustellen: einerseits die Bewahrung und der Schutz von Landschaftsteilen und somit auch Wald, andererseits eine Konzentrierung der Siedlungsgebiete. Der stadtnahe Wald wird vorrangig aus ökologischer Sicht betrachtet, und der planerische Umgang mit ihm als Tabufläche für Siedlungen erfolgt entsprechend. Nähere Aussagen zu Waldflächen bzw. zu möglichen Beziehungsformen, zum aktiven Verhältnis von Stadt und Wäldern finden sich nicht. Es ist höchstens von „landschaftlichen Großformen als Gestaltelemente der Stadtregion“ die Rede. Festzustellen ist daher, dass in dieser Phase eindeutig die Interessen der Walderhaltung gegenüber denen der Stadt- und Siedlungserweiterung stärker durchgesetzt werden konnten. Einerseits ist diese Strategie des absoluten Schutzes allzu verständlich angesichts der massiven Waldverluste durch Bauzwecke vor allem während des Baubooms in der Nachkriegszeit, andererseits behindert sie die Entwicklung eines neuen Verständnisses von Wald, die Wald nicht als bloße Baulandreserve betrachtet, sondern als integratives Freiraum- und Gestaltungselement der Stadt. Demgegenüber vollzieht sich von forstlicher Seite heute insofern ein Wandel, als versucht wird, auf die Bedürfnisse der Bevölkerung stärker einzugehen und als weiteres Ziel neben Nutzholzerzeugung Wald *für* den Menschen zu gestalten. Allerdings beschränken sich die Ideen ohne Relation zu anderen Elementen auf den Wald selbst.

6. Paradigmenwechsel im Umgang mit dem stadtnahen Wald - Zusammenfassung und Folgerungen

Kennzeichen der **Phase 1870-1918** waren **geringe Stadterweiterungen innerhalb der Gemarkungsgrenzen** und die Ausdehnung der Stadt nach Süden, Westen und Osten, wodurch kaum Wald in Anspruch genommen wurden. Darüber hinaus war der Hardtwald landesherrlich geschützter Bannwald, Wald hatte daher vergleichsweise geringe Bedeutung in der Planung, diente traditionell der Jagd und der Holznutzung.

In der **Phase 1918-1945**, die von Krieg und Nachkriegszeit geprägt wurde, entstanden wenige neue Siedlungen. Die **Umwandlung von Wald in Landwirtschaftsflächen** aufgrund der schlechten Versorgungslage angesichts der Notsituation nach dem Ersten Weltkrieg führte zu großflächigen Waldreduzierungen. Wald war vorrangig Reservefläche für den sozialen Wohnungsbau und andere Nutzungen sowie in erster Linie **Wirtschaftsforst** und von Forstleuten geplant. Bis Ende der 1920er Jahre wurden Waldflächen nur für Projekte überwiegend im staatspolitischen Interesse freigegeben, die **Einzelplanungen** darstellen. Schwerpunkte der Planung lagen mehr in den Außenbezirken.

Kennzeichnend für die **Phase 1945-1975** waren angesichts des rasanten Städte- und Bevölkerungswachstums der Nachkriegsphase, einhergehend mit dem Fortschrittsglauben, **massive Waldinanspruchnahmen für Bauzwecke**. Obwohl bis in die 1960er Jahre hinein Wald in erster Linie als Holzproduzent galt und vorrangig der Forstwirtschaft zu dienen hatte, kam es zu einer Kumulation dieser Inanspruchnahmen aufgrund des hohen Baudrucks im Zeichen des Wiederaufbaus und der Eindämmung der Wohnungsnot. Denn Waldflächen waren leicht verfügbar, ausgedehnt und billig. Die kommunale Freiflächenpolitik entschied in dieser Zeit fast ausschließlich nach ökonomischen Kriterien. Als Antriebskraft galten die einflussreichen Planungsideologien der Verflechtung von Landschaft und Siedlung, der funktionalen Trennung von Gebieten. Es war eindeutig ein angebotsorientierter Wohnungsbau, bei dem das technisch-funktionalistische Denkmuster im Vordergrund stand. Parallel dazu gab es eine Entwicklung seit den 1960er Jahren in Form von Umlandwanderungen, die kompakte Stadt begann sich aufzulösen.

In der Praxis wurden in Karlsruhe in der Nachkriegszeit und Wachstumsphase die Ziele des Siedlungs- und Industriebaus in deutlich stärkerem Maße durchgesetzt als die der **Walderhaltung**, wohingegen seit ca. 30 Jahren, in der **Phase 1975-2000**, durch den allgemeinen Wertewandel bezüglich des Umwelt- und Naturschutzes, der seitdem vielfach gesetzlich verankert ist, mehrheitlich die Walderhaltungsziele durchgesetzt werden. In dieser Phase gilt das Augenmerk zunächst der Innenstadtsanierung, dann Konversionsflächen und Nachverdichtungen innerhalb des Stadtgebietes. Waldflächen werden nicht für Planungen projiziert und aufgrund **striker Regelungen und Gesetzesvorschriften** in der Praxis kaum in bauliche Planungen mit einbezogen.

Fazit: Von Extrem zu Extrem

Es konnte nachvollzogen werden, dass die Stadtplanung sich als Reaktion auf eine bestehende Situation von einem Extrem zum nächsten katapultiert. Man ging ehemals davon aus, dass durch technische Leistungen automatisch Lebensbedürfnisse erfüllt werden. Aus damaliger Perspektive brachte dies sicherlich eine wesentliche Verbesserung der Missstandssituation. Andererseits wurden diese Ideen der funktionalistischen Planung, die sich zu sehr auf Neubau konzentrierte und zugleich die Landschaft vernachlässigte, so lange fortgeführt, bis es Mitte der 1970er Jahre zur Ernüchterung und als verständliche Reaktion zur Planungsfeindlichkeit seitens der Bürger und zur Entfeinerung der Planung seitens der Planer kam. Bürgerbeteiligung, ökologische Orientierung und „politische Rationalität“, die sich am Konsens der Bürger bemaß, führten dazu, dass strategische und experimentelle Planung aufgegeben wurden. Andererseits ist festzustellen, dass die stadtnahen Wälder trotz Devastierung und Übernutzung bemerkenswert widerstandsfähig und durch systematische Aufforstungen und natürliches Wachstum bestehen blieben. Heute herrscht das Extrem des Schutzes von Freiräumen, sodass neuere Ideen des integrativen Umgangs mit der Landschaft kaum Chancen der Durchsetzung haben.

Die Rolle des stadtnahen Waldes in Leitplänen

Im **Generalbebauungsplan** von 1926 wurden die großen Waldflächen als Gliederungselement zur Durchgrünung der Stadt betrachtet. Es gab kleinere Einzelplanungen im Zusammenhang mit Waldinanspruchnahmen, wobei gleichzeitig die restlichen erhaltenen Waldflächen in ihrer Nähe ästhetische und gestalterische Funktion hatten, denn sie dienten als Kulisse für diese Planungen im Sinne der Volkserholung, nicht als bloße Baulandreserve. Es ist somit festzustellen, dass der Wald konzeptionell miteinbezogen und die Nutzung landschaftlich eingebunden wurde. Desweiteren ist festzustellen, dass diese Planungen nicht von großflächiger Bebauung geprägt waren, wie es nach dem Zweiten Weltkrieg der Fall war, sondern von freiräumlichen Nutzungsflächen.

Im „**Schweizer-Plan**“ von 1943 bzw. 1948 wurde im Gegensatz zum Generalbebauungsplan wurden zum ersten Mal mehrere größere Baugebiete in den Wald geplant. Industrie, Wohnen, Erholen und Verkehr werden im Bandstadtprinzip voneinander getrennt. Der Gedanke der Verbindung von Landschaft und Stadt wurde zwar weiterverfolgt, und Wald wurde als grundlegende Naturgegebenheit dargestellt, dennoch waren funktionale und konzeptionelle Gründe für die Projektierung der Baugebiete im Wald vorrangig. Lärmschutz- und Sichtschutz- sowie Erholungsfunktion sollten positiv auf die Baugebiete wirken. Der Wald diente hier vorrangig als Flächenreserve und Gliederungselement.

In dem **FNP-Vorentwurf** von 1961, der im Zuge der im BBauG festgesetzten Forderung aufgestellt wurde, wurden aufgrund überzogener Prognosen einerseits großflächige Flächenausweisungen für Bauzwecke vorgenommen, andererseits zugleich Forderungen zur Erhaltung von weitflächigen Waldflächen erhoben, was einen

großen, bewusst gewollten Spielraum für zukünftige Planungen ließ. Wald galt wiederum als Baulandreserve.

Im 1964 in Auftrag gegebenen **Raumordnungsplan Zentrales Oberrheingebiet**, in dem Planung auf den regionalen Maßstab ausgeweitet wurde, wurden Wälder einerseits als schutzwürdig erachtet, andererseits aber nicht nur als Erholungsflächen gesehen, sondern als Hauptelement für die Landschaftsplanung. Waldflächen dienten demnach konzeptionell nicht nur als bloße Flächenreserve, sondern auch als Kontext für das Wohnen.

Der **FNP 2010**, genehmigt im Jahre 2004, führt das im **FNP 1985** bereits formulierte Ziel der Sicherung der Waldflächen weiter. Diese wurden seit Ende der 1970er Jahre von jeglicher Bebauung freigehalten. Wald wird nun als siedlungsgliedernde Freifläche begriffen, Landschaft wird zur stabilisierenden und identitätsstiftenden Komponente.

Fazit: Von der aktiven Landschaft über die funktionale Landschaft zur passiven Schutzlandschaft

Es ist festzustellen, dass Landschaft vor allem in den Planungen Anfang des 20. Jahrhunderts eine größere Bedeutung in der Berücksichtigung ihres Wertes für die Gestaltung und Qualifizierung eines Ortes als in der Zeit danach hatte. Wald wurde sowohl im gesamtstädtischen als auch im lokalen Maßstab als aktives Landschaftselement unter Einbeziehung moderner Nutzungen gesehen (s. Teil II, 3.3.2). Seit der Phase ungehemmter Wachstumseuphorie hat man der Landschaft diesen hohen Stellenwert verweigert. Zwar wurden Wälder in der Nachkriegszeit in Planungen miteinbezogen, allerdings aus Gründen des Baulandmangels und rein nach funktionalen Aspekten. Seit den 1920er Jahren bis heute galten stadtnahe Wälder trotz der starken Stadtlandschafts-Leitbilder eher als Baureservefläche denn als aktives planerisches Element. Heute taucht Wald in der Planung entweder als Tabuzone oder höchstens als Kompensationsfläche im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen auf. Stärker denn je wird Wald heute nur für sich betrachtet, ohne Zusammenhang mit urbanen raumstrukturellen oder sozio-kulturellen Prozessen und Veränderungen.

Paradigmenwechsel im planerischen Umgang mit stadtnahem Wald

Im Hinblick auf den planerischen Umgang mit dem stadtnahen Wald hat sich ein Paradigmenwechsel vollzogen. Während dieser zunächst in der Planung ohne Bedeutung war, wurde er lange Zeit als Reservefläche für Bebauungen und Verkehrswege gesehen. Heute ist er Taburaum für Bebauung. Angesichts veränderter Bedingungen (landwirtschaftlicher Strukturwandel, Stagnationsgebiet, usw.) kann man nach Ansicht der Verfasserin von einem deutlichen Gegensatzwandel in Bezug auf die Waldflächenentwicklung sprechen: von der Abholzung zur Aufforstung bzw. Sukzession, von der Waldabnahme zur Waldzunahme. Dies schafft eine neue Ausgangssituation für den planerischen Umgang mit stadtnahem Wald.

Andererseits ist festzustellen, dass in den letzten Jahrzehnten immer weniger soziale Aspekte im planerischen Umgang mit stadtnahen Wäldern berücksichtigt wurden. Es konnte nachgezeichnet werden, dass beispielsweise in den 1920er Jahren freiflächenbezogene Nutzungen im Zusammenhang mit Wald *für* die Menschen geplant oder gebaut und gestaltet wurden, in der Nachkriegszeit die Idee des „Wohnens im Wald“ umgesetzt wurde und in den 1970er Jahren die stadtnahen Wälder durch Trimm-Dich-Pfade und Waldeinrichtungen zur besseren Nutzung durch die Menschen gestaltet wurden. Demgegenüber fehlen heute zeitgemäße Konzepte im planerischen Umgang mit dem stadtnahen Wald zur Erleichterung seiner Nutzungsmöglichkeit durch die Städter. Wie es heute üblich ist, wird Wald allgemein als forstwirtschaftliches Kulturland verstanden und von forstlicher Seite unter Berücksichtigung traditioneller Aspekte (Schutz-, Nutz-, Erholungswald) geplant. Die Ziele beinhalten zum großen Teil ökologische Aspekte, die auf den Schutz des Waldes gerichtet sind. Die spezifische stadtnahe Situation wird heute insoweit berücksichtigt, als Wald höchstens als Erholungsraum im Verdichtungsgebiet gesehen und dementsprechend von forstlicher Seite geplant wird. Dabei stellt die Bereitstellung des Waldes als Erholungsort nur *ein* mögliches Konzept für den Umgang mit dem stadtnahen Wald dar. In jüngster Zeit tauchen vereinzelt von forstlicher sowie stadt- und landschaftsplanerischer Seite wieder Ideen zur ästhetischen Gestaltung des stadtnahen Waldes auf, die aufgrund leerer Staatskassen und des politischen Bedeutungsverlustes ästhetischer Kategorien kaum Durchsetzungschancen haben.

Der stadtnahe Wald als stabiles Gerüst für die Stadtstruktur

In diesem Abschnitt werden zusammenfassend die Veränderung der Waldfläche, der Waldverteilung und die veränderten räumlichen Beziehungen des Waldes zu baulichen Strukturen mit Blick auf die Gesamtstadt und ihrem Umland nachvollzogen.

Als im 19. Jahrhundert die Stadt noch kompakt war, könnte man von einem räumlichen Außen der an die Stadt grenzenden Wälder sprechen. Diese Struktur löst sich im Laufe des 20. Jahrhunderts auf, auf beiden Seiten des nördlichen Hardtwaldes kam es zu immer mehr Verflechtungen mit der Stadt. Die Vergrößerung der Umlandgemeinden, das Zusammenwachsen der Stadt mit ihnen und das Auswabern in die Landschaft sind Kennzeichen der heutigen Zeit. Der räumliche Gegensatz von Stadt und Wald, ein Innen der Stadt und ein Außen der Wälder, ist heute am Beispiel Karlsruhe nicht mehr zu erkennen, zumal ausgedehnte Waldflächen sich sogar in das Stadttinnere hineinziehen (Abb. 26). Somit kann Karlsruhe als Sonderfall bezeichnet werden.

Trotz der Auflösung der formalen Einheit der vorindustriellen Kulturlandschaft lässt sich das Stadtgefüge Karlsruhe heute dennoch nicht als ungegliedertes Gemisch kennzeichnen, sondern ist durch großräumige landschaftliche Strukturen geprägt, die der Stadtstruktur als wirksames Gerüst dienen können.

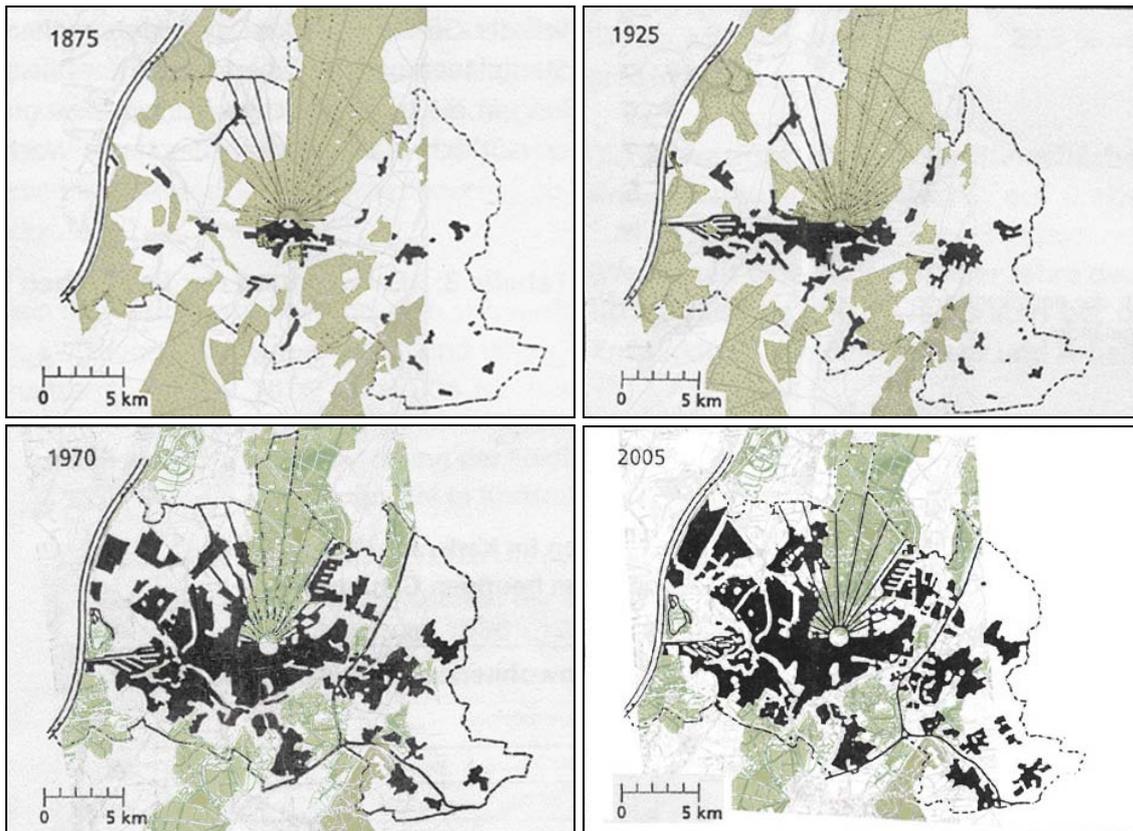


Abb. 26: Wald in neuen Kontexten - Entwicklung der bebauten Flächen und stadtnahen Waldflächen
 [Eigene Darstellung auf Grundlage von Unterlagen des Stadtplanungsamtes, Stadt Karlsruhe]

Karlsruhe als Ausnahmebeispiel

Da die Waldflächen heute noch weit in die Stadt reichen und der Bevölkerung zugänglich sind, wird den Städtern die Naturwahrnehmung und eine (Nutz-)Beziehung, die ästhetischer und erholungswirksamer Art ist, erleichtert. Die Situation in Karlsruhe ist daher weitaus unkritischer als in vielen anderen Verdichtungsgebieten zu sehen. Dennoch zeichnet sich die Tendenz ab, dass aufgrund leerer Landeskassen der Staatswald, worunter ein Großteil des stadtnahen Hardtwaldes fällt, sich selbst überlassen wird und zur Verwilderung neigt, sich also keine quantitative, sondern eine deutliche qualitative Veränderung vollziehen wird. Wie in der Untersuchung der Stadtentwicklung Karlsruhe deutlich wurde, trifft die Vorstellung des Stadt-Wald-Gegensatzes aufgrund der im Laufe der Zeit intensiver werdenden räumlichen Verflechtungen des Siedlungsgefüges nicht zu. Vielmehr findet sowohl auf Nutzebene als auch auf räumlicher Ebene eine stetige Transformierung der Beziehungen zwischen Stadt und Wald statt.

III Analyse ausgewählter Siedlungsplanungen im Zusammenhang mit Wald

Um die übergeordneten Zusammenhänge und Hintergründe verschiedener Waldinanspruchnahmen durch den Siedlungsbau und damit die stadtplanerische Auseinandersetzung mit Wald deutlich zu machen, werden beispielhafte Siedlungsplanungen im Zusammenhang mit Wald ausgewählt und analysiert. Diese müssen aufgrund unterschiedlicher Planungskonzepte und des daraus folgenden tatsächlichen Umgangs mit Waldflächen aus dem Blickwinkel der Stadt- und Landschaftsplanung heraus differenziert betrachtet, bewertet und dürfen nicht mit Begriffen wie Waldzerstörung oder Flächenverbrauch pauschal verurteilt werden.

Kriterien zur Auswahl der Untersuchungsräume und Untersuchungszeit

Als räumliche Bezugseinheiten wurden ausschließlich gebaute Siedlungen im Stadtgebiet Karlsruhe ausgewählt, die im Zusammenhang mit Wald entstanden sind. Dabei wurde darauf geachtet, dass den Beispielen jeweils unterschiedliche Konzepte in Bezug auf das Einfügen der Siedlung in den Kontext des vorhandenen Waldes zugrunde liegen, um die verschiedenen Modelle miteinander vergleichen und bewerten zu können. Unter „Siedlung“ werden nicht nur Wohnsiedlungseinheiten verstanden, sondern auch im Sinne von Richrath⁷⁵ z.B. das Gelände der Universität sowie der heutigen Hochschule Karlsruhe – Technik und Wirtschaft.

Da in der Zeit der 1950er und 1960er Jahre die Waldflächeninanspruchnahmen für Stadterweiterungszwecke kulminieren, fällt die Fallbeispieluntersuchung der „Waldsiedlungen“ vorrangig in diesen Zeitraum. Ab 1970 gab es kaum mehr größere realisierte Planungen auf Waldboden; es lassen sich hier daher keine beispielhaften Planungen aus dieser Zeitphase darstellen, da diese Planungen letztlich keinen exemplarischen Charakter aufweisen (vgl. Teil II, Kapitel 4 und 5).

Ein weiteres Kriterium bei der Auswahl der Beispiele ist, dass bei den einzelnen Planungen eine Walddiskussion stattgefunden haben muss und der Konflikt zwischen Walderhaltung und Waldinanspruchnahme nachvollziehbar ist. Wald bedeutet hier eine dichte Ansammlung von Bäumen auf ausgedehnter Fläche, die zur Zeit der Planung und des Siedlungsbaus vorhanden war. Desweiteren müssen Unterlagen, Pläne und Dokumente zu einzelnen Planungen vorhanden sein.

⁷⁵ Richrath (1996:6) nennt das Hochschulgelände der Universität Karlsruhe, da es mit seiner Größe von ca. 56 ha etwa der eines inneren Stadtviertels entspricht, und aufgrund seiner „Tagesbevölkerung“ von

Bei den ausgewählten Gebieten handelt es sich um die **Hardtwaldsiedlung**, entstanden nach dem Ersten Weltkrieg, die Wohnsiedlungen **Nordstadt**, **Waldstadt**, **Bergwald**, die **Universitätserweiterung** sowie das Gelände der **Hochschule Karlsruhe – Technik und Wirtschaft**, entstanden in den 1950er und 1960er Jahren. Es sind allesamt Planungen, die die Errichtung von Baukomplexen auf zuvor forstlich genutzten Flächen vorsahen (Abb. 27).

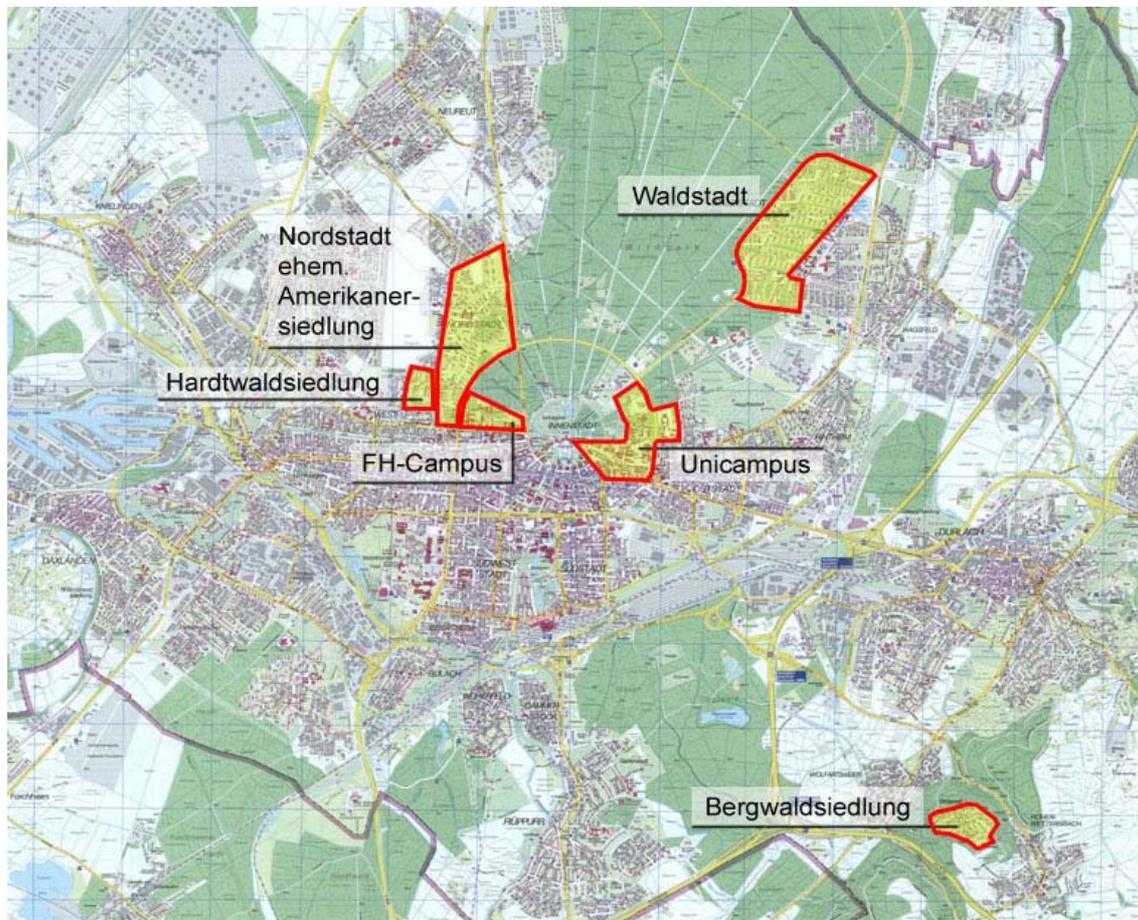


Abb. 27: Plan Gesamtstadt Karlsruhe mit Kennzeichnung der untersuchten Siedlungen [verändert auf Grundlage des Plans der Gesamtstadt Karlsruhe 2002 (StadtAK 8 PBS XVI 1252)]

Anhand dieser Beispiele soll versucht werden, dem planerischen Umgang mit Wald im Zusammenhang mit Bebauung nachzuspüren. Zum einen stehen die äußeren Bedingungen wie Entstehungsursachen der Siedlungen, die Argumentationsweisen zur Durchsetzung der Planungen und die Planungsideen im Mittelpunkt. Zum anderen wird der Frage nachgegangen, wie stark in der Realität auf den Waldkontext eingegangen wurde und welche realen Beziehungsarten zwischen Siedlung und Wald unter vorrangiger Berücksichtigung räumlicher und gestalterischer Gesichtspunkte existieren können. Die verschiedenen Beziehungen Siedlung-Wald werden daraufhin typologisiert und die umgesetzten baulichen Ergebnisse kritisch diskutiert.

damals 24.000 Studierenden den zweitgrößten „Stadtteil“ Karlsruhes nach Durlach.

Kriterien der Analyse

Der planerische Umgang mit Wald wird in dieser Analyse auf zwei Ebenen beleuchtet: zum einen auf der Ebene der äußeren Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren (Entstehung der Siedlung, Art der Waldinanspruchnahme, Planungsleitideen (1.-4.)), zum anderen auf der Ebene der realisierten Planung, die Fragen zur realen gestalterischen Beziehung der Siedlung zum Wald als Ergebnis des planerischen Umgangs behandelt (5.). Hierbei geht es vorrangig um die baulich-räumliche Beziehung.

1. Lage-Größe
2. Entstehungsursachen
3. Zielkonflikte - Durchsetzungspolitik - Art der Waldinanspruchnahme
4. Bedeutung des Waldes bei der Planung – Ansprüche
5. Reale Beziehung Wald und Siedlung

Auf der ersten Ebene sind im Einzelnen folgende Fragen zu beantworten:

- Was waren die Entstehungsursachen der Siedlungen und die Gründe für die Waldlage?
- Welche Argumentationslinien wurden beim Durchsetzungsversuch der Planung verfolgt?
- Welche Entscheidungskriterien spielten dabei eine Rolle?
- In welchem Maße wurde bei der Planung der Waldkontext thematisiert?

Punkt 5 wird im Hinblick auf zwei übergeordnete Fragestellungen untersucht, erstens, ob die Ziele der Planer im Zusammenhang mit gestalterischen und räumlichen Überlegungen zum Wald - falls ihre Formulierung in Unterlagen zu finden waren - erreicht wurden bzw. ob die konzeptionellen Überlegungen auch in der strukturellen Umsetzung ablesbar sind, und zweitens, wie stark und auf welche Weise auf den Waldkontext stadt- und landschaftsplanerisch eingegangen wurde.

Das Verhältnis Siedlung und Wald kann dabei nicht anhand eines einzigen Merkmals bestimmt werden, sondern setzt sich aus verschiedenen Aspekten zusammen. Da es im Rahmen dieser Arbeit um städtebauliche und freiräumliche Gestaltungsfragen im Zusammenhang von Wald und Siedlung geht, beschränken sich die Ausführungen für diesen Teil auf die sinnlich erfassbaren, vor allem visuellen Aspekte. Die Waldlandschaftsbestandteile und Siedlungselemente werden deshalb nicht vordergründig hinsichtlich ihrer ökologischen Wirkungszusammenhänge thematisiert.

Als untergeordnete Fragen, die sich zum einen auf die gesamte Siedlung beziehen und zum anderen auf einzelne Bestandteile der Siedlung, aber auch funktionale und soziale Aspekte beinhalten, stellen sich folgende:

- Welche Siedlungs- und Erschließungsformen sowie Bauformen finden sich, und wie verhalten sie sich zum Wald?
- Wie verhalten sich die Siedlungsbestandteile (Gebäude, Straßen, Wege, Plätze, Freiflächen) zum Wald?
- Auf welche Weise und in welcher Form reagiert der Wald auf die Baustrukturen bzw. wird er verändert?

Folgende im Zusammenhang mit diesen Fragen aufgestellte Kriterien erweisen sich für die Untersuchung als geeignet und werden daher untersucht:

- Innen-Außen-Orientierung
- Straßenraum/Erschließung
- Dichte (Baudichte, Baumdichte)
- Wald-Siedlung-Übergänge

Obwohl die aufgestellten Kriterien zur besseren Vergleichsmöglichkeit gesondert zu betrachten waren, war eine konsequent getrennte Betrachtungsweise nicht immer möglich.

Walddiskussionen: Argumentationsweisen zwischen Emotionalität und Wirtschaftlichkeitsdenken und die „Salami-Taktik“

Bevor auf die einzelnen Siedlungen eingegangen wird, werden an dieser Stelle - um Wiederholungen zu vermeiden - die Argumentationslinien bei Walddiskussionen dargestellt, die bei allen Planungen in ähnlicher Form verfolgt wurden. Auf der einen Seite galten der Fortschrittsglaube, das Wirtschaftswachstum und der dringende Bedarf an Baugelände als Argumente zur Waldinanspruchnahme. Auf der anderen Seite gab es zumeist forstwirtschaftliche Bedenken, die aber schnell beiseite geräumt wurden, da man vom forstlichen Standpunkt immer vom alleinigen Argument der Wirtschaftlichkeit ausging, und emotionale Gründe, belegt mit den Stichworten Wald „als grüne Lunge“, als Erholungsraum, als Kleinod.

Daher wurde oft die „**Salami-Taktik**“ angewandt, die eine sukzessive Verkleinerung der Waldflächen durch in zeitlichen Abständen eingereichte Umwandlungsanträge zum Inhalt hat und durch die die Erfolgsaussichten für eine Rodungsbewilligung erhöht werden. Diese erfolgversprechende Taktik wird, wie in den folgenden Siedlungsanalysen zu sehen sein wird, immer wieder benutzt.

Am Beispiel des Streits um eine Bebauung von Bundeswehrwohnungen auf einem Waldstück von ca. 3,4 ha zwischen Erzbergerstraße und Parkring in den 1950er Jahren lässt sich belegen, welche Argumentationslinien im Verlauf der Auseinandersetzungen verfolgt wurden (vgl. B.N.N. 7.12.1956, B.N.N. 2.6. 1957). Nach nur zwei Monaten wurde der Beschluss, nicht auf diesem Gebiet zu bauen, revidiert, da der erste Beschluss keine „sachliche Entscheidung“ (B.V.Z. 6.2.1957) gewesen sei. Die

Abwägungsargumente für eine Bebauung fußten nun nach der erfolglosen Suche nach geeigneteren Bauplätzen auf sachlicherer und breiterer Basis. Das Interesse für den Bau von Wohnungen überwog deutlich jene der Walderhaltung, zumal Stadtrat Dullenkopf das Vorhandensein eines Waldcharakters an dieser Stelle bezweifelte. Bekräftigt wird Dullenkopfs Aussage durch die Ansichten von Oberforstmeister Mörmann: „Der Hardtwaldzwickel sei „eine verlorene, von Sonne und Wind ausgehagerte Waldparzelle“ (B.N.N. 07.12.1956). Zwar begrüße er das Interesse der Öffentlichkeit zur Erhaltung des Hardtwaldes, aus forstwirtschaftlichem Gesichtspunkt sei dieses Waldstück aber aufgrund seiner Form und Ausdehnung unbrauchbar und daher für Baugelände verwertbar (ebd.). Im Zuge des Fortschritts- und Wachstumsglaubens jener Zeit ist ein weiterer Argumentationspunkt, dass die Ablehnung dieses 50-Millionen-Projekts „eine Gefahr“ für die Karlsruher Wirtschaft darstellt. Die Hardtwaldfrage sei Sache des Herzens und der Vernunft, der Hardtwald sei keine Weltanschauung, wie den „Hardtwaldfreunden“ vorgeworfen wurde. Aus Sicht der Forstdirektion wurde aufgrund der zu jener Zeit üblichen Einschränkung auf wirtschaftliche Argumente für oder wider die Walderhaltung der Bebauung zugestimmt, die Arbeitsgemeinschaft der Hardtwaldfreunde sowie die Bevölkerung konnten den revidierten Beschluss nicht aufhalten.

1. Hardtwaldsiedlung (1919-1926) - Das Konzept Gartenstadt

Allgemeine Daten

1919 Planung durch das Architekturbüro Pfeifer & Großmann

1919-26 Bauzeit

Gesamtgelände 20 ha Fläche, davon ehemals 15,2 ha Waldfläche
680 WE (geplant)

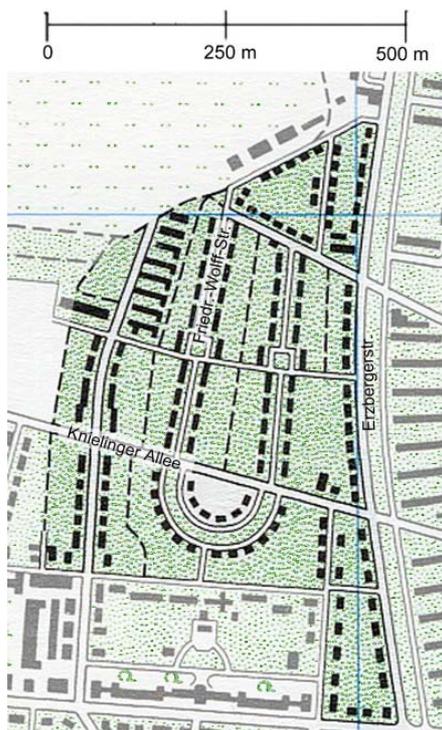


Abb. 28: Hardtwaldsiedlung [Darstellung auf Grundlage der topograph. Karte 1:25000, Karlsruhe Nord 6916, des Landesvermessungsamts B-W (Ausschnitt)]



Abb. 29: Luftbild Hardtwaldsiedlung – Blick von Südwesten (eigene Aufnahme)

1.1 Lage - Größe - Kontext

Die Hardtwaldsiedlung, die kleinste der hier untersuchten Siedlungen, entstand auf 20 ha Fläche, wovon etwa 15,2 ha Waldgelände war, nördlich der Grenadierstraße, östlich des Exerzierplatzes und westlich der Erzbergerstraße als direkte Stadterweiterung in etwa 1,4 km Entfernung zur Stadtmitte im Westen der Stadt. Das Areal der Siedlung war bereits bei der Aufstellung des Bebauungsplans in seiner Ausdehnung festgelegt. Der ehemalige Wald war das Ergebnis von Aufforstungen und geprägt durch Kiefernbestand.

1.2 Zur Entstehung - Erstes bauliches Großprojekt im Hardtwald

Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg mit seinen Folgeerscheinungen wurde die Baugenossenschaft der Handwerker, die spätere Gemeinnützige Baugenossenschaft Hardtwaldsiedlung Karlsruhe eGmbH, gegründet. Initiator und Mentor der Vereinigung war Albert Braun. Noch vor Kriegsende gab es bereits ein Konzept zur raschen Verwirklichung eines großzügigen Wohnungsbaus, das Albert Braun zusammen mit Hans Großmann und Wilhelm Stober entwickelt hatte. Da preisgünstiges Bauen nach Braun nur auf einem zusammenhängenden großen Baugebiet möglich war und er schon von Anfang an dieses Gebiet projektiert hatte, wurde es dafür ausgewählt (Werner 1994:8). Wirtschaftliches Denken bestimmte den Wohnungsbau angesichts der Wohnungsnot nach dem Ersten Weltkrieg, die aufgrund der in der Kriegszeit fast völligen Einstellung der Bautätigkeiten und der nach der Kriegszeit rasch steigenden Zahl der Einwohner (Bräunche 1997:24f). Unter diesem Druck erließ die Stadt 1918 „Anordnungen zum Schutz der Mieter und über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel.“ (ebd.:25f) „Die praktisch widerstandslos bekundete Bereitschaft der badischen Staatsregierung, ein so großes Waldareal zur Bebauung freizugeben, wurde aktiviert von der mit eigenen Baudarlehen unterstützten Forderung der Reichsregierung an die Länder, den Wohnungsbau mit allen Mitteln zu fördern.“ (Werner 1994:8) Nach Beschluss des Erbbaurechts im Januar 1919 wurde drei Monate später ein Erbpachtvertrag über 15,2 ha Hardtwaldgelände zwischen dem Staatlichen Domänenamt und der Stadt geschlossen. Mit einer mahnenden Forderung, „es soll dieser Vorgang aber nicht die Folge haben, daß auch in anderen Fällen in den Hardtwald hineingebaut wird“ (ebd.:8), wird der Grundstückserwerb durch den Stadtrat gebilligt.

1.3 Durchsetzungspolitik - Zielkonflikt Bauen und Schutz des Waldes

Nach begonnenen Abholzungen auf dem Planungsgebiet hielt knapp zwei Wochen später Braun dem Vorwurf der Verwüstung des Waldes entgegen, dass der Waldcharakter weitgehendst gewahrt bleibt. Dies erscheint angesichts der Bebauungsstruktur und den Überlegungen über die mögliche Überbauung der Restwaldflächen (s. Teil III, 1.4) als leere Versprechung. Als Argument für die Erhaltung

des Hardtwaldes werden die „grosse(n) Vorteile für die Gesundheit und Annehmlichkeiten, welche die Nähe des ausgedehnten Waldes für die Stadt bedeutet,“ genannt, die Zustimmung wird daher als eine „mit der großen Wohnungsnot der Zeit zu rechtfertigende Ausnahme“ betrachtet.⁷⁶ In einem Brief an die badische Regierung schrieb OB Siegrist, mehr zur Beruhigung stadträtlicher Bedenken als wegen eigener Vorbehalte, „daß man der „Opferung“ eines Teils des Hardtwaldes für die „Siedelung“ (...) „nur sehr ungern“ zustimme“ (Werner 1994:8), zumal er von Braun indirekt darauf hingewiesen wurde, dass durch die Zustimmung der Stadtverwaltung zur raschen Durchführung des Projekts sie „sich einen unendlichen Verdienst erwerben (wird)“ und dies eine überaus günstige Wirkung im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen haben werde.⁷⁷ Umweltbezogene Gesichtspunkte zur Walderhaltung gab es zu jener Zeit nicht, den mehr emotional angeführten Argumenten wurde mit der Aussage, dass aufgrund der Wohnungsnot diese Bebauung auf Waldfläche eine Ausnahme darstellt, entgegengehalten. Ökonomische und politische Gesichtspunkte waren in Bezug auf die städtebauliche Planung eindeutig vorrangig.

Das schnelle Abholzen führte zu unerwarteten Protesten von neun Hardtgemeinden. Diese hatten ein nahezu 100 Jahre altes, im Grundbuch verankertes, formal noch existentes Holz- und Weiderecht in diesem Waldgebiet inne und wurden vor fertige Tatsachen gestellt und quasi enteignet. Es hieß von Seiten der Hardtgemeinden: „Weder die Stadtverwaltung noch die erwähnte Baugenossenschaft hielten es für notwendig, mit uns rechtzeitig in Unterhandlung einzutreten.“⁷⁸ Dieser Konflikt wurde jedoch mit Hinweis auf das badische Forstgesetz, in dem bestimmt wurde, dass das Domänenärar berechtigt war, das Gelände abzuholzen, die Gemeinden keine Entschädigung verlangen können, da sie auf andere Teile des Waldes verwiesen werden können⁷⁹, letztlich durch Enteignung aus dem Weg geräumt (Werner 1994:10). Damit verschwand das alte Recht auf Holz und Weide als letzter Rest der uralten Markgenossenschaft im Hardtwald.

1.4 Die Rolle des Waldes in der Planung

- Waldstücke als Schmuck und Sichtschutz

Das städtebauliche Konzept wurde vorrangig nach rationalen Kriterien ausgerichtet: „Die Straßen sind am Sonnenstand orientiert, die gerade Straßenführung sowie die Parzellierung sorgen für nahezu optimale Flächenausnutzung. So entsteht der für 20er-Jahre-Siedlungen typische, hohe Anteil an zusammenhängender, un bebauter Fläche, die für Nutzgärten reserviert war.“ (Unterlagen Baugenossenschaft Hardtwaldsiedlung) Die Architekten Pfeifer & Großmann projizierten in ihrem Plan eine

⁷⁶ Schreiben des Stadtrates, gezeichnet von OB Siegrist. Quelle: StadtAK 1/H-Reg./6 1464

⁷⁷ Brief von Albert Braun an den Oberbürgermeister vom 29.04.1919. StadtAK 1/H-Reg./6 1464

⁷⁸ Brief der Hardtgemeinden Blankenloch, Büchig, Friedrichstal, Hagsfeld, Spöck, Teutschneureut, Welschneureut an den Herrn Landeskommissar vom 11.08.1921. Stadt AK 1/H-Reg./6 1464

⁷⁹ Brief an Herrn Landeskommissär vom 21.07.1921. Stadt AK 1/H-Reg./6 1464

Siedlung mit familiengerechten Doppel- und Reihenhäusern mit rund 680 Wohnungen. Die Absicht der Planer war es, „mit dem Doppel-Halbkreis des Waldrings und den nach Norden führenden Parallelen der Karl-Schremp- und Friedrich-Wolff-Straße die auch städtebaulich interessante Mitte einer großen neuen Siedlung zu schaffen. Ein Pendant zum Waldring im Norden scheiterte am Flugplatz, der dem (...) Siedlungsprojekt seine Grenzen wies.“ (Werner 1994:9) Dieser Waldring wurde von den Architekten als eine Art Pendant zum Haydnplatz verstanden (ebd.:10). Deutlich erkennt man darin die Einflüsse der **Gartenstadt-Bewegung**. Die Genossenschaft verfolgte „mit dem einzelnen Haus und der einzelnen Wohnung das Ziel eines räumlich befriedigenden, durch große Gärten mit der Natur verbundenen, dadurch (...) eine bescheidene Selbstversorgung der Bewohner ermöglichenden, gesunden Wohnens“ (Werner 1994:10) als Gegenreaktion auf die engen Häuserschluchten der Gründerzeit, forciert durch eine profitorientierte Baupolitik. Optimale Besonnung der Siedlung und Gärten war vorrangiges Ziel. Daher wird die Siedlung von einer Nord-Süd-Bebauung beherrscht. Ausgenommen war die zur Haupteinfahrtsstraße auszubauende Knielinger Allee und die „Halbkreisstraße“, der spätere, die Siedlung prägende Waldring. Eingestreute Plätze sollten die Bebauung auflockern. Wald wurde in diesem Sinne vorrangig als Reservefläche gesehen.

Entscheidungen über die Genehmigung des Bauantrags fielen teilweise informell, wie aus einem Brief von Albert Braun an den OB Siegrist vom 10.4.1919⁸⁰ ersichtlich wird. Das Forstamt wurde schon vor der Genehmigung beauftragt, die Abholzung zu beginnen.⁸¹ Aufgrund des sehr geometrisch gehaltenen Siedlungsgrundrisses verbunden mit dem Straßenfluchtenplan, der schon relativ früh genehmigt worden war, wurde somit auch die Voraussetzung zu einer großen Abholzungsaktion im künftigen Baugebiet geschaffen. Großräumige Waldflächenerhaltung war also von vorneherein kein Planungsziel. Allerdings wurde vorgesehen, nicht das gesamte Gebiet abzuholzen. An den Rändern sowie innerhalb der Siedlung an vorgesehenen Plätzen, ebenso auf drei Flächen am Exerzierplatz sollte ein Streifen von einigen Metern stehen gelassen werden. Die im Plan erhaltenen Waldteile sollten der Siedlung „einen Schmuck geben“⁸² oder die Siedlung von den Nachbarbebauungen der Grenadierkaserne und der Kadettenanstalt abschirmen⁸³, und „Waldstreifen sollten dem Ring und der Knielinger Allee den Charakter von Waldalleen verleihen.“ (ebd.:10)

Dennoch sind die Waldalleen vorrangig nicht als notwendige, integrierende Bestandteile der Siedlung geplant, sondern eindeutig als Flächenreserve oder Platzhalter, wie aus Briefen des Tiefbauamts und von Braun an die Stadt deutlich wird: „Der breitere Waldstreifen, der den nördlichen Teil der Siedlung von Osten nach Westen unterbricht, ist, mindestens teilweise, für spätere Überbauung bestimmt.“⁸⁴ „Auch am Exerzierplatz ergeben sich 3 Stücke, auf welchen die Bäume stehenbleiben

⁸⁰ Brief von Albert Braun an den Oberbürgermeister vom 10.04.1919. Quelle: StadtAK 1/H-Reg./6 1464

⁸¹ Brief von Albert Braun an den Oberbürgermeister vom 17.04.1919. Quelle: StadtAK 1/H-Reg./6 1464

⁸² Brief des Tiefbauamts Karlsruhe an den Stadtrat, 12.05.1919. Quelle: StadtAK 1/H-Reg./6 1464

⁸³ a.a.O.

⁸⁴ a.a.O

sollen. Ich meine, dass da sich später ein ganz geeigneter Platz ergeben wird, vielleicht für eine Schule, wenn dies mal nötig sein sollte, und da wäre es gut, ein Stück Wald zu belassen.“⁸⁵

1.5 Reale Beziehung Wald und Siedlung - Siedlung ohne Waldbezug

Da sich in dieser Siedlung kaum noch Spuren des ehemaligen Waldes finden lassen, kann behauptet werden, dass der Waldkontext nicht berücksichtigt wurde. Es lassen sich höchstens Restbaumbestände finden, die heute, 85 Jahre nach der Gründung, zwar erhalten sind, allerdings aufgrund der starken Aufflichtung und Einbeziehung in einen neuen Kontext eine Auflösung des Waldes darstellen. Grund hierfür ist die Durchsetzung der Leitvorstellung des Gartenstadtideals in Verbindung mit einer künstlerisch streng geometrischen Form. Der Wald wurde zugunsten von Gärten und Gebäuden beseitigt. Diese Siedlungsform, die charakteristisch für die Bebauung der 1920er und 1930er Jahre ist, ist komplex geplant, das Straßennetz bezieht sich auf die innere Logik der Siedlung und konzentriert sich auf einen zentralen Ort, Straßenräume sind durch Abstandsgrünflächen geweitet, sind z.T. aber undefiniert, die Bebauung orientiert sich an den verlaufenden Straßen - ausschlaggebend dabei sind die Belichtungsverhältnisse. Andererseits wurden auch die Schlossstrahlen, die Querverbindungen bilden, in den Straßengrundriss integriert. Im Osten begrenzt eine ehemalige Eisenbahntrasse die Siedlung. Die Bebauungen sind zwar in großzügige gepflegte Grünräume eingebettet, Waldcharakter haben diese nicht aber mehr. Der Gestaltungsaspekt, sowohl was den formalen Siedlungsgrundriss als auch die Gestaltung der Vegetation angeht, die an vielen Stellen durch gärtnerische Neupflanzungen entsteht, hat in den Leitideen dieser Zeit einen hohen Stellenwert, der gepflegte Eindruck dominiert das Siedlungsbild.

Innen-Außen-Orientierung

Da der Waldeindruck sowohl innerhalb der Siedlung als auch an den Siedlungsrändern nicht vorhanden ist und die Siedlung nicht von Waldflächen umgeben ist, kann nicht mehr von einer Waldsiedlung gesprochen werden.

Straßenraum

Die äußere Erschließung führt durch bebauten Gebiet, Wald wird nicht durchquert. Auch das Straßenbild der inneren Erschließung wird geprägt von Gebäuden, die mit einigem Abstand zur Straße sich mit ihrer Längsseite zu ihr orientieren, und von gepflegtem Grün. Sogar am Waldring, der den Charakter einer Waldallee erhalten sollte, ist weniger der Eindruck des Waldes vorhanden als vielmehr der von Einzelbäumen auf gepflegter Rasenfläche. Waldfläche findet sich innerhalb der Siedlung kaum. Bäume innerhalb der Siedlung dienen als Straßenbegleitgrün, als Sichtschutz oder als Schmuck (Abb. 30, 31, 32).

⁸⁵ Brief von Albert Braun an den Oberbürgermeister vom 17.04.1919. Quelle: StadtAK 1/H-Reg./6 1464



Abb. 30: Kein Waldeindruck im Straßenraum



Abb. 31 Bäume als Waldreste

Dichte

Da die großzügigen Freiflächen innerhalb der Siedlung meist private Gärten oder Straßenbegleitgrün darstellen und keine weiteren größeren Flächen vorhanden sind, auf dem Restwald hätte bestehen können, sind kaum noch Spuren vom ehemaligen Wald erkennbar. Die Restgehölze bilden Streifen, die Dichte der Bäume ist gering, sodass man sowohl als Betrachter innerhalb der Siedlung als auch bei der Luftbildbetrachtung diese Formation und Struktur der Bäume nicht als Wald wahrnimmt. Die Gehölze stellen keinen Wald mehr dar, sondern sind aus dem Waldzusammenhang herausgenommen und werden in das gepflegte und künstlerisch geformte Siedlungsbild integriert.

Wald-Siedlung-Übergänge

Die Siedlungsränder grenzen nicht direkt an Waldgebiete, zumal am östlichen Rand die Siedlung von einer ehemaligen Bahntrasse begrenzt wird, sondern an die Stadt.



Abb. 32: Waldbäume umgeformt in gepflegtes Grün im Straßenraum

1.6 Fazit: Siedlung anstelle von Wald

Die Hardtwaldsiedlung ist keine Siedlung im oder am Wald, sondern eine Siedlung anstelle von Wald. Die Wesensmerkmale des Waldes – große Ausdehnung und Baumdichte – wurden bei der Planung nicht berücksichtigt und erhalten. Da die Idee der **Gartenstadt** vorrangig Gärten innerhalb der Siedlung vorsah, wurde Wald hauptsächlich als Flächenreserve benutzt. Folge davon war in diesem Fall eine starke Dezimierung des Baumbestandes im Planungsgebiet. Die Restgehölze und –gehölzgruppen wurden aus dem Waldkontext herausgenommen, sind nicht mehr als Wald wahrnehmbar und stellen Einzelbäume oder Baumgruppen in einem neuen Kontext dar. Andererseits ist aufgrund der relativ niedrigen Bauhöhe der Gebäude – zwei Geschosse plus Dachgeschoss – und der Bebauungsform – Zweifamilienhäuser als Einzelgebäude – der Eindruck des „Grüns“ vorherrschend. Der Eindruck des Grüns kommt aber nicht nur durch die Erhaltung einzelner Waldbäume und nachgepflanzte Bäume zustande, sondern vor allem auch durch die meist üppige Gestaltung privater Vorgärten. Der Charakter dieses Ortes wird nicht durch Wald bestimmt, sondern durch andere Gesichtspunkte (geometrischer Siedlungsgrundriss, Gebäudeformen im Zusammenhang mit Gärten, üppiges gepflegtes Grün).

2. Nordstadt (1950 – heute) - Wohnen im (Wald-)Park

Bei dem hier untersuchten Gebiet der Nordstadt handelt es sich um das Gelände der ehemaligen Paul-Revere-Siedlung, auch Amerikanersiedlung genannt (amerikanischer Teil), und des südlich davon zwischen Erzbergerstraße, Michigan Allee und Adenauerring befindlichen deutschen Teils. Durch den Abzug der amerikanischen Streitkräfte 1989 fand eine Konversion der Siedlung statt; Bauarbeiten zur Erweiterung und zum Umbau dieses Gebietes ziehen sich bis in die heutige Zeit hinein. Die Untersuchung beschränkt sich hauptsächlich auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Zeitpunkt der Konversion (ab 1995). Soweit es notwendig war, werden in Punkt 1-4 der ehemals amerikanische Teil und der deutsche Teil getrennt behandelt, da unterschiedliche Planungsbedingungen herrschten. Die danach folgende stadt- und freiräumliche Analyse der Nordstadt in Punkt 5 behandelt beide Gebiete zusammen.

Allgemeine Daten

1949	Planung durch das Büro Hermann Backhaus & Harro Brosinski im Auftrag des US-Headquarters
1950/51	Bauzeit der fünf ehemals amerikanischen Karrees mit hufeisenförmiger Zeilenbebauung an der Erzbergerstraße
ab 1950	Parallel zur Bebauung an der nördlichen Erzbergerstraße Bau der deutschen Zeilenhäuser, fünf Blocks, an der östlichen Erzbergerstraße durch die „Gemeinnützige Genossenschaft der Eigenwohner“ - die ersten Eigentumswohnungen der Stadt; nördlich davon Baubeginn von weiteren Blocks, 36 Wohnungen, durch die „Parkring-Genossenschaft“
ab 1952	Bau der östlichen Erweiterung für zunächst 12 Blöcke in 45 Grad-Winkel
1955	Bau weiterer 28 amerikanischer Wohnhäuser als Erweiterung der 12 im 45 Grad-Winkel gebauten Zeilen
1956/1957	Planung und Bau des Walddreiecks zwischen Adenauerring, Knielinger Allee und Michiganstraße mit acht deutschen Häusern
ca. 1230 WE	in der „Ami-Siedlung“
ab 1995	Komplettabzug der US Streitkräfte aus Karlsruhe Konversion der Paul-Revere-Siedlung - Aufstockungen mit Pultdächern und Nachverdichtungen
ab 1996	aus Hardtwaldsiedlung und Paul-Revere-Siedlung wurde die Nordstadt, ein neuer Stadtteil
2004	Genossenschaftlich organisiertes Wohnprojekt der MiKa

nach Abschluss der Nachverdichtung und Aufstockungen voraussichtlich 3000 Wohnungen

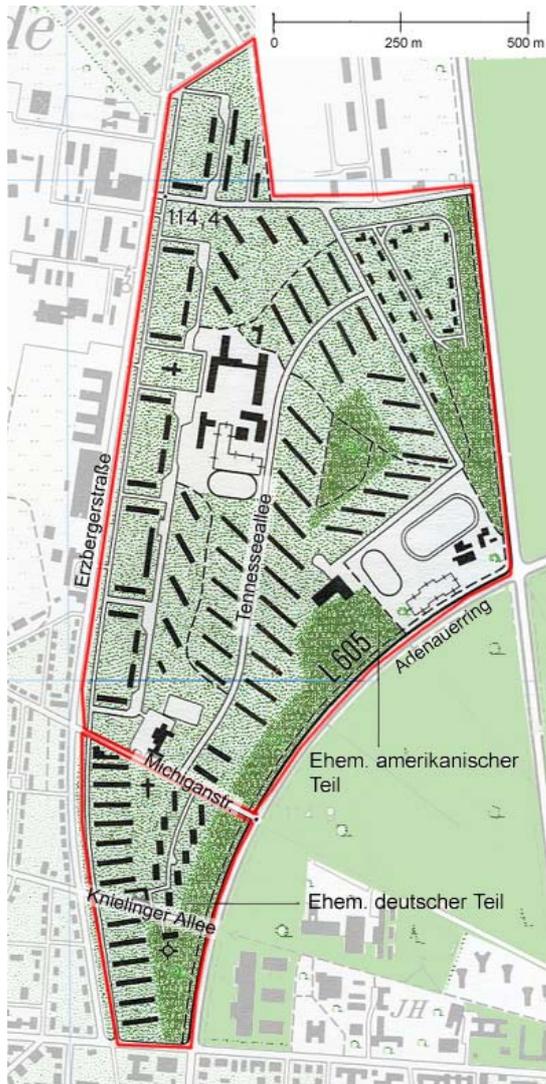


Abb. 33: Amerikanersiedlung [Darstellung auf Grundlage der topographischen Karte 1:25000, Karlsruhe Nord 6916, des Landesvermessungsamts Baden-Württemberg (Ausschnitt)]



Abb. 34: Luftbild Nordstadt (ehemalige Amerikanersiedlung) – Blick von Südwesten (eigene Aufnahme)

2.1 Lage - Größe - Kontext

Die Paul-Revere-Siedlung, eine für die damalige amerikanische Besatzungsmacht in mehreren Etappen gebaute Wohnsiedlung, entstand 1,5 -2,5 km Entfernung von der Innenstadt auf ca. 80 ha Fläche nordwestlich des Schlosses zuerst am westlichen Rand des Hardtwaldes und erweiterte sich dann immer mehr östlich in den Hardtwald hinein. Je nach Bedarf wurde sie schrittweise erweitert und wirkt aufgrund des Straßensystems, der einheitlichen Bebauungsform und durch die Anpassung an die Fächerstruktur als abgeschlossene Einheit, eingebunden in den Stadtgrundriss, und stellt heute eine an die Stadt anknüpfende Stadterweiterungssiedlung dar.

2.2 Zur Entstehung - Bauen im Wald unter Druck von außen

Ehemaliger amerikanischer Teil (nördlicher Teil)

Mitte des Jahres 1945 zogen die Amerikaner nach endgültiger Festlegung der Besatzungszonen in Karlsruhe ein. Obwohl die Wiederaufbauarbeiten zügig begannen, war der Wohnungsmangel dennoch groß, wovon sowohl die Karlsruher Zivilbevölkerung als auch die US-Soldaten betroffen waren. Die Soldaten, die auch im gesamten Stadtgebiet in beschlagnahmten Häusern und Wohnungen untergebracht waren, zogen deshalb in die ehemalige „General-Forstner-Kaserne“, die 1938 auf früherem Waldareal entstanden war. Bereits vor dem Bau der „Amerikanersiedlung“ bestand also neben den Schieß- und Vereinsheimanlagen der Schützengesellschaft eine Bebauung (Die Nordstadt (online)). Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahm sie 1947 die US-Armee für ihre militärischen Zwecke als „Smiley-Barracks“.

Dadurch, dass das Gebiet zwischen der Dunkelallee (heute Michiganallee), dem Parkring (heute Adenauerring) und der Forstner-Kaserne 1949 von der amerikanischen Besatzungsmacht beschlagnahmt wurde, standen die Stadt sowie die Forstbehörde der Forderung der Besatzungsmächte, an dieser Stelle auf Kosten des Waldes eine Wohnsiedlung zu errichten, machtlos gegenüber. Das US-Headquarter hatte 1949 für eine eigene Wohnsiedlung anstelle der bisher verstreut beschlagnahmten Wohnungen in der Stadt konkrete Pläne. Es herrschte eine Ausnahme-situation, Genehmigungsverfahren gab es nicht. Es kann bei der Durchsicht von Zeitungsartikeln und Briefwechsel aus jener Zeit festgestellt werden, dass es zwar Gegenstimmen und Proteste gegen eine solche Bebauung gab und diese auch in die Verhandlungen miteinbezogen wurden, die Bebauung aber nie verhindert oder stark modifiziert werden konnte, zumal sich die US-Armee auf ihr Besatzungsrecht berief.

Man hoffte wenigstens auf die Möglichkeit, einen anderen Standort anbieten zu können. Obwohl es bei diesen geplanten Abholzungen keiner Genehmigung bedurfte, wurde zur Aufrechterhaltung des guten deutsch-amerikanischen Verhältnisses wegen eines Ersatzbaugeländes für die US-Armee verhandelt. Eine weitere Möglichkeit der Einflussnahme auf das Vorhaben war es, durch die Stadtverwaltung geeignete Planer

für den Bau dieser Siedlung zu finden, was in diesem Fall nicht geschehen war. Unabhängig von der Stadtverwaltung bekamen der Architekturstudent Hermann Backhaus und der frisch diplomierte Architekt Harro Brosinsky auf unkonventionelle Weise den Auftrag für das Projekt. Darüber hinaus fiel ihnen die Aufgabe zu, ein geeignetes Gelände für den Bau der Wohnsiedlung zu finden. Nur über das Architekturbüro durfte mit den Amerikanern verhandelt werden. Der damalige Chef des Stadtplanungsamtes Pflästerer bot vier Standorte an.⁸⁶ Die Entscheidung fiel auf den Hardtwald angesichts des benachbarten Flugplatzes, der Smiley-Barracks und der Forstner-Kaserne (vgl. Lutz o.J.:21). Das neue Architekturbüro „Backhaus & Brosinsky“ plante daraufhin den ersten Teil der Siedlung für 5000 Menschen.

Deutscher Teil (südlicher Teil)

Die Idee, nördlich des Schlosses in den Hardtwald zu bauen, war nicht neu. Schon vor der Bebauung dieses Hardtwaldgebiets gab es Bebauungen im Hardtwald und Pläne für eine „Durchlöcherung“ des Waldes unmittelbar nördlich des Schlosses. In einem Protokoll vom 19. Oktober 1949 über die Verhandlung der Stadt mit der höheren Forstbehörde, in der es um die Bitte um Überlassung eines Teil des Waldes für das „Hardtwaldsiedlungsprojekt“ ging, des heutigen südlich der ehemaligen Amerikanersiedlung liegenden Abschnitts zwischen Erzbergerstraße, Moltkestraße und südlich der Michiganstraße, wurde der Mangel an verfügbarem Baugelände im Stadtbereich genannt und eine stadtnahe Siedlung „möglichst an ausgebauten Straßen“⁸⁷ geplant. Denn der „Zusammenhang mit dem Stadtkern würde zusätzliche Erschließungskosten vermeiden.“⁸⁸ Der wirtschaftliche Aspekt schien aber nicht nur aus Sicht der Stadtverwaltung vordergründig zu sein, auch aus forstlicher Sicht galten vorrangig auf Wirtschaftlichkeit beschränkte Argumente (vgl. Teil II, Abschnitt 4.4.2). Die Aussage des Präsidenten Zircher von der Forstverwaltung unterstrich dies: „Der Wald an dieser Stelle sei vom forsttechnischen Standpunkt aus wertlos und auch nicht wieder auf die Höhe zu bringen.“⁸⁹

2.3 Durchsetzungspolitik – Waldinanspruchnahme nach „Salami-Taktik“

Amerikanischer Teil

Hier wurde zweifellos die „Salami-Taktik“ angewandt. Allerdings stellte der Fall der Nordstadt im Hinblick auf das Besatzungsrecht eine Ausnahmesituation dar. Im Zuge der Verhandlungen wurde zunächst dem Wunsch, eine Ausstockung von 220 x 100 m Gelände durchzuführen, unter der Bedingung, nicht weiter westlich in den Wald zu bauen, entsprochen. Kurze Zeit später wurde diese Bebauung auf 15 Wohnblocks auf

⁸⁶ Ein Gelände bei der Polizeikaserne in Durlach, das Gelände des heutigen Märchenviertels in Rüppurr, ein Gebiet bei der Rheinkaserne in Knielingen und den Hardtwald bei der Erzbergerstraße. (Vgl. Lutz o.J.:21)

⁸⁷ Niederschrift über die Verhandlung des städtischen Tiefbauamts - Grundstücksverkehr und Siedlungswesen mit der höheren Forstbehörde, 19.10.1949. StadtAK 1/H-Reg. 8610

⁸⁸ a.a.O.

⁸⁹ Niederschrift über die Verhandlungen der Stadt mit der höheren Forstbehörde 24.10.1949. StadtAK 1/H-Reg. 8610

1,2 km Länge erweitert, ebenso unter der Bedingung, dass die Bebauungstiefe von 110 m, von Mitte der Erzbergstraße gemessen, nicht überschritten wird, so dass der übrige Hardtwald erhalten bleiben kann.⁹⁰ Eine Erweiterung wurde also jedes Mal mit einer unverbindlichen Zusage, den restlichen Waldbestand nicht anzutasten, verknüpft. Zwei Jahre später folgten weitere Ausstockungen für eine Erweiterung tiefer in den Hardtwald mit der Begründung, eine „Konzentrierung der zusammengehörenden Gebäude“⁹¹ zu erreichen; die Zusage, nicht weiter westlich in den Wald zu bauen, wurde wiederum nicht eingehalten. Dennoch wurde auch dieses Mal der Erweiterung zugestimmt unter der Voraussetzung, „daß weitere Bauten an der Erzbergerstraße zwischen Erzbergerstraße und Parkring nicht mehr angeordnet werden“ und „eine weitere Bebauung auf diesem Gebiet unsere Zustimmung nicht mehr finden kann.“⁹² Auch Colonel Grahams Versprechen im Jahre 1953, den Wald nicht weiter abzuholzen, wurde nicht eingehalten.⁹³

Als die Idee einer erneuten Siedlungserweiterung für Wohnungen für nachgezogene neue US-Familien seitens der Amerikaner aufkam, gab es aufgrund von Gegenstimmen der Stadt zwar Verhandlungen über andere Ersatzflächen, doch mussten die Karlsruher Stadtverantwortlichen die US-Bauvorhaben absegnen. Sie taten es auch deswegen, da die Amerikaner in Aussicht stellten, den Alten Flugplatz schrittweise für eine deutsche Bebauung freizugeben, was letztlich nicht geschah. Politische Gesichtspunkte standen im Vordergrund. Es wurden weitere 10 ha für den Bau von amerikanischen Wohnhäusern in Anspruch genommen, im Mai 1952 begann für zunächst 12 Blöcke im 45 Grad-Winkel die östliche Erweiterung in den Hardtwald hinein. Dies war der Beginn der Bebauung Tennesseeallee und später der Kentuckyallee. Nochmals 28 Wohnhäuser entstanden 1955.

Als Vorteil einer solchen Siedlungserweiterung gab Stadtkommandant Dutton an, dass eine Siedlung gebaut wird, um Familien der amerikanischen Streitkräfte unterzubringen, „aber es ist auch so, dass diese Häuser gebaut werden, um eine Rückgabe der meisten, wenn nicht aller, beschlagnahmten Häuser Ihrer Stadt, die gegenwärtig noch von uns belegt sind, an deren rechtmäßige Eigentümer zu ermöglichen.“⁹⁴ Als zweites Argument zur Rechtfertigung des Waldverlustes verwies er auf den wirtschaftlichen Aufschwung Karlsruhes, verbunden mit einem Städtewachstum und Wohlstand. Die Stadtverwaltung würde doch nicht der Stadt im Hinblick auf sein Wachstum im Wege stehen wollen „wegen des Verlustes einiger Bäume. (...) in einem solchen Wachstumsstadium müssen einige Bäume fallen.“⁹⁵ Außerdem sind die Bürger dieser Stadt immer noch „mit großem Waldreichtum - praktisch hinter jedem Haus - gesegnet.“⁹⁶

⁹⁰ Beschluss 5.6.1950, StadtAK 3246

⁹¹ Aktennotiz 17.3.1952, StadtAK 1/H-Reg. 3246

⁹² Anhang von Stadtbaudirektor Karl Pflästerer im Brief an F. Gardner 28.4.1952, StadtAK 1/H-Reg. 3246

⁹³ Protokoll der Sitzung vom 19.12.1954, S. 3, StadtAK 1/H-Reg. 3246

⁹⁴ a.a.O.

⁹⁵ a.a.O.

⁹⁶ a.a.O.

2.4 Die Rolle des Waldes in der Planung - Wald als Parklandschaft

Ehemaliger amerikanischer Teil

Bezüglich der Bebauungsflächen wurde zunächst beabsichtigt, nur östlich entlang der Erzbergerstraße fünf hufeisenförmige Blöcke mit Wohnhöfen zu errichten. Später erweiterte sich die Siedlung in östlicher Richtung in den Hardtwald hinein. Da sich keine Planunterlagen mit Erläuterungen der Verfasser zum Entwurf, Aufzeichnungen o.ä. auffinden ließen, kann nur versucht werden, vom Vorhandenen, vom gebauten Beispiel aus städtebaulicher Sicht Rückschlüsse auf Planungsideen zu ziehen. Einige Informationen konnten auch aus Presseartikel jener Zeit entnommen werden.

Die Siedlung wirkt wie ein amerikanisches Viertel: breitere Straßen, wie man sie aus Amerika kennt, großzügige, weite, parkähnliche Grünflächen sowie große Wohnungen, amerikanische Schulen und Versorgungseinrichtungen sind Merkmale der kleinen „Stadt“. Die Amerikaner hatten ursprünglich die Idee, Erholungsflächen **innerhalb** ihrer Siedlung zu erhalten, denn so konnte man, wenn es nötig gewesen wäre, das gesamte Gebiet absichern und dennoch angenehm wohnen; daher liegen die Gebäude in einer großzügigen **Parklandschaft**, in der keine abtrennenden Zäune oder Hecken vorgesehen wurden. Die Ideen sind einerseits geprägt von der Licht-Luft-Sonne-Formel der 1950er Jahre, von den Leitbildern der aufgelockerten, gegliederten Siedlung mit Zeilengebäuden und den Ideen und Ansprüchen der Amerikaner. Die 26 Blöcke richteten sich nach den Winkeln des Strahlensystems, die Strahlen selbst wurden unterbrochen bzw. nicht weitergeführt. In der B.N.N. wurde vermutet: „Vielleicht will man durch diese eigentümliche Planung (die Stellung der Blöcke in einem Winkel von etwa 45 Grad, Anm. d. Verf.) vermeiden, daß der Hardtwald allzusehr in Mitleidenschaft gezogen wird, vielleicht glaubt man auch, dadurch den Bewohnern bessere Licht- und Sonnenverhältnisse schaffen zu können.“ Eine sehr dominante und markante innere Erschließungsstraße schlängelt sich durch die Siedlung und endet mit einer Schleife. So entsteht ein abgeschlossenes Gebiet, was, wie beschrieben, Ziel der Amerikaner war.

Ursprünglich wollte die amerikanische Besatzungsmacht die Wohnbebauung bis zur Linkenheimer Landstraße und bis zum Parkring ausdehnen. Nach Verhandlungen war es auch in diesem Gebiet gelungen, „**einen 50 m breiten Waldstreifen von Bebauung frei zu halten, um den Charakter der Straßen als Waldstraßen zu bewahren.**“⁹⁷ Allerdings sind daher einerseits zwar Bäume erhalten worden, andererseits aber größere Waldstücke verloren gegangen. Die Idee war nun die, nur wenige Einzelbäume, dafür aber drei größere Waldkomplexe zu erhalten⁹⁸, unter anderem auch Waldinseln im Inneren der Siedlung (Abb. 39), an deren Rändern im Laufe der Zeit aber immer wieder etwas „abgeknapst“ wurde. „Die US-Armee ging zwar schonend mit dem Wald um und rodete nur dort, wo es unbedingt nötig war, aber für die vielen, neuen Wohnungen und deren Erschließung durch breite Straßen ging doch der größte Teil des Waldes verloren.“ (Lutz o.J.:22)

⁹⁷ Gemeinderatsvorlage 28.11.1956. StadtAK 1/H-Reg. 8079

⁹⁸ Nach einem Gespräch mit Forstamtsleiter Rupp vom Forstamt Hardt am 25.02.04

Deutscher Teil

Trotz der kurz zuvor abgelehnten Ausweitung in den Hardtwald durch das Parkring-Projekt (s. Teil III, 3.2) sah der daraufhin entwickelte Bebauungsplan gleich zwei Gebiete für Bebauungen im Wald vor: östlich der verlängerten ehemaligen Parkstraße und auf der östlichen Seite der Erzbergerstraße. Dort würden mehrgeschossige ca. 60-70 m lange Wohnblocks in Zeilenbauweise geplant, die im Abstand von ca. 35 m voneinander entfernt stehen und "die den Wald nicht abriegeln, sondern zwischen den Zeilen erhalten." (Amtsblatt 02.02.1950) An Stelle des radikalen Eingriffs, für 25.000 Menschen nördlich des Schlosses Wohnungen zu bauen, was zum späteren Waldstadtprojekt führte (s. Teil III, 3.2), wurde im Jahr 1950 mit dem Bau von Zeilenhäusern an der östlichen Erzbergerstraße begonnen. Die Anlage der ersten Bauten musste sich nicht in bestehende Bebauung einfügen, es entwickelte sich frei unter Berücksichtigung der vorhandenen Straßen, die Teil des Karlsruher Strahlensystems waren. Unter Hochdruck wurden fünf Blocks der „Gemeinnützigen Genossenschaft der Eigenwohner“ mit Zwei- und Dreizimmerwohnungen errichtet. Nördlich daran wurde zeitgleich mit dem Bau von weiteren Blocks der „Parkring-Genossenschaft“ von je 36 Wohneinheiten begonnen. Hier bestand die **Idee der weitgehenden Walderhaltung durch Verzahnung von Wald und Bebauung**, wie es später in der Waldstadt in größerem Maßstab ausgeführt wurde. Im deutschen Stadtteil schloss sich ein weiterer Wohnblock an die bestehenden Blöcke der südlichen Erzbergerstraße an. 1957 wurde das Wald-Dreieck zum Parkring (heute Adenauerring) mit acht Häusern bebaut. Nach damaliger Ansicht stellt „das Konzept (...) eine „schonende“ Waldrodung mit „parkähnlicher“ Wohneinbindung dar.“ (Die Nordstadt (online)) Zugleich sollte der übrige Hardtwald zwischen Erzbergerstraße und Parkstraße von jeder Bebauung freigehalten werden (Amtsblatt 02.02.1950). Diese Forderung wurde jedoch nicht eingehalten.

2.5 Reale Beziehung Wald und Siedlung - Wald als Kulisse und optischer Raumabschluss

Der Siedlungsgrundriss im ehemals amerikanischen Gebiet wird stark durch die Straßenführung der Tennesseeallee bestimmt, die sich nicht nach bestehen Straßen richten muss und wie beliebig von Süd nach Nord schwingt, dann eine Schleife bildet. Sieht man genauer hin, erkennt man in der Anordnung einiger Straßen und Gebäuden die Fortsetzung der vom Schoss ausgehenden strahlenförmigen Straßen. Die Straßenstruktur bewirkt, dass das Gebiet als abgeschlossen gesehen wird. Man erkennt deutlich verschiedene Bauabschnitte, deren Folge unterschiedlich ausgeführte Wohngruppen sind. Zum einen gibt es im südlichen Bereich die ehemals deutschen Gebäude, zum anderen die in größeren Abständen errichteten Amerikanerbauten, eine hofartige Bebauung und eine in 45-Grad-Stellung errichtete Zeilenbebauung. Den stärksten Waldeindruck gewinnt man im südlichen Teil der Siedlung bei den Gebäuden im unteren Abschnitt der Erzbergerstraße und im Bereich der Waldinsel sowie am östlichen Siedlungsrand, an dem der Hardtwald anschließt.



Abb. 35: Aufgelichtete Flächen mit alten erhaltenen Kiefern und Buchen



Abb. 36: Geordnete Neupflanzungen

Es sind sowohl in einigen Bereichen Kiefernreinbestände oder Kiefern und Buchen des ehemaligen Waldes zumeist auf Rasen ohne Unterholz und Strauchschicht vorhanden (Abb. 35 und 38), aber auch Neupflanzungen auf Rasen innerhalb der Siedlung (Abb. 36) sowie Hainbuchen als Fragmente des alten Waldes innerhalb des „Waldhofes“ (Abb. 37), im Bereich der „Waldinsel“ alter ungepflegter Restwald mit nachwachsender Strauchschicht und Unterstand (Abb. 39) und im Bereich der Von-Beck-Straße dichtere Waldstruktur mit Roteiche im Unterstand (Abb. 40).



Abb. 37: Alte Hainbuchen im „Waldhof“



Abb. 38: Alte aufgelichtete und hochgewachsene Kiefern



Abb. 39: „Wilde Waldinsel“



Abb. 40: Dichtere Waldstrukturen mit natürlich nachwachsendem Unterstand

Innen-Außen-Beziehung: Orientierung

Obwohl die Waldflächen im Laufe der Zeit abgenommen haben, ist ein geschlossener Waldstreifen aus Sichtschutz- und Lärmschutzgründen entlang des Adenauerrings bis heute erhalten geblieben, der den östlichen Abschluss der Siedlung bildet, sowie Restwaldstücke. Jener bildet eine Art Kulissenwald zur räumlichen Abgrenzung der Siedlung, sodass ein Innen-Außen-Verhältnis entstehen kann. Allerdings ist dies nur am östlichen Siedlungsrand erfahrbar. Aufgrund der Tatsache, dass beim ausgeführten Entwurf die Zeilenbauten keine wohnungsbezogenen oder stadtteilbezogenen Freiräume bilden und die Restgehölze zwischen den Zeilenbauten keinen ursprünglichen Wald mehr darstellen, ist an den meisten Stellen innerhalb der Siedlung kein Innen-Außen-Verhältnis erfahrbar. Trotzdem entstehen großmaßstäbliche Raumgliederungen und kleinräumliche Raumdifferenzierungen, und zwar durch Zeilenbauten in Verbindung mit Wald als räumliche und optische Kante. Da die städtebauliche Idee der raumlosen Stadtlandschaft das damalige Bauen beeinflusste, bilden die Zeilen, ohne Wald gesehen, eine offene Zeilenstellung. Trotzdem lassen die Grünräume nicht die verlorene sichtbare Weite entstehen, die, wäre der Wald nicht vorhanden, der später kritisierte offene Zeilenbau bewirkt hätte.⁹⁹ (s. Abb. 41)



Abb. 41: Östliche Waldansicht als Raumkante wirkend

Westlich des Adenauerrings und südlich der Willy-Andreas-Allee ist eine eindeutige Verzahnung der Zeilen mit lichten Restgehölzen als Fortsetzung der Waldfläche erkennbar, in die die Gebäude eingebettet sind. Allerdings ist hier kein Unterholz vorhanden, sondern Rasenfläche mit zum Teil alten Nadelbäumen und einigen Laubbäumen, sodass man auch aufgrund der geringen Abstandsflächen zwischen den Zeilen von waldartigen gepflegten Grünzonen oder allenfalls von Gehölzen, von einer neuen Form von Wald, aber nicht von einer Kontinuität des ursprünglichen Hardtwaldes sprechen kann (Abb. 42). Im Gegensatz dazu wird das östlich davon benachbarte Waldstück sich selbst überlassen (Abb. 43).

⁹⁹ „(...) Uns schwindelt in der allzu großen Freiheit unserer offenen Gesellschaftsordnung, losgelöst vom Boden, vom Besitz der Produktionsgüter, bar aller Geborgenheit. Ganz offenbar bedürfen wir wieder der Bindung. Der Drang wird spürbar, von der Offenheit, dem Ausgesetztsein der Zeile zur Geschlossenheit zu gelangen. Mit elementarer Gewalt hat sich das „Umschließende“ durchgesetzt. Die Offenheit ist ersetzt durch die Geborgenheit.“ (Kühn 1960 zit. in Bandholtz u. Kühn 1982:122)



Abb. 42: Alter Wald transformiert zu einem neuen, gepflegten, aufgelichteten Waldbild



Abb. 43: Sich belassenes Waldstück mit Waldboden

Auch an der Hupterschließungsstraße, der Erzbergerstraße, bewirken die zur Straße hin geöffneten „Waldhöfe“ der Hufeisenbebauung den Sichtbezug in waldartige Flächen. Durch diese Stellung der Hufeisenform stehen die Gebäude mit ihrer Fassadenfront nicht direkt an der Straße, sondern blicken ins Grüne. Es entstehen verschiedene gefasste waldartige Räume (Abb. 37).

Straßenraum

Die Hupterschließung erfolgt von Westen über die Erzbergerstraße, von Osten über den Adenauerring. Über die am westlichen Rand der Siedlung entlang führende Erzbergerstraße gelangt man über eine Radialstraße, die Michiganstraße, zur inneren leicht geschwungenen Erschließungsstraße, der Tennesseeallee, die von der Kentuckyallee weitergeführt wird und von denen die Wohnwege zu den einzelnen Zeilen abzweigen.



Abb. 44: Filterwirkung durch Bäume im Straßenraum



Abb. 45: Straßenraumeindruck an der Hupterschließungsstraße

Die Schrägstellung zur Straße hin kennzeichnet die Stellung der charakteristischen 45-Grad-Winkel-Gebäude, die sich dadurch zu beiden Seiten zum Grünraum hin orientieren. Es erfolgt hier, wie es den Vorstellungen der 1950er Jahren entsprach, eine Auflösung der städtischen Räume. Die Straßenräume sind räumlich nicht gefasst und durch das Eingebundensein der Gebäude in die Baumstruktur werden Sichtbezüge zu den Grünflächen zugelassen (Abb. 44).

Im südlichen Bereich der Erzbergerstraße ragen zum Teil Bäume zwischen den Zeilen in den Straßenraum hinein oder sehr alte Kiefer sogar über die Gebäudedächer hinaus, so dass der Eindruck des Wohnens im Wald entstehen kann. Die Bäume, sofern sie etwas dichter beieinander stehen, bewirken halbdurchlässige Sichtbezüge

zu den nächsten Zeilen, bilden einen grünen Filter zur Straße hin, sodass die Strenge der Bauten abgemildert wird (Abb. 45). Die Fußwege, die sich durch die Siedlung schlängeln sind teils Wege auf Waldboden, die wie ein Trampelpfad durch den Wald führen; hier wächst der „wilde Wald“ vor der Haustür (Abb. 40).

Dichte (Baudichte, Baumdichte)

Aufgrund der geringen Baudichte und aufgelockerten Bauweise konnten ausgedehnte Freiflächen erhalten werden, auf denen allerdings nicht der ursprünglich dort befindliche Wald bestehen blieb, sondern eine aufgelichtete, transformierte Form von Wald auf gepflegter Rasenfläche, der, zusammen mit urbanen Strukturen betrachtet, eine Waldparklandschaft ergibt, in der sich die Gebäude locker verteilen (Abb. 46).



Abb. 46: Waldartige Grünzone, in die sich die gebaute Struktur einbindet

Wald-Siedlung-Ränder: Ausbildung der Übergänge Wald-Siedlung

Da, wie oben schon beschrieben, der offene Zeilenbau die Siedlung beherrscht, der in einen aufgelichteten Waldpark eingebettet ist, sind innerhalb der Siedlung klare Wald-Siedlung-Ränder nicht zu erfahren. Klarere Ränder sind nur im östlichen Bereich zu erkennen (Abb. 41). Der Übergang im östlichen Bereich erfolgt relativ fließend (Abb. 47). Einzig der Fußweg sowie die wildwachsende Strauchschicht des Waldes und der Waldboden kennzeichnen den Unterschied der beiden Zonen.

Zugänge in diese östliche Waldzone erfolgen über Trampelpfade, auch hier gibt es keine befestigten Wege oder Waldgestaltung (Abb. 47, 48). Da diese stehengelassene Waldzone vorrangig als Lärm- und Sichtschutzwald zu dienen hatte, wurden keine Wege und Zugangsmöglichkeiten geplant. Man erkennt, dass die Nähe zur Siedlung zur Nutzung dieses Waldgebietes durch die Bewohner offensichtlich gereicht hat.



Abb. 47: Übergang Wald zu Siedlung



Abb. 48: Trampelpfade als Zugänge in das Waldgebiet



Abb. 49: Weg im Wald zur Straße

2.6 Fazit: Auflichtung des Waldes zur Parklandschaft und Kulissenwald

Das städtebauliche Ziel, eine Art Parklandschaft zu formen, ist durch die Auflichtung des Waldes zum Park erreicht (Abb. 35). Wald dient als Kulisse, sowohl als Gliederung der Siedlung (Waldinsel) als auch in seiner transformierten aufgelichteten Form als Waldpark, in dem die Gebäude trotz gleichmäßiger Wiederholung aufgrund der Sichtfilterwirkung der Bäume und ihrer Fähigkeit zu gliedern und optische Raumkanten zu bilden, locker verteilt wirken. Allerdings wird innerhalb der Siedlung die Volumenwirkung des Waldes aufgelöst, Wald wirkt an den meisten Stellen nicht als dichtes dreidimensionales Baumpaket. Der Eindruck, dass die Siedlung von Waldcharakter geprägt wird, wird aber nicht nur durch die Verteilung der Bäume, zwischen denen sich die gebauten Strukturen befinden, erzeugt, sondern vor allem auch dadurch, dass eine am östlichen Rand der Siedlung verlaufende Waldkante durch die lockere Verteilung der Gebäude von vielen Stellen innerhalb der Siedlung aus sichtbar ist. Diese „grüne Wand“ als Raumkante dient zusammen mit den Gebäudeansichten als optische Raumfassung. Es kann festgestellt werden, dass aufgrund der verhältnismäßig kurzen Bauzeit und trotz Ausbildung verschiedener Wohngruppen einheitliche Bauformen entstehen konnten, das ursprüngliche Konzept nicht zerstört wurde, dass es eine gestalterische Durchhaltekraft gab. Desweiteren ist festzustellen, dass eine neue Form von aufgelichtetem Wald entstanden ist, die waldartigen Charakter haben kann.

3. Waldstadt-Waldlage (Planung 1956/57 / Bauzeit ca. 1957-66) - Wohnen im Wald

Allgemeine Daten

1944 Vorplanung Otto Ernst Schweizer
1955/56 Planung durch Karl Selg
1957-66 Bauzeit

Gesamtgelände 225 ha
Bruttobauland Waldlage 146,4 ha
3985 WE
Bebauungsdichte 27 WE/ha

GRZ 0,4
GFZ 0,5

ca. 190 EW/ha (Waldlage)

Siedlungsdichte geplant: ca. 100 EW/ha
Siedlungsdichte (1991) 88 EW/ha
Wohndichte 141 EW/ha Wohnbauland

13700 EW (1970), 9217 EW (1993), 8931 EW (2003) (einschließlich Europaviertel)

Gliederung der Gesamtfläche

Bauland 55%
Verkehrsfläche 18%
Grünfläche 27%

Wohnformen

Flachbau	5,0%
Zeilenbau	84,0%
Hochhäuser	11,0% ¹⁰⁰

¹⁰⁰ Irion u. Sieverts 1991:18f



Abb. 50: Waldstadt [Darstellung auf Grundlage der topographischen Karte 1:25000, Karlsruhe Nord 6916, des Landesvermessungsamts Baden-Württemberg (Ausschnitt)]



Abb. 51: Luftbild Waldstadt – Blick von Südwesten (eigene Aufnahme)

3.1 Lage - Größe - Kontext

Die Waldstadt wurde ca. 6 km nordöstlich vom Stadtkern entfernt auf ebener Fläche in den Karlsruher Hardtwald gebaut und in Waldlage und Feldlage unterteilt. Auf 146,4 ha Bruttobauland (Waldlage) entstand die Waldstadt in mehreren Bauabschnitten. Mit 3985 (1991) Wohnungen ist sie das wichtigste und größte Demonstrativbauvorhaben für eine aufgelockerte, gegliederte Großsiedlung in Baden-Württemberg.

3.2 Vorgeschichte der Waldstadt – Der Konflikt Norderweiterung

Um zu verstehen, weshalb die Waldstadt nach derart kurzer Planungszeit, in dieser Größenordnung und dazu noch ohne großen Widerstand entstand, ist es notwendig, die Vorgeschichte des Projekts näher zu untersuchen. Die Verwirklichung einer Waldstadt im Jahre 1957 muss als Ergebnis langer und heftig geführter Diskussionen über die Waldinanspruchnahme für Siedlungszwecke seit dem Jahr 1949 im Kontext mit der Frage der Norderweiterung betrachtet werden (s. a. Teil III, 2.4.2), deren Auseinandersetzung sich bis Ende des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen lässt.

Die erste Idee einer „Stadt im Wald“ – Das nicht realisierte Parkring-Projekt

Da die Wohnraumbeschaffung nach dem Krieg eine der vordringlichsten Aufgaben der Stadtverwaltung war, wurden in der Presse 1949 erstmals Überlegungen über eine geplante Bebauung des nördlichen Hardtwaldes im Halbkreis südlich des heutigen Adenauerrings „zur Behebung der Wohnraumnot“¹⁰¹ veröffentlicht. Ähnlich wie bei der Gründung Karlsruhes entschied man sich aus praktischen und kostentechnischen Gründen für die Lage im Wald. Aus einem Presseartikel jener Zeit ist zu entnehmen, dass der Wald von der Forstbehörde unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden konnten, der Staat somit im Besitz dieser Fläche war.¹⁰² Die privaten Besitzverhältnisse in den freien für Baugelände geeigneten Flächen des Beierteimer und Mühlburger Feldes, die eine zeitintensive Umlegung und Zusammenlegung nach sich ziehen würde, stellten weitere Gründe dar. Warum gerade der Standort im Wald nördlich der Stadt gewählt wurde, wurde mit dem Fehlen eines nördlichen Wohngebietes, das als Einzugsbereich für die Innenstadt gelten konnte, begründet: „Man sagt, es sei Leben in der Stadt, das war bis 1918 bei uns auch so. Allerdings hatte man 1913 den großen Fehler gemacht, den Bahnhof aus der Stadtmitte weit hinauszulegen, (...) denn dem Bahnhof zog ein großer Teil der Bevölkerung nach (...) Durch das Verschwinden des Hofes samt seines reichen Anhangs hat die Stadtmitte weiter Bedeutung verloren (...) Man kann sagen, die Kaiserstraße verläuft am Stadtrand anstatt in der Mitte (...)“ (Zitat Willett (Vortragsmanuskript))

Bis ins 20. Jahrhundert hinein geschah Stadterweiterung als Fortsetzen der Bebauung, als unmittelbares Hinzufügen von neuen Stadtteilen. Eine Entwicklung nach Norden gab es bis dahin nicht. Der Plan war nun, die Kaiserstraße durch

¹⁰¹ B.N.N. 18.2.1949 „Das Wohnungsbauprojekt am Waldring“. StadtAK 1/TBA 27

¹⁰² a.a.O.

Ausweitung der Stadt nach Norden mehr in die Stadtmitte zu rücken (vgl. Willett (Vortragsmanuskript)). Mit dem Parkring-Projekt wurde nun die erste Planung einer Wohnbebauung im Hardtwald nach dem Krieg eingeleitet - direkt nördlich des Schlosses zwischen Parkring – heute Adenauerring - und Ahaweg (Abb. 52). Der Entwurf zum Generalbebauungsplan von 1926 legte schon die Grundlagen für eine Bebauung bzw. eine Planung des Parkrings. Damals wurden Sportanlagen beiderseits des Parkrings von Pflästerer projektiert (s. Teil II, 3.4.1). 22 Jahre später lieferten die Architekten Willett und Bingler im Rahmen des Kaiserstraßen-Wettbewerbs einen Vorschlag zur Bebauung der Waldzone zwischen Ahaweg und Parkring mit Wohnungen für 20.000 bis 25.000 Einwohner (Ringler 1998:11), wobei der Hardtwald an der Stelle möglichst geschont werden sollte. „Die Idee einer Karlsruher Waldstadt ist damit geboren.“ (ebd.) So kam - wiederum kurz nach einem Krieg, etwa 30 Jahre nach dem Bau der Hardtwaldsiedlung, bei dem zum ersten Mal eine größere Waldfläche für Baumaßnahmen in Anspruch genommen wurde - erneut die Diskussion über den Bau einer Siedlung im Hardtwald auf. Der Karlsruher Gemeinderat beschloss am 15. Februar 1949 außerhalb der Tagesordnung gegen eine Stimme des Stadtrates Seippel die Durchführung eines großzügigen Wohnungsbaus und die Freigabe des Geländes zwischen Ahaweg und Parkring. Der Generalbebauungsplan solle entsprechend geändert werden zugunsten der Errichtung einer großzügigen Wohnbebauung (Ringler 1998:11).

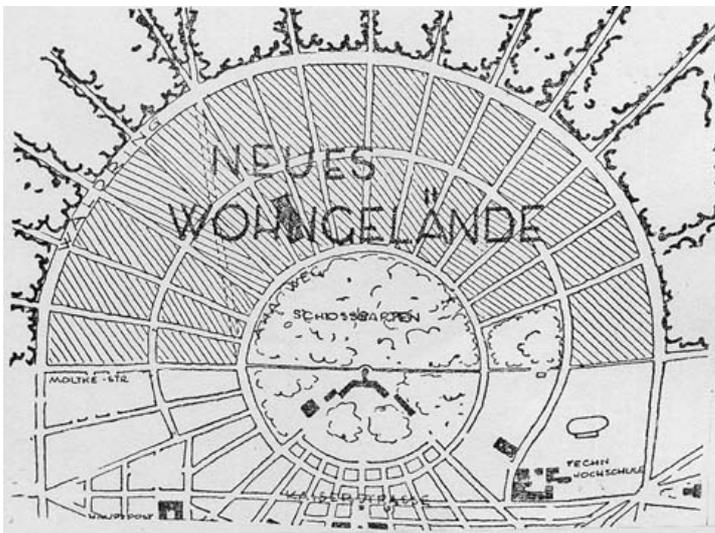


Abb. 52: Plan Parkring-Projekt ca. 1949

Bedenken gegen das Projekt, die eher aus einer traditionellen Waldverbundenheit herrührten denn aus vorausschauendem Umweltdenken, gab es nicht nur in der Bevölkerung. Aus architektonischer und stadtplanerischer Sicht, repräsentiert durch den Bund deutscher Architekten, Karlsruhe, wurde der Wald als erhaltenswertes Element gesehen, das Parkringprojekt abgelehnt. Ebenso wird sowohl aus Sicht des Landesplanungsamtes als auch aus Sicht der Forstverwaltung eine Ausweitung der Stadt in den Hardtwald abgelehnt (Amtsblatt 2.2.1950). Die Lage war höchst

umstritten, da sie dem historischen Grundriss der Stadt deutlich widersprach. Während das Schloss sich trotz seiner Stellung im Mittelpunkt des Kreises, gekennzeichnet durch die Radialen, den Zirkel und den Parkring, mit Hilfe seiner beiden Flügeln nach Süden hin orientierte und öffnete, wurde nun die Wohnbebauung „hinter“ dem Schloss als Abgrenzung der Stadt zum Hardtwald gesehen.

Die zweite Idee einer Waldstadt und das Hardtwald-Problem

Trotz des Bewusstseins der Unantastbarkeit des bis in die Stadtmitte reichenden Hardtwaldes wird aus Gründen des „äußerst dringenden Bedarfs an Baugelände für den sozialen Wohnungsbau“ (Amtsblatt 2.2.1950) wiederum eine Norderweiterung der Stadt in den Hardtwald erwogen. Da das erste Projekt abgelehnt worden war, gab es neue Planungen auf einem schmalen Streifen auf der Ostseite der Erzbergerstraße, die trotz starker Bedenken des Planungsbeirates verwirklicht wurden, verknüpft mit der Aussage, dass „der übrige Hardtwald zwischen Erzberger- und Parkstraße (...) von jeder Bebauung freizuhalten“ (ebd.) war. Es wurde bestimmt, dass die Randbebauung sehr weiträumig gehalten werden sollte, um den Wald nicht abzuschließen. Die zweite Idee einer Waldstadt wurde 1950 durch die Bebauung an der Erzbergerstraße in Richtung Hardtwald realisiert (s. Teil III, 2.).

Im Jahre 1954, fünf Jahre nach dem nicht realisierten Parkring-Projekt, entfachte der damalige OB Klotz eine erneute Diskussion um eine Bebauung im Hardtwald nördlich des Schlosses; das „Hardtwald-Problem“ entstand. Im Juli 1954 stellte Klotz die Frage: „Läßt sich die Waldgrenze auf Dauer halten? Kann die Kaiserstraße für ewige Zeiten an der Peripherie der Stadt liegen?“ (B.N.N. 3.8.1954) Sein Vorschlag war in diesem Zusammenhang die Errichtung von zwölf Hochhäusern am Parkring jeweils bei den vom Schlossturm ausgehenden Radialen. Für Klotz ging es darum, „wie man die Stadt reizvoll in den Wald einfließen lassen könne.“ (ebd.) Klarere städtebauliche Ideen dazu gab es erst ein Jahr später beim Wettbewerb um die Planung der Waldstadt.

Auf den Plan von Klotz hin erneuerte der Architekt Erich Schelling den „revolutionären Vorschlag“ einer lockeren Bebauung des Hardtwaldes. Die Waldverluste sollten durch Aufforstung im Süden wieder ausgeglichen werden (Koch 1998:577). Wiederum wurden die Stadterweiterungsprobleme nach Osten, Süden und Westen angesprochen. Landwirtschaftliche Flächen kamen für Bebauungen nicht in Frage, da sie zu jener Zeit noch als zu nutzende Flächen für den kleinbäuerlichen Betrieb und zur Nahrungsmittelproduktion freigehalten werden mussten. Daher sah Schelling als einzige Lösung, „Teile der Waldflächen im Norden der Stadt für den Wohnungsbau zu erschließen.“ (B.N.N. 1.9.1954) Dieser Vorschlag wurde aber schnell wieder aufgegeben. Diese Diskussion kann als Vorgeschichte der etwa acht Jahre später gebauten Waldstadt angesehen werden, da er zum einen eine Stadterweiterung nach Norden vorschlug, die letztlich zur Realisierung der Waldstadt führte, zum anderen die Idee der Hochhäuser im Wald, die ebenso erst in der Waldstadt gebaut bzw. von OB Klotz durchgesetzt werden konnten.

3.3 Zur Entstehung - Die „Blitzentstehung“ der Waldstadt als Ergebnis langer Diskussionen

Nach der gescheiterten Planung der ersten Waldstadt war die Stadtverwaltung nach wie vor mit dem Problem der Bauland- und Wohnungsbeschaffung konfrontiert. Es bestanden Sanierungsabsichten in der Altstadt mit einem zu erwartenden Ersatzwohnungsbedarf (Reinborn 1996:206). Aufgrund des Bevölkerungswachstums von jährlich 5.000 bis 6.000 Menschen durch Wanderungsgewinne und Geburtenüberschüsse sowie die bedrückende Wohnungsnot der Nachkriegszeit Mitte der 1950er Jahre wurde die Waldstadt daher als Entlastungssiedlung geplant.

Der damalige OB Günther Klotz spekulierte auf Raum- und Geländegewinn durch Eingemeindungen. Doch weder war das Hinausschieben der Stadtgrenzen in der Zeit Mitte der 1950er Jahre möglich, noch hätten die Eingemeindungen soviel Gelände wie das im Hardtwald gebracht (Werner 1982:5). Daher beschloss der Gemeinderat im Januar 1955 nach einem Gutachten von Schweizer den Bau einer Wohnsiedlung für ca. 35.000 Menschen auf 300 ha Fläche vor, davon 220 ha Wald, auf einem Gelände nordöstlich des Schlosses im Hardtwald. Schließlich wurde diese Zahl auf 20.000 reduziert. Der Standort im Wald wurde deshalb ausgewählt, weil

- er zur Zeit des Baulandmangels preiswertes Bauland war,
- die angebliche Wohnungsnot erforderte, möglichst schnell über Bauland zu verfügen,
- die Besitzverhältnisse des Baulands nicht aufgesplittet waren, sondern in einer - der öffentlichen Hand - lagen
- und er eine große zusammenhängende Fläche war, auf der mit einem Schlag ohne lange Verhandlungen und Flächenumlegungen eine größere einheitliche Siedlung entstehen konnte.

Außerdem berief man sich auf den „Schweizerplan“ aus den 1940er Jahren (s. Teil II, 4.3.3), in dem dieser Standort für die Bebauung von Gewerbe schon vorgesehen war. Der Hauptgrund für das Bauen in den Wald war also politischer Natur, war der Mangel an großflächigem Baugelände, ausschlaggebend waren nicht in erster Linie städtebauliche oder architektonische Gründe. Andererseits entsprach die Idee einer Waldstadt aber dem Durchgrünungsgedanken der starken Leitbilder jener Zeit, wodurch sicherlich der Bau der Siedlung in dieser Größenordnung unter Inanspruchnahme von Waldflächen leichter durchzusetzen war. 1956 erwarb die Stadt daher ein größeres zusammenhängendes Gebiet am Rande der Stadt von insgesamt 216 ha.

Verwunderlich war, dass die Waldstadt ohne große Diskussion so schnell in Angriff genommen wurde, obwohl erstens ein Jahr zuvor die Idee, nördlich des Adenauerrings Hochhäuser in den Wald zu setzen, auf heftigen Widerstand stieß (Ringler1991:67f) und zweitens ironischerweise genau in diesem Augenblick in der

Öffentlichkeit beim Beschluss eines Turnhallenbaus in den Wald erstmals nach Kriegsende Alarmrufe nach Walderhaltung laut wurden.

Zwar konnte die Waldstadt vom forstwirtschaftlichen Standpunkt aus nicht gebilligt werden, die forstliche Genehmigung wurde dennoch mit Rücksicht auf die finanzielle Bedeutungslosigkeit des Stadtwaldes und den bekannten Schwierigkeiten in der Baulandbeschaffung unter Zurückstellung erheblicher forstwirtschaftlicher Bedenken erteilt.¹⁰³ Dies ist ohne Zweifel ein wichtiger Grund dafür, dass derartig viel Waldfläche in Anspruch genommen werden konnte.

3.4 Durchsetzungspolitik - Schutz des Waldes als „Freibrief“ für die Waldinanspruchnahme

Obwohl es zahlreiche öffentlichen Diskussionen im Jahr 1954 über das Für und Wider der Bebauung im Hardtwald gab, wurde für den Plan der Waldstadtsiedlung im Nordosten im Hardtwald 1955 „fast kein Widerspruch artikuliert.“ (Koch 1998:578). Eine der größten Waldinanspruchnahmen für Wohnzwecke war das Ergebnis dieser lang geführten Diskussion. Um den Widerstand möglichst gering zu halten, verband Klotz den mit der Waldstadt verbundenen schweren Eingriff in den Wald gleichzeitig mit einem Plan zum Schutz des Waldes, d.h. er stellte gleichzeitig unter dem Druck der Bevölkerung mit einer Forderung an das Land das restliche Gebiet des Hardtwaldes nördlich von Karlsruhe unter Landschaftsschutz.¹⁰⁴ Im Zuge seiner Aktionen wurde das für das Siedlungsprojekt benötigte Waldareal - ursprünglich Staatswald - vor Einreichung eines Ausstockungsgesuches im Rahmen eines Waldtausches in städtisches Eigentum überführt. Karlsruhe bekam 170 ha, 120 im Tauschweg, den Rest in Erbpacht (Werner 1982:9). „Ein fehlendes Baulandbeschaffungsgesetz nach dem Krieg (...) zwang dazu, den Weg des geringsten Widerstands zu gehen und dorthin auszuweichen, wo sofort bebaubares und verkäufliches Bauland zur Verfügung stand.“ (Jaspert 1958:82) Ein Bebauungsplan lag nicht vor, da damals erstens die angebliche Not der Zeit schnelles Handeln erforderte, zweitens die erst ab 1960 im BauGB verankerte gesetzliche Verpflichtung, einen Bebauungsplan aufzustellen, noch nicht existierte.

3.5 Die Rolle des Waldes in der Planung - Wald als Folie

Die Waldstadt ist die erste neue Wohnsiedlung in Karlsruhe in Form einer selbstständigen Trabantenstadt nach dem Krieg mit theoretischem Ansatz. Es sollte eine Wohnstadt mit optimal belichteten Wohnungen entwickelt werden, die stark vom

¹⁰³ Interessensabwägung in den Genehmigungsbescheiden Waldstadtsiedlungen Karlsruhe und Freiburg. In: Hammer 1985:112

¹⁰⁴ Mehr zur Entstehungsgeschichte der Waldstadt vgl. Waldstadt Homepage (online); vgl. Werner Josef: Referat zum 25-jährigen Jubiläum der Waldstadt 1982

städtebaulichen Ideal der aufgelockerten Siedlung unter Verwertung aller neuzeitlichen städtebaulichen Gesichtspunkte geprägt ist. Zu Baubeginn 1957 befanden sich an den meisten Stellen schlecht bis durchschnittlich geformte Kiefern bäume von meist mittlerer Qualität im Alter von ca. 80-100 Jahren, teilweise ca. 200-jährige Kiefernüberhälter. Im Bereich entlang der Theodor-Heuss-Straße standen zu 95 % licht-lückig stehende, schlecht bekronte, mäßig geformte Kiefer (95%).¹⁰⁵

Von Anfang an stand das Bestreben des Stadtplanungsamts, diesen neuen Stadtteil nicht als Weiterentwicklung an die Stadt anzuhängen, sondern durch breite Grünzonen vom Stadtgebiet loszulösen (Beller 1958:10). Ziele der Waldstadtplanung waren also die Schaffung eines neuen, vollständigen Stadtteils, entsprechend den Grundsätzen des modernen Städtebaus, einer selbständigen Trabantenstadt mit guten und gesunden Wohnungen, durch breite Grünzonen vom Stadtgebiet losgelöst, aber in geringer Entfernung zum Stadtzentrum sowie die Schaffung von Wohnbauflächen für eine expandierende Stadt und eines Gegengewichtes zur "naturwüchsigen" Erweiterung in den Wald hinein im Nordwesten Karlsruhes. Oberstes Ziel war die Schaffung einer Wohnsiedlung auf großer Fläche, Wald war nicht die Voraussetzung für die Siedlung, nur seine Fläche, die als Untergrund dient. Wald als Freiraum wird zu einer „Folie“ degradiert. In dem Konzeptentwurf repräsentiert die Waldstadt die klassische Moderne, er ist nicht nur an der "Licht, Luft, Sonne"-Formel orientiert, sondern auch an dem reibungslosen Ablauf der sogenannten Lebensfunktionen. Herrschende Philosophie war die Stadt der getrennten Funktionen. Die Waldstadt wurde als reine Wohnstadt geplant (Irion u. Sieverts 1991:38).

Der Wettbewerb - Wald reduziert auf Gliederungsfunktion

Im Jahr 1956 wurde das Waldstadtprojekt in das Förderprogramm des Bundeswohnungsbauministeriums aufgenommen. Daher wurde eine Ausschreibung eines städtebaulichen Ideen- und Bauwettbewerbs notwendig, zumal einige Gemeinderäte und die Architektenschaft auf die Ausschreibung eines Wettbewerbs drängten. Sie forderte überwiegend 3- bis 4-geschossige Bebauung und Aufteilung des Gebietes in zwei Nachbarschaften mit je 650 Wohnungen und den notwendig infrastrukturellen Einrichtungen (Hafner 1993:298ff) und stützte sich auf den 1955 begonnenen Bebauungsvorschlag des Stadtplanungsamts Karlsruhe, der von Hans Güldner, einem Schüler von Schweizer, bearbeitet wurde. Besondere Kennzeichen waren die Ringschließung mit sehr langen Stichstraßen, eine Trennung von Fahr- und Fußverkehr, die Zonierung des Gebietes in Wohnen, öffentliche Flächen und Industrie sowie eine mittelhohe Zeilenbebauung. Für den neuen Stadtteil "Waldstadt", anfangs noch "Nordoststadt" genannt, sah der Bebauungsvorschlag Wohnungsmöglichkeiten für 20.000-35.000 Einwohner vor. Dieses Ziel wurde jedoch nie erreicht, der Höchststand lag bei 13.700 EW im Jahre 1970.

¹⁰⁵ Nach Altersklassenkarte und Bestandsaufnahme des Hardtwaldes in: Forstbezirk Staatswald – Karlsruhe Hardt – Einrichtungswerk, aufgestellt nach dem Stande vom 1. Oktober 1949 durch Forstamtsvorsteher Burckhardt und Forsttaxator Freudenberger. Unterlagen vom Forstamt Hardt, zur Verfügung gestellt durch Forstamtsleiter Rupp

Karl Selg, auch ein Schüler von Schweizer, erlangte beim Wettbewerb für die Waldstadt, bei dem Schweizer den Vorsitz hatte, den 1. Preis. Er hielt sich weitgehend an die Vorgaben des vom Stadtplanungsamt aufgestellten Bebauungsvorschlags. Auf diesem fast 150 ha freien Gelände - betrachtet man nur die Waldlage - konnte er, ohne Rücksicht auf Nachbarbebauungen und städtebauliche Strukturen nehmen zu müssen, seine theoretischen Ziele in die Tat umsetzen. Der Plan von Selg sah eine Trabantenstadt mit ca. 4500 Wohnungen vor, davon etwa 3500 in Mehrfamilienhäusern und ca. 1000 in Einfamilien- und Einfamilienreihenhäusern mit zusammen etwa 20.000 Einwohnern. Merkmale sind die Verflechtungen mit dem Wald, das äußere Erschließungskonzept und die Gliederung in Nachbarschaftseinheiten, die durch Grünflächen voneinander getrennt sind. (Irion u. Sieverts 1991:22)

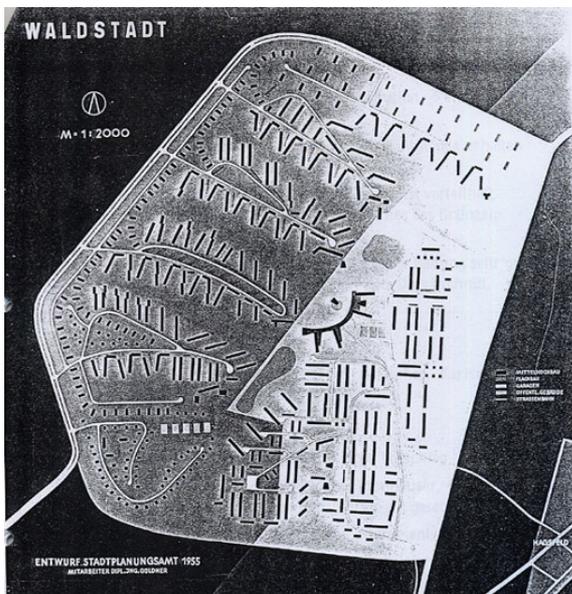


Abb. 53: Plan Waldstadt-Vorentwurf
Stadtplanungsamt bearbeitet von Güldner 1955

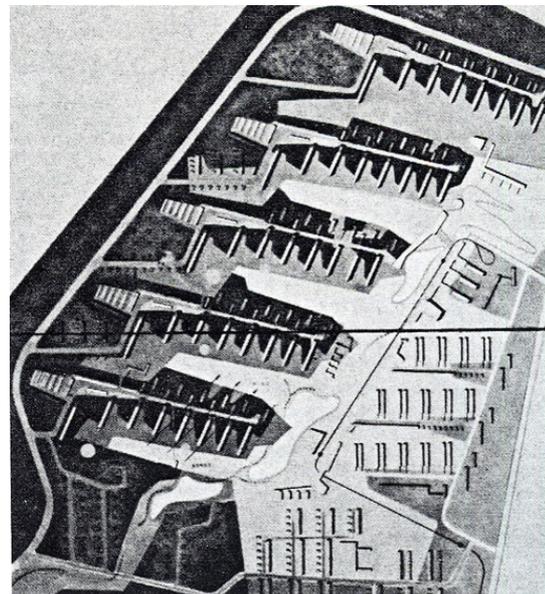


Abb. 54: Plan Waldstadt-Entwurf Selg 1956

Man erkennt deutlich an dem Vorentwurf des Stadtplanungsamts und im Plan von Selg (Abb. 53, 54) noch deutlicher den sehr straff gehaltenen, schematischen Entwurf (fünf parallele Straßen, die in etwa gleichem Abstand stehen, dazu die Zeilenhäuser, die in fast identischer Weise an jeder Straße angeordnet werden usw.). In dieser Siedlungsstruktur spiegelt sich „die Idee der Stadt als determinierendes Gesamtkunstwerk“ (Humpert 1997:75) wider. Die Waldfläche wurde demzufolge lediglich als Grundfläche für die Bebauung gesehen, erst in zweiter Linie machte man sich Gedanken über den dortigen Wald und seine Beziehung zur Siedlung. Dass es eine Waldfläche war, in die gebaut wurde, erscheint wie eine zwangsläufige Begleiterscheinung. Die Durchdringung von Bebauung und Landschaft, die Licht-Luft-Sonne-Formel und die Ideen der Funktionstrennung prägten die Planung. Es lässt sich kaum leugnen, dass der Hauptgrund für die derartige Anordnung der Zeilenbauten sich aus den Leitbildern jener Zeit ableitete.

Die Freiflächen werden im Vorentwurf nicht differenziert aufgefasst, sondern es wird die Bebauung in die als eins gesehene Waldfläche „eingesetzt“. Die Kontur der Waldfläche auf dem Plan wird beibehalten und nicht geändert, die 12 ha Fläche mit jungen Robinien beispielsweise nicht berücksichtigt. Da die Vorstellung der Funktionstrennung die Planungen prägte, bestimmt die Straßenführung, nicht der Wald, deutlich den Siedlungsgrundriss, d.h. die Straßen haben funktionalen Charakter und sollten nur ihre Funktion als Erschließung erfüllen, nicht als Raum. Der Straßenraum wird als übergeordnetes Element gesehen, wichtiger als der Wald, welcher eigentlich durch seine Dreidimensionalität und Ausdehnung das siedlungsprägendste Merkmal darstellt. Belegt wird die Dominanz der Straßenführung auch in der Ausführung des Oberbaudirektors Merz, der die Erläuterung der Wettbewerbspläne zur Waldstadt mit der Erklärung der Erschließung anfängt¹⁰⁶ Auch das Preisgericht hob zunächst verkehrstechnische - also nur funktionale - Gesichtspunkte positiv hervor, der Kontext Wald wird erst im letzten Punkt erwähnt, der als „beherrschendes landschaftliches Element (...) das Gesamtgebiet in einzelne, kleine Bezirke unterteilen (werde), die voneinander optisch getrennt seien. Daher werde niemand verspüren, daß bis zu 20.000 Einwohner dort wohnen werden.“ (Reinborn 1996:207)

Selgs Entwurfsideen: Wald als Gestaltungselement und biologisches System

Im Folgenden wird ersichtlich, dass bei Selgs Entwurf der Aspekt der Funktionalität auch den Umgang mit Bäumen bestimmt. „Der (...) innerhalb des Wohngebietes tagsüber entstehende Verkehrslärm wird durch den reichen Baumbestand, der die Straßen völlig einhüllen kann, gedämpft.“ Erst im nächsten Punkt erwähnt Selg in seinem Manuskript¹⁰⁷ Ideen zur Beziehung zur Waldlandschaft: „Der Waldcharakter des Geländes soll erhalten werden, möglichst viele Bäume sollen stehen bleiben.“¹⁰⁸ Zwar war es ein wichtiges Ziel, den Waldbestand so weit wie möglich zu schonen, doch wurde nicht weiter ausformuliert, ob die Restwaldbestände, abgeschnitten vom großen Waldverband, tatsächlich auch bestehen können oder ob sie überhaupt Wald darstellen. Es reichte anscheinend, wenn große Abstände zwischen den Gebäuden bestehen. Mit dem von Selg gesetzten Ziel, die Häuser sollten die höchsten Baumwipfel nicht überragen, zeigt sich, dass in dieser Hinsicht städtebaulich auf den Wald eingegangen wurde und die Siedlung sich der Umgebung, dem Wald also, unterzuordnen hat. Ihm schwebte eine „in die Natur integrierte, „unsichtbare“ Stadt vor, weshalb Hochhäuser ursprünglich für die Waldstadt nicht vorgesehen waren.“¹⁰⁹ Nach städtischer Planung war das im Wald liegende Wohngebiet als Mittelhochbau ausgewiesen worden, zum einen aus o.g. Grund, zum anderen weil „durch diese Vertikalentwicklung der Bauten (...) trotz erwünschter hoher Wohndichte zwischen den Gebäuden genügend große Baumbestände belassen werden (konnten), die zur erstrebten Erhaltung des Waldcharakters notwendig waren.“ (Jaspert 1964:534)

¹⁰⁶ Ausführung des Oberbaudirektors Merz. In: Gemeinderatsvorlage vom 25.4.1957, S. 245. StadtAK

¹⁰⁷ Selg, Karl: Erläuterungsbericht - Unveröffentlichtes Manuskript ohne Datierung. In: Karl Selg: Arbeiten 1945-1981. Ausstellung 8.2.1984

¹⁰⁸ Ausführung des Oberbaudirektors Merz. In: Gemeinderatsvorlage vom 25.4.1957, S. 245. StadtAK

¹⁰⁹ Aus einem Schreiben an das Dezernat I zum 25-jährigen Bestehen der Waldstadt von Schmitt, 2.7.1982

Hinsichtlich des städtebaulichen Konzepts wird, abgesehen von o.g. Ziel, hauptsächlich auf funktionale Beziehungsaspekte zwischen Wald und Siedlung fokussiert. Belegt wird dies an der Ausführlichkeit der Überlegungen von Selg bezüglich dieser funktionalen Punkte: „Hinsichtlich der Bebauungsstruktur geht es dem Verfasser in erster Linie darum, ein Schema zu finden, daß trotz weitgehender Erhaltung des vorhandenen Baumbestands, Hochwald und auch Neupflanzungen die Wohnungen freigehalten werden von der typischen Feuchtigkeitserscheinung innerhalb einer Wohnung bei Waldsiedlungen.“ (Selg o.J.:54) Er folgerte unter Berücksichtigung der oben genannten Feuchtigkeitsproblematik in Bezug auf die Bebauung und die klimatischen Verhältnisse die grundsätzliche Vermeidung von Haupt- und Nebenräume nach Norden sowie Ost-West gerichtete Zeilen, „die bei Waldbebauung bekanntlich die vermoosten und dunkelfeuchten Schattenbereiche im Freiraum ergeben.“ (ebd.:54) Dadurch, „daß die räumliche Orientierung naturgemäß vom Wald weg mit den Sichtbeziehungen zum Schwarzwald nach Süd-Osten bis Süden das Naheliegende ist und die Süd-Ost-Sonne als wertvollste Besonnungsrichtung gilt, werden die Zeilen des Mittelhochbaus in etwa 70 Grad Stellung nach Süd-Ost orientiert“ (ebd.:54f). Wichtig waren auch hier funktionale Gründe, indem eine vollkommene Durchsonnung der Grünräume angestrebt wurde. „Ein weiterer günstiger Faktor für die Austrocknung des Waldgeländes ist, daß der vorherrschende Süd-West-Wind, ohne querstehende Zeilenräume frei durchstreichen kann!“ (ebd.:55)

Was den Straßenraum betrifft, so antizipiert Selg eine völlige Umhüllung der Straßen durch den Baumbestand, wobei hier wiederum auf funktionaler Ebene argumentiert wird (ebd.:55). Andererseits wird in der Verwendung des Wortes „Waldsiedlung“ deutlich, dass es Selg wichtig war, der Siedlung den Charakter einer Waldsiedlung, einer Siedlung, in dem der Wald also dominiert, zu geben und dass es ihm neben der Funktionalität auch um den Wahrnehmungsaspekt geht.

3.6 Reale Beziehung Wald und Siedlung - Trennung Siedlung-Wald und Transformation von Wald?

Breite Verzahnungen der Zeilengruppen mit größeren Waldbeständen und kleinere Verzahnungen der einzelnen Zeilen mit waldartigen Grünzonen kennzeichnen die Siedlung. Es existieren verschiedene Waldbilder innerhalb der Siedlung: Kaum gepflegte größere Flächen mit alten Kiefern und Rotbuche mit wenig Bodenvegetation oder Brombeere, in denen Verjüngung aufgrund des Lichtmangels nicht möglich ist, Flächen mit lichterem Kiefern- und Buchenbaumbestand und nachwachsender Strauchschicht oder ohne Strauchschicht aufgrund von Trittdichtung und Trampelpfaden in der südlichen Zeilenzone, Zonen mit dicht stehenden Rotbuchen, parkartige Zonen mit gemähtem Rasen und Buschwerk, die um die Bäume und Baumgruppen herum belassen wurden.

Während auf Luftbildern aus den ersten Jahren nach weitgehender Bauvollendung an vielen Stellen der Siedlung junge Waldstrukturen zu erkennen sind¹¹⁰, die zum Teil niedriger waren als die Zeilen, ist auf heutigen Fotos zu sehen, wie eingewachsen die Gebäude heute nach etwa 40 Jahren sind (Abb. 51). Daraus ergeben sich Probleme der Verschattung, einhergehend mit dem Problem der Feuchtigkeit aufgrund mangelnder Sonneneinstrahlung. In den letzten Jahren ist das GBA sehr restriktiv mit dem Thema Wald umgegangen. Es ging um die Frage, inwieweit der Waldcharakter für die Bewohner noch zumutbar ist.

Demgegenüber stellt sich die Meinung der Forstverwaltung, die durch gezielten Rückschnitt des Laub- und Kiefernbestandes und oder durch Wegnahme alter hoher Kiefern dem Restbestand die Möglichkeit der natürlichen Verjüngung gibt, so dass erhaltenswerte Exemplare mehr Lebensraum erhalten und junge Bäume mehr Platz für ein kräftiges Wachstum bekommen (B.N.N. 01.06.1989 und nach Gespräch mit Forstamtsleiter Kienzler 29.05.06). Im Zusammenhang mit dem dichter und höher werdenden Wuchs von Bäumen und Strauchschicht sowie Unterstand entsteht ein weiteres Problem, nämlich das des Sicherheitsgefühls der Bewohner innerhalb der Siedlung zu dunkleren Tageszeiten. Mittlerweile wurde die Aufstellung von Lampen entlang von Hauptwegen und anderen Wegen schon durchgeführt oder geplant. Im Zusammenhang mit dem Wuchs der Bäume besteht, wie auch im Falle der Nordstadt (s. Teil III, 2.5), in der Waldstadt das Problem der Verkehrssicherungspflicht.

Innen-Außen-Beziehung Zeilengebiet: „Lichter Wald“- eine neue Form von Wald

Durch die Gleichförmigkeit des Straßensystems und der Gebäudestellung in Verbindung mit den daraus resultierenden ebenso straff gegliederten Restgehölzstreifen ist ein Innen-Außen-Verhältnis nicht erfahrbar. Die Restgehölzstreifen sind lediglich Teile des ehemaligen Waldes, stellen selbst aufgrund des Fehlens von Unterholz an vielen Stellen und der geringen Dichte der Bäume keinen Wald mehr dar, wie er zuvor an dieser Stelle existiert hatte. Auf dem Foto (Abb. 55), das im benachbarten Hardtwald aufgenommen wurde, lässt sich zum Vergleich die ursprünglich vorhandene Situation nachspüren, wie sie mit großer Wahrscheinlichkeit in etwa ausgesehen hat oder heute aussehen würde, sofern diese Fläche als Waldfläche belassen worden wäre.



Abb. 55: Waldbild des benachbarten Hardtwaldes

¹¹⁰ z.B. Luftbild 50er Jahre von Schlesiger. In: Schlesiger/Werner: Die 50er Jahre. Ein Karlsruher Jahrzehnt in Bildern. 1993:91

Im Siedlungsinernen hat man den Eindruck, sich zwischen einer neuen Form von Wald zu bewegen. Man könnte es einen „lichten Wald“ nennen, der durch die Restwaldgehölze gebildet wird (Abb. 56). An den meisten Stellen halten sich im Hinblick auf das Siedlungsbild die Masse der Gebäude und der Bäume die Waage, wobei die Zeilen heute in der Höhe dem Baumbestand untergeordnet sind, was einen Bezug zur Landschaft schafft, die Gebäude an diesen Ort bindet. Der ausgedehnte, die Siedlung umgebene Hartwald ist im Siedlungsinernen kaum erfahrbar. Die lichten Restgehölzstreifen werden nach der Herausnahme aus dem Hartwald aufgrund ihres Verlustes an Großflächigkeit und Dichte zu Fragmenten, die eine neue Raumwirkung und eine neue Bedeutung im Zusammenspiel mit der Bebauung erlangen. Merkmale der „lichten Wälder“ im Siedlungsinernen sind das Fehlen von Strauch- und Krautschicht und teilweise von Waldboden aufgrund von Trittverdichtung. Andererseits werden die Zeilen durch Bäume, Baumkulissen räumlich in diesen transformierten Wald eingebettet.



Abb. 56: Gehölze durch die Flächenausdehnung als aufgelichteter Wald wahrnehmbar

Innen-Außen-Beziehung Bungalowgebiet - Wirkung des Waldes als Waldraum

Bei den Bauten am westlichen Siedlungsrand hat man stärker den Eindruck, sich im Inneren des ursprünglich an dieser Stelle existierenden Waldes zu befinden. Sie bestehen aus niedrigen teilweise bungalowartigen Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäusern und sind so angeordnet, dass sie eigene kleinere Einheiten an den Straßeneinmündungen bilden.



Abb. 57: Eingeschossige Gebäude am westlichen Siedlungsrand



Abb. 58: Nicht gestaltetes Waldstück dient als Müllablagefläche am westlichen Siedlungsrand

Aufgrund ihrer geringen Höhe ordnen sie sich dem Waldbestand um sie herum unter, lassen diesen stärker als Wald wirken. Verstärkt wird dies durch das Vorhandensein

von Unterholz, Strauchschicht sowie von Trampelpfaden. Es entsteht hier vielmehr ein Eindruck des Sich-im-Wald-Befindens, da der Waldboden sich fast unmittelbar bis an die Gebäude heranzieht. Andererseits wird durch einen Zaun um die Gebäude herum die Gegensatzvorstellung Wald-Bebauung deutlich, ein Innen-Außen-Eindruck vermittelt: das kultivierte private Innen innerhalb des Zauns und das wilde Außen des Waldes (Abb. 57). Allerdings wird das Außen des Waldes als Restfläche gesehen, zumal in diesem Außen des Waldes die Mülltonnen gelagert werden. Auch die Ablage von Abfall in diesem Bereich belegt dies (Abb. 58). Das Waldstück in dieser Zone erscheint als ungepflegte, nicht gestaltete Restwaldzone.

Innen-Außen-Beziehung EFH-Gebiet - Restwaldstreifen als Kulissenwald

Im Bereich des Mehr- und Einfamilienhausgebietes im Süden der Siedlung wirkt der Waldcharakter durch das Bestehen einer Waldkulisse, die sich aufgrund der niedrig gehaltenen Gebäude über sie hinweg zeigen kann (Abb. 59). Dies wurde auch im Entwurf beabsichtigt, da es darin heißt: „In den Waldbereich sind die Mehrfamilienhäuser und die größeren Einfamilienhäuser mit großen Grundstücken gelegt worden, weil nur bei einer solchen weiträumigen Bebauung ein wesentlicher Baumbestand erhalten und der Waldcharakter gewahrt werden kann.“ (Jaspert 1964:534) Die Waldkulisse bewirkt einen Bezug der Gebäude zum Ort, bindet sie an ihn und wirkt schützend als „Wand“ hinter den Gebäuden, sodass ein Innen-und-Außen-Eindruck entsteht: ein Innen der gepflegten Siedlung und ein Außen des Waldes, der allerdings nur durch einen Streifen gebildet wird, in Wirklichkeit nur ein Waldfragment darstellt. Die Wiederholung dieser Fragmente bewirkt den Eindruck, dass Wald überall in der Siedlung vorhanden ist.

Straßenräume

Durch das Durchfahren des ausgedehnten Waldes, um zur Siedlung zu gelangen, entsteht in diesem Bereich ein starker Waldeindruck. Dieses Durchdringen des Waldes bewirkt die Vorstellung, dass die zu erreichende Siedlung auch tatsächlich im Wald liegt (Abb. 61). Andererseits bewirkt die breite Verkehrsstraße Theodor-Heuss-Allee mit dem Fußgängerweg und dem Fahrradstreifen eine Trennung zur Siedlung, da dadurch die Zugänglichkeit zum Hartwald erschwert wird. Die Beziehung einer Siedlung mit dem Wald fängt also schon bei ihrer Erschließung an.

Eine Beziehung der Straßenräume innerhalb der Siedlung zum ausgedehnten Hartwald gibt es nicht, da die Lage der Siedlung im Zusammenhang mit seiner Haupteinschließung und die Anordnung der Bauten keine Fortführung des Hartwaldes in die Siedlung zulassen (Abb. 60). Es gibt weder direkten Kontakt durch Zugänge noch Sichtkontakt zu ihm. Durch die Senkrechthaltung der Gebäude zum Straßenraum und die ehemaligen Waldbäume, die sich zwischen den Gebäuden zur Straße hinziehen, ergibt sich im Straßenraum ein Kontakt zu Bäumen, die den Eindruck erwecken, dass die Gebäude in diesen Grünraum eingebettet sind.

Die Rad- und Fußwege innerhalb der Siedlung schlängeln sich im Gegensatz zur straffen geradlinigen Straßenführung durch die Siedlung. Diese Wege entsprechen mehr dem Charakter des Waldes (Abb. 62). Sie scheinen sich durch die Schlängelung mehr auf die Besonderheiten des Waldbildes abzustimmen.



Abb. 59: Wald als Waldkulisse hinter den niedrigen EFH



Abb. 60: Straßenraum innerhalb der Siedlung



Abb. 61: Straßenraum Haupterschließungsstraße



Abb. 62: Rad- und Fußweg im Bereich einer der waldartigen Zonen zwischen den Wohngruppen

Baudichte, Baumdichte - austauschbare Räume und Körper

Wie in der Nordstadt können durch großzügige Zwischenräume zwischen den Zeilen lichte Gehölzflächen als transformierter Wald erhalten bleiben. Gegenüber der Nordstadt ist die Dichte der Bäume in der Waldstadt in den Bereichen zwischen den Wohngruppen im Durchschnitt höher, wodurch ein waldartiger Charakter an den meisten Stellen der Siedlung entsteht. Da der Abstand der Bäume zu den Gebäuden sehr gering ist und die Baumkronen mittlerweile immer dichter gewachsen sind, entsteht das Problem der Verschattung (s. Nordstadt), das seit Ende der 1980er Jahre immer wieder in der Presse thematisiert wurde. Es gab „Klagen jener Waldstadtbewohner, die sich im Gebiet der ‚Waldlage‘ von allzuviel Grün umringt und vor

jedem Sonnenstrahl abgeschirmt sehen.“ (Amtsblatt 15.09.1989) Daher wurde versucht, diesem Problem mit einer Änderung der Bebauungspläne zu begegnen. Mitte der 1990er Jahre wurde allerdings beschlossen, das Verfahren zur Änderung der Bebauungspläne nicht mehr weiter zu betreiben, da man die bisherige Genehmigungspraxis des GBA, das sich an der Baumschutzsatzung ausrichtet, als ausreichend und eine Änderung der Bebauungspläne als überflüssig empfand. Das Problem liegt allerdings nach wie vor darin, dass im Falle der Entscheidung über die Erhaltung von Charakterbäumen durch das GBA solche nicht eindeutig durch objektive Merkmale gekennzeichnet werden können (Unterlagen Stadtplanungsamt Karlsruhe).

Wald-Siedlung-Übergänge - Eine große Grenze als Klammer um die Siedlung

Im Konzept ist ein deutlicher Widerspruch erkennbar: während „eine bauliche Abriegelung des inneren Grünraums gegen den bestehenden Wald abgelehnt wird“¹¹¹, ist hier durch die geschwungene kammförmige Erschließungsform eine Trennung der Siedlung zum ausgedehnten Wald erfahrbar. Bewegt man sich aus der Besucherperspektive in diesem Gebiet, erkennt man eine deutliche Grenze zwischen Wald und Siedlung, die durch die Theodor-Heuss-Allee bestimmt wird. Die Trennung der Siedlung zum Wald wird dadurch gestärkt, dass die kammartige Erschließung der Wohngebiete und die enge Anordnung der Bauten zur Haupteerschließungsstraße hin breitere Waldzonen an der Haupteerschließungsstraße nicht zulassen, zumal an einigen Stellen sogar verhältnismäßig hohe Zäune die Sicht und die Zugangsmöglichkeiten zum Hartwald versperren, sodass der Eindruck einer Fortsetzung des ausgedehnten Waldes an den meisten Stellen innerhalb der Siedlung nicht entstehen kann. Es existiert eigentlich nur *ein* großer, die Siedlung an südlicher, westlicher und nördlicher Seite umgebender Hartwaldrand. Andererseits wirkt ein schmaler Restgehölzstreifen entlang des westlichen und nördlichen Siedlungsrandes wie ein Schleier und vermittelt den Eindruck, dass sich die Gebäude dahinter sich im sich weiter fortsetzenden Wald befinden (Abb. 61).



Abb. 63: Bebauung vom lichten Wald umgeben

Die vom Hartwald abgeschnittenen „Waldstreifen“ wurden zum Teil durch Pflege, Bodengestaltung, Trittvverdichtung sowie Neupflanzungen in neue Waldbilder trans-

¹¹¹ Diese „bauliche Abriegelung“ (Beurteilung des Preisgerichts) wurde allerdings beim Wettbewerbsentwurf von Baecker von der Jury kritisiert.

formiert und in einen neuen Zusammenhang gesetzt. Sie bilden selbst lichte Wäldchen innerhalb der Siedlung. Die meisten Waldränder wirken vor allem durch das gleichzeitige Erleben von Wald und Freiland/Lichtung. Hier ist dies nicht der Fall, denn Lichtungen sind innerhalb der Siedlung kaum zu finden. An den meisten Stellen sind klare lineare Grenzen nicht erfahrbar, die Bebauung ist eingebettet, integriert in die weiträumige lichte Waldstruktur (Abb. 63).

3.7 Fazit: Waldcharakterbildung durch transformierten Wald

Festzustellen ist, dass das Ziel der Erhaltung des Waldcharakters erreicht wurde. Allerdings wurde es nicht durch Erhaltung von ehemaligen Waldflächen mit ursprünglichem Charakter erreicht, die eine Kontinuität des Hartwaldes sind, sondern durch eine neue transformierte Form von Wald, einen lichten Wald. Betrachtet man das Luftbild, so sind die lichten Wälder innerhalb der Siedlung nicht vom benachbarten Hartwald zu unterscheiden. Der lichte Wald ist demnach eine Waldform, die von oben gesehen eine gewisse Dichte der Bäume und keine größeren baumlosen Stellen aufweist.

Aufgrund der Zeilenbebauung und trotz des hierarchischen Ordnungssystems (wohnungs- und wohngruppenbezogene Freiräume mit Wald als dominantem Freiraumelement) sind klare Raumbildungen durch Zuordnung der Gebäude kaum erreicht worden. Es fehlen ausgeformte Straßen- und Platzräume. Die Bau- und Raumstruktur der Zeilen vermitteln den Eindruck der Austauschbarkeit und Beliebigkeit und erschweren Orientierung sowie örtliche Identitäten. Durch die weitgehende Nichtgestaltung der Grünräume zwischen den Zeilen und die fehlende Raumbildung fehlt eine deutliche Gestalt für die öffentlichen und privaten Freiräume. Einerseits entspricht das Einfügen der Zeilen in den erhaltenen Restwaldbestand zwar dem Ziel der Bewahrung des Waldcharakters, andererseits bewirkt die streng geometrische Anordnung der Zeilen und ihre mehrfache Wiederholung ohne Rücksicht auf Waldstrukturen in gewissem Maße doch die Dominanz der geometrischen Ordnung. Zusammen mit der im Laufe der Bebauung zunehmenden Differenzierung der Haus- und Wohnformen als Mietwohnungen und Wohneigentum spiegelt die Waldstadt insgesamt einen vielfältigen Umgang mit dem Wald wider.

Bei den Gebäuden kann man von Bauten *im* Wald sprechen, wobei es Unterschiede in den Arten des Sich-im-Wald-Befindens gibt: Die niedrigen Bauten am Westrand sind als Bauten im Wald mit ursprünglichem Charakter zu erkennen, die Zeilen befinden sich zwischen transformiertem, lichtem Wald, und die Ein- und Mehrfamilienhäuser im Süden werden von einem „Kulissenwald“ umgeben.

Ein wichtiger Grund für die Wirkung der Siedlung im Wald ist offensichtlich das Wissen um den ausgedehnten Wald, was dadurch zustande kommt, dass man ihn durchdringen muss, um zur Siedlung zu gelangen. Dass sie mit dem ausgedehnten

Hardtwald verbunden sind, ist nicht zwingend notwendig für die Erzeugung eines Waldcharakters innerhalb der Siedlung.

Was sich positiv auf den restlichen Hardtwald auswirkt, ist die Tatsache, dass diese Siedlung durch ihre straffe Erschließungsform ein abgeschlossenes Siedlungsgebilde darstellt und räumlich begrenzt ist, dem Konzept entsprechend wenig Spielraum für Erweiterungen und somit weitere Waldinanspruchnahmen bietet, sodass der bestehende ausgedehnte Wald um die Siedlung herum verschont bleibt. Die Idee der Waldstadt ist bis heute nach etwa 50-jährigem Bestehen deutlich erkennbar. Somit lässt sich eine starke Durchhaltekraft des Konzepts folgern. Andererseits ist durch diesen Siedlungsgrundriss verhältnismäßig viel Wald mit ursprünglichem Charakter verloren gegangen, wenn man bedenkt, dass die Restgehölzstreifen keinen ursprünglichen Wald mehr darstellen. Hätte man verdichteter geplant oder auf mehreren kleinen Lichtungen, hätte man nicht so viel Wald beansprucht und ursprünglichen Wald zerstört. Andererseits ergeben die neuen Formen des Waldes neuartige Freiräume innerhalb der Siedlung, die das Siedlungsbild prägen und den Menschen den Zugang zu ihnen erleichtern, sodass eine allgegenwärtige Naturwahrnehmung praktisch immer vorhanden ist und man den Bau dieser Großsiedlung daher aus stadt- und freiraumplanerischer Sicht nicht pauschal als Waldzerstörung verurteilen kann.

Unter Beachtung der Vorgeschichte der Waldstadt lässt sich desweiteren folgern, dass aufgrund der Realisierung der Waldstadt der Hardtwald südlich des Parkringes und nördlich des Schlosses frei von Bebauung geblieben ist, was als positives Ergebnis der Waldstadt gewertet werden kann. Somit ist die Waldstadt, aus stadtplanerischer Sicht gesehen, die bessere Lösung. Eine Parkringbebauung hätte den Gesamtgrundriss, die ursprüngliche Idee der Stadt sowie das Stadtbild von Karlsruhe nachhaltig vollends zerstört.

4. Bergwaldsiedlung (1959-1973) **- „Wohninsel“ im Bergwald**

Allgemeine Daten

Januar 1960 Baugebiet Bergwald ausgewiesen
1959-1964 Planung durch Stadtplanungsamt, künstlerische Oberleitung: Dipl.-Ing.
Möckel
1965-1973 Bauzeit

Größe ca. 29,46 ha Bruttobauland
17,7 ha Nettobauland
GFD 0,5
Bebauungsdichte 20 WE/ha

Bebauungsformen

Wohnungen ca. 580, davon:

160 in 4-geschossigem Wohnbau
240 in 10-geschossigem Wohnbau
ca. 80 Einzelhäuser freistehend
ca. 90 Reihenhäuser

Grundstücksgröße

ca. 780 m²/Einzelhaus
ca. 280 m²/Reihenhaus

Siedlungsdichte ca. 66 EW/ha (1975)¹¹², 44 EW/ha (1997)¹¹³

Gesamteinwohnerzahl 1442 EW (Ende der 1970er), 1317 EW (2004),

ursprüngliche Planung: 2500 EW

Höhenlagen ca. 100 bis 140 m über Rheintalboden mit Aussicht nach West-Nord
Waldgebiet mit angrenzendem landwirtschaftlich genutztem Gebiet -
Gemarkungsgrenze

¹¹² Daten aus Unterlagen 1975 [Quelle StadtAK], und aus Zeitungsartikeln aus StadtAK

¹¹³ Daten aus Einsele u. Kilian 1997:107



Abb. 64: Bergwaldsiedlung [Darstellung auf Grundlage der topographischen Karte 1:25000, Karlsruhe- Süd 7016, des Landesvermessungsamts Baden-Württemberg (Ausschnitt)]



Abb. 65: Luftbild Bergwaldsiedlung – Blick von Nordwesten (eigene Aufnahme)

4.1 Lage - Größe - Kontext

Auf einem Hanggebiet, abfallend nach Norden, Westen und Süden, ca. 220 m üNN mit 10-12% Gefälle entstand die Bergwaldsiedlung als eigenständiger Siedlungskörper in etwa 11 km Entfernung südöstlich vom Stadtzentrum auf einer Kuppe der Ausläufer des Schwarzwaldes. Der Wald an dieser Stelle ist ein Buchenwald, der auf nährstoffreichem Lehmboden wächst. Die Gebietsfläche der Bergwaldsiedlung beträgt 25 ha. Im Norden ist das Gebiet vom Tiefentalgraben mit der Straße nach Hohenwettersbach, im Süden von der Autobahn nach Pforzheim - Stuttgart, im Westen von der Gemeinde Wolfartsweier und im Osten von der auf der Höhe liegenden Gemeinde Hohenwettersbach begrenzt. Inmitten des Bergwalds errichtete man drei Hochhausscheiben, einige Reihenhäuser, Zeilen und Einzelhäuser, die flächenmäßig den größten Teil der Siedlung ausmachen. Ohne auf bestehende Bebauung oder Straßenraster Rücksicht nehmen zu müssen, entwickelte sich die Siedlung frei unter Berücksichtigung der Hanglage.

4.2 Zur Entstehung - Bergwaldsiedlung als umstrittenste „Waldsiedlung“

Schon im Generalbebauungsplan von 1926 existierte der Gedanke der Erschließung von Baugelände für Einzelwohnhäuser in Flachbauweise oberhalb der Hangstraße Durlach-Ettingen. 1936 tauchte der Gedanke unter Schneider wieder auf, und 1954 war er erneut in Diskussion. Es ging um die Erschließung von Baugelände „ohne daß Wald in irgendeiner Form beeinträchtigt wird“ (B.N.N. 15.07.1954). Die Lage der 1963 als Bergwaldsiedlung verwirklichten Stadtrandssiedlung wurde schon 1943 im „Plan zur Neuordnung des Stadtraumes Karlsruhe“ von Schweizer (s. Teil II, 4.3.3) festgelegt. Anfang der 1960er Jahre griff man das Projekt wieder auf, „bedingt durch den in Karlsruhe herrschenden Mangel an Baugelände“¹¹⁴. Die Bergwaldsiedlung galt als eine der umstrittensten Siedlungen in der Karlsruher Nachkriegszeit, da moderne Stadtplanungsideen mit dem Gedanken der Bewahrung von Landschaft in heftigster Weise kollidierte. Ursprünglich hatte man die Idee, dass die Bergwaldsiedlung nach ihrer Fertigstellung zukünftig mit der Gemeinde Hohenwettersbach zusammenwachsen sollte. Dies wurde aufgrund des wachsenden Einflusses des Landschaftsschutzes verhindert, sodass die Bergwaldsiedlung bis heute als abgeschottete Siedlung wahrgenommen wird.¹¹⁵

Die Siedlung wurde in erster Linie für Führungskräfte der angesiedelten Industrien konzipiert. In dieser bevorzugten Lage sollten hauptsächlich auf hochwertigen Grundstücken Einfamilienhäuser entstehen. Aufgrund des Baulandmangels innerhalb der Stadt wurde die Lage der neuen Siedlungen an den Stadträndern projektiert. Im Januar 1960 wurde das Baugebiet Bergwald ausgewiesen. Wiederum wird, wie auch

¹¹⁴ Ausstockungsantrag 22.3.1961. StadtAK 1/H-Reg. 7383

¹¹⁵ Persönliches Gespräch mit Gunther Horn, einem ehemaligen Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes Karlsruhe 23.11.06

im Falle der Waldstadt, auf vorhandene Pläne zurückgegriffen, um die Durchsetzungschancen zu erhöhen. Als Gründe für die Waldlage seien diejenigen o.g. der Waldstadt zu nennen. Der Baulandmangel und die Tatsache, dass die Umliegung von privaten Grundstücken zur Schaffung eines größeren, zusammenhängenden Siedlungsgebietes nur schleppend vor sich ging, führte zur erneuten Diskussion um die Bergwaldsiedlung, zumal diesmal der Druck der bauwilligen Bürger auf die Stadtverwaltung groß war. Bereits im Februar 1961 setzte sich der Gemeinderat mit zwei Vorschlägen zur Bebauung des Bergwaldes auseinander: eine Siedlung in Hochbebauung und eine in Flachbauweise. (s. 4.4)

Vom Regierungspräsidium Nordbaden wurde der Antrag auf Ausstockung der Waldfläche von 25 ha zur Erschließung von Baugelände vom 22.3.1961 drei Monate später, am 23.6.1961, „ausnahmsweise genehmigt.“¹¹⁶ Begründet werden die Bedenken damit, dass es sich zum einen noch um unreife, unverwertbare Bestände handelt, zum anderen bilden die Restbestände eine Gefährdung durch Sturz und Sonnenbrand an den Süd- und Westrändern dar. Allein also der forstwirtschaftliche und damit auch waldbauliche Aspekt wird als Entscheidungskriterium verwendet. Obwohl diese Bedenken vorhanden sind und obwohl man in einem Landschaftsschutzgebiet zu bauen gedachte, standen doch politische und wirtschaftliche Gründe im Vordergrund. Die Abwägung beschränkte sich lediglich auf die Frage, ob Waldverlust zu vermeiden sei. „Das Nichtberücksichtigen des Gebietes in der 1960 erstellten Landschaftsschutzkarte und die Ausweisung im vorläufigen Flächennutzungsplan 1961 galt als kommunalpolitische Zustimmung.“ (Ringler 1998:24f)

4.3 Durchsetzungspolitik – „Salami-Taktik“ und Folgeabholzungen

In vielen Fällen dienten erteilte Rodungsbewilligungen als Impulsgeber für weitere Rodungen: je kleiner die zur Umwandlung beantragte Waldfläche war, desto größer waren die Erfolgsaussichten bei einem Ausstockungsantrag auf eine Genehmigung. Konkret am Fall der Bergwaldsiedlung konnte solch eine Aufsplitterung der Umwandlungsanträge nachverfolgt werden. Unter Umgehung eines langfristigen Konzepts durch Schaffung von Sachzwängen versuchte man zuerst, keine überzogenen Forderungen zu stellen, und ging von einer relativ kleinen Ausgangsfläche aus, die abgeholzt werden sollte. In diesem Fall beantragte die Stadt 1961 die Ausstockung von zunächst 25 ha. Kurze Zeit später wurden insgesamt etwa 2,3 ha für Folgeabholzungen für Verkehrswege und eine Wasserturmanlage beantragt.¹¹⁷ Im Laufe der Entstehung der Siedlung änderte sich der Bebauungsplan. Ende des Jahres 1966, also über fünf Jahre nach der Ausstockungsgenehmigung, war die Stadt im Begriff, einen endgültigen Bebauungsplan zu erstellen.¹¹⁸ In der Offenlage hieß es: „Dabei ergab sich, dass der Abstand der zwischenzeitlich vom Gemeinderat

¹¹⁶ Schreiben vom Regierungspräsidium Nordbaden 23.6.1961. StadtAK 1/H-Reg 8610

¹¹⁷ Antrag an den Gemeinderat 7.2.1962. Stadt AK 7383

¹¹⁸ Offenlage 14.12.1966. StadtAK 1/H-Reg. 7384

genehmigten endgültigen Bebauungsplan vorgesehenen Gebäude von der Waldgrenze oft zu gering ist. Aus Gründen des Landschaftsschutzes waren die Vertreter der Forstbehörden jedoch mit einem Gebäudeabstand von 20 m gegenüber dem zuerst geforderten Abstand von 30 m von der Waldgrenze einverstanden.”¹¹⁹ Hier wurde zunächst abgedeutet, dass man sich, obwohl die geforderten 30 m Waldabstand nicht eingehalten wurde, immer noch im Einverständnis mit der Forstbehörde im Rahmen der Vorgaben befand. Dennoch wurde ein Ausstockungsantrag für eine Fläche von 1,5 ha gestellt mit der Begründung, dass „im Falle der Beibehaltung der bisherigen Ausstockungsgrenze“ die Stadt für die Schäden durch umfallende Bäume haftet. Dies stellte wiederum einen Vorwand für einen Antrag auf eine Folgeabholzung dar. Es folgten weitere Folgeabholzungen. Begründet wird dies dadurch, dass „die Verkehrsbelastung (...) durch die rege Bautätigkeit sprunghaft zugenommen (hat).“¹²⁰ Ferner wurde darauf hingewiesen, dass in Zukunft weitere Waldflächen, insgesamt 2,1 ha, in Anspruch genommen werden müssen. Viele dieser Folgeabholzungen hätten aber bei einer vorausschauenden, durchdachten Planung schon vor den Abholzungen mitbedacht sein müssen. All diese Genehmigungen für Folgeumwandlungen bestätigen den Erfolg der „Salami-Taktik“ und die Tatsache, dass durch diese Folgeanträge bis zur Fertigstellung der Siedlung soviel Wald abgeholzt wurde, wie man es von Anfang an möglicherweise hätte einplanen können. Annähernd insgesamt 6 ha, annähernd ein Viertel der erstbeantragten Fläche, wurden im Nachhinein abgeholzt.

Bei der Bergwaldsiedlung wird der wirkungslose Waldflächenschutz deutlich (s. Teil II, 4.4.2). Da das Verfahren meist so verlief, dass zunächst ein Antrag auf Ausstockung gestellt wurde, *bevor* überhaupt planerische Grundlagen für den Siedlungsbau geschaffen wurden, werden aufgrund von unzulänglich durchdachten Vorhaben Sachzwänge präjudiziert, die meistens eine weitere Ausstockung zur Folge hatten.

Widerstände durch die Arbeitsgemeinschaft mittelbadischer Waldfreunde

Die Arbeitsgemeinschaft mittelbadischer Waldfreunde unter dem Vorsitz von Otto Figlestahler leistete Widerstand gegen die Planungen einer Bebauung des Bergwaldes. Argumentiert wurde unter Verwendung ästhetischer Gesichtspunkte, man sprach von einer Verunstaltung landschaftsgeschützter Gebiete: „Daß halbe Wolkenkratzer auf der Kuppe herausragen, dürfte eine einmalige Verschandelung des Landschaftsbildes zur Folge haben und kein Ruhmesblatt für die auf städtebaulichen Fortschritt bedachte Stadt Karlsruhe werden.“ (B.V.Z. 04.04.1963) Nach der rigorosen Ablehnung der Bebauung kam es dazu, dass unter der Bedingung, „daß höchstens zweieinhalbgeschossige Bauten erstellt werden, die sich einem Blick von unten hinter den dazwischenstehenden Bäumen entziehen“ (B.V.Z. 04.04.1963) keine Einwendungen durch die Gegner der Bebauung gemacht wurden. Dem Flachbau wurde die Bebauungsvariante mit Hochbauten vorgezogen, „der Eingriff in den Wald schien keine besondere Rolle mehr zu spielen.“ (Ringler 2004:25)

¹¹⁹ a.a.O.

¹²⁰ Offenlage 21.12.1966, StadtAK 1/H-Reg. 7384

4.4 Die Rolle des Waldes in der Planung - Wald als Flächenreserve und Kulisse

Der zur Bebauung vorgesehene Teil des Bergwaldgebietes weist im Bewuchs verschiedene Waldqualitäten auf; im Bebauungsvorschlag der Stadt wurden deshalb verschiedene Bauweisen für die Kuppe und den Hang empfohlen. Die Kuppe trägt guten Hochwald, der Nord- und der Nordwesthang verhältnismäßig jungen, nicht qualitativ gut entwickelten, bzw. gepflegten Wald. Daher ist für die Hangbebauung eine aufgelockerte Bauweise gewählt, auf der Kuppe eine konzentrierte Verdichtung mit größtenteils Hochbau, wodurch ein großer Teil des Waldes erhalten bleiben sollte.



Abb. 66: Modell Variante Flachbauweise

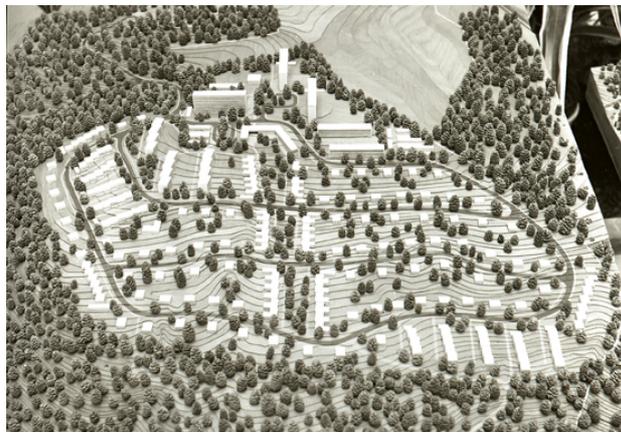


Abb. 67: Modell Variante Hochbauweise

Unter dem Druck, der von bauwilligen Bürgern auf die Stadt ausgeübt wurde, gab es 1961 zwei Vorschläge: eine Siedlung in Hochbauweise, wie sie oben beschrieben wurde, und eine in Flachbauweise (Abb. 66, 67). Nach ersterem Plan, erstellt durch das Stadtplanungsamt, würde das neue Wohnviertel am Hang des Bergwaldes auf seinem höchsten Punkt von einer Anzahl relativ hoher Gebäude begrenzt werden. Drei 10-geschossige Wohnblöcke und mehrere 4-geschossige Bauten waren vorgesehen, in unmittelbarer Nähe dazu ein Ladenzentrum und eine Schule. Das übrige Gebiet würde in Flachbauweise gehalten sein, neben Einzelhäusern sollten Reihenhäuser und Winkelhäuser entstehen. So könnte das Gebiet in 580 WE ca. 2500 Menschen aufnehmen. Im zweiten Vorschlag, in dem ausschließlich Flachbauweise vorherrscht, würden nur ca. 1500 Menschen unterkommen. Trotz starker Verdichtung würden also 1000 Menschen weniger Platz haben (vgl. B.N.N. 22. 08.1962).

Nach einem Gutachten des Lehrstuhls für Städtebau und Entwerfen an der TH soll die „Hochbauweise“ aus architektonischen Gründen und wegen der besseren Nutzung des Baugeländes, zumal der umfangreiche Waldbestand auf diese Weise besser erhalten werden kann, durchgeführt werden. Neben der Einfügung in den Schwung des Geländes stand der Grundgedanke der Höhenstaffelung im Vordergrund. Auf der Kuppe, dem höchsten Punkt der Siedlung, sollte wie bei den Burgen im Mittelalter

eine der Industriezeit entsprechende Bebauung der Zeit, die Hochhäuser, stehen und nördlich dazu am abfallenden Hang Zeilen, weiter unten dann Einzelhäuser. Umfangreiche und zusammenhängende Waldteile erhoffte man sich durch die konzentrierte Bebauung zu erhalten, so dass die gewohnte Waldsilhouette der Bergkuppe bestehen bliebe, allerdings überragt durch die Hochhäuser (D.T.N. 02.05.1963).

„Bei der Besiedlung der Kuppe mit Flachbau müßte (...) der größte Teil des Waldes fallen, so daß für den Anblick aus der Ferne auf der Kuppe, unter Verminderung der Höhe der Gesamtsilhouette um ca. 15 m, das Gebaute, selbst wenn es niedrig ist, vorherrschen würde“, was man nicht beabsichtigte. Der Wald sollte also vorherrschen. Entgegen diesem Gedanken sind es aber die Hochhäuser, gegen die die „Arbeitsgemeinschaft mittelbadischer Waldfreunde“ protestierte. Man war sich zu der Zeit der Bedeutung des Waldes bewusst. Bei der Bergwaldsiedlung „...soll keineswegs der Wald angetastet, die Natur ‚vergewaltigt‘ werden. Das ist (...) bereits kurz nach Kriegsende getan worden“ durch Kahlschläge durch die Besatzungsmacht. Aus diesen Absichten ist nichts geworden. Ein weiterer Grund für die Wahl der Hochbauten ist der, dass die Erschließung, die sehr kostspielig ist, sowie die Infrastruktur nur durch die Wohnblocks und Hochhäuser für die vorgesehenen Villen rentabel ist (vgl. B.N.N. 20.04.1963).

4.5 Reale Beziehung Wald und Siedlung - Siedlung als Insel im Wald

Die Bergwaldsiedlung ist als reines Wohnviertel geplant. Als charakteristische und flächenmäßig den größten Teil ausmachende Bebauungsformen sind Einzelhäuser und Reihenhäuser zu nennen, die an geschwungenen, teilweise ringförmigen Verkehrsstraßen gebaut wurden. An zentraler Grünschneise und im Randbereich stehen 1-, 2-geschossige Einfamilienreihen- und Kettenhäuser. Drei 10-geschossige Wohnblöcke und mehrere 4-geschossige Gebäude finden sich auf der Bergkuppe. Etwas weiter nördlich befinden sich Zeilenbauten senkrecht zu den in Ost-West-Richtung verlaufenden Erschließungsstraßen. Ein parkartiger Grünstreifen mit Spielplätzen zieht sich von Nord nach Süd durch die Siedlung und endet am Zentrum, das in der oberen Hälfte der Siedlung am Bergwaldhang gelegen ist. Eine bewusste Raumbildung ist bei den drei Hochhausscheiben, die den Parkplatz fassen, und bei dem Grünstreifen, die von den Zeilenbauten und dem Zentrum als Endpunkt gefasst werden, erkennbar. Grüne Freiräume finden sich auch bei den Zeilenbauten.

Innen-Außen-Beziehung

Die Siedlung wirkt auf dem Luftbild wie eine Insel, eine Lichtung im Wald. Die Idee, dass der Wald vorherrschen soll, ist zwar insofern umgesetzt, als er aus der Ferne gesehen dominantes Landschaftselement ist, innerhalb der Siedlung aber kaum zu spüren ist. Lediglich an den Siedlungsrändern ist die Waldkulisse zu erkennen (Abb. 68). Das Wissen um den nahen Wald aufgrund der Siedlungserschließung durch den Wald, das Klima sowie die Sichtbeziehungen zum Wald vor allem aus den

Hochhäusern bewirken dennoch den Eindruck des Vorhandenseins des ausgedehnten Waldes. Die Qualität der Siedlung wird hauptsächlich durch ihre Topographie bestimmt, durch den bewaldeten Berg, im Gegensatz zu den anderen drei Siedlungen weniger *allein* durch den naheliegenden ausgedehnten Wald. Der Eindruck einer Innen-Außen-Beziehung ist trotz des Mangels an Sichtkontakt zum siedlungs-umgebenden Wald insofern stark, als der Kontrast zwischen urbanen, gepflegten Strukturen und Waldstrukturen am Siedlungseingang und an den Siedlungsrändern deutlich wirkt. Lichte Restwaldstrukturen sind innerhalb der Siedlung einzig im Bereich der Zeilen nördlich des Zentrums erkennbar. Die Buchenwaldflora und Anemonen deuten auf eine Waldbodenvegetation hin, allerdings wird auch hier aufgrund der Pflegemaßnahmen ein Nachwachsen von Strauchschicht und Unterwuchs vermieden, es entsteht eher ein Parkeindruck (Abb. 69, 70).



Abb. 68: Wald als Kulisse hinter Bebauung



Abb. 69: Waldfragmente erwecken Parkeindruck



Abb. 70: Neupflanzungen in der parkartigen Grünzone

Straßenraum

Da sich die Haupteinfahrt über eine längere Strecke durch dichtes Bergwaldgebiet schlängelt, ist der Eindruck, dass man sich in einer „Waldsiedlung“ befindet, bei Ankunft in der Siedlung sehr stark. Innerhalb der Siedlung besteht eine Ringerschließung mit hangbegleitenden Querspangen, Wohnwege sind senkrecht zum Hang angeordnet. Waldcharakter ist entlang der Straßen innerhalb der Siedlung

nicht erfahrbar. Gebäudefassaden, Garagenfronten, Hecken, neu gepflanzte, als Straßenbegleitgrün dienende Bäume und Zierpflanzen prägen die Erschließungsstraßen innerhalb der Siedlung. Waldbäume sind gar nicht oder kaum vorhanden (Abb. 71).



Abb. 71: Querspangenstraße

Dichte (Baudichte, Baumdichte)

Die ursprüngliche Zielsetzung, einen großen Teil des Waldes innerhalb der Siedlung zu erhalten, konnte nicht eingehalten werden. Kaum ein Baum blieb erhalten. Die Bäume, die man zu erhalten gedachte, wurden aufgrund der Gefahr, die sie darstellen, weil sie nicht lange hätten bestehen können, letztlich gefällt. In einer Referatsbesprechung des Jahres 1964 bat das GBA, den Baumbestand im Baugebiet Bergwald zu beseitigen. Von Seiten der Forstverwaltung wurde vorgeschlagen, die nicht mehr lebensfähigen Bäume jetzt schon zu schlagen. „Der Bebauungsplan Bergwald geht - wie auch der Bebauungsplan für die Waldstadt - von der Voraussetzung aus, daß die Bäume nur in dem Umfang geschlagen werden, wie dies zur Durchführung der Bauvorhaben dringend notwendig ist. Der übrige Baumbestand muß zur Erhaltung der Baumkulisse bestehen bleiben. Es darf also auf keinen Fall auf dem Bergwald zu einem Kahlschlag kommen. Dies schließt nicht aus, daß die Bäume, die eine akute Gefahr darstellen, geschlagen werden.“¹²¹ Dies aber hätte bei der Konzeptplanung schon mitbedacht sein müssen. Da hier der endgültige Bebauungsplan erst Ende des Jahres 1966 in einer Phase, in der der Bau der Siedlung schon fortgeschritten war, im nachhinein über das Gebiet „gelegt“ wurde, bewirkten diese selbst auferlegten Sachzwänge meist die Reduzierung der restlichen Bestände. Deswegen war es schon vorprogrammiert, dass auch die Idee der aufgelockerten Bebauung zur Erhaltung von Waldbestand eigentlich aufgrund des Platzmangels nie verwirklicht wurde oder werden konnte. Einfamilienhäuser mit Garten und Reihenhäuser reihen sich dicht aneinander. Wenige erhaltene Waldbäume werden in eine parkartige Grünzone integriert, allerdings bestimmen sie Neupflanzungen. Zwar gibt es Flächen mit alten Waldbäumen nördlich des Zentrums, jedoch erwecken sie auch hier keinen Waldeindruck, obwohl der Waldboden an manchen Stellen vorhanden ist. Diese Waldfragmente sind aus ihrem Kontext gerissen, ergeben im Zusammenhang mit der gebauten Struktur wenig Sinn und wirken wie Restflächen (Abb. 72). Es ging vielmehr um die Erhaltung von Baumbestand, von Resten des Waldes, nicht aber um die Erhaltung des Waldcharakters.

¹²¹ Brief der Stadt Karlsruhe an die städtische Forstverwaltung vom 27.8.1964. StadtAK 1/H-Reg. 8610



Abb. 72: Aus dem Kontext gerissene Waldfragmente

Wald-Siedlungs-Übergänge

In diesem Fall gibt es einen eindeutigen Waldrand um die Siedlung herum, die eine klare Kante bildet. Nach damaligen Vorstellungen wurde zur weitgehenden Erhaltung von Wald sowie zur Schaffung eines Waldcharakters die Randbebauung der Siedlung sehr nah an den Waldrand bzw. Waldsaum errichtet. Probleme ergaben sich in der Folgezeit insofern daraus, als einige Bäume eine unmittelbare Gefährdung durch dürre Äste und Zweige für die Bebauung und Bewohner darstellen und daher immer wieder entfernt werden mussten. Betrachtet man den Rand, so entsteht der Eindruck einer Trennung von Siedlung und Wald, einer Abgrenzung zweier Systeme, einer Abschottung der Siedlung gegenüber dem Wald trotz einiger Durchblicksmöglichkeiten zwischen den eng stehenden Gebäuden von der „Straße des roten Kreuzes“ auf den Wald (Abb. 73). Öffentliche Zugänge zum Wald in diese Richtung gibt es nicht, da Privatgrundstücke dazwischen liegen. Auch die Einzäunungen der Grundstücke verstärken den Eindruck einer Trennung.



Abb. 73: Bungalows am östlichen Siedlungsrand

Die Trennung wird auch durch Straßen, dichte Hecken oder langgezogene Garagenfronten zwischen Wald und Siedlung verstärkt, wie es im westlichen und nördlichen Siedlungsbereich geschieht (Abb. 76, 77). Der die Siedlung umgebene Waldrand ist eine räumliche Grenze. Die Gebäude im Inneren der Siedlung haben gar keinen Kontakt zum Waldrand. Die Siedlungsränder sind derart gestaltet, dass sie nicht mit dem sie umgebenden Wald in Kontakt kommen, d.h. es gibt außer im Bereich der Bungalows im östlichen Teil keine Berührung mit dem nahen Wald. Am nordwestlichen Rand entwickelt sich mittlerweile der Unterstand in die Höhe, nachdem die hochgewachsenen Bäume nach dem Orkan Lothar umgefallen waren. Es entsteht

durch natürliche Entwicklung ein neues Waldbild (Abb. 74). Im südlichen Siedlungsbereich zieht sich bei einem der westlich gelegenen Hochhausbauten der Wald zum einen bis an das Gebäude, zum anderen wird er durch einen Jägerzaun in lichten Wald auf Rasenfläche und Wald auf Waldboden getrennt. Auch hier wird eine Grenze gesetzt (Abb. 75). Befindet man sich auf dem Waldweg, entsteht eine Filterwirkung durch den Schleier der hochgewachsenen Stämme, sodass der Eindruck der massigen Hochhausstruktur abgemildert wird.



Abb. 74: Natürliches „wildes“ Wachstum im westlichen Bereich der Siedlung. Trampelpfad



Abb. 75: Südwestlicher Rand: Aufgelichteter Waldsaum vor Hochhaus Scheibe



Abb. 76: Nördlicher Siedlungsrand: Verkehrsstraße und Garagenfront trennen Wald und Siedlung



Abb. 77: Trennung Siedlung und Wald am westlichen Rand, Bebauung versteckt sich hinter Hecken

4.6 Fazit: Abschottung der Siedlung vom Wald

Die Siedlung wirkt wie eine abgeschottete Insel im Wald. Obwohl man bei der Planung das oft genannte Ziel der Baumerhaltung innerhalb der Siedlung betonte, wurde bis zur Fertigstellung der Siedlung der Wald bzw. wurden waldartige Strukturen in der Siedlung in dem Maße sukzessive reduziert, dass der Waldeindruck aufgelöst wurde. Die Dichte der Bebauung lässt keine größeren zusammenhängenden Waldstücke zu. Wenigstens die Waldränder bzw. Waldsäume hatte man erhalten, so dass man zumindest von einer Siedlungsinsel, die von Wald umgeben ist, sprechen kann. Es ist ein sehr einheitlicher, an die Topographie angepasster Siedlungskörper, der nicht auf den Waldbestand reagiert, sondern wie ein Implantat im Wald erscheint. Der Kontrast Wald und Siedlung wird zudem dadurch verstärkt, dass innerhalb der Siedlung eine künstliche, gepflegte Landschaft in Form von geometrischen Hecken, Zierpflanzen usw. erzeugt wird, die kaum etwas mit dem umgebenen Wald gemein hat. Auch die

Randgestaltung der Siedlung wird mehrheitlich durch eine Orientierung nach innen und nicht zum Wald hin gekennzeichnet. Das Verhältnis Siedlung-Wald ist somit durch eine prägnante Bezugslosigkeit geprägt. Siedlung und Wald stehen demzufolge nebeneinander und treten kaum in Beziehung. Andererseits wird bei der realen Umsetzung dieser Siedlung sozusagen als Gegenpol zur dichten Bebauung der Siedlung die Ausgedehtheit der umgebenen, zusammenhängenden Waldlandschaft ermöglicht, deren Ursprungscharakter erhalten werden kann. Ein weiterer Aspekt neben der Abschottung und der Orientierung nach innen ist die besondere Aussicht aus den Scheibenhochhäusern über den Wald hinweg, die durch die Topographie und die Höhe der Gebäude ermöglicht wird. Es erscheint, dass es in diesem Bereich mehr um die Blickbeziehung in die Rheinebene vom Berg aus geht, als um das besondere Einfügen der massigen Scheiben an dieser Stelle oder um den Wald oder bewaldeten Berg selbst. Dieser wird durch die Erschließung über die geschwungene, lange Anfahrtsstraße in starkem Maße erfahren.

5. Universitätserweiterungen (1958-1996)

Die beiden besonderen Baukomplexe, die Universitätserweiterung und die Hochschule Karlsruhe – Technik und Wirtschaft, in den 1950er und 1960er Jahren beiderseits des Schlosses in den nördlichen Hardtwald erweitert, grenzen sich in ihrer Größe und Einheitlichkeit gegenüber den benachbarten Stadtgebieten ab. Kennzeichnend für die Hochschulen ist ihr Charakter als „Stadt in der Stadt“ mit zahlreichen „Tagesbewohnern“ und einer eigenen Infrastruktur sowie die etappenartige Entwicklung. Sowohl die Universität als auch die Fachhochschule, die heutige Hochschule Karlsruhe –Technik und Wirtschaft, entstanden nicht wie die Waldstadt, die Hardtwald- oder die Bergwaldsiedlung aus einem Guss, sondern wurden projektbezogen erweitert.

Allgemeine Daten

1956	Generalbebauungsplan Hochschulerweiterung
1957	Baubeginn nördlich des Willstätterweges
1958-60	Weitere Planung der Universitätserweiterung durch das Hochschulbauamt
1996	Umweltforschungszentrum als bisher letzte Erweiterung

Gesamtgelände ca. 56 ha

5.1 Lage-Größe-Kontext

Das Universitätsgelände mit einer Größe von etwa 56 ha befindet sich östlich des Schlosses als direkte Stadterweiterung und ist integriert in das Strahlensystem der Schlossanlage. Geschlossene, dichte Waldflächen befinden sich heute nur im nördlichen Teil des Geländes vor allem entlang und nördlich der waagerechten Achse des Willstätterweges.

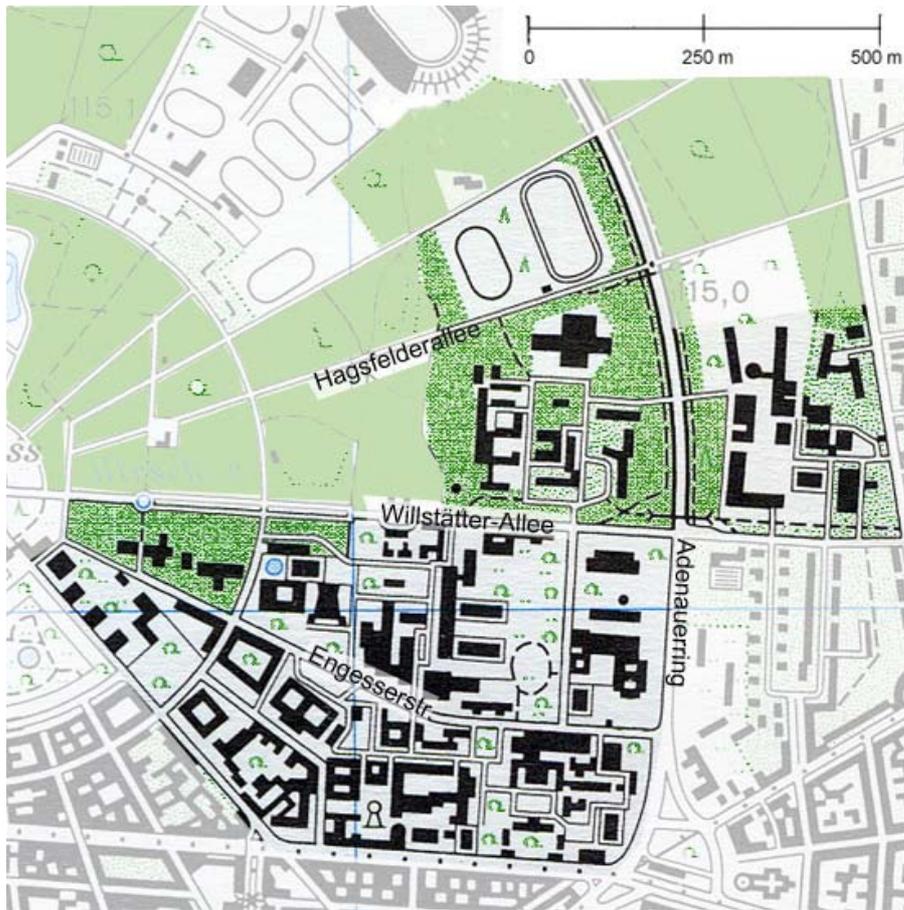


Abb. 78: Universitätsgelände [Darstellung auf Grundlage der topographischen Karte 1:25000, Karlsruhe Nord 6916, des Landesvermessungsamts Baden-Württemberg (Ausschnitt)]



Abb. 79: Luftbild Universitätsgelände – Blick von Südosten (eigene Aufnahme)

5.2 Zur Entstehung - Überlegungen zur Erweiterung seit 1920

Universitätserweiterung – Vorgeschichte

Die im Jahre 1825 gegründete Hochschule, ehemals „polytechnische Schule“, war hervorgegangen aus Weinbrenners Bauschule, Tullas Ingenieurschule und der Freiburger Höheren Gewerbeschule. Bis Anfang des 19. Jahrhunderts wurde sie im Norden von der ehemaligen Küchen-Garten-Allee, der heutigen Engesserstraße, begrenzt. Nach kontinuierlichem Absinken der Studierendenzahl Anfang 1930 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges kam es zur Schließung der Hochschule. Nach der Wiedereröffnung 1946 stieg die Zahl der Studierenden bis zu 20.000 Mitte der 1990er Jahre schnell wieder an (Richrath 1996:6). Heute sind es 18.353.¹²²

Die weitsichtige Standortwahl am Rande der damaligen Stadt mit Erweiterungsflächen nach Norden und Osten auf der Fläche der damaligen Dragonerkaserne und des Zeughauses hat die großzügige und räumlich kompakte Entwicklung des Universitätsgeländes erst möglich gemacht und bis heute geprägt (vgl. ebd.:6). Aber Auseinandersetzungen um den Erwerb von Grundstücken schon während der Gründerzeit führten zum Mangel einer klaren Grundkonzeption für Erweiterungen.

Für die Hochschule wurde 1920 durch Architekturprofessor Walter Sackur ein erster Erweiterungsplan entwickelt. Bestimmend war die Ost-West-Achse mit mehreren Plätzen. Aufbauend auf diesem Plan entwarf Hermann Alker 1925 im Rahmen eines Wettbewerbs die Sportanlagen der Hochschule. 1926 bis 1931 wurde das Hochschulstadion mit Tribünen errichtet. Zum ersten Mal wird hier die Nord-Süd-Achse zwischen Kaiserstraße und einem Architekturplatz vor dem Stadion projektiert. Am weitesten war bis zu der Zeit das Hochspannungsinstitut von 1927-1931 gegen den Hardtwald vorgeschoben. 1940/41 gab es nicht realisierte Planungen, die Alkers Achse aufnahmen und sie vergrößernd in den Hardtwald hinein erweitern. Die gewaltigen Dimensionen entsprachen den monumentalen Leitvorstellungen der Zeit des Dritten Reiches (vgl. Richrath 1996:12ff; vgl. Hotz 1975:52ff). Im Erläuterungsbericht wird diese Maßnahme mit der „unvergleichlichen Lage in herrlichem Waldparkgelände, inmitten der Stadt und doch abseits von Erschütterungen und Lärm, Vorteile(n) (...), die wohl kaum eine andere Hochschule wird aufweisen können“ (Badischer Finanz- und Wirtschaftsminister 1940:3), begründet. Auffällig ist, dass trotz zentraler Lage mitten in der Stadt in keiner Konzeption die Gestaltung der Ränder des Universitätsgeländes als Reaktion auf die städtebaulichen Strukturen thematisiert wird. Es galt mehr die Idee vom Campus in der Stadt ohne direkte städtebauliche Verzahnung.

Diese Linie der Nord-Süd-Entwicklung wird nach dem Zweiten Weltkrieg weiterverfolgt. Otto Ernst Schweizer knüpfte an Überlegungen aus dem Jahr 1937 an, deren Kernpunkt eine Nordentwicklung mit einem elastischen System der Bebauung war. Man ging davon aus, dass in der modernen Zeit, um die Bedürfnissen einer modernen

¹²² [online] <http://www.1.karlsruhe.de/Stadtentwicklung/siska/sgt/sgt09240.htm>

Gesellschaft zu befriedigen, eine Fülle von Einzelbauten nötig sei. Schweizer entwickelte 1952 selbst einen Plan, indem die Bauten an breiten grünen Bändern in den Hardtwald vorstoßen. Es sei „ein System zu schaffen, das in der Lage ist, alle Erweiterungsmöglichkeiten elastisch aufzunehmen und so auch für die Zukunft Vorsorge zu treffen.“¹²³ Kritisiert wird hierbei, dass den Neuanlagen und Erweiterungen ein innerer Zusammenhang fehlt. Seine Idee besteht darin, eine architektonische Großform zu schaffen, ein Grundgerüst, in dem die Erweiterungsbauten sich einpassen, ohne es zu zerstören. Dennoch galt die Willstätterallee am Rand des Hardtwaldes jahrzehntlang als nördliche Grenze des Hochschulgeländes wie bis 1918 die Engesserstraße.

Auseinandersetzung Waldinanspruchnahme - Walderhaltung

Nach jahrelangen Verhandlungen wurde 1956 klar, dass sich die Technische Hochschule nach Norden hin erweitern und die o.g. nördliche Grenze des Willstätterweges überschritten wird. Das Gelände befindet sich auf Waldarealen zwischen Willstätterweg, Fasanengartenwiese, Hagsfelder Allee und Parkring (heute Adenauerring). Die Hauptdiskussionsfrage in Bezug auf die TH-Erweiterung beinhaltete die räumlich wichtigste Ausdehnungsabsicht der TH nach Norden in den Hardtwald hinein.

Wie groß die Bedeutung dieser Auseinandersetzung um die Waldinanspruchnahme für Hochschulinstitute einerseits und die Erhaltung des Hardtwaldes an dieser Stelle andererseits ist, lässt sich anhand der vielen Presseartikel jener Zeit nachvollziehen. Wiederum sehr emotional wird dieses Thema in der Presse diskutiert. Der bevorstehende Verlust eines Teils des Hardtwaldes wird als „schmerzlich“ für die Bevölkerung bezeichnet (B.N.N. 29.9.1956). Argumentiert wird auf sozialer Ebene: „(...) wird man es zweifellos als schmerzlich empfinden, daß der Zugang zum eigentlichen Hardtwald nun um weitere 300 Meter nach Norden verschoben wird. Und schmerzlich ist auch die Tatsache, daß der Hardtwald immer kleiner wird.“ (B.N.N. 29.9.1956) Außerdem gab es Listen mit Unterschriften von Karlsruher Bürgern, in denen der Erhalt des Hardtwaldes gefordert wird. Auch die Arbeitsgemeinschaft Hardtwaldfreunde leistete Widerstand gegen die Planungen und hat 1956 im Zusammenhang mit der Planung der Waldstadt und der Hochschulerweiterung mit einem Brief an das baden-württembergische Ministerium für Landwirtschaft und Forsten den Natur- und Landschaftsschutz für den Hardtwald und den Fasanengarten gefordert. Dieses Interesse der Erhaltung des Waldes steht dem Interesse der Hochschule und der Stadtverwaltung entgegen, die Hochschule aufgrund der voranschreitenden Technik und des Fortschritts der Naturwissenschaften und damit einhergehend des „lawinenartig hereinbrechende(n) Bedarf(s)“ (B.N.N. 29.9.1956) an Instituten, Lehrstätten und Versuchsanlagen baulich zu erweitern. Auch ein langer Artikel, betitelt mit den Worten „Rückläufigkeit der TH muß verhindert werden!“, zeigt die große Bedeutung der TH für den technischen Fortschritt jener Zeit und für die Stadt (vgl. Gemeinderatsvorlage 19.7.1960).

¹²³ Zit. bei Gremmelspacher, H.J: Über die bauliche Entwicklung der Universität Karlsruhe, 1969, S. 21. Zugl. Zeitschrift der Universität Karlsruhe, H. 5. In: Richrath 1996:16

5.3 Art der Waldinanspruchnahme: Additive Erweiterung / „Salami-Taktik“

In einer Gemeinderatssitzung am 15.01.1957 wurden durch eine 5-köpfige Kommission Vorschläge zur planerischen Erweiterung gemacht, woraus sich drei Planungskonzepte und -auffassungen herauskristallisiert haben:

1. Das erste Konzept sah vor, für die Erweiterung das Waldstück zwischen Willstätterweg, Fasanengarten, Hagsfelder Allee und Parkring in Anspruch zu nehmen „unter Belassung eines Waldstreifens entlang der vier Seiten, und zwar den südlichen Teil dieses Waldstückes (...) für den bereits genehmigten Bau der drei Forschungsinstitute. (...) Der nördliche Teil des Waldstückes soll reserviert werden für die etwa in der Zukunft noch erforderlich werdenden Forschungsinstitute. (...)“ (Gemeinderatsvorlage 15.01.1957:2)
2. Der Kompromissvorschlag der Architekten Brunisch und Platz schlug vor, nördlich des Willstätterweges nur zwei Institute zu errichten, das Gasinstitut jedoch in das Kleingartengelände östlich des Parkrings zu verlegen. Desweiteren sollen nach Norden, also in den Hardtwald hinein, keine Erweiterungen zugelassen werden. Die weitere zukünftige Ausdehnungsrichtung soll in nordöstlicher Richtung erfolgen.
3. Die dritte Idee war es, dass nördlich des Willstätterweges kein Waldgelände beansprucht werden darf.

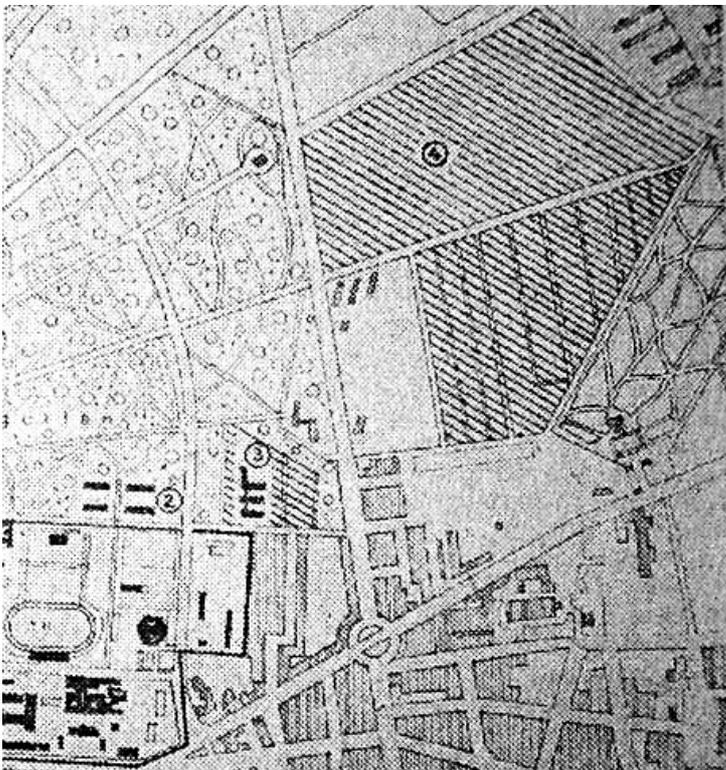


Abb. 80: Plan der Architekten Brunisch und Platz [Quelle: B.N.N. 12.12.1956]

Dem letzten Vorschlag wurde entgegengehalten, dass jeglicher verfügbarer Raum innerhalb des Hochschulgeländes und auf dem Marstallgelände am Schlossplatz bereits für andere Institutsbauten verplant ist. Die neuen in der Diskussion sich befindenden Institute könnten nicht als Fremdkörper in die bisherige Anlage hineingezwängt werden, sie müssten so gebaut werden, dass Platz zur Anpassung an eine noch unbekannte Entwicklung vorhanden sei. Es sei daher unerlässlich, nach Norden in den Hardtwald zu bauen (s. Abb. 80).

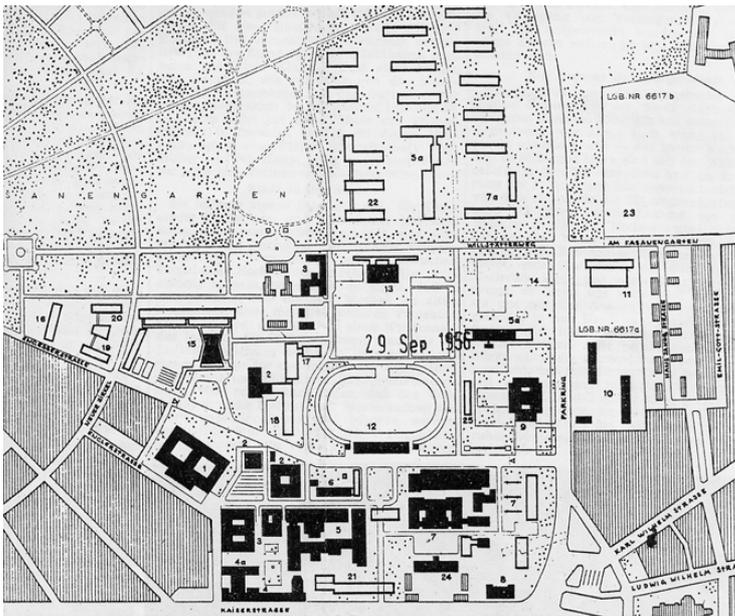


Abb. 81: Plan Universitätscampus 1956

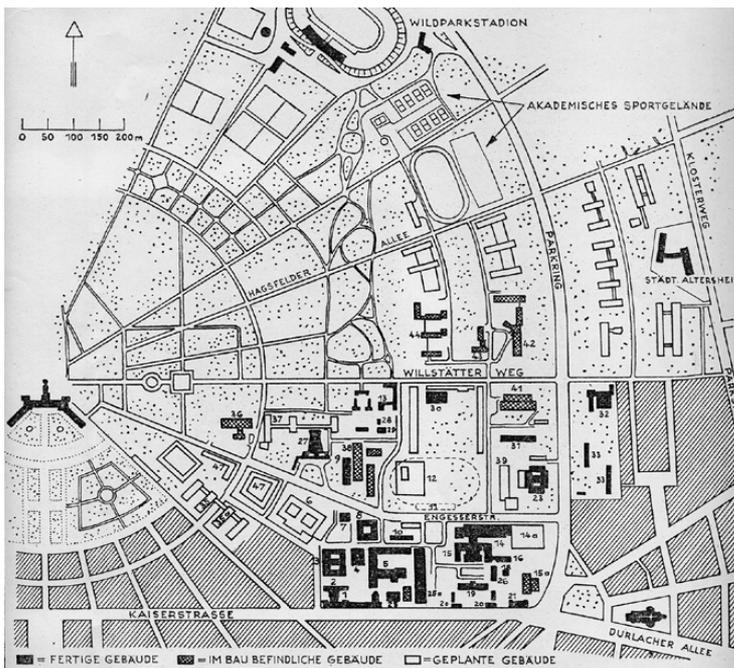


Abb. 82: Plan Universitätscampus 1959

Wiederum wird – wie in den vorangegangenen Beispielen - die Zusage durch die TH gemacht, „dass sie den Gesichtspunkt besonders beachten wird, nicht weiter in Richtung Hagsfelder Allee vorzustoßen.“ (Gemeinderatsvorlage 15.01.1957:7) Die Nichteinhaltung dieser Zusage ist allerdings zu jener Zeit schon abzusehen, da im Generalbebauungsplan aus dem Jahre 1956 (Abb. 81) die Entwicklungsrichtung durch weitere geplante Bauten nördlich der drei genehmigten Institute bereits vorgegeben wurde. Im Plan von 1959 (Abb. 82) wurden tatsächlich über die Hagsfelder Allee hinaus weiter in Richtung Hardtwald das akademische Sportgelände geplant und auch gebaut. Deutlich wird wiederum die Anwendung der „Salami-Taktik“. Zunächst galt der Willstätterweg als Baugrenze zum Wald, dann wurde sie überschritten, und der nächste Radialstrahl, die Hagsfelder Allee, wurde als Grenze angenommen, die dann wiederum überschritten wurde.

In den 1990er Jahren wurde ein letztes Mal Wald für die Erweiterung der Universität durch den Bau des Forschungszentrums Umwelt in Anspruch genommen. Bereits im Jahr 1987 wurde der bauliche Bedarf ermittelt. Nach der Bauverschiebung aufgrund von Mittelknappheit von Bund und Land kam es 1994 zur Baufreigabe. 1997 wurde das Gebäude östlich des Adenauerrings nördlich der bestehenden Institute fertiggestellt (FZU Bericht (online)). Da die Fläche eines ehemaligen Waldparkplatzes, auf dem einige alte Eichenbäume standen und die im FNP 1985 als Wald festgeschrieben wurde, in Baugelände umgewandelt werden sollte, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen (vgl. B.N.N. 31.7.1987, B.N.N. 4.9.1987 u.a.). Man einigte sich auf einen Kompromiss, so dass ein Waldstreifen entlang des Adenauerrings erhalten blieb. Eine Walddiskussion gab es auch über den Waldparkplatz nördlich des Zentrums. Jener wurde im Zuge der Bundesgartenschau 1967 provisorisch errichtet und wurde bis heute mit dem Argument des Stellplatznachweises durch die Universität erhalten, obwohl geplant wurde, diese Fläche zurückzubauen.

5.4 Die Rolle des Waldes in der Planung - Wald als Reservefläche

Die Grundidee des Generalbebauungsplans 1956, der von Professor Müller bearbeitet und vom zu jener Zeit neu gegründeten Bauausschuss in enger Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Hochbauamt aufgestellt wurde, war die Trennung von Lehrinrichtungen und Forschungsanlagen. „Im Bereich der alten Hochschulstadt (...) soll überwiegend der Lehrbetrieb untergebracht sein, während die Forschungsanlagen mit ihrem meist industriellen Charakter an die Peripherie des Hochschulgeländes bzw. in das neu hinzukommende Gebiet im Hardtwald verlagert werden sollen.“ (B.N.N. 29.9.1956) Grundprinzip war eine „offene Planung“ für die Aufnahme eines weiteren Wachstums, wobei das Bauprinzip einer flexiblen Addition kleinteiliger Elemente zu funktionalen Einheiten indes zugunsten baulicher, in mehrere Fachbereiche zusammengefasster Solitaire aufgegeben wurde. Deutliche Parallelen können zu den Ausführungen des Teils II im Abschnitt 1.3, in dem es um die Standortwahl für die störenden Großprojekte am Rande der Stadt ging, gezogen werden. Auch in diesem

Fall der Hochschulerweiterung wurde der am äußersten Rand des Hochschulgeländes liegende Wald in erster Linie als Fläche für „nicht-ästhetische“ Bebauungen betrachtet. Angesichts der Tatsache, dass der scheinbare Rand bzw. die scheinbare Peripherie durch die zukünftige bauliche Entwicklung über die Ränder hinweg oftmals nicht Rand bleiben wird, ist diese Strategie weder sinnvoll noch aussichtsreich. Zudem sollte das Gesamtgelände offen bleiben und nicht durch einen Zaun eingeschlossen sein (vgl. Gemeinderatsvorlage 19.7.1960). Dies impliziert den Gedanken der potentiellen Erweiterbarkeit des Gebietes.

Wie auch bei allen vorangegangenen Beispielsiedlungen wurde der Wald vorrangig als Baulandreserve betrachtet. Allerdings versuchte man konzeptionell dennoch, die Gebäude so in den Waldkontext zu integrieren, dass ein Waldsaum rings um die Gebäude bestehen blieb, so dass der Eindruck des Sich-im-Wald-Befindens entstehen sollte. „Die Bebauung (sei) auf jeden Fall eine sehr lockere (...) mit einem Waldrandstreifen und viel Baumbestand zwischen den Gebäuden.“ (Gemeinderatsvorlage 15.01.1957:6) Die Institute würden „ganz im Schatten der sie überragenden Bäume stehen.“ (B.N.N. 19.12.1956)

Ein Gegenkonzept zum beherrschenden Gedanken der Norderweiterung in den Hartwald bildete die 1961/62 gestellte Diplomarbeit durch den Lehrstuhl für Städtebau und städtischen Hochbau (Prof. A. Bayer) über die Erweiterung des Hochschulgeländes nach Süden zwischen Kaiserstraße und Bundesbahngelände an der Kriegsstraße unter weitgehendem Abriss des „Dörfle“. Dieses Konzept scheint aus heutiger Sicht sehr modern, denn es beinhaltete u.a. eine „ökologische“ Blockade weiterer Nordausdehnung in den Hartwald, ein Problem, das erst sehr viel später erkannt wurde (Richrath 1996:20). Die Idee einer Erweiterung über die Kaiserstraße nach Süden wurde auch im Rahmen des Altstadtwettbewerbs 1970/71 diskutiert.

5.5 Reale Beziehung Wald und Bebauung - Punktuelle Streuung von Bauten

Die heutige Entwicklung beruht auf einem Bebauungsplan des Hochschulbauamtes (1958-60). Ein Grünzug in Nord-Süd-Richtung bildet das Rückgrat der baulichen und verkehrstechnischen Organisation. Bis zum Wildparkstadion nördlich in den Hartwald hinein greifen die Erweiterungsbauten. Erkennbar sind die umgesetzten Ideen verschiedener Jahrzehnte: „Wiederaufbau und Neubau, Auflockerung und Durchgrünung, Verdichtung, Umbau und Sanierung.“ (Vgl. Richrath 1996)

Man kann im Hinblick auf das Verhältnis von Bebauung und Wald bzw. Grünräumen von einer viergeteilten Zonierung des Gebiets durch die Strahlen und von einem gradiellen Übergang der Bebauung zum „wildem“ Wald sprechen. Die Zonen weisen unterschiedliche Bebauungsdichten bzw. Beziehungsarten zwischen Bebauung und Freiräumen auf, nach Norden hin wird die Bebauung lockerer, und die Grünzonen nehmen zu. Die südlichste Zone befindet sich zwischen Kaiserstraße und

Engesserstraße. Hier dominieren urbane, gebaute Strukturen das Bild. Die zweite nördlich davon zwischen Engesserstraße und Richard-Willstätter-Allee weist eine Mischung aus gepflegtem, geordnetem, gestaltetem Grün in Form von beispielsweise neu gepflanzten Platanen, Straßenbegleitgrün und gebauten Strukturen auf. In der dritten Zone zwischen Richard-Willstätter-Allee und der Hagsfelder-Allee beherrscht der Wald das Bild, und in der vierten Zone nördlich davon befinden sich kaum höhere Gebäude; Freiflächen in Form von Sportplätzen werden wie Lichtungen von Wald umgeben. Den stärksten Waldeindruck gewinnt man nördlich der Richard-Willstätter-Allee (Abb. 85, 86). Im restlichen, weitaus größeren Teil des Unigeländes, der südlich der Willstätter-Allee liegt und von der Waldhornstraße, Kaiserstraße und dem Adenauerring begrenzt wird, ist durch die dichte Bebauung der Waldeindruck nicht vorhanden (Abb. 83, 84).



Abb. 83: Gebaute Strukturen prägen Südbereich



Abb. 84: Gebaute Strukturen und Neupflanzungen prägen die zweite Zone



Abb. 85: Aufgelichtete Waldstrukturen auf Rasenfläche umhüllen die Gebäude



Abb. 86: Gebäude eingebunden in Waldstrukturen auf Waldboden



Abb. 87: Eindruck eines Innen-Außen-Verhältnisses: Bauliche Einheit von Wald umgeben

Innen-Außen-Orientierung

Eine Innen-Außen-Orientierung ist insofern erkennbar, als im nördlichsten Teil der Wald dominiert, der die gebaute Struktur umhüllt und die bauliche Einheit sich trotz ihrer Größe wie auf einer Lichtung befindend erscheinen lässt (Abb. 87). Daher ist im Bereich des Engler-Bunte-Rings eine deutlichere Innen-Außen-Beziehung wahrnehmbar. Die bauliche Einheit wirkt wie eine kompakte Bebauungsinsel, die allseits von Wald umschlossen wird. Hierbei wurden innerhalb dieser Insel Restwaldstücke zwischen den Gebäuden erhalten, sodass das Gebaute nicht völlig dominiert. Das Sportinstitut im Norden wird gänzlich von Wald umhüllt, so dass man von einem Integrieren der Bebauung in den Wald sprechen kann. Verschiedenartige Räume grenzen unmittelbar aneinander, der Kontrast von Wald und Bebauung ist dadurch groß. Dennoch ist nicht, wie bei der Bergwaldsiedlung, eine Trennung zu erkennen, sondern es werden durch Orientierung der Gebäude mit Blickbezügen zum Wald, durch das Fehlen von Zäunen und durch Zugangsmöglichkeiten zum Wald Bezüge zwischen Gebautem und Wald deutlich.

Erschließung

Die Universität ist per Auto über zwei Zufahrten zu erreichen: im Osten über die Engesserstraße und im Westen über die Verlängerung des Zirkels. Da diese beiden Wege nicht durch ein Waldgebiet führen, ist der Eindruck von Wald in diesen Bereichen nicht vorhanden. Fährt man nach Norden in den Engler-Bunte-Ring, wird erst der Waldeindruck erweckt. Die Verkehrsstraßen innerhalb des Geländes führen ebenso nicht durch Waldgebiet, sondern werden von Gelände geprägt. Die Universität wird von Fahrradfahrern sowie Fußgängern vornehmlich vom Berliner Platz aus oder vom Durlacher Tor her erreicht. Auch diese Zugänge führen nicht durch Waldgebiet. Das Hardtwaldgebiet ist erst beim Erreichen der Willstätter-Allee stark wahrnehmbar. Im nördlichen Waldbereich erfolgt die fußläufige Erschließung über gewundene Wege und Trampelpfade, die den Waldcharakter verstärken.

Dichte (Baudichte, Baumdichte)

Wie schon erwähnt, nimmt die Baudichte und somit der Eindruck der Dominanz urbaner Strukturen nach Norden hin ab, während die Grünzonen zunehmen und nördlich der Willstätter-Allee der Waldeindruck dominiert. Während im südlichen Teil die Baustrukturen durch eng nebeneinander stehende Solitäre und Anbauten gekennzeichnet sind, sind Merkmale der zweiten und dritten Zone gebaute Einheiten – aus mehreren Einzelgebäuden bestehende Komplexe –, zwischen denen Grünzonen wirken können. Die vierte Zone wird weniger bestimmt durch Gebäudestrukturen, sondern von Sportplätzen, umringt von Wald. Man kann sagen: die Baudichte nimmt nach Norden hin ab, die Dichte der Bäume nimmt zu.

Wald-Siedlung-Übergänge

Ein deutlicher Waldrand ist im Bereich der Willstätter-Allee erkennbar, der jedoch nicht klar entlang der Allee verläuft, sondern sich auch an manchen Stellen südlich davon in Richtung Campus hineinzieht und einige Randgebäude der zweiten Zone teilweise

umschließen. Allerdings bildet dieser Waldrand nicht die räumliche Grenze der Universität, denn das Waldgebiet nördlich der Willstätter-Allee wird in Form von einer Bebauungsinsel, einer Einheit von zusammengehörenden Gebäuden, ebenso in Anspruch genommen. Die Randgebäude südlich dieser Allee werden von einer Waldkulisse umgeben. Für Fußgänger und Radfahrer gibt es zahlreiche Zugangsmöglichkeiten zum Waldgebiet. Man erfährt deutlich an manchen Stellen entweder einen gradiellen Übergang von Bebauung, geordnetem und gepflegtem Grün bis hin zu immer „wilder“ wachsendem Wald mit Unterholz und Waldwegen (s. Abschnitt Innen-Außen-Orientierung) oder einen kürzeren Übergang von Bebauung zum Wald in Form von Abstandsrasenfläche mit lichtem Baumbestand, befestigtem Rad- und Fußweg und schließlich einer Waldfläche mit darin hineinführenden unbefestigten Wegen (Abb. 92, 86). Das Vorherrschen der Dreidimensionalität von Baustrukturen geht über in das der Dreidimensionalität von Waldstrukturen.



Abb. 88: Gebaute Strukturen, gepflegtes, geordnetes Grün prägen den Weg in das Waldgebiet



Abb. 89: Geht man den Weg weiter, dominieren immer mehr Bäume



Abb. 90: Schließlich führt der Weg in geschlosseneres Waldgebiet



Abb. 91: Schattenbereich und Nichtschattenbereich des Waldes



Abb. 92: Links der Waldbereich, rechts die aufgelichtete Fläche, in dem Gebäude eingebunden sind

5.6 Fazit: Von der Nichtwaldzone zur dichten Waldzone

Wald bildet im Falle der Unifversitätserweiterung auf dem Großteil des Geländes kein Gerüst, sondern wirkt als Folie, als Grundfläche, auf dem die Gebäude errichtet werden. Sein dreidimensionaler besonderer Raum, seine Volumenhaftigkeit wird zerstört, da die Bebauung zusammen mit der Infrastruktur so dicht ist, dass der Waldeindruck zumindest südlich des Willstätterwegs gemindert oder gar zerstört wird und der Kontext des Waldes nicht mehr spürbar ist. Im Norden wird durch die kompakte Inselbebauung um den Engler-Bunte-Ring ausgedehnte Waldflächen rings herum verschont, sodass man von einer baulichen Einheit im Wald sprechen kann, sie diesen Bereich dominieren, als Gerüst wirken können und der Waldcharakter bleibt. Deutlich sind zwei Arten von Zonen zu unterscheiden: diejenigen, die durch gebaute Strukturen und gepflegte Neupflanzungen geprägt sind, und diejenigen, in denen die gebaute Struktur von „wilderer“ Waldstrukturen umhüllt werden.

6. Hochschule Karlsruhe - Technik und Wirtschaft (1961 – heute) - Studieren und Wohnen im Waldpark

6.1 Lage - Größe - Kontext

Die Hochschule Karlsruhe - Technik und Wirtschaft liegt westlich des Schlosses als direkte Stadterweiterung im Hardtwald auf einem Areal von etwa 300 m Länge an der Moltkestraße und 300 bis 400 m Tiefe. Betrachtet man das Luftbild, so entsteht der Eindruck der Einbettung verschiedener Baukörper im Wald.



Abb. 93: Hochschulgelände [Darstellung auf Grundlage der topographischen Karte 1:25000, Karlsruhe Nord 6916, des Landesvermessungsamts Baden-Württemberg (Ausschnitt)]



Abb. 94: Luftbild Hochschulgelände – Blick von Norden (eigene Aufnahme)

6.2 Zur Entstehung - Raumnot als Ursache

Nachdem die ehemalige Schulanlage, das Badische Staatstechnikum, aus der sich die Fachhochschule entwickelte, auf dem Gebiet der Moltkestraße Süd ausgeweitet wurde, gab es während dieser Erweiterungsphase in den 1950er Jahren Überlegungen, weitere erforderliche Räume „in einem neu zu erstellenden Gebäude unterzubringen und durch den Neubau der Mensa die inzwischen untragbar gewordenen Verhältnisse in der ‚Keller-Mensa‘ des Hauptgebäudes zu beheben. (...) Hierzu konnte nur das Gelände nördlich der Moltkestraße im Hardtwald herangezogen werden.“ (Gailfuss 2003:154) Zur Zeit der Entscheidung über den Bau der Waldstadt wurde gleichzeitig die Zustimmung durch den Stadtrat gegeben, dass das von der Moltkestraße, vom Parkring und von der Linkenheimer Landstraße gebildete Wald-Segment für Bauprojekte, die im öffentlichen Interesse liegen, reserviert bleibt. Bisher waren an dieser Stelle an der Moltkestraße die Jugendherberge, das Jugendheim und die Turnhalle des Bismarck-Gymnasiums entstanden. Die Besiedelung des Hardtwaldes nördlich der Moltkestraße durch die Amerikanersiedlung erreichte vor dem Bau der Hochschule in den Wald den westlichen Parkring. Schon gegen diese Besiedelung, gegen den Bau von Wohnungen für deutsche Mieter südlich davon sowie gegen das Waldstadtprojekt gab es heftigen Widerstand. 1954 kamen wiederum Planungen auf, nördlich der Moltkestraße im Waldgebiet elf Wohnblöcke zu errichten, die vom Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Stuttgart zunächst abgelehnt wurden. Vier Jahre später wurde aber von der Forstdirektion Baden einem Bauvorhaben an genau derselben Stelle zugestimmt, allerdings ging es beim zweiten Mal um öffentliche Gebäude. Man gewichtete diese Nutzung also höher als das Interesse der Walderhaltung. Unter öffentlichem Druck wurden 1957, zwei Jahre nach dem Versprechen von OB Klotz, den Hardtwald unter Landschaftsschutz zu stellen, verbindliche Regelungen getroffen: Der Wald nördlich der heutigen Willy-Andreas-Allee und nördlich der Hagsfelder Allee wurden als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Somit konnte die Bebauungsplanung für das Gebiet zwischen Moltkestraße, Dunkelallee, Linkenheimer Landstraße und dem westlichen Parkring begonnen werden. Vor dem Hintergrund des kommunalpolitischen Themas der Norderweiterung (s. 3.2) ist diese Planung daher zu verstehen (vgl. Gailfuss 2003:154ff).

6.3 Art der Waldinanspruchnahme - Additive Durchlöcherung

Mitte des Jahres 1956 wurde durch das Staatliche Hochbauamt und die Forstdirektion Nordbaden eine Vereinbarung über die Reservierung von Baugelände im Hardtwald getroffen. Zunächst wurde nur der Abschnitt zwischen Moltkestraße und Knielinger Straße zur Bebauung erwogen. Auf der Skizze der Forstdirektion wurde dieser Bereich sogar noch mehrfach unterteilt in Spielplatz, Reservegelände für die LVA, Jugendherberge und Fläche für das Staatstechnikum, wobei das Reservegelände für das letzteres im Vergleich zur heutigen Bebauung recht klein gehalten ist, der Bereich d steht

für das Reservegelände des Staatstechnikums (Abb. 95). Anfang der 1960er Jahre wurde das Areal nördlich der Knielinger Allee ebenso beplant.

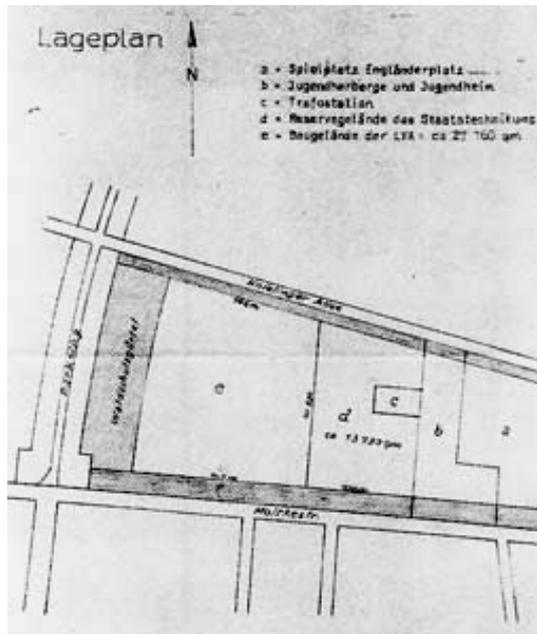


Abb. 95: Skizze der Forstdirektion 1956 [Quelle: Fachhochschule Karlsruhe]

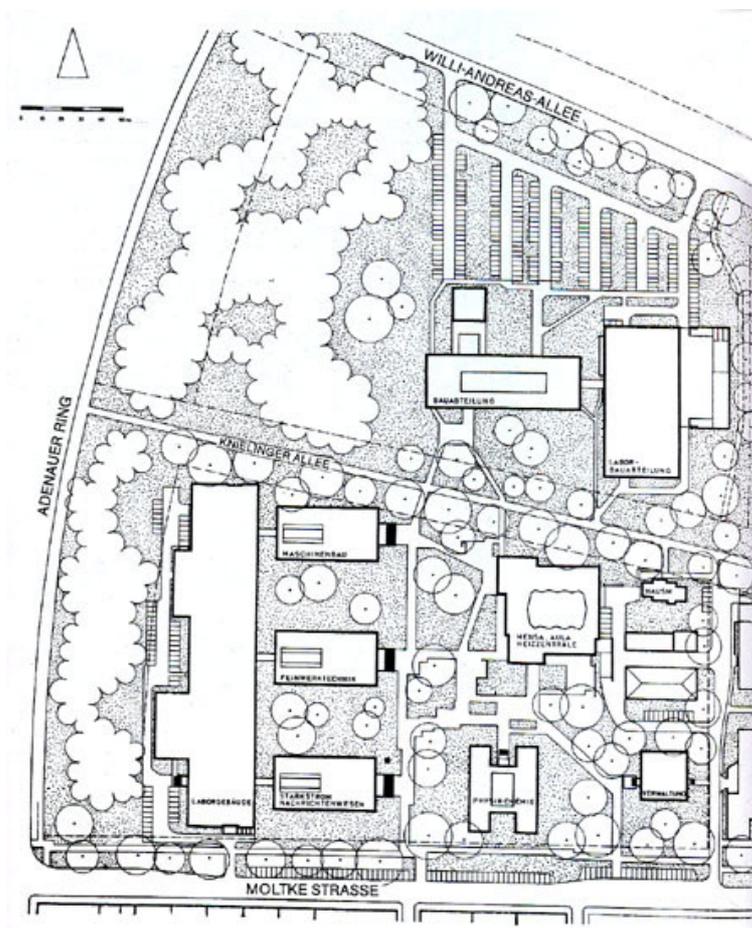


Abb. 96: Lageplan FH-Gelände

Zunächst wurden bis 1972 zehn Gebäude nach dem Generalbebauungsplan errichtet, die auch in der Form geplant wurden. Seit den 1990er Jahren entstanden weitere Gebäude, Studentenwohnhäuser, östlich der Laborbauten, und es wurden zwei bestehende Gebäude aufgestockt. Dennoch kann man aufgrund des vorhandenen Konzepts der Addition, wie auch im Falle der Universitätserweiterung, von einer „Salami-Taktik“ sprechen, wie der aktuelle Bau der neuen Mensa östlich des Jugendhauses an der Moltkestraße belegt.

6.4 Die Rolle des Waldes in der Planung - Wald als Kulisse und Hülle

Der Generalbebauungsplan, durch die das Staatliche Hochbauamt unterstützende Architektengruppe „Planungsgemeinschaft Staatstechnikum“ aufgestellt und am 10. Juli 1962 der Öffentlichkeit präsentiert, sah eine orthogonale Gliederung der Baukörper um einen zentralen Erschließungsraum vor, die in das Grün des Hartwaldes eingefügt wurden und Rücksicht auf die historischen Radialen der Stadt nehmen. Im Widerstreit der Interessen suchte man immer wieder nach Kompromisslösungen in Form von Bauvorgaben wie der Verkauf von großen Grundstücken, so „dass auf ihnen im Rahmen einer aufgelockerten Bebauung noch Möglichkeiten zur Erhaltung eines Baumbestandes verbleiben (kann), um so für das ganze Gebiet einen walddparkartigen Charakter zu bewahren“¹²⁴. „Dazu soll auch die vorgesehene Belassung eines 50 m breiten Streifens entlang des Parkrings und der Linkenheimer Landstraße im Eigentum des Landes und in parkwaldartiger Bewirtschaftung (...) beitragen.“¹²⁵ „Entlang der Moltkestraße und den vorhandenen Waldalleen soll ein Streifen von abwechselnd 10 m und 20 m Breite von der Bebauung freigehalten und walddparkähnlich angelegt werden. (...) Geeignete Durchgangsmöglichkeiten für die Bevölkerung als Spazierwege sollen offen bleiben.“¹²⁶ Der Waldkontext wurde daher insofern berücksichtigt, als die Waldgrenze an der Moltkestraße belassen wurde und entlang des Parkrings ein markanter Waldstreifen unberührt blieb. Merkmal dieses Baukomplexes ist die Streuung einzelner Baukörper und zusammengefasster Einheiten in weitem Abstand zueinander. Nicht nur der gesamte Baukomplex, auch die Solitäre und Einheiten bleiben somit von Wald umgeben (Abb. 94).

6.5 Reale Beziehung Wald und Bebauung - Punktuelle Streuung von Baukörpern

Trotz der orthogonalen Ausrichtung des Komplexes, die das städtische Ordnungssystem aufnimmt, und trotz dessen, dass sich die Lage der Gebäude daher nicht in erster Linie nach der Lage der Bäume richtet, bildet der dreidimensionale Raum des Waldes den Rahmen und schafft eine räumlich erfahrbare Kulisse für die Anlage. Man

¹²⁴ Schreiben der Forstdirektion Nordbaden an die Stadt vom 30.09.1957

¹²⁵ a.a.O.

¹²⁶ Brief der Stadt an die Forstdirektion Nordbaden Karlsruhe 08.03.1957

kann von einer punktuellen Streuung von Baukörpern im Wald sprechen. Die unmittelbare Nähe der Bebauung zu den sie umgebenden Waldstrukturen führt ebenso zu den in der Nordstadt oder Waldstadt auftretenden Problemen wie Verkehrssicherungspflicht, Verschattung usw. (s. 2.5, 3.6).

Innen-Außen-Beziehung - Orientierung

Da der Raum des Waldes auf diesem Gebiet stark dominiert, die Gebäude und Freiflächen umringt und die Wege durch Wald verlaufen, hat man immer den Eindruck, sich im Wald zu befinden. Die Solitäre und Gruppen von Solitären sorgen nicht für eine Orientierung im Sinne von Richtungen, sondern schaffen einen diffusen Raum. Allerdings wirkt dieser Raum nicht als Negativform, sondern durch die Dreidimensionalität alter Waldstrukturen als eigener Raum mit besonderen Merkmalen und Qualitäten. Die Waldstücke wirken nicht wie abgetrennt vom ausgedehnten Wald, nicht wie Restwaldinseln (s. Nordstadt), sondern es wird der Eindruck einer Kontinuität des Waldraumes geschaffen. Einzig Freiflächen wie der vor dem Bau der Anlage bestehende Engländerplatz sowie eine rasenbestandene Freifläche nördlich davon wirken wie Lichtungen, strukturieren den Ort und dienen der leichteren Orientierung im waldartigen Raum. Entlang der Moltkestraße ist auf der nördlichen Seite zumindest ein grüner Rand erkennbar, der als Waldrand konzipiert wurde (Abb. 98), sodass hier ein schwaches Innen-Außen-Verhältnis erweckt wird.

Erschließung

Erschlossen wird das Gelände entweder über die Moltkestraße im südlichen Rand des Gebiets oder über den Adenauerring und dann die Willy-Andreas-Allee im Norden des Geländes. Der zuletzt beschriebene Weg führt durch dichtes Hartwaldgebiet, wodurch der Eindruck verstärkt wird, dass sich das Hochschulgelände im Wald befindet (Abb. 97). Gelangt man über die Moltkestraße zum Gelände, wird der Waldeindruck gemindert, da man sich außerhalb des Waldes befindet. Innerhalb des Hochschulgeländes sind bis auf eine Stichstraße keine Verkehrsstraßen vorhanden, Fuß- und Radwege führen durch die Waldzone (Abb. 99, 100).



Abb. 97: Erschließungsstraße führt durch Wald



Abb. 98: Baumreihe entlang der Straße, die die Gebäude dahinter abschirmt



Abb. 99: Wege innerhalb des Geländes führen zum großen Teil durch Waldzonen



Abb. 100: In das Waldgebiet integrierte Freiflächen, die wie Lichtungen wirken

Dichte (Baudichte, Baumdichte)

Da das Gelände von Solitären bzw. Einzelkomplexen geprägt ist, können zwischen ihnen zusammenhängende Waldflächen bestehen bleiben bzw. sich entwickeln. Sie wirken gegenüber der Nordstadt oder der Waldstadt nicht wie Waldinseln oder als vom ausgedehnten Wald abgekoppelte Waldreste, sondern bilden in ihrem Gesamtzusammenhang eine eigene Raumstruktur, die das Gelände dominiert und worin sich die Bauten einfügen. Sie werden deutlich durch die dreidimensionale Vegetationsstruktur an diesen Ort gebunden. Kleinräumliche Raumdifferenzierungen entstehen durch Plätze, Freiflächen und Gestaltung der Fläche um die Bauten herum.

Wald-Siedlung-Übergänge

Wie im Falle des Universitätsgeländes erkennt man auch hier im Hinblick auf die großmaßstäbliche Raumgliederung, dass nach Süden zur Innenstadt hin das Bild des Gebietes immer mehr durch bebaute Strukturen in Form befestigter Plätze und breiterer Wege beherrscht wird und die dichte Waldstruktur auf Waldboden in einen lichterem Wald auf Rasenfläche transformiert wird. Allerdings befindet sich im Falle des FH-Geländes gegenüber dem Unigelände das gesamte Gebiet innerhalb eines waldartigen, das Gebiet dominierenden Raumes, dem sich die Bauten unterordnen. Von Süden kommend ist zunächst entlang der Moltkestraße eine grüne Kante erkennbar. Die Verkehrsstraße mit Parkplätzen zu beiden Seiten wird auf nördlicher Seite von einem dichteren schmalen Restwaldstreifen begleitet, der wie eine „grüne Wand“ das Gelände südlich abgrenzt (Abb. 98). Nördlich hinter der „grünen Wand“ befindet sich ein Rad- und Fußweg, danach beginnt der lichte Wald, der nach Norden dichter wird (Abb. 101).

Da die Bauten und Baukomplexe als Solitäre in das Waldgebiet eingestreut sind, gibt es nur im kleinräumlichen Maßstab Übergänge von Bauten zu dem sie umgebenden Wald. Übergänge werden, wie auch im Falle des Universitätsgeländes, durch Gestaltung der Flächen um einige Bauten herum in Form gepflegter Rasenflächen und befestigten Wegen als Abstandsfläche geschaffen (Abb. 102,103).



Abb. 101: Übergang: Straße (links nicht sichtbar), Baumreihe, Weg, aufgelockerte Waldstruktur



Abb. 102: Differenzierte Gestaltung der Freiräume



Abb. 103: Gestaltete Freiflächen am Gebäude: Rasen, Waldstruktur auf Waldboden

6.6 Fazit: Wald als Reservefläche für die Addition einzelner Bauten

Die Waldflächen dienen nicht nur gegenüber der vorangegangenen Beispiele als bloße Reservefläche für einheitliche abgeschlossene Bebauungen, sondern auch sehr gut als Reservefläche für Additionen einzelner Bauten als Erweiterung einer bestehenden Bebauung. Zur Verhinderung weiterer Waldinanspruchnahmen könnte ein sinnvolles, klares städtebauliches Konzept eines einheitlichen abgeschlossenen Baukomplexes mit klaren Grenzen und Räumen dienen. Bei solch einem Konzept kämen aufgrund der Klarheit einer Einheit und im Bewusstsein der Gefahr seiner Zerstörung durch stückweise bauliche Additionen Erweiterungen weniger in Frage. Bei den Konzepten der Fachhochschule und der Universitätserweiterung herrschen funktionelle Baukomplexe vor, die auf ehemaligem Waldareal verstreut verteilt sind. Somit ermöglichen sie hinsichtlich der städtebaulichen Konzeption immer wieder bei Bedarf weitere Additionen von weiteren Einheiten oder Einzelbauten in den Wald, die dennoch nicht das Gesamtbild des Komplexes zerstören, sich sogar dem Konzept anpassen, dem Konzept der Addition.

Im Falle der FH kann aufgrund der Wegführung, die zumeist durch Restwald führt, und aufgrund der erhaltenen Bäume auf größeren Flächen, die wie eine Filter vor den Gebäuden wirken können und diese filterartig abschirmen, woraus der starke

Waldeindruck entsteht, von Baukörpern im Wald, von eine Hochschule *im* Wald gesprochen werden.

Eine „Durchlöcherung“ des Waldes, wie es hier auf dem Gelände der Fachhochschule oder im Bereich der Universität im Zuge der Additionen von Einzelbauten, die sich nicht an eine strenge Straßenführung halten müssen, über einen längeren Zeitraum geschehen ist, hält immer die Möglichkeit offen, zum wiederholten Male Erweiterungsbauten in den Wald zu errichten. Da heute Wald aufgrund strikter Regelungen nicht mehr in Anspruch genommen wird, wird bei Bedarf nachverdichtet. Hierbei ist aber zu beachten, dass die restlichen Freiflächen nicht in dem Maße in Anspruch genommen werden dürfen, dass der Kontext, das Gerüst und der Charakter des Ortes zerstört wird. Die zur Zeit gebaute neue Mensa direkt an der Moltkestraße beispielsweise zerstört die ursprüngliche Idee der Erhaltung eines Waldstreifens entlang dieser Straße. Das ursprüngliche Gesamtkonzept einer Bebauung im Wald lässt sich hier nach Jahrzehnten also leichter aufheben bzw. stören als im Falle der Waldstadt, der Bergwaldsiedlung oder der Nordstadt, bei der die Bebauung aufgrund der Abgeschlossenheit nicht wahllos erweitert werden kann.

7. Zusammenfassung Analyse und Folgerungen

Aufgrund des komplexen Zusammenspiels verschiedener Faktoren lassen die Planungskonzepte keine quantifizierbare abschließende Bewertung zu, die Teilaspekte können demnach nur qualitativ miteinander verglichen werden. Es werden hier daher keine Pauschallösungen geboten, sondern die Vielfalt an Möglichkeiten im Umgang mit dem Verhältnis Siedlung und Wald aufgezeigt. Es wird der Versuch unternommen, die Beziehungsarten zu kategorisieren, entwurfsrelevante Aussagen hierzu zu treffen und Schlüsselemente im Umgang mit Siedlung und Wald aufzuzeigen.

Entstehungsursachen

Gründe für die Waldlage waren eher politischer, bodenrechtlicher und finanzieller Natur. *Nicht* in erster Linie die Idee der Nutzung des Waldes als integrativer Bestandteil, als Gestaltungselement der Siedlung oder als Kontext für die städtebaulichen Konzepte der Siedlungsplanung stand im Vordergrund, sondern - wie nachgewiesen werden konnte - äußere Umstände wie der hohe Baudruck aufgrund des Wohnungsmangels, waren Hauptursache für die Entstehung solcher Siedlungen. Wald war billig, leicht verfügbar und aufgrund seiner ausgedehnten Fläche besonders geeignet zur Realisierung von Großprojekten.

Die Rolle des Waldes in der Planung – Wald als Funktion der Siedlung

Wald galt in erster Linie als willkommenes Nebenprodukt. Wald wurde vorrangig über seine Funktion in der Siedlung wie Erhöhung der Wohnqualität oder Gliederung der Siedlung wahrgenommen und bestimmt und wurde daher als der Siedlung dienend aufgefasst. Mit dem Einsetzen der Siedlung in den Wald (z.B. Waldstadt) wurde dieser als unselbständiges Element begriffen, das sich den Erfordernissen der Siedlung und der Bebauung unterordnete. Wald wurde in den untersuchten Siedlungen meistens als Reservefläche gesehen, aber auch in Zusammenhang mit Bebauung als Schmuck, als Gliederungselement, aber auch als charakterbildendes Element für den Ort betrachtet.

Arten der Waldinanspruchnahmen

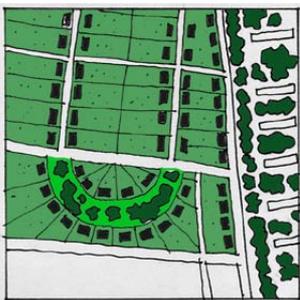
Die Interessensabwägung bildete einerseits das öffentliche Interesse am sozialen Wohnungsbau und am technischen Fortschritt, andererseits das öffentliche Interesse an der Walderhaltung. Man ging davon aus, dass die Inanspruchnahme der Raumreserve Wald im Interesse des gesunden Wohnens unumgänglich und damit ein zeitgerechtes Erfordernis war. Bei allen untersuchten Gebieten außer der Waldstadt wurde die erfolgversprechende „Salami-Taktik“ angewandt, die zu einer sukzessiven Verkleinerung der Waldflächen führte. Gegenüber den Wohnsiedlungen Nordstadt, Waldstadt, Hardtwaldsiedlung, Bergwaldsiedlung beschränkte sich allerdings im Falle der FH- und Universitätserweiterung die Waldinanspruchnahme nicht nur auf das ursprüngliche Bebauungsgebiet, sondern erfolgte in weiteres ausgedehntes, zuvor ungeplantes Waldgebiet.

Typologisierung der Beziehung Siedlung-Wald: Verzahnung, Insel, Streuung

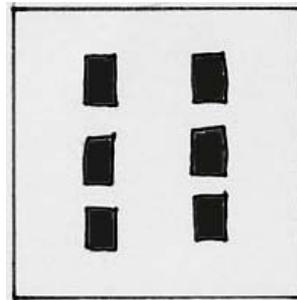
Das Verhältnis von Baustruktur und Wald kann zum einen durch den Gegensatz von Baustruktur und Wald, zum anderen durch eine Einbettung, durch die Integration der Baustruktur in die Waldstruktur, die wechselseitige Beziehung beschrieben werden.

Folgende Modelle der Siedlung-Wald-Beziehung können aus diesen Beispielen zusammenfassend aufgestellt werden (Abb. 104). Sie treffen keine Wertigkeiten, sondern betrachten allein die Beziehung gebaute Struktur und Landschaft:

1. Hardtwaldsiedlung:



Siedlung ohne Waldbezug
– völlige Waldabholzung



MODELL Siedlung ohne
Waldbezug

2. Nordstadt

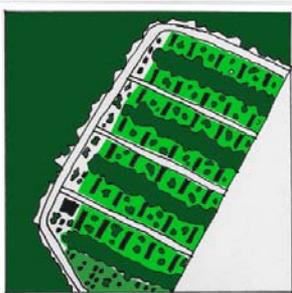


Verzahnung von
Parklandschaft mit
Restgehölzen und
Kulissenwald



MODELL Verzahnung
und Kulisse

3. Waldstadt



Bebauung verzahnt mit
„lichem“ Wald

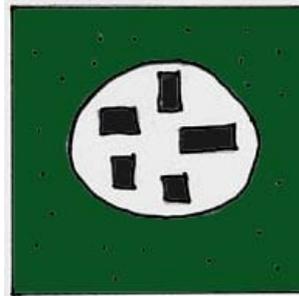


MODELL Verzahnung

4. Bergwaldsiedlung



„Implantat“ im Wald ohne Siedlung-Wald-Bezug

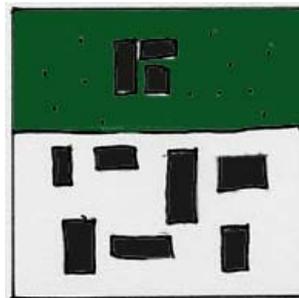


MODELL Insel

5. Universität:

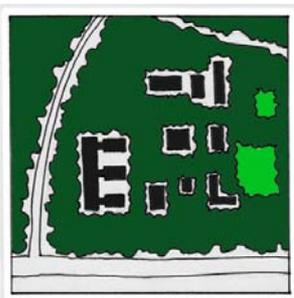


Übergang zum Wald mit klarer Waldkante

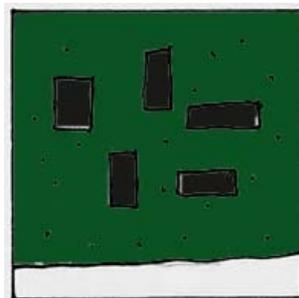


MODELL Trennung und Insel

6. Hochschule Karlsruhe:



Streuung von Baukörpern im Wald – Waldraum als Hülle



MODELL Punktuelle Streuung

Abb. 104: Art der Siedlung-Wald-Beziehung und die daraus abgeleiteten schematischen Modelle

Während sich in der älteren aus Wald entstandenen Hardtwaldsiedlung heute hiervon kaum noch Spuren entdecken lassen, so ist dies in den jüngeren Siedlungen noch deutlich zu erkennen. Denn Wald grenzt an sie – entweder als innerhalb der Siedlung stehengelassene Restgehölze (Waldstadt, Nordstadt), als Um- oder Begrenzung der Siedlung (Bergwaldsiedlung, Nordstadt) oder einzelner baulicher Siedlungselemente (Hochschule Karlsruhe) oder als dominanter Raum, als Hülle, der sich die Gebäude unterordnen (Waldstadt, Hochschule Karlsruhe, Nordstadt Südbereich).

Diskussion der Typologien

Im Folgenden werden die verschiedenen Typologien diskutiert. Dabei werden sie aus städtebaulicher Sicht, aus Sicht der Bewohner und aus Walderhaltungssicht betrachtet und bewertet, wobei keine getrennte Betrachtung vorgenommen wurde.

„Waldsiedlung“ und Wald-Siedlung-Ränder

Vorab stellt sich dabei die Frage, was eine „Waldsiedlung“ ausmacht. Nach der Untersuchung der ausgewählten Siedlungen bedeutet „Waldsiedlung“ nach Meinung der Verfasserin eine Siedlung im oder am Wald.

Sofern die Siedlung sich **im** Wald befindet, sind folgende Punkte maßgebend für den Charakter des Sich-im-Wald-Befindens: Erschließung sollte durch ausgedehnten Wald führen, und die Dichte des Baumverbundes sollte den Eindruck von Wald hervorrufen, dem sich die Gebäude unterordnen. Ansonsten würde eine zu geringe Dichte der Bäume aufgrund der Besonnungsansprüche oder der Sicherheitsabstände¹²⁷ zu einer ungeordneten, zerstückelten Siedlungsform führen. Konflikte können also leicht zwischen Planungsvorstellungen und der Realisierung sowie den Bewohneransprüchen entstehen (s. u.). Während sich in der älteren aus Wald entstandenen Hardtwaldsiedlung heute hiervon kaum noch Spuren entdecken lassen – der Wald wurde hier mehr zum Park oder zu Bäumen in Gärten transformiert - so ist dies in den jüngeren Siedlungen noch deutlich zu erkennen. Denn Wald grenzt an sie – entweder als innerhalb der Siedlung stehengelassene Restgehölze (Waldstadt, Nordstadt), als Um- oder Begrenzung der Siedlung (Bergwaldsiedlung, Nordstadt) oder einzelner baulicher Siedlungselemente (Hochschule Karlsruhe) oder als dominanter Raum, als Hülle, der sich die Gebäude unterordnen (Waldstadt, Hochschule Karlsruhe, Nordstadt Südbereich).

Die zweite Möglichkeit, eine „Waldsiedlung“ zu charakterisieren, wäre nach Meinung der Verfasserin, eine solche als eine Siedlung **am** Wald zu bezeichnen, denn Rand bestimmt das Verhältnis der Siedlung zum Wald. In diesem Fall ist der **Waldrand bzw. die Waldansicht das entscheidende gestalterische städtebauliche Element**, das als Kulisse hinter den Gebäuden und als optischer Abschluss dienen kann. Es wäre daher vorteilhaft, wenn vom Inneren der Siedlung aus immer wieder Sicht- und Wegebezüge zum Waldrand entstehen, so dass der Eindruck des Sich-Befindens in einer „Waldsiedlung“ verstärkt wird. Somit ist der Waldrand beim planerischen Umgang mit stadtnahem Wald eines der wichtigsten stadt- und landschaftsplanerischen Elemente. Erst durch die Wahrnehmung des Waldrandes kann ein Innen-Außen-Eindruck, eine Qualifizierung und Identifizierung des Ortes entstehen. Es ist heute eine Minderheit, die tiefer als ein paar hundert Meter in den Wald hineingeht (Lehmann 1999:227). Nach Lucius Burckhardt (1995:161) können wir nur auf der Landkarte erfahren, „ob wir am Beginn eines Waldes stehen oder nur vor einem Gehölzstreifen von wenigen Metern Tiefe.“ Nach Untersuchungen aus dem Jahre 1993

¹²⁷ In der seit Mitte der 1970er Jahre aufgestellten LBO Baden-Württemberg (§ 4) wird ein Mindestabstand von 30 m festgelegt.

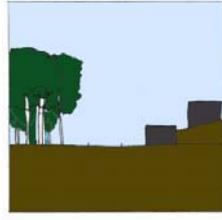
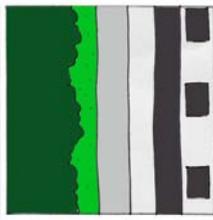
für die Bewertung von Typen von Landschafts- bzw. Landnutzungseinheiten für die naturgebundene Erholung lässt sich eindeutig feststellen, dass Waldgebiete dafür sehr gut bis hervorragend geeignet sind. Der Erholungswert eines Waldrandes ist hoch (vgl. Kiemstedt 1967:22). Es lässt sich feststellen, dass die mit Abstand höchste Besucherzahl auf den „Randeffekt“ eines Waldes mit kräftigem Baumbestand zurückzuführen ist, der eine offene grasige Fläche nach Norden begrenzt. (ebd:22) Somit geht es in Bezug auf planerische und gestalterische Umgangsweisen mit stadtnahen Wäldern vornehmlich nicht um die Größe des Waldes, sondern um die Länge, Breite und Gestalt der Waldrandzone. Der Übergang zwischen Siedlung und Wald kann also als eine Zone oder ein Raum definiert werden, der auch Gestaltungs- und Nutzungsmöglichkeiten birgt, und nicht als nur als Linie verstanden und bearbeitet werden soll (Abb. 105). Während Grenzen eher als Linien zu sehen sind, sind Ränder nach Ipsen (2006:117) als Flächen und hybride Räume, die von jeder Seite etwas aufnehmen und daraus etwas Eigenes entwickeln, zu betrachten. Ränder sind Räume der Transformation.



Abb. 105: Schemadarstellung Randzonen

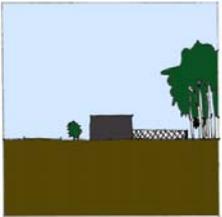
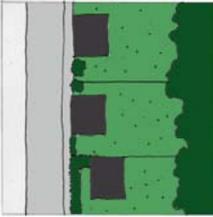
Ausgewählte Gestaltungsarten von Wald-Siedlung-Übergängen

Auf Siedlungsebene kann zwischen Wald-Siedlung-Ränder, die den äußeren Rand der Siedlung markieren, und Wald-Siedlung-Ränder innerhalb der Siedlung, die durch das Belassen von Waldinseln oder Waldstreifen entstehen, unterschieden werden. Die folgenden Schemaausschnitte zeigen die Fülle der Möglichkeiten an Gestaltung der Wald-Siedlung-Übergänge auf (Abb. 106). Dabei kann herausgestellt werden, dass es verschiedene Stufen von Übergängen gibt, die von einer strikten Trennung - konzeptionell als auch räumlich - über bloße sichtbare Grenzen und weniger sichtbaren grenzartigen Elementen bis hin zum fließenden Übergang, zur Einbettung der Baustruktur in den Wald reichen.



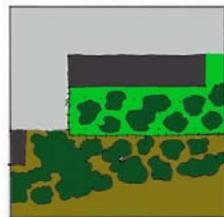
1) Starke räumliche und konzeptionelle Trennung – harter Raand

Bergwaldsiedlung Nordrand: Parallel verlaufende Streifen (Wald – Rasenstreifen – Straße – Gehweg – Garagenfront – Gebäude) erzeugen Eindruck einer starken Trennung von Wald und Siedlung. Im Schnitt erkennt man die Erhöhung der Gebäude dahinter, die sich allerdings ins Siedlungsinnere orientieren.



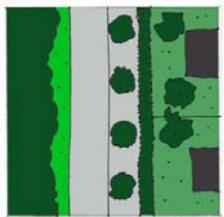
2) Räumliche Trennung – Sichtbezug

Bergwaldsiedlung Ostrand: Straße – Gehweg – Hecken/Bungalows – Privatgärten – Wald. Durch diese Stellung der Gebäude wird bewirkt, dass nur die wenigen Bewohner am Siedlungs- und somit Waldrand direkten Kontakt zum Wald haben. Da die Gebäude niedrig sind, kann der dahinter liegende Wald als Kulisse wirken.



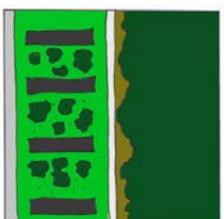
3) Räumliche Grenze als schwache optische Grenze

Bergwaldsiedlung Südwestrand: Scheibenhochhaus – lichter Buchenwald auf Rasenfläche – lichter Buchenwald auf Waldboden. Der Waldrand in Form eines lichten Waldtraufs wird durch einen Zaun in eine Gehölzzone auf Rasenfläche und eine auf Waldboden getrennt. Eine schwache Grenze wird zwischen der geordneten gepflegten Siedlung und dem scheinbar „wild“ wachsenden Wald errichtet.



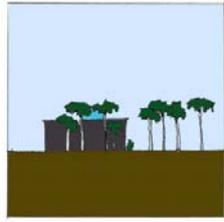
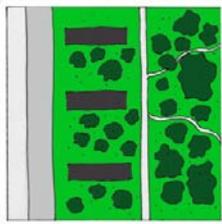
4) Starke räumliche und konzeptionelle Trennung – harter Rand

Bergwaldsiedlung Westrand: Wald – Rasenstreifen – Straße – Parkstreifen mit neu gepflanzten Bäumen – Hecke – Gebäude – Privatgärten. Es wird eine starke Trennung von Siedlung zum Wald durch mehrere zum Wald parallele (Trenn-) Zonen sehr deutlich.



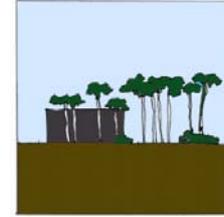
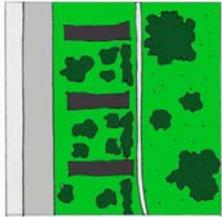
5) Trennung in Form von zwei Arten von Wald

Nordstadt Südlicher Bereich: Zeilen, dazwischen neu gepflanzte Bäume und alte Kiefern auf Rasenfläche – Waldweg – ungepflegter Kiefernwald mit Unterholz. Räumlich wird keine Trennung zum Waldstück vollzogen, die aufgelichteten Kiefern können als Fortsetzung vom Waldstück erfahren werden. Dennoch kann von zwei unterschiedlichen Bereichen gesprochen werden.



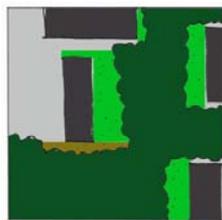
6) Weicher Übergang der dichteren Gehölzstreifen zur lichterem Gehölzzone

Waldstadt Zeilenbereich: Zeilen stehen im stark aufgelichteten Wald. Dabei wird die gesamte Zone von Rasenfläche bedeckt. Der aufgelichtete Wald auf Rasenfläche ohne Unterholz als Teil des Gehölzstreifens geht unmittelbar über in die Zone zwischen den Zeilen, die Zeilen ordnen sich dem hohen Baumbestand unter.



7) Mäßig starke Trennung zwischen Zeilenzone und Parkzone

Waldstadt Zeilenbereich: s. Punkt 5) Der ehemalige Wald wurde im Bereich des Streifens stark aufgelichtet und zur gepflegten Parkfläche transformiert, die Bäume werden von niedrigem Buschwerk umsäumt. Büsche säumen auch den Fußweg, womit eine deutlichere Trennung der Zonen erfolgt als bei Punkt 6).



8) Integration von Körpern im Wald

FH-Campus: Solitäre und Gebäudegruppen stehen wie Inseln im Waldgebiet. Die Gebäude haben eine Orientierung, ein Hinten und Vorne, sind in die Waldstrukturen integriert, werden vom Waldraum umhüllt.



Legende

Abb. 106: Schematische Ausschnittsdarstellungen ausgewählter Wald-Siedlung-Übergänge

Charakter des Waldes in den Siedlungen - Waldtypen

Als Grundhaltungen zum Waldumgang konnten bei der Untersuchung des realen Wald-Siedlung-Bezugs zum einen die Beibehaltung des Waldes mit seinem ursprünglichen Charakter meist als die Siedlung umgebene, ausgedehnte Landschaft und zum anderen die Urbanisierung des Waldes - z.B. die Transformation des Waldes zum lichten Wald - grob unterschieden werden. Es ist allerdings als Erkenntnis festzustellen, dass die tatsächlich ausgebildeten Formen nicht bewusst geplant waren, da die vor der Realisierung entwickelten Vorstellungen und Konzepte die Veränderungen und Veränderungsmöglichkeiten von Wald nicht thematisierten. Wald wurde als statisches Element gesehen, seine Komplexität wird nicht reflektiert. Wald wurde im Vorfeld meist als ausgedehnter Raum sowie als wirkungsvolle, positive, gesunde Umgebung determiniert, der extensiv gestaltet und automatisch genutzt wird.

Gestalterische Durchhaltekraft

Die stückweise erfolgte Verkleinerung der Waldfläche zur Umwandlung von Bauland bis zum Bauabschluss geschah in den früheren Fällen in einem Zeitraum von ca. 7-8 Jahren, bei der späteren Bergwaldsiedlung von etwa 14 Jahren, im Falle der Universitäts- und Hochschulerweiterung sogar bis in die 1990er Jahre. Es ist zu bemerken, dass Waldflächen in einheitlichen Konzepten durch die Schaffung von Hierarchien, Raumbildungen usw. und aufgrund ihres sinnvollen Bezugs zur Bebauung schwerer zu verändern oder zerstören sind als in Konzepten, die durch eine additive Streuung der Baukörper gekennzeichnet sind. Die gestalterische Durchhaltekraft ist bei einheitlichen Konzepten (Waldstadt, Nordstadt) demnach stark. Demgegenüber wäre ein Nachteil bei der Hochschule, dass die Chancen groß sind, durch Nachverdichtung und Erweiterung die ursprüngliche Idee vom Wald als Hülle der gebauten Struktur zu zerstören bzw. das ursprüngliche Konzept zu modifizieren.

Schaffung von Waldcharakter – quantitative und qualitative Aspekte

Im Falle der Bergwaldsiedlung wurde aufgrund des inselartigen Einsetzens der kompakten Siedlung in den ausgedehnten Wald einerseits viel ursprünglicher Wald um die Siedlung herum erhalten - und mit „ursprünglich“ ist der Zustand des Waldes zum Zeitpunkt des Siedlungsbaus gemeint. Somit wird mit diesem Modell der Insel ein sparsamer Umgang mit Waldflächen verbunden. Andererseits hängen die städtebauliche Qualität und der Waldsiedlungscharakter stark von der Siedlungsgröße und baulichen Dichte ab. Beim Konzept der Lichtung sollten demnach innere Waldränder wahrnehmbar sein. Denn sobald die Siedlung zu ausgedehnt wird, sind Siedlungs- und somit Waldränder vom Inneren der Siedlung aus nicht mehr wahrnehmbar. Es entsteht eine Bezuglosigkeit zwischen Siedlung und Wald, und der Waldsiedlungscharakter innerhalb der Siedlung geht verloren.¹²⁸

¹²⁸ Die philosophische Betrachtungsweise durch Harrison (1992:287) bringt diesen Aspekt auf den Punkt: je mehr die Ordnung der menschlichen Dinge ihren Lauf nimmt, „rücken die Wälder immer weiter fort vom Mittelpunkt der Lichtungen. Im Mittelpunkt vergisst man schließlich, dass man auf einer Lichtung wohnt. (...) Je größer der Kreis der Lichtung, desto mehr ist der Mittelpunkt nirgends (...)“

Um dem entgegenzusteuern, könnten Waldzungen, Waldstreifen oder Waldinseln dazu genutzt werden, größere Siedlungen zu gliedern, die Waldrandlinien zu erhöhen und den Kontakt zum Wald zu erhalten, sodass der Waldsiedlungscharakter erhalten bleiben kann. Im Falle der Waldstadt findet z.B. trotz Inanspruchnahme einer fast fünfmal größeren ursprünglichen Waldfläche eine engere Beziehung zwischen Siedlung und Wald aufgrund der Verzahnung von Wald und Bebauung statt als z.B. bei der Bergwaldsiedlung. Zwar entspricht dieser Wald in seiner äußeren Erscheinung nicht dem Ursprungswald, wirkt aber dennoch als lichter Wald. Andererseits besteht bei der Verzahnung und Gliederung der Siedlung mit Wald durch das Stehenlassen von Waldstreifen oder Waldinseln die Gefahr des Umfallens oder Umknickens von Nadelbäumen in diesen Zonen, da sie, einmal aus dem Waldverband herausgenommen, aufgrund ihrer geringen Wurzeltiefe an großer Standfestigkeit verlieren. Daher wird vorgeschlagen, in diesen Fällen Laubbäume unterzupflanzen, die die Waldinseln oder Waldstreifen stabilisieren.

Umgekehrt lässt sich nicht verallgemeinernd sagen, dass das allgegenwärtige Vorhandensein von wahrnehmbaren Waldflächen innerhalb der Siedlung trotz Erzeugung von Waldcharakter zwangsweise Qualitäten und attraktive Aufenthaltsorte schafft. Im Falle der Waldstadt wie auch des Geländes der Hochschule Karlsruhe dominiert der Waldcharakter innerhalb der Siedlung am stärksten, da er fast allgegenwärtig das Bild der Siedlung bestimmt. Allerdings wird im Falle der Waldstadt gegenüber dem Hochschulgelände aufgrund des Sich-Selbst-Belassens des Waldes, sprich mangelnder Pflege und Gestaltung, der Gleichförmigkeit der Zeilenstruktur und des Mangels an offenen Freiflächen keine räumliche Differenzierung vorgenommen. Die Waldflächen „verwildern“.

Lichtungen beispielsweise, die im rechtlichen Sinn als Wald gelten und entweder durch forstliche Maßnahmen meist aus wirtschaftlichen oder ökologischen Gründen oder nach Stürmen entstehen, führen zwar zur Abnahme der baumbestandenen Waldfläche, andererseits aber auch zur Erhöhung der Artenvielfalt. Nach Gilbert (1994:208) werden Lichtungen stadtnaher Wälder aber auch als Treffpunkte von Kindern und Erwachsenen genutzt. „Die Lichtung hat weniger Naturschutzfunktion, sondern ist vielmehr eine Aktivitätszone (...)“ (Gilbert ebd.). Trotz der Entstehung von spontanen Wegenetzen wurde die Botanik in einem Untersuchungsgebiet in Sheffield nur wenig durch diese Aktivitäten beeinflusst. (Gilbert 1994:209).

Hierbei stellt sich die Frage, ob bewirtschaftete im Sinne von genutzte und gepflegte Waldflächen oder eher unbewirtschaftete Waldflächen von den Bewohnern bevorzugt werden. Untersuchungen zufolge (Schriewer 2000:75) werden vor allem von jüngeren Menschen einerseits Wälder geschätzt, in denen die Natur sich - zumindest dem Schein nach - selbst überlassen bleibt und bei denen menschliche Einflüsse nicht sichtbar sind. Andererseits werden vorwiegend von älteren Menschen Wälder mit Totholz oder Altholz weniger geschätzt und als chaotisch empfunden (Schriewer 2000:74). Ohne Pflege und Gestaltung würden sie immer mehr zuwachsen, was

empirischen Untersuchungen zufolge aus landschaftsästhetischer Sicht nicht erwünscht ist (Brämer 1996; vgl. Tessin (online)). Heute ist die Bedeutung der Ökologie stark gestiegen, und die bezüglich der Wälder existierenden Werte stehen mehr im Widerstreit als früher. Zum einen ist ein „Waldmanagement“ aufgrund der Sicherheitsaspekte und aus ästhetischen Gründen notwendig, zum anderen wird verstärkt die Forderung nach unbewirtschafteten Flächen basierend auf ökologischen Argumenten erhoben.

Potentielle Erweiterbarkeit

Deutlich beherrschte in den Siedlungsplanungen der Funktionalismus den Umgang mit Wald. Nicht die Straßen, Freiflächen und die Bebauung, der Siedlungsgrundriss sozusagen, richteten sich nach dem Kontext des vorhandenen Waldes; der Wald wurde in den meist geometrischen, gleichmäßigen Siedlungsgrundriss eingepasst, sofern er bzw. Teile von ihm erhalten wurden. Wenn das nicht der Fall war, da er durch sukzessive Verkleinerung der Waldfläche bis zur Unkenntlichkeit aufgelöst wurde, so wurde der Umgang mit Wald auch hier einem funktionalen Ziel untergeordnet (z.B. dichtere Bebauung zuungunsten des Waldes zur Rentabilität der Siedlung). Demgegenüber konnte sich im Falle der Streuung von Gebäuden im Wald (Typ II) die Bebauung dem Wald unterordnen, und somit bestimmte erhaltenswerte Bäume stehengelassen werden. Ein Nachteil wäre, dass die Bebauung leichter über den geplanten Bereich hinaus ins „Unendliche“ erweitert werden kann. Verbunden hiermit wäre die Zerstückelung und somit Zerstörung der ausgedehnten Waldfläche. Zwischen der Rücksichtnahme auf wertvolle Waldbäume und der Umsetzung eines einheitlichen städtebaulichen Konzeptes sollte ein gutes Maß gefunden werden.

Bewohnerrelevante Aspekte und Konflikte

Anlehnend an Stadtteillumfragen aus dem Jahr 1999 (vgl. online Statistik Karlsruher Stadtviertel) wird festgestellt, dass die Wohnqualität der untersuchten Wohnsiedlungen der Nachkriegszeit mit Noten zwischen 2,0 und 2,4 (städtischer Durchschnittswert 2,3) von den Bewohnern als gut bewertet wird. Auch die Tatsache, dass der Bevölkerungssaldo dieser Stadtteile sich positiv bzw. gleichbleibend ausdrückt, zeigt deutlich, dass nach 40- bis 50-jährigem Bestehen der Siedlungen diese immer noch angenommen werden, wobei hier die Punkte Ruhe, Erholung und Grün sich besonders hervorheben, zu denen die umliegenden Waldflächen und vor allem die neuen Waldformen innerhalb der Siedlung zweifelsohne maßgeblich beitragen. Beispielsweise bewerten 71,7 % der Nordstadtbewohner – und damit mehr als doppelt so viele wie stadtweit – die vielen Grün- und Waldflächen als positiv. Ähnlich ist es im Falle der Waldstadt, in der 99 % (!) der Bewohner für die Grün- und Erholungsflächen die Note gut bis sehr gut vergeben. Die Waldstadt und die Nordstadt sind daher aus Sicht der Bewohnerbewertung trotz überkommener städtebaulicher Ideologien und Bauformen als qualitativ zu bewerten.

Aus Bewohnersicht kann die unmittelbare Nähe der Gebäude zu Wald bzw. Gehölzen jedoch auch zu Konflikten führen. Während die Wohnsiedlungen im Gesamten von

den Bewohnern als positiv bewertet werden, treten dennoch im Einzelnen im Hinblick auf die Beziehung Siedlung und Wald stellenweise Konflikte zwischen dem Walderhaltungsinteresse und den planerischen Konzepten auf der einen Seite und den Wohnbedürfnissen der Bevölkerung auf der anderen Seite auf. Es ist festzustellen, dass der Umgang mit Wald bei diesen Planungen durch die Prämisse, Wald und gebaute Struktur seien etwas Statisches, gekennzeichnet ist. Es wird in keinen der Planungen Aussagen über die Transformation des Waldes sowie der baulichen Struktur getroffen. Es entstehen folgende Konflikte:

- Sicherheitsaspekt

Da in den Leitvorstellungen der aufgezeigten Beispiele der 1950er und 1960er Jahre das Ziel der weitgehenden Walderhaltung zur Schaffung von Waldcharakter stark dominiert und daher die Gebäude möglichst nah am Wald gebaut wurden, entsteht in den Folgejahren nach Errichtung der Siedlungen das Problem der Gefährdung der Gebäude und Bewohner durch umfallende Bäume, dürre Äste und weit ausladende Zweige. Die zeitliche Dimension, die Dynamik der Waldstruktur und die daraus folgenden negativen Effekte wurden bei der Planung außer Acht gelassen.

- Verschattung

Ähnlich verhält es sich mit dem Problem der Verschattung. Nach etwa 50-jährigem Bestehen der Siedlungen Nordstadt und Waldstadt haben sich die Bäume derart in die Höhe und Breite entwickelt, dass gebäudenaher Bäume den betroffenen Wohnungen Licht und Sonne verwehren, sodass zum einen ein negativer gefühlsmäßiger Effekt für die Bewohner entsteht, zum anderen Feuchtigkeitserscheinungen in den Wohnungen auftreten. Bei der Planung sollte also die zeitliche Dimension, die Dynamik der Bäume mitberücksichtigt werden. Die Schaffung von Übergangszonen zwischen dichtem, geschlossenem Wald und aufgelichtetem, gestaltetem Wald in Siedlungsnähe könnte zur Minderung dieser Effekte beitragen.

- Sicherheitsgefühl

Während Wald bzw. Bäume zu hellen und sonnigen Tageszeiten als angenehm und erholungsfördernd angesehen werden, können Waldstrukturen zu dunklen Tageszeiten als Gefahrenort empfunden werden. Vor allem in Gebäudenähe auf Wegen am oder durch den Wald ist ein entsprechendes Beleuchtungskonzept zur Minderung des Gefahrengefühls und somit Erhöhung der Siedlungsqualität notwendig. Auch könnte in Siedlungsnähe mit einer Gestaltung und Pflege von Wald durch Aufflichtung und Entfernung von Buschwerk und Strauchschicht Durchblicke ermöglicht werden, um das Sicherheitsgefühl zu erhöhen.

- Abfälle im Wald

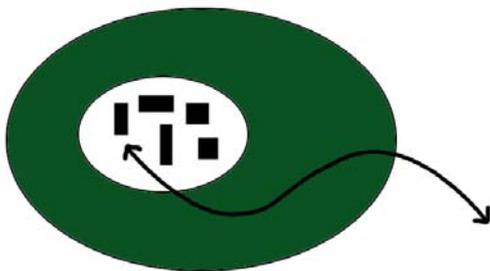
Das Problem Abfälle im Wald besteht nach Aussagen des Forstamtsleiters Kienzler relativ häufig. Gerade wenn Waldstrukturen direkt an ein privates Grundstück grenzen, kommt es vor, dass privater Müll über den Zaun hinweg in den Wald abgelagert wird. Dem könnte abgeholfen werden, indem Wald nicht als wertlose Restfläche im

Zusammenhang mit Bebauung existiert, sondern im Zusammenhang mit Bebauung geplant, gestaltet oder nutzbar gemacht wird.

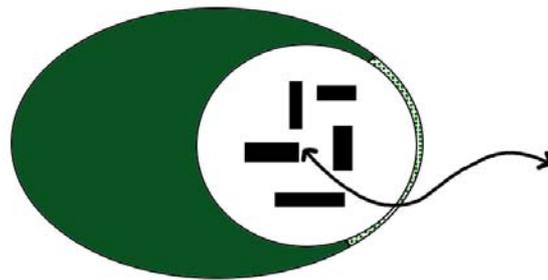
Äußere Erschließungsarten und Wald-Siedlung-Beziehung

Wie schon erwähnt, wird der Waldcharakter der Siedlung nicht nur durch die Wahrnehmung des Waldrandes erzeugt, sondern auch durch den äußeren Erschließungstyp. Durchquert man ausgedehnten dichten Wald und grenzt die Siedlung an diesem Wald, so wird der Eindruck des Waldcharakters der Siedlung am deutlichsten. Der Siedlungseingang bzw. -ausgang ist hierbei stark wahrnehmbar. Dennoch muss auf beiden Seiten des Erschließungsweges nicht unbedingt ausgedehnter Wald vorhanden sein, auch „Waldwände“, d.h. blickdichte Waldstreifen zu beiden Seiten, bewirken den Eindruck des Walddurchquerens. Bei einseitig vorhandenem Wald bzw. Waldstreifen wird der Eindruck gewonnen, entlang eines Waldrandes zu fahren. Gar keinen oder den schwächsten Eindruck des Waldcharakters der Siedlung wird durch die direkte Erschließung zur Siedlung ohne Walddurchquerung gewonnen.

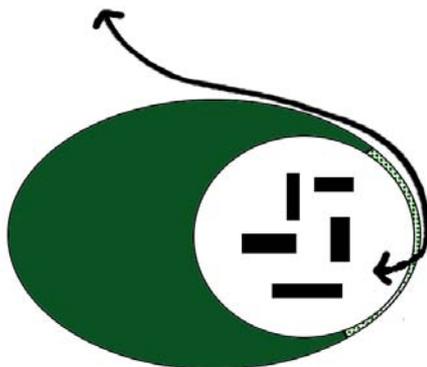
Zugang durch ausgedehnten Wald



Zugang durch „Waldwand“



Zugang entlang des Waldrandes



Zugang direkt in Siedlung ohne Walddurchquerung-

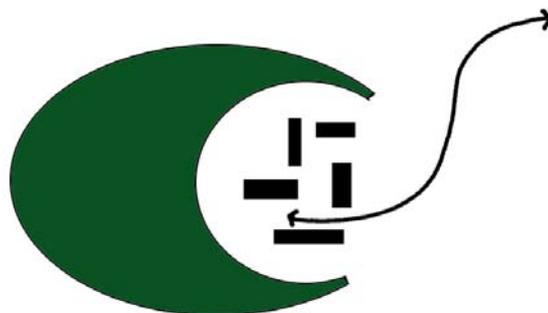


Abb. 107: Äußere Erschließungstypen

Relevante Aspekte für den planerischen Umgang mit Siedlung und Wald

Zusammenfassend können für den planerischen Umgang im Hinblick auf die Beziehung zwischen Wald und Siedlung folgende relevante Aspekte abgeleitet werden (s .a. Abb. 108):

Waldbildtypen

Hierbei geht es um eine Differenzierung der verschiedenen vorhandenen Waldbilder nach Baumarten, deweiteren nach der Dichte der Bäume, nach ihrer Pflegeintensität, nach Bewohnerbedürfnissen wie Durchblicksmöglichkeit, Zugangsmöglichkeit oder Durchquerungsmöglichkeit.

Siedlungstypen

Die Siedlungstypen können nach den Typen „Insel“, „Streuung“, „Verzahnung“ oder einer Kombination aus ihnen unterschieden werden. Wichtig sind hierbei im lokalen Maßstab die Gestaltung der Siedlungseingänge und –ausgänge sowie die der Siedlungsrandflächen.

Waldrandtypen

Hier geht es um eine Differenzierung nach der Lage der Waldränder (Außenränder, Innenränder), aber auch um die Gestaltung der Übergänge Siedlung-Wald (hart/weich, dicht/locker, scharf/allmählicher Übergang) sowie um Zugangsmöglichkeiten, um Wege und Waldeingangsgestaltung.

Siedlungserschließungstypen

Die Siedlungserschließungstypen können danach unterschieden werden, ob ausgehnter Wald durchquert wird, ob nur eine „Waldwand“ durchquert wird, ob man entlang des Waldrandes zur Siedlung gelangt oder ob die Siedlung ohne Walddurchquerung direkt erreicht wird.

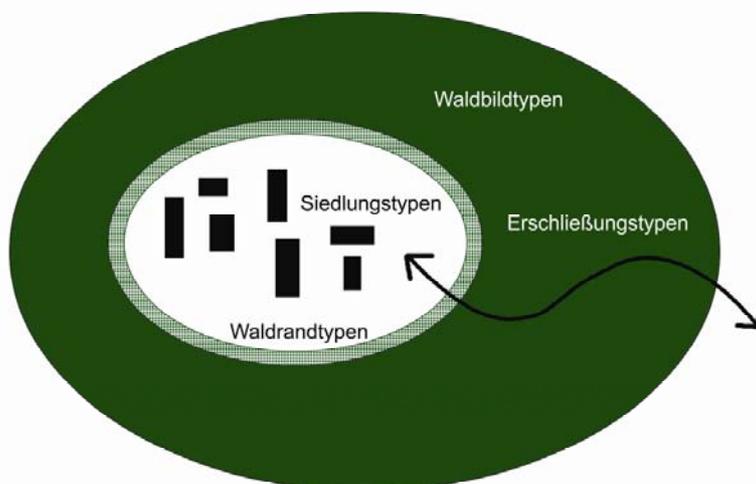


Abb. 108: Schematische Darstellung der relevanten Aspekte für die Siedlung-Wald-Beziehung

Waldbildtypen, Siedlungstypen, Waldrandtypen und Siedlungerschließungstypen und die systemischen Raumprozesse eröffnen als Ganzes ein Spektrum an städtebaulichen Gestaltungsmöglichkeiten. Sie dienen als theoretisches Entwurfsgerüst im Umgang mit der Beziehung zwischen Siedlung und Wald.

Es konnte anhand dieser Darstellungen die Vielfalt an Kompositionen und räumlicher Beziehungen zwischen Wald und Siedlung gezeigt werden. Wie aus dieser Untersuchung hervorgeht, könnte Wald mit seinen verschiedenen Baumhöhen und -dichten u.a. folgende architektonische, städtebauliche und freiräumliche Funktionen leisten:

- Transformierter Wald mit seinem Kronendach und vielfältigen Formen als ästhetisch ansprechender Raum
- Wald mit seiner dreidimensionalen Masse als städtebauliches Gestaltungselement zur Einbindung der Baustruktur in die Landschaft, in den Ort
- Waldrand bzw. Waldansicht als „Wand“, als optischer und räumlicher Abschluss und „Rücken“ bzw. als Kulisse hinter Gebäuden/Siedlungen
- Wald oder Waldfragmente als Gliederung der Siedlung
- Wald als die Bebauung dominierender und umhüllender Raum

Die Arbeit hat einige Aspekte im Hinblick auf die Gestaltung siedlungsnaher Wälder sowie die Gestaltung der Beziehung zwischen Siedlung und Wald aufgezeigt. Große Chancen für die Einflussnahme auf stadtnahe Freiräume liegen heute in den öffentlichen Zwischenräumen nicht nur in den Städten, sondern auch im Umland der Städte. Da viele Städte und Regionen reich mit Wäldern ausgestattet sind, wird es Aufgabe sein, dieses Vermächtnis zu schützen und bewirtschaften, aber auch, es auf- und auszubauen. Desweiteren wird es Aufgabe sein, diese Wälder nicht nur gestalterisch, sondern auch von der Nutzung her an heutige und zukünftige Bedürfnisse anzupassen. Bisher ging es stets um Gestaltung neuer Siedlungsränder beim Bauen im Wald. Bei Rückgang des Siedlungsdrucks und landwirtschaftlicher Nutzung durch Veränderungen der Rahmenbedingungen könnte es zukünftig auch zu Umkehrungen kommen: Gestaltung neuer Siedlungsränder durch Bauen **mit** Wald. Im Folgenden werden mögliche Strategien beispielhaft für den zukünftigen Umgang mit stadtnahen Waldflächen vorgeschlagen.

IV Perspektiven und Zukunftsstrategien zum Umgang mit stadtnahen Wäldern

Nachdem in den Hauptteilen II und III nachgezeichnet wurde, wie die Stadtplanung am Beispiel der Stadt Karlsruhe ehemals mit stadtnahen Wäldern umgegangen ist und wie sich die Ergebnisse, resultierend aus diesen Umgangsweisen, darstellen, wird abschließend anhand bestehender Fallbeispiele in Deutschland dargestellt, wie die Stadtplanung heute und zukünftig mit stadtnahen Wäldern umgehen könnte und welchen gestalterischen Beitrag stadtnahe Wälder leisten könnten. Diese Umgangsweisen lassen sich nicht aus den vorangegangenen Kapiteln ableiten, da sich heute erstens die Ausgangsbedingungen verändert haben (2.) und die Städte in Zukunft mehrheitlich nicht mehr innerhalb der Stadtgrenzen wachsen werden, sondern vielfach mit Schrumpfung und daher Umbau, Um- und Neugestaltung sowie mit Siedlungserweiterungen im Umland (3.) auseinandersetzen müssen. Vorangestellt werden im Folgenden allgemeine Prämissen für den Umgang mit stadtnahen Wäldern und die Darstellung der heutigen Ausgangslage bezüglich der Stadtentwicklung und der Situation stadtnaher Wälder.

1. Heutige Prämissen für den allgemeinen Umgang mit Wäldern

Wald als striktes Schutzobjekt nach ökologischen Kriterien

Im Umgang mit Wald zeichnet sich aktuell ein tiefgreifender Wandel ab. Unübersehbar ist dabei, dass der Naturschutz großen Einfluss auf die Neuorientierung nimmt. „Die Ökologie als funktionelle, generalisierende Wissenschaft wurde zum bestimmenden Faktor der Naturschutzbegründungen (...) Naturbegründungen aus dem Sozial- und Kultursystem Stadt sind für den praktischen Naturschutz untergeordnet“ (Breuste 1994:215). Man verkennt bei dieser Strategie des strikten Waldschutzes die Tatsache, dass Waldflächen nicht mehr die ursprüngliche, von Menschen unbeeinflusste Urnatur darstellen, sondern zu jeder Zeit einem Wandel unterworfen sind. Sie wurden seit Jahrhunderten durch Menschen verändert, von forstlicher Seite reduziert, durch Aufforstungen wieder künstlich geschaffen, verändern sich durch Sukzession und Wachstum (vgl. Teil I, 2.). Dem Gedanken der Konservierung statischer Natur gegenüber wird heute vermehrt der Wildnisschutz betrieben (vgl. Garten + Landschaft 2/2004). Allerdings wird nach Körner (2005:58) auch hier die traditionelle naturalistische Auffassung des Naturschutzes beibehalten und der Mensch als „Störgröße der ‚natürlichen‘ Entwicklung“ gesehen.

Nun mag diese Strategie des extremen Waldschutzes richtig, sinnvoll und notwendig sein, denn dass erst durch den Schutz und folgerichtig durch das Vorhandensein des Waldes der Naturhaushalt zur Sicherung des Daseins der Menschen aufrechterhalten wird, ist klar. Doch hinsichtlich der heutigen Stadt- und Regionalentwicklung besteht die Gefahr, dass dieser Extremschutz automatisch zur strikten Trennung von Wald und

Stadt, von Wald und Mensch sowie zu einer unflexiblen, prädestinierten, undifferenzierten Betrachtungs- und Behandlungsweise höchst unterschiedlicher Wälder führt. Schutzgebiete ohne größeren Zusammenhang mit städtischen Strukturen sind die Folge. Tendenziell kann diese Sicht- und Umgangsweise zur Verwilderung, Verwahrlosung, zum Verlust an effektivem und ideellem Wert des Waldes kommen, nach soziologischen Untersuchungen (vgl. Burgbacher 2002; Brämer 2001 (online); Braun 2000 u.a.) sogar zur Entfremdung der Städter zu ihm. „Stadtnahe ‚Urwälder‘ sind (...) letztlich ein Symbol (...) der zunehmenden Entfremdung der Stadtbevölkerung von der Urproduktion“ (Muhar 2004:11).

Ökologische Planung = Qualität?

Wie in Teil II dargestellt worden ist, geht man davon aus, dass ein stark an ökologischen Maßstäben und Zielen ausgerichtetes Leitbild der städtebaulichen Entwicklung die Umweltqualitäten sichert und damit auch die Attraktivität der Stadtregion. Daher ist es wesentliches Ziel der Regionalplanung, möglichst viele Freiflächen zu erhalten. Körner (2005:89) kritisiert, dass damit die Nachhaltigkeitsthematik unter dem Punkt Anpassung der Gesellschaft an die Natur, diskutiert wird, statt unter dem der aktiven Gestaltung der Landschaft auch an menschliche Bedürfnisse. Daher ist in Frage zu stellen, ob so eine ausschließliche Orientierung an ökologischen Maßstäben und Zielen zwangsweise Qualitäten von Orten schafft. „Ästhetik ergibt sich nicht automatisch im „Kielwasser“ der Ökologie; genauso wenig, wie sie im Kielwasser der Ökonomie entsteht.“ (Stölb 2005:85)

Ungleichgewichtung der Nutzen stadtnaher Wälder

„Den Bewohner einer dicht besiedelten Region aus Naturräumen auszuschließen, bedeutet seinen Zugang zu Naturerfahrungen weiter einzuschränken. Dies ist insofern kritisch, als der Naturbezug mehr und mehr verloren geht.“ (Boczek 2004:150) Die heutige Situation urbaner Landschaften zeichnet sich nach Breuste (2003:47) durch „Denaturierung einerseits und Naturentfremdung andererseits“ aus. Anlehnend an Tyrväinen (1999 in Konijnendijk et al. 2006:82) können demgegenüber neben ökologischen und ökonomischen Aspekten die Vorteile/Nutzen stadtnaher Wälder jedoch noch genauer unterschieden und durch folgende ergänzt werden: sozialer Nutzen, ästhetischer und architektonischer Nutzen. Darin, dass in Deutschland heute der soziale Nutzen meistens einzig auf die Bereitstellung des stadtnahen Waldes als Erholungsraum beschränkt wird und dass ästhetischer und architektonischer Nutzen nicht explizit erwähnt wird, ist eine Ungleichgewichtung der möglichen Nutzungspotentiale erkennbar. Die gängige, über 50 Jahre alte Unterteilung des Waldes im Hinblick auf seine Aufgaben (s. Teil I, 2.3.2) entspricht nicht mehr den heute aktuellen Hauptaufgaben des Waldes in urbanen Bereichen. Begründet wird nach Miller (1995:114) die Schwierigkeit der Miteinbeziehung ästhetischer und architektonischer Werte und Potentiale stadtnaher Wälder in planerische Erwägungen zunächst in deren subjektiven Wesen. Entgegen der scheinbaren Subjektivität ästhetischer Werte sind die objektiven Werte, z.B. die zähl- und messbaren Ökosystemkriterien in Planungen leichter zu berücksichtigen und miteinzubeziehen.

2. Veränderungen der Ausgangsbedingungen

Während die historische Untersuchung des planerischen Umgangs mit Wald auf den Planungsebenen Stadt und Siedlung stattfand, müssen diese nun um die Ebene der Region ergänzt werden. Regionalkonzepte und Regionalplanung gewinnen immer mehr an Bedeutung. Entscheidend für den zukünftigen planerischen Umgang mit stadtnahen Wäldern ist, dass sich neben veränderten Ansprüchen und planerischen Zielsetzungen folgende relevante Grundbedingungen geändert haben, die im hier näher erläutert werden.

2.1 Fokus auf die Region und Bedeutungsgewinn weicher Standortfaktoren

Die „Stadt“ hat sich sowohl geographisch als auch begrifflich verändert. Stadt umfasst nicht mehr nur das kompakte innerhalb der Stadtgrenzen reichende Stadtgebiet, sondern wurde auf die Stadtregion, und vor allem auf das nähere Umland der Stadt, ausgeweitet. „(...) die Stadt ist zur Region geworden.“ (Kaltenbrunner 2005:310) „Ausufernde Siedlungen, jenseits der City, Gewerbeparks, Verbrauchermärkte, Vergnügungs- und Logistikzentren drängen sich ins Bild. Patchworkstrukturen, Randbereiche und Zwischenräume, die weder Kern noch Peripherie sind, gehören zur heutigen Realität der Stadt.“ (ebd. 2005:310) „Der Gegensatz von Stadt und Land verliert zusehends an Schärfe und die randlose Stadt ist zur bestimmenden Kategorie unseres mitteleuropäischen Alltagsraumes geworden.“ (André Schmid 2002:53) Somit fokussiert Stadtplanung heute nicht mehr wie in der Nachkriegszeit auf die klassische Stadt selbst, sondern die Stadtregion rückt ins Blickfeld der Planung. Hieraus ergeben sich auch Schnittstellen zu stadtnahen Wäldern. Das Erstarben der Region hat den Freiraumgedanken befördert. Angesichts des Konkurrenzkampfes zwischen den Regionen gewinnen weiche Standortfaktoren immer mehr an Bedeutung. Es geht nicht nur um die Reaktion auf weitgehend wirtschaftlich bestimmte Veränderungen, sondern auch um die Schaffung und Stärkung regionaler Identitäten, also auch um die Schaffung hochwertiger erlebbarer Freiraumqualitäten. Diese werden als Standortvorteil im Wettbewerb der Regionen betrachtet. „In der Konkurrenz um Kapital und qualifizierte Arbeit bestimmen sie (die Eigenarten von Orten und Landschaften, Anm. d. Verf.) die Standorte mehr und mehr.“ (Ipsen 2006)

2.2 Veränderungen nur in Sonderfällen

Gegenüber der vergangenen Situation im Hinblick auf die Stadtentwicklung, verknüpft mit dem damaligen planerischen Umgang mit stadtnahem Wald (s. Teil II und III), steht man heute vor einer veränderten Ausgangslage. Ein wesentlicher Ausgangspunkt für den zukünftigen planerischen Umgang mit stadtnahen Wäldern ist die allgemeine Annahme, dass die stadtnahen Wälder sowohl am dargestellten Beispiel des Stadtgebiets Karlsruhe als auch in anderen innerstädtischen Gebieten in wachsenden

oder stagnierenden Regionen aufgrund des strikten Waldschutzes weder ab- noch zunehmen werden. Somit werden auch die untersuchten Fallbeispiele, die im Zusammenhang mit Wald entstanden sind, aufgrund der Bodengesetze und des nach wie vor vorhandenen Flächenbedarfs im Stadtgebiet sich aller Voraussicht nach nicht maßgeblich verändern. „Längerfristig wird es die herkömmlichen Mittel, nämlich Strukturveränderungen im Wesentlichen durch Ausweisung neuer Flächen und Infrastruktur, nicht mehr geben und aus ökologischen Gründen auch nicht mehr geben dürfen.“ (Sieverts 2004:18) Das Augenmerk wird daher auf bestimmte aktuelle Sonderfälle gelenkt, bei denen durch verändernde urbane Prozesse Berührungszonen zwischen Stadt und stadtnahem Wald entstehen oder entstehen werden (vgl. Teil IV, 3.1; 3.2).

Schrumpfungs- und Stagnationsprozesse in Regionen führen zu einer Verringerung von Wohnflächen und Infrastruktur und einer Zunahme an Freiräumen sowie auf lange Sicht zu großflächigen Waldzunahmen. Auch innerstädtisch entstehen im Zuge der Deindustrialisierung durch Abriss frei gewordene Flächen. Dadurch tun sich heutigen und zukünftigen Planern neue Möglichkeiten auf, das Potential stadtnaher Wälder stärker für die Qualifizierung und Gestaltung von Orten und für neue Nutzungen zu nutzen, zumal der Nutzungsdruck auf die freien Flächen verringert wird. Aber auch in wachsenden Regionen vor allem im näheren Umland der Städte kann es zu engen Verflechtungen mit stadtnahen Wäldern und Siedlungserweiterungen kommen. In diesen Stadtumlandgebieten kann aber nicht nur von wachsenden Strukturen die Rede sein, auch gegenwärtig zeigt schon „Suburbia“ in ihren älteren Teilen die auch für die alte Stadt typischen Probleme der Überalterung, der nicht mehr passenden Baustruktur und der sozialen Segregation. Die Ansprüche an Wohnung und Wohnumfeld stiegen weiter, insbesondere an Gestaltung und ‚Adresse‘, und diese Ansprüche führen zu Umbauten und Veränderungen“ (Sieverts 2004:18). Wachstum und Schrumpfung sind nach Laux (2005:188) städtische Entwicklungen mit verwandten Mechanismen, „sie können sogar gleichzeitig (...) stattfinden. Denn während in Kernstadtquartieren Leerstand und Lücken entstehen, werden zugleich in den Stadtrandbereichen und im Umland immer mehr Neubaugebiete entwickelt.“

2.3 Lage der Forstwirtschaft

Auch aus Sicht der Forstwirtschaft hat sich die Lage geändert. Die ökonomische Situation der Forstwirtschaft in Deutschland ist heute kritisch, viele Forstbetriebe weisen über Jahre hinweg Verluste auf (vgl. Hartebrodt u. Möhring 2004:1184f, vgl. Thoro 2005 (online)). Die gesellschaftspolitische Bedeutung der Forstwirtschaft liegt stärker im Bereich der Schutz- und Erholungsleistungen des Waldes als in der Rohholzproduktion. Die Kosten dieser Leistungen werden aber überwiegend über die Rohholzpreise getragen. Im öffentlichen Diskurs über den Wald wird diese kritische Situation allerdings weitgehend ausgeblendet (Hartebrodt u. Möhring 2004:1184f). Es werden daher Anpassungen der Betriebe als auch ein Wandel in der Forstpolitik gefordert. Neue Möglichkeiten müssen eröffnet werden zur Vermarktung der von der

Gesellschaft geschätzten Leistungen der Wälder. Von forstlicher Seite könnte die Gestaltung oder das Management stadtnaher Wälder als Dienstleistung angeboten werden. Eine auf Dienstleistung ausgerichtete urbane Forstwirtschaft könnte sich neu positionieren und ihre Stellung als wichtige Akteure in Region stärken. Somit ist stadtnahe Forstwirtschaft derzeit in einem Umbruch, der auch Gestaltungschancen enthält und eine Anpassung an vorhandene Ansprüche und Bedingungen erfordert.

2.4 Neue Ansprüche an stadtnahe Wälder

Es ist wohl unbestreitbar, dass die Qualität stadtnaher Freiräume starken Einfluss auf die Lebensqualität der Städte hat. Da heute ein Großteil der Bevölkerung in Verdichtungsräumen lebt, spielt der stadtnahe Wald für die Städte eine wichtige Rolle für die Erleichterung der Naturwahrnehmung zur physischen und psychischen Regeneration. Das gesamte Aufkommen der Waldnutzer hat sich insbesondere in den Randzonen der Verdichtungsräume stark erhöht. Dazu verfügt unsere Gesellschaft über wesentlich mehr freie Zeit als jemals zuvor. Während früher der Schwerpunkt der Nutzungen auf der Regenerierung der Arbeitskraft durch körperliche Ertüchtigung und Sicherstellung der Ernährung lag, dient die sportliche Betätigung im Freien heute der individuellen Selbstbestätigung durch einen gesunden Körper. Dies führt zu Auswirkungen auf die Nutzung und Erwartungshaltung an die Gestaltung der Freiräume im Wohnumfeld (vgl. Boczek 2004:141).

2.5 Mehr Wald, mehr Potential! – Waldzunahme

Gründe für die derzeitige Waldzunahme im Bundesgebiet (ROB 2000:42) sind die Aufforstungen von aus der Bewirtschaftung genommenen Grünlandflächen und Ackerland als Folge einer landwirtschaftlichen Umstrukturierung oder die Sukzession auf diesen Flächen. Desweiteren tragen die zahlreichen Aufforstungen als ökologische Ausgleichsmaßnahme für Eingriffe zur Waldvermehrung bei (Häusler u. Scherer-Lorenzen 2002:13). Mit dem landwirtschaftlichen Strukturwandel ist beispielsweise der Rückgang der Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der Altbundesrepublik seit 1955 um 2/3 einhergegangen (vgl. Pries 1997:99; vgl. Aufmkolk 2005:51f). Nach Quellen des Ministeriums für ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Baden-Württemberg (1993) sind heute bereits 2/3 des Waldzugangs das Ergebnis von Sukzession. Nach Reif (1997:157) wird in den nächsten Jahren auf großen Flächen Deutschlands ein Wegfall der landwirtschaftlichen Nutzung stattfinden. Nutzungsintensivierung und Nutzungsaufgabe von Landwirtschaftsflächen seien heute die Regel. Aufforstungen und Sukzessionen, die in Mitteleuropa auf den meisten Standorten letztlich zu Wäldern führen, werden daher großflächig an Bedeutung gewinnen. „Auf fast jedem Standort wird sich über kurz oder lang wieder eine Waldgesellschaft einstellen.“ (ebd.:159)

3. Neue Potentiale und Strategien im planerischen Umgang mit Wald

Einhergehend mit der Erweiterung der Planungsebenen Stadt und Siedlung um die Ebene der Region kommen regionalen Konzeptplänen große Bedeutung zu. In diesen Plänen können Wald und besonders Waldränder zur Ordnung und Gliederung des Siedlungs- und Stadtgefüges eine wichtige Rolle spielen. Aufbauend auf diesen Plänen werden Maßnahmen im Zusammenhang mit Wald auf Stadt- oder Siedlungsebene entwickelt und durchgeführt. Dabei nimmt die Gestaltung der Waldränder, die auch schon in Teil III, 7. als eines der wesentlichen gestalterischen Elemente dargestellt wurden, auch in den aktuellen Konzepten eine wesentliche Rolle für die Qualifizierung eines Ortes ein.

Die Stadtplanung müsste angesichts der bereits genannten urbanen Prozesse (vgl. Teil IV, 2.2) daher gerade heute den Versuch wagen, langfristig mit Landschaft und Wald Stadt zu planen und zu gestalten, indem neue Wälder mit sinnvollem Bezug zur Stadt/Siedlung gepflanzt werden und als Freiraumgerüst, nutzbarer Ort und Gestaltungselement dienen. Bis diese neu gepflanzten Flächen jedoch als Wald zu erkennen sind, benötigen sie in der Regel Jahrzehnte. Kaum eine andere Fachplanung arbeitet mit vergleichbar zeitlich ausgedehnten Planungshorizonten wie die Forstwirtschaft. Die Wandlungsfähigkeit von Wäldern könnte eine solide Grundlage sein, um auf Unwägbarkeiten der städtebaulichen Entwicklung für gewisse Standorte zu reagieren.

3.1 Regionalparkkonzepte: Wälder als in Wert gesetzte Landschaft

Wie bereits beschrieben, widmen sich die Regionen intensiv der Freiraumgestaltung. Anhand von Regionalparks wird in diesem Abschnitt die Sicherung und Ausgestaltung von Freiräumen im regionalen Kontext dargestellt. Neben der Idee, Freiraum als Gerüst zu verstehen und somit zu schützen, lautet die Zielsetzung der Regionalparks Schutz von Freiräumen und deren Funktion für die Stadtgestalt, Stadtökologie und Erholung. Um dem Problem des Mangels an sinnlicher Erfahrbarkeit und positiver Konzeptbildung bezüglich der Freiräume (vgl. Lohrberg 2001:125) entgegenzuwirken, das durch die konventionelle Sicherung der Freiräume durch Verordnungen und Schutzgebietsausweisungen entstehen kann, fordert die Regionalpark-Idee eine „In-Wert-Setzung“ oder auch „Qualifizierung“ von Freiräumen. Wie bereits beschrieben, spielt die Pflegeintensität stadtnaher Grünräume eine bedeutsame Rolle sowohl für deren sozialen und ökonomischen Wert. Trotz unbestrittener Meinung, dass stadtnahe Grünflächen wie Parks, Wälder usw. ökologische, soziale, kulturelle und ökonomische Wert besitzen und wichtige landschaftliche Elemente darstellen, werden diese Vorteile oft übersehen und ihre Pflege vernachlässigt. Gegenwärtig wird oft eine Minimalpflege betrieben, es wird in Zukunft nur noch um die Wahrung der Verkehrssicherheit gehen (vgl. Niesel 2006:18). In dieser Arbeit wurde gezeigt, dass nicht nur das Vorhandensein, sondern erst die Pflege und Gestaltung dieser stadtnahen Grünräume nach urbanen Ansprüchen ihnen ihre Wertigkeiten verleihen. „Pflege bedeutet Erhalt und

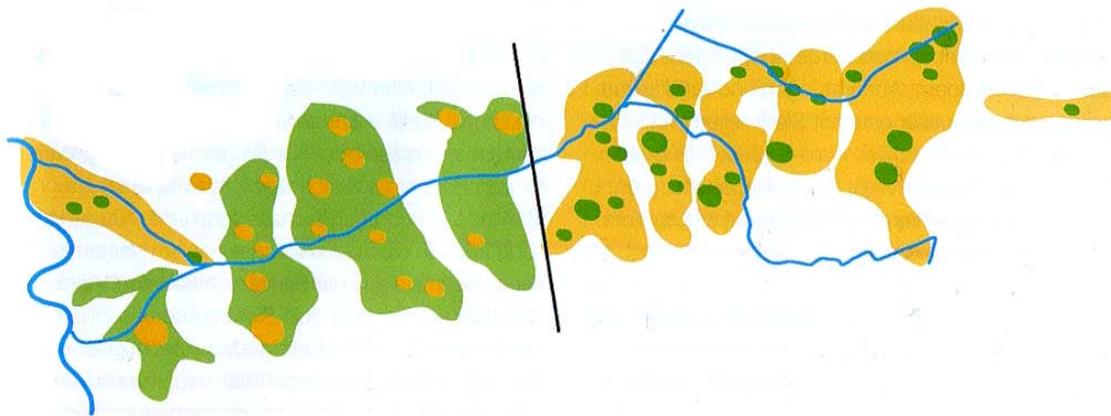
Entwicklung, sie bewahrt geschaffene und ausgewählte Qualitäten (...)“ (Masterplan ELP 2010 2004:136) Aufgrund der Tatsache, dass viele öffentliche Haushalte an dem Erhalt von Grünflächen sparen, verspielen sie nach Niesel (2006:33) „Chance, langfristige Werte dauerhaft zu entwickeln und zu steigern.“

Wie in den folgenden Beispielen gezeigt wird, geht es dabei nicht um eine flächendeckende Gestaltung und einen gleichmäßig auf die Fläche verteilten Pflegeaufwand, da aufgrund knapper finanzieller Mittel die Qualitätssicherung des urbanen Grüns nicht in vollem Umfang geleistet werden kann. „Aufgrund des stetigen Flächenzuwachses wird die Lücke zwischen tatsächlichem Bedarf zur qualitätvollen Sicherung und realer Verfügbarkeit der Ressourcen immer größer“ (Niesel 2006:17). Vielmehr geht es um die Konzentration auf spezielle Orte einerseits, die mit hohem Pflegeaufwand realisiert werden, und andererseits um das Sich-Belassen größerer Flächen als naturhafte Wildnis, die sich mit extensiver Pflege entwickeln können, wobei hier der stadtnahe Wald eine bedeutende Rolle einnehmen würde. Der Wandel, das Werden und die Veränderungen sowie das Wachstum einer Landschaft können Teil des Konzepts werden und als Basis für ein neues ästhetisches Verständnis dienen (vgl. Grosse-Bächle 2005) „Der Faktor Zeit muss wieder Einzug in die Planung finden“ (Niesel 2006:36).¹²⁹

3.1.1 Beispiel Urbane Waldgestaltung im Emscher Landschaftspark (ELP)

Ziel ist es in der zweiten Dekade des Parkaufbaus des ELP, eine moderne Agrar- und Waldlandschaft im Ballungsraum zu entwickeln und mit dem Gestaltungsanspruch der urbanen Kulturlandschaft zu verbinden. Unter dem Titel „Urbane Landwirtschaft und Waldnutzung Ruhrgebiet“ empfiehlt der Masterplan ELP 2010 die Entwicklung und Erprobung eines Integrationsmodells, das den regionalen Parkaufbau und die land- und forstwirtschaftliche Nutzung als Einheit begreift (vgl. Masterplan ELP 2010 2004:116). Räumliche und strukturelle Unterschiede der Land- und Forstwirtschaft innerhalb des ELPs sind Ausgangspunkt für eine teilweise räumliche Differenzierung, aus dem folgendes Raummodell entwickelt wurde: Emscherwald mit Agrarinseln im Westen und Agrarweiten mit Waldinseln im Osten. Da davon ausgegangen werden kann, dass die Bewaldung im Westteil der Emscherzone weiter zunehmen wird, formuliert der Masterplan ELP 2010 folgende Konzeption: „Ein Emscherwald wird aufwachsen, der durch den Emscher Landschaftspark positiv definiert wird. Mit einem herkömmlichen Wald ist der Emscherwald nicht vergleichbar, er ist äußerst heterogen, besteht aus Sukzessionswäldern, Aufforstungen und Anpflanzungen. Und er ist aufs engste mit Siedlungen und Infrastrukturen verbunden. Der Wald begleitet die großen Verkehrsbänder, durchzieht die Wohngebiete, grünt Gewerbegebiete ein und dehnt sich auf Industriebrachen in die Fläche aus.“

¹²⁹ Gebaute Beispiele hierfür sind u.a. der Oerliker Park in Zürich, der Greenwich Peninsula Park in London und der Landschaftspark Riem in München (vgl. Garten + Landschaft 5/2005)



Wald-Siedlungs-Gemeinschaft mit Agrarinseln

Agrar-Siedlungs-Gemeinschaft mit Waldinseln

Abb. 109: Raummodell einer Ost-West-Differenzierung (Quelle: Masterplan ELP 2010 2004:131)

Es wird eine innovative Aufgabe sein, ein Gestaltungsrepertoire für die Agrarinseln zu entwerfen und die Qualitäten dieser Lichtungen durch gezielte Interventionen herauszuarbeiten. Den Übergängen von den geschlossenen Wald-Siedlung-Bereichen in die offene Flur kommt dabei sicher eine besondere Bedeutung zu. Eine klare Linienführung der Raumkanten, die Betonung der Eingänge, eine Inszenierung des Wechsels von Dunkel zu Licht und die Freistellung von Ausblicken seien hier als erste mögliche gestalterische Ansätze angeführt. (...)“ (Masterplan ELP 2010 2004:132)

3.1.2 Beispiel Regionalpark Saar: Urbane Forstwirtschaft und Waldgestaltung

Ziel des Regionalparks Saar ist es, „mit Landschaft Stadt gestalten“. Der Saarkohlenwald wird als Pilotprojekt im Regionalpark Saar entwickelt. Als einziger Regionalpark in einem deutschen Verdichtungsraum ist der Regionalpark Saar auf den Wald ausgerichtet, was sowohl für die räumliche Ausdehnung als auch für die inhaltliche Ausrichtung gilt. Mit Orientierung an einer Waldachse, von Homburg bis in den Warndt durch das Saarland ziehend, soll der zukünftige Regionalpark die Landschaften in stark verdichteten Räumen aufwerten und für die Bürger zugänglich machen. Die Landschaft wird von den teilnehmenden Regionen als ein wichtiger Standortfaktor im Konkurrenzkampf um wirtschaftliche Entwicklung verstanden. Der Saarkohlenwald, unmittelbar nördlich von Saarbrücken gelegen, dient als Labor für die weitere Entwicklung des Parks.

Kern des Saarkohlenwaldes ist der „Urwald vor den Toren der Stadt“. 1000 ha Wald wurden hier 2002 als Naturschutzgebiet aus der Nutzung entlassen, sind für die Bevölkerung weiter zugänglich. Umgeben wird dieser Kern von einem Ringwald, in dem 1200 ha als Prozessschutzwald und 3500 ha bewirtschaftet werden. Das Büro lohrberg stadtlandschaftsarchitektur entwickelte ein Integrationsmodell für die urbane Forstwirtschaft im Regionalpark. Forstwirtschaft im Verdichtungsraum bedeutet mehr als nur Holzproduktion mit zusätzlichen Umwelt- und Sozialfunktionen.

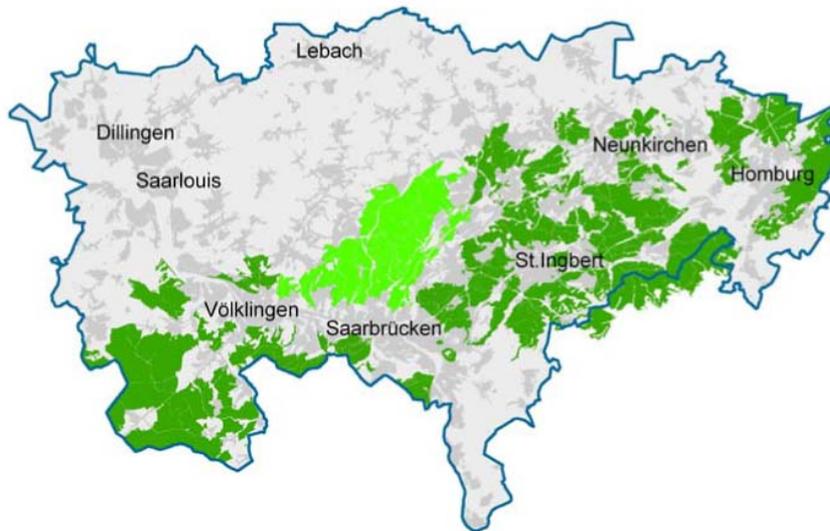


Abb. 110: Die Waldachse, der Saarkohlenwald ist in hellem Grün hervorgehoben (Quelle: agl)

Eine auf Dienstleistungen ausgerichtete urbane Forstwirtschaft kann zu einem eigenen Geschäftsfeld werden. Somit könnten die Forstverwaltungen sich neu positionieren und ihre Stellung als wichtige Akteure in der Region stärken. Forstakteure können über ihre bisherigen Aufgaben im Wald hinaus zum umfassenden Freiraum- und Parkmanager werden (vgl. Lohrberg u. Timpe 2005:1132). Neben Themen zur Bewirtschaftung und zum Management des Regionalparks wie Stärkung des Potentials Urbaner Forstwirtschaft und möglicher Leistungskatalog einer Urbanen Forstwirtschaft zeigt der Bericht der AG Urbane Forstwirtschaft im Saarkohlenwald (2005) mit Hilfe von Waldbildern gestalterische Möglichkeiten auf zur Erleichterung der Wahrnehmung verschiedener Bewirtschaftungsformen und ihrer räumlichen Grenzen und Ränder durch die Besucher auf. Neben dem Urwald, der nicht nur ökologischen Zielsetzungen dient, sondern der der Raumvision zufolge auch als Erholungsinsel im Ballungsraum begriffen werden kann, gibt es den ihn umgebenden bewirtschafteten Ringwald. Durch die verschiedenen Nutzungen des Waldes, in der Geschichte entstanden, entstehen immer neue Waldbilder, die heute noch ablesbar sind. Um die Grenzen zu stärken, werden z.B. Strategien zur Inszenierung der Urwaldgrenze, des Übergangs von Wirtschaftswald zum Wildniswald, verfolgt (lohrberg stadtdlandschaftsarchitektur 2005:61ff).



Abb. 111: Variante Signalbaumart – in freiem Wuchs oder als Hecke geschnitten (Quelle: lohrberg stadtdlandschaftsarchitektur 2005:68)

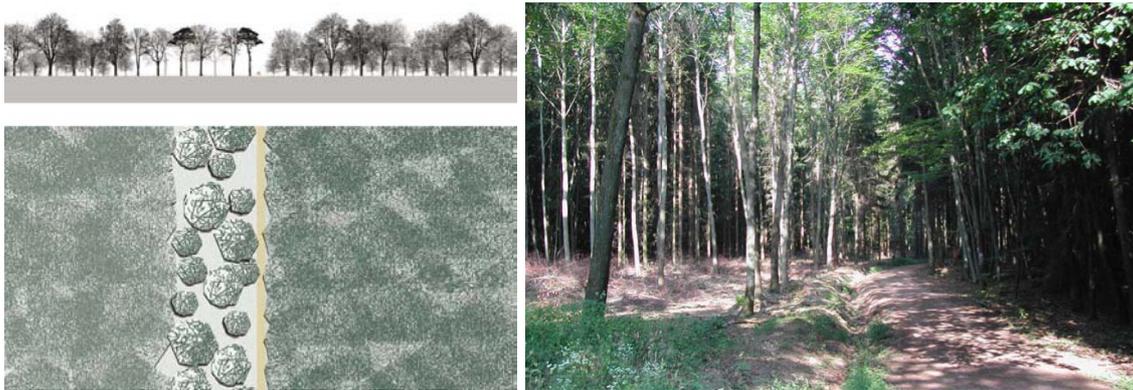


Abb. 112: Die Lichtspur in der Entwurfsidee und Umsetzung (Quelle: lohrberg stadtlandschaftsarchitektur 2005:71, Foto: Hubertus Lehnhausen)

3.1.3 Beispiel Landschaftspark Duisburg-Nord: Wälder als gestaltete Boskette

Auch das Modell „Boskette“ arbeitet mit gestalterischen Mitteln, indem ein starker Kontrast zwischen Waldrand und Waldinnerem geschaffen wird. Angelehnt an das barocke Boskett erhalten die Wälder lediglich eine klare definierte Kontur, ihr Inneres bleibt wild. Während die Ränder durch spezielle Pflanzungen oder Schnitt heckenartig ausgebildet und an wichtigen Stellen von Fuß- und Radwegen begleitet werden, sodass in diesem Randbereich ein öffentlicher Begegnungsraum geschaffen wird, dominiert im Waldinneren die Wildnis, in der der Wald zu einem Irrgarten neuen Typs wird (Lohrberg 2004). Dieses Modell verzichtet auf eine Wegeerschließung im Inneren.

Im ELP setzt man sich nicht nur mit der räumlichen und gestalterischen Ebene im Rahmen des Masterplans auseinander, auch wird - wie im Folgenden beschrieben wird - gezeigt, wie Brachen durch Nutzung und Bewirtschaftung der Landschaft positiv definiert werden können.

3.1.4 Wald als Aneignungsraum - Brennholzquelle, Spielwiese, Kulisse

Konzepte für neue Schwerpunkte der urbanen Waldnutzung werden vorgeschlagen: „Unter den Bedingungen von Wachstum kann Wildnis als ein sinnfälliges Gegenbild zum Alltag der Menschen erlebt werden. Das ist die Idee des Industriewaldes. (...) Wo Bevölkerung und Produktion dagegen schrumpfen, wird Wildnis nicht länger als Chance, sondern als Bedrohung gelesen – als Zeichen eben dieser Schrumpfung“, (Lohrberg 2004) woraus Verwahrlosung des Wohnumfeldes, Vandalismus und Desinteresse an der Nachbarschaft entstehen können. Um zu verhindern, dass „die sukzessive Bewaldung des Raumes (des ELP, Anm.d.V.) als Verwahrlosung gelesen wird und ein run-down-Effekt mit negativen Folgen für die angrenzenden Quartiere einsetzt“, wird im kürzlich erschienenen Bericht der Plattform „Urbane Waldnutzung im Ruhrgebiet“ (2007:8) vorgeschlagen, den Nutzungsaspekt stärker im Industriewald zu verankern. Dabei wird der Nutzungsbegriff nicht nur ökonomisch verwandt, sondern

steht für eine breite Palette insbesondere sozial motivierter Nutzungen. „Wo (...) Flächen genutzt, (...) Wälder beerntet werden, wo Gehölzränder beschnitten und Wege freigehalten werden, signalisiert Landschaft gesellschaftliche Präsenz, öffentliches Territorium und privates Engagement.“

Die hier zugrunde liegende Idee betrachtet die Ränder und Brachen nicht allein als Naturschauplatz, sondern als eine „riesige Spiel- und Bastelwiese, auf der sich die Vielfalt der Region abbilden kann“ (Lohrberg 2004). Die erarbeiteten Modelle thematisieren die In-Kulturnahme industrieller Brachen. Sie reichen von mehr Möglichkeiten privater Aneignung bis hin zu neuer „Primärproduktion“. „Immer entsteht genutzte Landschaft, die ihre Identität nicht nur aus Wildnis und Natur bezieht, sondern aus Aneignung, Pflege, Rekultivierung und neuer (industrieller) Bewirtschaftung.“ (Lohrberg 2004)

Bei der Aneignung geht es beispielsweise darum, dass es Gruppen von Menschen (Bewohner, Vereine, Privatpersonen) erlaubt wird, brachliegende Flächen für eigene und gemeinschaftliche Zwecke zu nutzen, wie z.B. für die private Brennholznutzung. Ziel ist es dabei, den Menschen Raum zur Entfaltung zu geben und Brachflächen durch die Anwesenheit und die Aktivitäten der Gruppen in öffentliche Räume zu verwandeln. Dieser Prozess wird auch Placemaking genannt. Aus naturschützerischer Sicht bedeutet es, dass Waldflächen nicht vorrangig vor dem Menschen geschützt werden, sondern es wird nach einem verträglichen Miteinander gesucht. (s. Teil IV, 2.4) Es können in diesem Placemaking-Prozess nach einer Rekultivierung entweder neue Wegenetze errichtet werden oder auch bestehende Wegeflächen genutzt werden. Ein mögliches Beispiel für letzteres sei die Nutzung der Landebahn eines ehemaligen Flugplatzes (Niddawiesen in Frankfurt) für Skater und Fahrradfahrer.

3.1.5 Stadtnahe Wälder zur Biomassenutzung

Angestrebt wird bei dieser Strategie eine Inwertsetzung des Standortes durch den Anbau von Biomasse. In dieser Denkweise steht der Standort im Vordergrund. Der Vorteil der Biomasse ist dabei, dass der Aufwand für die Landschaftsgestaltung und Adressbildung durch eine energetische Nutzung gegenfinanziert werden kann. Ziel ist es, möglichst effektive Kombinationen aus Wohlfahrtseffekten auf der einen Seite und Nutzen auf der anderen Seite zu finden. „Da Energieausbeute nicht das alleinige Ziel ist, scheidet Anbauformen aus, die keine adäquaten Wohlfahrtseffekte mit sich bringen. Umgekehrt wird man die gesamte Fläche aber nur dann im Sinne des Emscher Landschaftsparks gestalten können, wenn der ökonomische Ertrag den Aufwand auf einem Großteil der Fläche rechtfertigt.“ (Plattform Urbane Waldnutzung im Ruhrgebiet – Dokumentation der Arbeitstagung 23.11.2005:21)

3.2 Stadtbau in Schrumpfungsgebieten: Mit Wald „bauen“!

Nicht nur im regionalen Maßstab können urbane Wälder als Gerüst dienen (vgl. 3.1.1, 3.1.2), auch im Siedlungsmaßstab können sie als gestalterisches räumliches Mittel gelesen werden. Wir stehen heute vor einer Situation, die langfristige, gewagtere Vorhaben mit experimentellem Charakter zulässt, verbunden mit neuen Gestaltungschancen für die Stadt. Denn während bisher Stadtentwicklung in Deutschland mit Erweiterung und Wachstum verbunden war, treten in großen Teilen Deutschlands Schrumpfungsprozesse ein, die neue städtebauliche Muster mit sich bringen und mittelfristig in ganz Deutschland und Europa stattfinden werden (vgl. Roos 2004; vgl. Weidner 2005:16). Es bedarf daher nicht wie bisher nur der ordnungsorientierten Steuerung der Flächennutzung und baulichen Entwicklung sowie der Ausweisung von Siedlungsflächen und des strikten Freiflächenschutzes, sondern einer strategischen Planung und integrierter Konzepte (vgl. Streich 2005:523). Nach Weidinger (2006:207) haben angesichts neu entstandener Flächen in der Stadt, die unter Bedingungen wirtschaftlicher Stagnation und aufgrund mangelnder Nachfrage nach Innenraum zu Problemflächen werden, der „Städtebau und die Architektur ihre Rolle als führende Disziplin der Stadtgestaltung eingebüßt.“ Der landschaftsarchitektonische oder freiraumbasierte Städtebau (s. Teil I, 2.3.2) kann hier ansetzen und beispielsweise mit Wald die Stadt „bauen“ und den Wachstumsprozess, den Wandel der neuen Wälder als Teil des Konzepts integrieren.

Die Strategien der Nutzung des stadtnahen Waldes als Gestaltungs- und Gliederungselement sind daher nicht nur in wachsenden Gebieten anwendbar, sondern auch in Kernstadtgebieten schrumpfender Regionen. In Schrumpfungsgebieten kann es sinnvoll sein, eine **Stadt- und Landschaftsreparatur** bzw. **-korrektur** durchzuführen, indem z.B. bauliche Strukturen zu dauerhaften oder temporären Freiräumen wie Wald, Haie, Gehölz usw. umgewandelt oder die landschaftlichen und gebauten Strukturen neu geordnet werden und neue Räume entstehen können. Gleichzeitig können durch ökologische Aufwertung, sofern sie mit den gestalterischen und/oder erholfördernden Zielen in Einklang gebracht werden können, Synergieeffekte erzielt werden. In diesen Übergangszonen außerhalb der lokalen Zentren, „die für Umbau und Aufwertung vorgesehen sind, eröffnen sich Möglichkeitsfelder dadurch, dass Gestaltvorstellungen radikal nach unten korrigiert und städtebauliche und bauliche Regelungs-dichten enorm verringert werden können.“ (Nagler 2005:93) Angesichts der begrenzten finanziellen Kapazitäten können Strategien sinnvoll sein, in denen das Liegenlassen und Zwischennutzen von öffentlichen Flächen thematisiert werden (vgl. auch ebd:92). Denn bei fehlendem wirtschaftlichem Druck in Schrumpfungsszenarien und somit fehlenden Lenkungsmöglichkeiten geht es darum, Strategien zur Aktivierung zu entwickeln. So können entwicklungsoffene Gebiete ein Experimentierfeld darstellen, die aktiviert werden können und in dem sich jeder verwirklichen kann. Dabei kann der transformierbare, dynamische stadtnahe Wald als besonderer Raum mit seinen räumlichen Elementen wie Randzonen, Kronendach, seinem dreidimensionalen Volumen usw. konkrete Aneignungsmöglichkeiten schaffen und neue Nutzungsinteressen hervorbringen.

Umwandlung von Bauland in Wald im Rahmen des Stadtumbaus

Im Folgenden werden einige mögliche alternative Strategien im Umgang mit Wald genannt und einige anhand von Beispielen illustriert. In den meisten hier gezeigten Beispielen wird die zeitliche Dimension in Form von Prozessplanung integriert. Wie es im Beitrag von Waldheim (2006:39) heißt, könnte Landschaft ein Mittel sein, das als einziges dazu fähig ist, auf den zeitlichen Wandel, die Transformation, Anpassung und Sukzession zu reagieren. Diese Qualitäten befürworten Landschaft als ein Analogon zu gegenwärtigen Prozessen der Urbanisierung und als Medium, das sich als einziges für die Prozesse ohne vorgegebenes Ende, die Unbestimmtheiten und Veränderungen eignet, bestimmt durch die gegenwärtigen urbanen Bedingungen.

Im Rahmen der Untersuchung „Zwischennutzung und neue Freiflächen – Städtische Lebensräume der Zukunft“ (2004), beauftragt vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, wurden im Kapitel „Renaturierung – Neue dauerhafte Freiflächen im Stadtumbau“ bei den untersuchten Renaturierungsprojekten Wald als die am häufigsten angestrebte Nutzungskategorie festgestellt. Gründe für den Folgenutzungstyp Wald sind nach o.g. Untersuchung (2004:110) folgende:

„- Wald erfordert nicht zwingend eine Bodenneuordnung; Waldflächen können sich sowohl im Privatbesitz wie im Besitz der öffentlichen Hand befinden

- Wald lässt ein großes Nutzungsspektrum zu (Erholungswald, Naturwald, Produktionswald, Energiewald), bei vergleichsweise geringen herstellungs- und Folgekosten in der Pflege und Unterhaltung

- mit Wald kann – sowohl am Siedlungsrand als auch im Innenbereich – eine große stadträumliche Wirkung erreicht werden

- in Wäldern bleibt die öffentliche Zugänglichkeit der Flächen erhalten und es bestehen gegenüber dem öffentlichen Grün geringere Anforderungen an die Verkehrssicherungspflicht

- Wald gewährleistet eine gesicherte langfristige Trägerschaft (i.d.R: durch die Forstbehörden).“

Im Folgenden wird das Beispiel Halle-Silberhöhe vorgestellt, bei dem es um die Idee ging, im Stadtumbaugebiet durch Waldanpflanzung auf Abrissflächen eine städtebauliche und gestalterische Aufwertung zu schaffen und Folgenutzungen zu ermöglichen.

3.2.1 Beispiel Halle Silberhöhe: Wald in die Stadt „hineinlassen“

Die Idee, Wald zurück in die Stadt hineinzulassen, wird beispielsweise in Halle im Rahmen des Stadtumbaus Ost bereits umgesetzt. Mit dem Netzwerk „Stadtumbau in Halle“ wurde versucht, in sechs Stadtumbaugebieten in Halle die Wohn- und Wohnumfeldqualität durch städtebauliche Aufwertung zu verbessern. Ein Gebiet ist der Stadtteil Halle Silberhöhe. Für diesen wurde das Leitbild „Waldstadt“ erarbeitet.¹³⁰ Silberhöhe hatte nach seiner baulichen Fertigstellung 1990 ca. 39.000 Einwohner in über ca. 15.250 Wohneinheiten, während heute die Einwohnerzahl auf unter 17.500 gesunken ist. Auf Grundlage des 2001 beschlossenen Neuordnungskonzeptes für den Stadtteil wurden bisher 3045 Wohneinheiten abgerissen. Insgesamt ist ein Abriss von 7000 Wohneinheiten geplant. Der Stadtumbau bietet die Chance, „neue Waldflächen zu entwickeln, die dem verbleibenden Wohnungsbestand zu einem neuen Image als Waldstadt verhelfen.“ (Abb. 113) (Halle Silberhöhe – Informationen zur Stadtteilentwicklung April 2005)

Das Gestaltungskonzept der Waldstadt in Halle geht von einer abgestuften Renaturierung aus, die von einer parkähnlichen Gestaltung im siedlungsnahen Bereich bis zu naturnaher Sukzession und Aufforstung an den Siedlungsrändern im Übergang zum Landschaftsraum reicht. Die wichtigsten Anforderungen an das Konzept sind Flexibilität und Tragfähigkeit. Der neu entworfene Wald ist äußerst heterogen und setzt sich aus verschiedenen Wald- und Vegetationstypen zusammen. Durch die vorhandene Vegetation sowie die unterschiedliche Beschaffenheit der Böden sollen die städtebaulichen Spuren sichtbar bleiben. Die Bausteine des Gestaltungskonzepts sind Lichtungen, parallele Bandstrukturen und die Topographie:

„- Lichtungen

Forstet man die von den Gebäuden freigeräumten Flächen auf, bzw. pflanzt man sie, werden die ehemaligen Höfe zu Lichtungen im Stadtwald. (...)

- Topographie

Die ursprüngliche Topographie, durch die bauliche Überformung kaum wahrnehmbar, wird durch sich abwechselnde Wald- und Sukzessionsbänder, die den Höhenlinien folgen, wieder sichtbar und erlebbar. (...)" (Halle Silberhöhe – Informationen zur Stadtteilentwicklung April 2005)

Ausgehend von einem zentralen Platz „strahlen“ Baumreihen in den Süden und Westen des Stadtteils und nehmen so Bezug zur umgebenden Landschaft auf. Es entstehen auf ehemaligen Bauflächen ‚Baumhallen, die die vormaligen baulichen Strukturen markieren und gegenüber dem zentralen Grünzug abgrenzen.“ Auch die Gestalt der Bäume in Bezug auf die verschiedenen Jahreszeiten berücksichtigt. Es wird unterschieden zwischen Boskett, Zauberwäldchen, Baumhallen 1-3, Frühlingswald, Kastanienallee, Eschenboskett (Abb. 113).

¹³⁰ [online] <http://www.halle.de/index.asp?MenuID=998&NewsID=11531&SearchString=silberh%F6he%20wald&Jahr=9999&Monat=9999&SuchVerknuepfung=UND&CurrentPage=1> (Stand 12.06.06); <<http://www.halle.de/index.asp?MenuID=973>> (Stand 12.06.06)



Abb. 113: Plan Grünvernetzung und Freiraumtypologie, Bearbeitung Büro Planerzirkel im Auftrag der Stadt Halle 2004 [Quelle: Halle Silberhöhe – Informationen zur Stadtteilentwicklung April 2005]



Abb. 114: Perspektive. Abrissflächen am Anhalter Platz, Juni 2004 [Quelle: Halle Silberhöhe – Informationen zur Stadtteilentwicklung April 2005]



Abb. 115: Perspektive. Zukunftsvision für den Anhalter Platz [Quelle: Halle Silberhöhe – Informationen zur Stadtteilentwicklung April 2005]

Auch offene Landschaften werden gestaltet. Die Ränder der Abbruchflächen ehemaliger Wohngebäude erhalten eine klare Kontur durch Eschenbäume. Im Inneren kann sich ein naturnaher Wald entwickeln, der sich nach und nach mit Baumarten aus dem Auenwald aufforstet.

3.2.2 Beispiel Leipzig Wurzner Straße: Waldbilder als Konzepte

Im Rahmen des Stadtumbaus des Leipziger Ostens bildet die Umgestaltung der Wurzner Straße einen der drei Handlungsschwerpunkte. Durch Auflockerung der städtebaulichen Struktur - Gestaltung brachliegender Grundstücke und sinnvolle Rückbaumaßnahmen - soll der Wohnwert gesteigert und der Wohn- und Wirtschaftsstandort Leipziger Osten aufgewertet werden. Ziel ist die nachhaltige Verbesserung der stadträumlichen Qualität. Planerische Grundlage bilden die Konzepte „Dunkler Wald“ und „Lichter Hain“, die bis 2005 realisiert worden sind. Auf rund 5300 m² entstand an der Wurzner Straße ein Ort mit Wäldchen, Wiese und Gehölzgruppen. Das Gestaltleitbild „Dunkler Wald“ wurde im Rahmen der Machbarkeitsstudie „Rietzschkeband“ entwickelt, das im Wesentlichen die gewachsene städtebauliche Struktur betont. Brachflächen werden ersetzt durch das Bild des dunklen Waldes als städtebaulicher Baustein, der die räumlichen Kanten der ursprünglichen Bebauung aufnimmt. Die Baulücken werden zu öffentlich zugänglichen Grünbereichen umgeformt. Dabei wird die Kante zur Straße hin optisch betont durch die Anpflanzung von Starkbäumen, zumeist Bergahorn und Gemeine Esche (Abb. 116).



Abb. 116: Vorentwurf Dunkler Wald, Bearbeitung Büro bgmr, Berlin [Quelle: Leipzig (online)]



Abb. 117: Vorentwurf Lichter Hain, Bearbeitung Büro bgmr, Berlin [Quelle: Leipzig (online)]

Für den östlichen Abschnitt Wurzner Straße wurde das Leitbild „Lichter Hain“ entwickelt, das den Übergang von der Stadt in einen stärker landschaftlich geprägten Bereich unterstreichen soll. Der Baumbestand wird zu Vegetationsinseln zusammengefasst und teilweise mit einer Unter- und Saumpflanzung aus Ziersträuchern versehen. Baumgruppen, Gehölzinseln und Solitärbäume schaffen Blickbezüge und vielfältige Perspektiven. Als neues verfremdendes Element gliedern unregelmäßige Reihen aus dicht gepflanzten kleinwüchsigen Birken den Raum, die von der Straße in die Landschaft führen (Abb. 117).

3.3 Siedlungserweiterungen im Umland: Wald als „Grüne Mauer“ und Siedlungsbegrenzung

Seit etwa fünf Jahrzehnten wächst das Umland von Kernstädten, wie auch im Raum Karlsruhe (s. Teil II, 5.1.1). „Suburbane Räume sind in der Regel Wachstumsschwerpunkte.“ (Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung 2004:6) Somit löst sich in diesem Abschnitt der Arbeit das Betrachtungsfeld von innerstädtischen Siedlungen und verschiebt sich mehr auf die derzeitigen Siedlungserweiterungen im näheren Umland der Städte, die sich in den letzten Jahrzehnten in Deutschland entwickelt haben und in Zukunft weiterentwickeln werden. Aus städtebaulicher Sicht werden sie in ästhetischer Hinsicht allgemein vielfach beklagt und kritisiert. Man spricht von „Zersiedlung“ sowie von Vereinheitlichung der Landschaft und Standardisierung der Landschaftsgestalt und gestalterische Indifferenz. Ein Großteil architektonischer Entwicklungen ist durch globale oder zumindest überregionale Uniformität geprägt (vgl. u.a. Sieferle 1998:160ff; vgl. Sieverts et al. 2005:48ff). Das Bild dieser hauptsächlich einfamilienhausbestandenen Gebiete ist meist monoton und gleichförmig, dadurch austauschbar und nicht ortsspezifisch. Ihre Ränder sind wenig prägnant, wiedererkennbare Stadt- oder Siedlungssilhouetten werden vermisst. Mit einer sinnvollen Gestaltung der Ränder würde „dem Eindruck des beliebigen Ausufers oder der willkürlichen Grenzziehung von Agglomeration und offenem Land“ vorgebeugt werden (vgl. Leuzinger et al. 1988:93). Zum einen bietet es sich daher an, gerade hier anzusetzen. Der Wald bzw. der Waldrand könnte Identifikationsträger werden, der das Spezifische einer Region zum Ausdruck bringen könnte. Zudem würde eine nachträgliche qualitative Siedlungsbildaufwertung mit Hilfe der Vielfalt an Gestaltungsmöglichkeiten (s. Teil III, 7.), vor allem in Randbereichen, eine ablesbare Gliederung, eine Verbesserung der Orientierung bewirken und Ortsidentität schaffen.

Stadtnahe Wälder im suburbanen Bereich können dabei nicht nur als räumliche Gliederung des näheren Stadtumlandes oder als dreidimensionales städtebauliches Landschaftselement dienen, sondern bei Unterschützstellung zugleich als Begrenzung der lokalen Siedlungsentwicklung. Denn wer es sich leisten kann, und zu dieser Gruppe zählen beispielsweise die Einfamilienhausbesitzer, verwirklicht im suburbanen Raum nicht nur einen möglichst großen Abstand zu anderen Nutzungen, sondern versucht offensichtlich auch mit Hilfe verschiedener Mittel, zu denen auch das Argument des „objektiv“ notwendigen Schutzes der freien Landschaft gehört, sich das einmal erreichte Privileg des Wohnens und Arbeitens direkt am Wald mit der „Stadt“ im Rücken zu sichern. Eine Besiedlung der gesamten Umlandfläche wird dann sehr unwahrscheinlich (vgl. Clemens 2001:118). „Sie (die Randbewohner) scheuen nicht davor zurück, ökologische Argumente zu missbrauchen (...), die privilegierte Randlage zu bewahren und sich den Ausblick nicht verbauen zu lassen“ (Humpert et al. 1999:586f).

Daher könnte Wald als Mittel zur Gegensteuerung der Zersiedlung und zur Steuerung von Siedlungsentwicklung dienen, indem neue nutzbare Randzonen durch sinnvolle Aufforstungen und sinnvolles Einfügen der Bebauung in Bezug zu Waldrandzonen geschaffen und gestaltet werden. Besonders Wälder können dann als „Grüne Mauern“ wirken und gleichzeitig dem weiteren lokalen Siedlungswachstum Einhalt gebieten. Während Wälder im Umkreis der Städte früher über 200 Jahre hinweg vorrangig als Wirtschaftsförster nach waldbaulichen und betrieblichen Anforderungen künstlich geschaffen wurden, könnten nach Meinung der Verfasserin heute neue Wälder im wachsenden Umland der Städte nach gegenwärtigen Ansprüchen der Städter und Bewohner an sinnvollen Orten geschaffen werden.

3.3.1 Beispiel nördliches Umland von Karlsruhe: Neue Ausgangssituation

Noch sind zwar der vorhandene Wohnungsbedarf in der Stadt und das Wachstum im Umland Kennzeichen heutiger Entwicklung, die zu Flächenkonkurrenzen führt. Allerdings ist erstens kein immenser Baudruck wie nach dem Zweiten Weltkrieg vorhanden, ebenso wenig befinden wir uns derzeit in einer Notzeit, und zweitens ist schon heute ein Trend zum allgemeinen Bevölkerungsrückgang in Deutschland zu erkennen. „Wir stehen am Anfang einer Entwicklung, (...) deren Folgen und Konsequenzen für die Kommunalpolitik (...) noch unscharf erscheinen.“ (Wiegelmann-Uhlig 2004:2) Umbrüche werden möglicherweise erst in 10 bis 15 Jahren eintreten (ebd.:8). Geringes Wachstum bzw. Stagnation kennzeichnen die heutige und zukünftige Stadtentwicklung. In Karlsruhe ist bis 2020 von stagnierenden Einwohnerzahlen und einem Minus von 10% bis 2030 gegenüber heute auszugehen (ebd.:6). Parallel zu Bevölkerungsstagnation bzw. -rückgang vollziehen sich aufgrund des gestiegenen Flächenbedarfs pro Person **Wanderungen in das Umland** in Eigen-dynamik. Eine Gegenentwicklung zur flächenhaften „Zersiedlung“ wird daher forciert. In jüngster Zeit ist aber auch zu beobachten, dass sich aufgrund der erhöhten Alterstruktur eine Entwicklung zurück in die Stadt oder zumindest in die Nähe der Stadt abzeichnet.

Wie auf den Plänen (Abb. 118-120) zu erkennen ist, haben sich z.B. die Siedlungen westlich des nördlichen Hardtwaldes im Laufe der Jahrzehnte von Ansiedlungen immer mehr sowohl in östliche Richtung als auch nach Norden und Süden erweitert (s. auch Teil II, 5.1.1). Das Überschwemmungs- und Sumpfgebiet in der Rheinniederung im Westen sowie der Hardtwald im Osten bilden Grenzen für die Erweiterungen. So sind einige benachbarte Siedlungen durch die Nord-Süd-Erweiterungen zusammengewachsen und bilden nun größere Siedlungskörper, wie es im Falle Eggenstein-Leopoldshafen oder Linkenheim-Hochstetten geschehen ist. Gegen die Regionalplanung beginnen also mit zunehmender Siedlungstätigkeit die Siedlungen in Längsrichtung zu ungegliederten Siedlungsbändern zusammenzuwachsen. Sie verwischen in Querrichtung die prägenden naturräumlichen Einheiten. Siedlungsränder werden nicht mehr durch Notwendigkeit gestaltet, sie sind heute Bebauungen, die abrupt aufhören, damit etwas anderes – übergangslos – anschließen

kann, meist Agrarfläche. So entstehen Bruchstellen zwischen Siedlungs- und Landschaftsräumen. Heute ist die Berührungslinie zwischen Siedlung und Freiraum stark gewachsen, allerdings „treten heute Freiraum und Siedlung unvermittelt aufeinander, ohne klassische Ausbildung von Übergangszonen, wie Kleingärten, Streuobstwiesen (...), etc. Ebenso fehlt eine Gestaltung der Ränder, sowohl auf Seiten des Freiraums wie auf Seiten der Siedlung (...)“ (Sieverts et al. 2005:123)

Aus ökologischen und regionalplanerischen Gründen werden nun im FNP 2010 die noch vorhandenen Freiräume zwischen den Siedlungen als Grünzäsuren ausgewiesen, die die bandartigen Siedlungsentwicklungen verhindern sollen, aber bisher nicht verändert haben. Auch Regionale Grünzüge werden als großflächige, zusammenhängende Landschaftsteile ausgewiesen, die ökologische Funktionen oder Freiraumnutzungen erhalten (s. Teil II, 5.3.2 und Abb. 23).

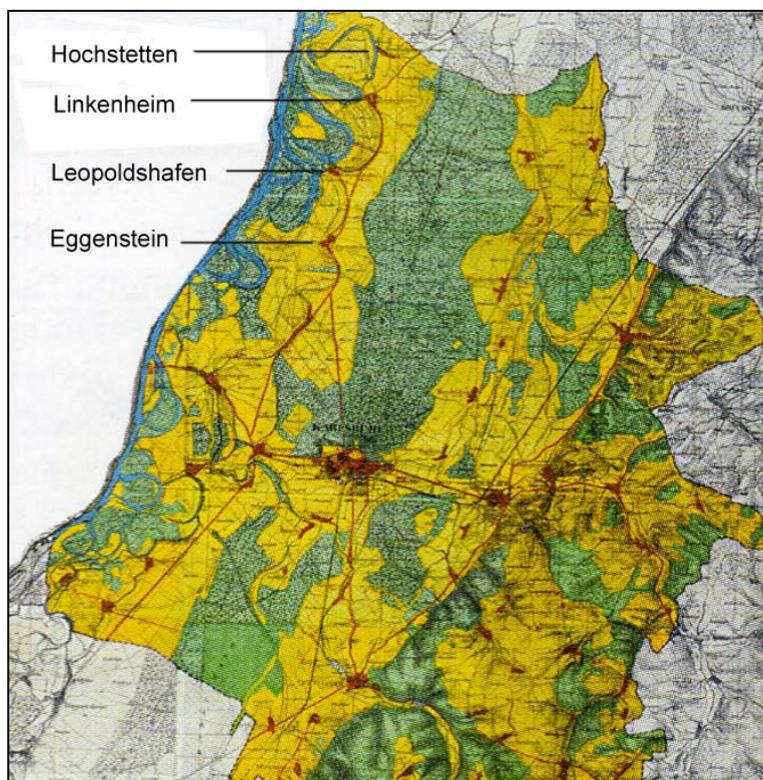


Abb. 118: Besiedelte Fläche im NVK um 1840 (Ausschnitt NVK) [Quelle: NVK Planungsstelle 2006]

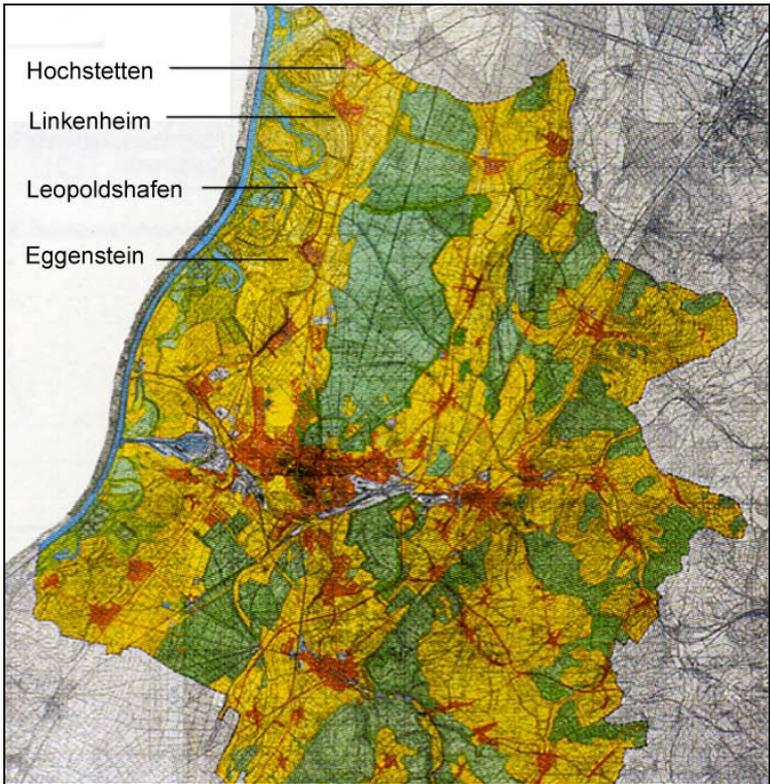


Abb. 119: Besiedelte Fläche im NVK um 1955 (Ausschnitt NVK) [Quelle: NVK Planungsstelle 2006]

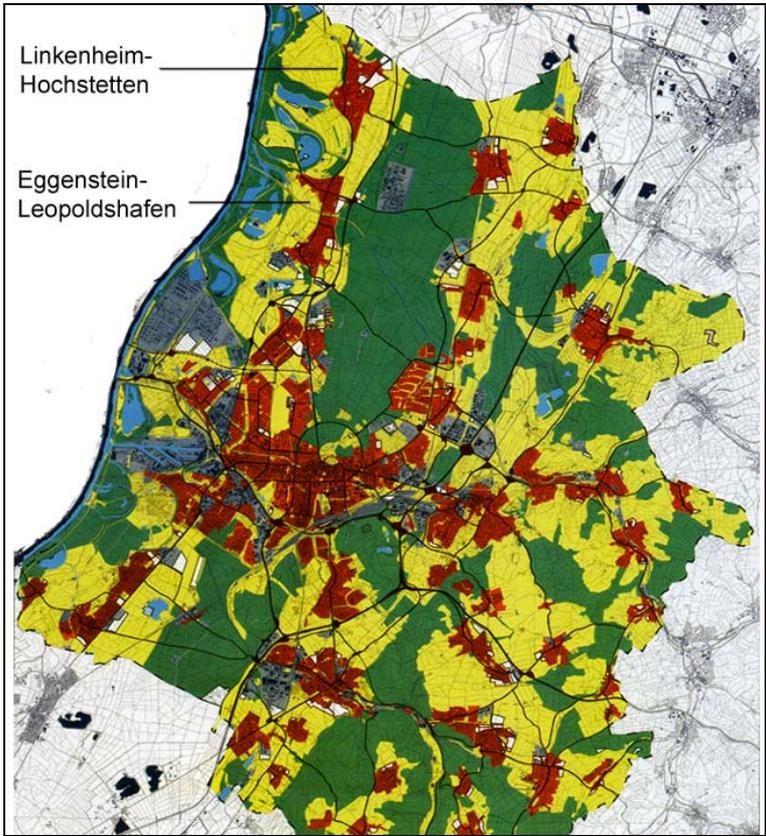


Abb. 120: Besiedelte Fläche im NVK 2005 (Ausschnitt NVK) [Quelle: NVK Planungsstelle 2006]

3.3.2 Ausformung von Waldbuchten

Die historischen Dorfkerne bilden heute oft keine übergeordnete Bezugsgröße mehr und stehen zu den seit den 1960er Jahren rapide gewachsenen neuen Siedlungsstrukturen oft in einem Verhältnis ausgesprochener Beziehungslosigkeit (Sieverts et al. 2005:77), wie es z.B. auch in Eggenstein zu beobachten ist.

Die Verfasserin schlägt vor, Waldbuchten durch Aufforstung auszubilden, in denen die Siedlung ihre Begrenzung findet, sodass eine „Verzahnung/Verflechtung“ von Siedlung und Wald entstehen kann (Abb. 122). Der flächenhaften Siedlungsausdehnung könnte somit entgegengesteuert werden. Zugleich würde die Siedlung von Waldrändern städtebaulich gefasst und räumlich und optisch begrenzt werden, sodass eine engere Bindung zum Ort entsteht. Die Lage ist nun nicht mehr undefiniert, denn man wohnt am Waldrand. Auch aus Erholungssicht ist sie vorteilhaft, denn „ein langer Siedlungsrand verschafft potenziell mehr Menschen einen direkten Zugang zur umgebenden (...)landschaft, (...)“ (Clemens 2001:116) Zu den Vorteilen der Radialstädte zählt nach (Kühn zit. in Clemens 2001:116) die „lange Berührungsfront von bebauten Gebieten und dem Außengrün, vor allem, wenn die bebauten Zonen noch eingebuchtet sind.“ Zudem werden durch die Waldbuchten markante Eingangssituationen geschaffen, indem ein Innen-Außen-Eindruck vermittelt wird. Es wird klarer, wann man in die Siedlung gelangt und wann man sie verlässt.

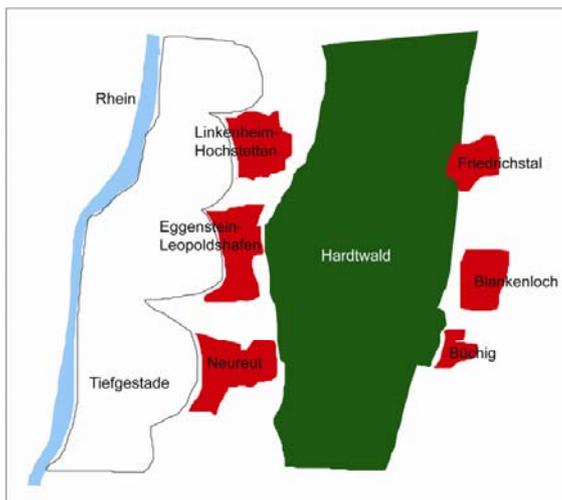


Abb. 121: Modell nördliches Umland von Karlsruhe mit Siedlungsgebieten und Landschaftsraum

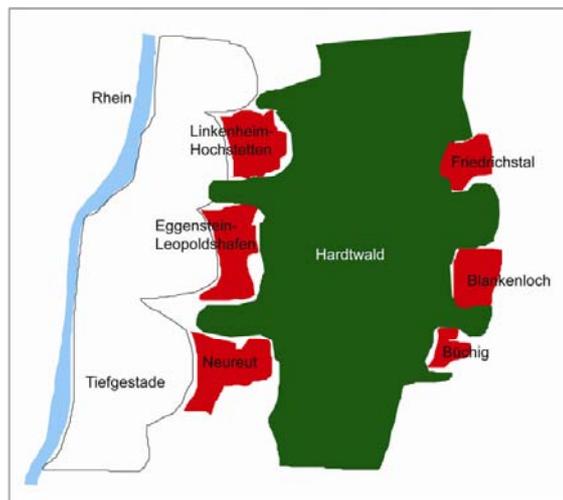


Abb. 122: Schematische Darstellung der Idee „Wohnen in Waldbuchten“

Auf lokalem Siedlungsmaßstab könnten siedlungsnahe Waldflächen z.B. differenzierter gestaltet werden als siedlungsferne Flächen. Am Beispiel Eggenstein kann man erkennen, dass Privatgärten verhältnismäßig weniger Bewohner an den Waldrand grenzen. Zudem fehlt es an Waldzugängen. Der Wald wirkt eher bezugslos zur Siedlung (Abb. 123).



Abb. 123: Nur private Gärten weniger randgelegener EFH grenzen an den Waldrand

Um dem zu begegnen, könnte die siedlungsnahe Waldrandzone durch verschiedenartig gestaltete Wegenetze in Zonen in funktionaler Hinsicht unterschieden werden. Nach Bell könnte die siedlungsnahe Zone durch gerade, breite, offene, sichere Wege oder direkte funktionale Wege von A nach B gestaltet werden, während die zweite Zone als Übergang zu siedlungsfernen Waldflächen durch geschwungene, leicht zu durchquerende, längere Strecken durch offene Flächen ausgebildet werden könnte. Siedlungsfernere Waldflächen könnten durch dichteren „wildem“ Wald gekennzeichnet sein, durch die engere, gewundenere Pfade führen (Abb. 124). Bei den Waldrandflächen geht es also auch um die Zugangsmöglichkeiten, um die Gestaltung der Waldeingänge, der Waldzonen selbst und der Wegenetze.



Abb. 124: Modell Zonierung einer siedlungsnahen Waldfläche in drei Zonen [eigene Zeichnung nach Grundlage von Bell (2005:177)]

3.4 Bodenwertverluste als Hindernis

Ein Hindernis bezüglich der Flächenverfügbarkeit ist die Tatsache, dass mit der Umwandlung von Bauland in Nicht-Bauland, wie z.B. Wald, ein Bodenwertverlust verbunden ist (vgl. Teil II, 4.3). Wald bildet die unterste Bodenpreisstufe, Wohnbauland die höchste. Die Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart ist demnach in der Regel mit einer Bodenwertsteigerung verbunden. Die gesetzliche Festschreibung

der Nutzungsart Wald sowie die geringe Rentabilität der Forstwirtschaft führen dazu, dass Waldflächen auf dem Bodenmarkt die unterste Preisstufe bilden.¹³¹ Hierin besteht Reformbedarf. Es ist ein Fehlen einer stärkeren ökologischen und sozialen Inwertsetzung der endlichen Ressource Bodenfläche im Bodenpreis zu kritisieren. „Dass ‚Landschaft in der Stadt‘ nicht nur eine ökologische Bedeutung hat, sondern auch eine ökonomische und soziale, zeigt sich in den deutlichen Wertsteigerungen von Immobilien bei einer Lage an Parks, Waterfronts und anderen Landschaftselementen in der Stadt.“ (Kühn 2001:206) Auch im Wertesystem der Stadt spielen Faktoren wie „Identifikation mit dem Ort, das Image, die Gestaltqualität, die Nähe zu Erholungsräumen für das persönliche Wohlbefinden“ eine entscheidende Rolle (Daldrop-Weidmann 2004). In den meisten Gemeinden hat sich der Stadtbau noch nicht in einer Aktualisierung der Bodenrichtwerte niedergeschlagen.

Inzwischen ist man auf dem Weg, durch Untersuchungen aufzuzeigen, inwiefern sich Freiräume auf den Bodenwert auswirken. Im jüngst veröffentlichten Endbericht des Forschungsprojekts „Bedeutung von Freiräumen und Grünflächen für den Wert von Grundstücken und Immobilien“ (2006), beauftragt von der Gartenamtsleiterkonferenz beim Deutschen Städtetag (GALK-DST), wurde deutlich gezeigt, dass vielgestaltete positive Wirkungen von Freiräumen auf den Bodenrichtwert existieren. „Die ermittelten Wirkungen von Freiräumen auf dem Bodenrichtwert sind abhängig von spezifischen Freiraumfunktionen und -ausstattungsmerkmalen. Je nach Funktion und Ausstattungsmerkmalen könne Freiräume den Bodenrichtwert bis zu ca. 20% beeinflussen, in Ausnahmefällen auch deutlich darüber. Höchst bedeutsam für die Wirkungen der Freiräume auf den Bodenrichtwert sind die Aktivitäten der Grünflächenämter ((...)) Pflegeintensität und Aufenthaltsqualität.“ (Endbericht „Bedeutung von Freiräumen und Grünflächen für den Wert von Grundstücken und Immobilien“ 2006:17)

Flächentausch als Instrument

Um die genannten Bodenwertzwänge zu überwinden, stellt bisher der einfache Flächentausch ein Instrument für die Aufforstungen dar. Den bisherigen Eigentümern werden z.B. kommunale Bauflächen in der Innenstadt angeboten oder im Falle von Halle-Silberhöhe für einen Teil der Renaturierungsflächen ein Grundstückstausch innerhalb der Großsiedlung initiiert, indem beispielsweise eine ehemalige Kita-Fläche zur Kompensation von Stellplatzdefiziten zur Verfügung gestellt wird. Auch über Gestattungsvereinbarungen mit den Eigentümern werden Flächen für die Umwandlung in Freiflächen verfügbar gemacht. „(...) perspektivisch sind die Wohnungsunternehmen bereit, ihre Flächen für einen Bodenwert als potenzielle Waldflächen (10 Cent / qm) zu verkaufen.“ (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2004:112)

Planwertausgleich als Instrument

Öffentliche Freiräume wie Parks und Wälder werden in den Liegenschaftskatastern niedrig bewertet, an Ausstattung und Pflege wird in Zeiten knapper Kassen gespart,

¹³¹ Bodenpreisstufen nach Mantau, R.: Zur Gesamtproblematik von Bodenrecht und Bodenordnung. In: Raumforschung und Raumordnung. Jg. 34, 1976, S. 1-6. Dargestellt in: Hammer 1985:30

ihr externer Nutzen wird vielfach vernachlässigt. Die Wohlfahrtswirkungen öffentlicher Grünflächen schlagen sich zwar in Immobilienpreisen und Mieten nieder, können aber mit traditionellen Wertermittlungsverfahren nicht beziffert werden. Das Problem liegt darin, dass die verschiedenen Nutzungsalternativen in einer Stadt wirtschaftlich nicht gleichwertig sind. Durch die Ausweisung von Grundstücken als Bauland erhöht sich der Wert eines Grundstücks enorm. Der Eigentümer profitiert, ohne eine adäquate Gegenleistung zu erbringen. Der Wertverlust, den der Eigentümer durch Nicht-Bauland im Interesse der Allgemeinheit erleiden, wird bestenfalls von der Allgemeinheit im Wege der Entschädigung abgegolten, nicht jedoch mit den Nutzungsvorteilen planungsbegünstigter Grundstückseigentümer ausgeglichen (vgl. Fröhler 1977:10). Dagegen zeigt sich der externe Nutzen einer Grünanlage oft erst dann, wenn sie verschwunden ist oder nicht mehr die erwartete Qualität aufweist –dadurch das Wohngebiet, der wohnungsnaher Freiraum oder die Wohnung abgewertet ist. Um das Problem der Finanzierung für Pflege, Neuanlage und Unterhalt zu lösen, streben die Kommunen an, die steuerlichen Regelungen so zu verändern, dass der Mehrwert durch Grünflächen für Immobilien von den privaten Eigentümern abgeschöpft werden kann. (Neumann 1999:23) Vorgeschlagen wird hier die Einführung des Planwertausgleichs zur Förderung von Renaturierung und Aufforstungen von Brachflächen oder frei gewordene Flächen. Unter Planwertausgleich versteht man also die Einhebung von Abgaben auf diesen Planwertgewinn. Dies ist jedoch nur machbar, wenn der Wert von Grünflächen messbar wird. Einen entscheidenden Beitrag hierzu wurde durch das kürzlich veröffentlichte o.g. Forschungsprojekt geliefert.

Die Idee des Planwertausgleichs ist allerdings nicht neu. In Deutschland hat es anlässlich der Novellierung des BauGB im Jahre 1976 und auch im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Bau- und Raumordnungsgesetzes 1998 Bestrebungen gegeben, einen solchen Planwertausgleich einzuführen. Die Realisierung dieser Abgabe ist bisher sowohl an den methodischen Problemen ihrer Berechnung als auch an politischen Widerständen gescheitert. (Vgl. Beschlussvorlage Stadt Wuppertal 2002 (online))

4. Wesentliche Aspekte im planerischen Umgang mit stadtnahen Wäldern

Pauschallösungen können am Ende dieser Studie nicht geboten, aber Hinweise für den Umgang mit stadtnahen Wäldern gegeben und als Anstöße und Argumentationshilfen für neue Denkmuster und Prämissen thesenartig Aspekte formuliert werden.

A) Das Potential des stadtnahen Waldes erkennen und umsetzen

- Das Potential stadtnaher Wälder ist unausgeschöpft.

Wie gezeigt wurde, ist eine Ungleichgewichtung der möglichen Nutzungspotentiale stadtnaher Wälder erkennbar. Eine neue Strategie könnte sein, die Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion um die Gestaltungs- oder Ästhetikfunktion zu ergänzen, die eine Nutzung des Waldes durch den Menschen nicht ausschließt und die die soziale und kulturelle Dimension betont. Es wurden in dieser Arbeit die städtebaulichen Potentiale stadtnaher Wälder, sei es funktionaler, gestalterischer, szenischer Art, verdeutlicht: zum einen können stadtnahe Wälder - verstanden als „grüne Mauern“ - als Begrenzung der „Zersiedlung“ im Umland der Städte zur Steuerung der Siedlungsentwicklung und als großmaßstäbliches Freiraumgerüst dienen, zum anderen können stadtnahe Wälder – je nach Gestaltungswille und Konzept - szenisch und gestalterisch in Wert gesetzt werden. Waldränder dienen dann z.B. als Kulisse. Dabei geht es nicht um die flächendeckende Gestaltung ganzer großflächiger Waldflächen – denn die wenigsten Menschen gehen tiefer als einige hundert Meter in den Wald – sondern vielmehr um die Schaffung und Gestaltung der siedlungs- und stadtnaher Waldrandzonen als nutzbarer, zugänglicher, ästhetisierter Ort.

- Im regionalen oder gesamtstädtischen Maßstab geht es im Hinblick auf die Beziehung zwischen Stadt/Region und Wald um den stadtnahen Wald als rahmensetzendes, freiräumliches Gerüst.

Daher wird vorgeschlagen, Regionalplanung nicht nur als abstrakte Planung zu verstehen, sondern auch als Aufgabe der Gestaltung: strategische regionale Gestaltung. Auf regionaler Ebene kann der ausgedehnte Landschaftsraum als regionales identitätsstiftendes Freiraumelement oder integrativer Rahmen der Region dienen. Es bleibt daher in diesen Stadt-Umland-Räumen die planerische Aufgabe, markante Randbereiche von Stadt und ausgedehnter Landschaft zu erhalten. Hierbei hängt die Qualität der Landschaft nicht von der Anwendung eines flächendeckenden Entwurfskonzeptes ab, sondern es geht um die geographisch oder thematisch begrenzte Gestaltung eines Gebietes, um ortsspezifisches Handeln auf lokalem Maßstab. Die Region ist also nicht nur als Planungsgebiet, sondern auch als Gestaltungsfeld zu verstehen, bei dem langfristige, flexible Konzepte im großen

Maßstab mit realen, kurzfristigen Projekten im kleinen Maßstab verbunden werden können.

- **Im Umgang mit stadtnahem Wald im lokalen Siedlungsmaßstab ist im Hinblick auf die Beziehung zwischen Siedlung und Wald die Kombination verschiedener Aspekte relevant.**

Zu diesen Aspekten gehören Waldtypen, Siedlungstypen, Waldrandtypen und Siedlungerschließungstypen. Es geht um die räumliche und gestalterische Differenzierung dieser Typen und die Wechselwirkungen untereinander. Das Potential der Vielfalt an Komposition und räumlicher Beziehungen muss erkannt und sinnvoll genutzt werden.

B) Paradigmenwechsel – neue Chancen

- **Nach Jahrhunderte langen Waldabholzungen zur Schaffung von Ackerland, Siedlungen und Städten wird es in Zukunft um Aufforstungen stadtnaher Wälder gehen.**

Während Anfang des 20. Jhs. stadtnahe Wälder als aktives, gestalterische Element in der Planung miteinbezogen wurden, sie nach dem Zweiten Weltkrieg massiv für Bauzwecke in Anspruch genommen wurden und in den letzten 35 Jahren als Tabuzone vordeterminiert werden, kommt es heute - zugespitzt formuliert - zu einem Bruch. Es erfolgt ein Paradigmenwechsel: von der Abholzung zur gezielten Aufforstung, von der Waldabnahme zur langfristigen Waldzunahme. Bei den dargestellten gebauten Fallbeispielsiedlungen in Karlsruhe wurde der siedlungsnahe Wald kurz vor dem Bau noch forstwirtschaftlich genutzt und war ein künstlich angeplanter und über Jahrzehnte und Jahrhunderte gewachsener Wirtschaftsforst. Im Gegensatz dazu geht es heute und in Zukunft um siedlungs- und stadtnahe Wälder, die eine „ästhetisierte und programmatisch aufgeladene Landschaft“ (Schmid 2002:53) darstellen können und entweder an sinnvollen Orten erst gepflanzt werden müssen oder zur Schaffung von Sichtachsen und neuen Wegen beispielsweise „umgebaut“ werden. In Zukunft wird es also um Aufforstungen und Sukzession stadtnaher Wälder gehen zur städtebaulichen Aufwertung qualitätsschwacher Gebiete, zur Schaffung von Identitätsorten, zur Steuerung der Stadtentwicklung, nicht um die klassische „Begrünung städtebaulicher Ordnungen im Sinne von Park, Straße, Platz etc., sondern um alternative Ordnungsstrukturen. Die Verwendung extensiver landschaftlicher Mittel und Baumarchitekturen als Raumbildner zeichnet diesen neuen landschaftsarchitektonischen Städtebau aus“ (Weidinger 2006:207).

C) Transformation von Wald mitdenken

- **Wald ist kein statisches, sondern ein dynamisches, anpassungsfähiges und wandelbares System.**

Wie in Teil I, 2. dargestellt wurde, wurde Wald schon seit Jahrtausenden Wandlungen unterworfen und, und dies, seit es Städte gibt, noch intensiver. Allerdings gab es schon zu allen Zeiten eine Ab- und Zunahme der Wälder, entweder durch menschliche Eingriffe, durch abiotische Faktoren, durch natürliche Dynamik. Wäre Planung der Tatsache, dass Wald dynamisch und wandelbar ist, gegenüber offener, könnte die Idee der Transformation und bewusste Gestaltung von Wäldern zur Qualifizierung von Orten in Planungen stärker Einzug gewinnen. Man sollte sich mehr trauen, stadtnahe Wälder auch zu verändern, indem z.B. Lichtungen und Blickbezüge geschaffen werden, aufgeforstet wird, Wege und Ränder gestaltet werden.

- **Wald steht in immer neuen Zusammenhängen.**

Stadtnahe Wald steht nie bezugslos im Raum, sondern steht durch Verflechtung oder Berührung zu gebauten Strukturen in einem Zusammenhang mit ihnen. Dieser kann räumlich, nutzungsbedingt oder konzeptionell sein. Es ist daher sinnvoll, die Zusammenhänge immer wieder neu zu lesen und zu interpretieren und nicht von einem statischen Zustand auszugehen.

5. Resümee

Die Arbeit untersucht den stadtplanerischen Umgang mit dem stadtnahen Wald am Beispiel der Stadtentwicklung Karlsruhe im Zeitraum 1870-2000. Gegliedert in vier Zeitphasen wird der Umgang mit Wald unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen bezüglich der Stadtentwicklung und der allgemeinen Werthaltungen untersucht (Teil II, 1.-6.). Dem werden allgemeine Grundlagen zum Waldbegriff sowie ein historischer Überblick über das Stadt-Wald-Verhältnis vorangestellt (Teil I, 1.-2.). Ergänzt wird Teil II durch eine genauere Analyse von sechs Beispielsiedlungen aus Karlsruhe, die im Zusammenhang mit Wald entstanden sind. Schwerpunkt der Analyse bildeten städtebauliche Gestaltungs- und Beziehungsformen zwischen Siedlung und siedlungsnahem Wald. Entwurfsrelevante Aussagen wurden am Ende der Analyse abgeleitet. (Teil III, 1.-7.). Abgeschlossen wird die Arbeit durch Perspektiven und Zukunftsstrategien zum Umgang mit stadtnahen Wäldern (Teil IV, 1.-4.).

Ziel dieser Arbeit war es, anhand der Untersuchung des planerischen Umgangs mit stadtnahen Wäldern in Karlsruhe Gründe und Ursachen für bestimmte Umgangswiesen herauszuarbeiten und der Frage nachzugehen, welcher Stellenwert Wald in Leitplänen zugemessen wurde, um eine mögliche Entwicklungslinie darzustellen. Wie wurde mit stadtnahen Wäldern umgegangen, und wie stellen sich die Ergebnisse heute dar? Es wurde hierbei gezeigt, dass Wälder trotz unterschiedlicher Nutzungen über Jahrzehnte als großräumliches, landschaftlich prägendes Element der Stadt Karlsruhe und ihres Umlandes existieren können. Karlsruhe stellt im Hinblick auf seine stadtnahen Wälder ein Ausnahmebeispiel dar, sodass die Situation weitaus unkritischer zu sehen ist als in anderen Verdichtungsgebieten.

Die Arbeit konnte nachweisen, dass die Ideen der Stadtplanung im Hinblick auf den Umgang mit dem stadtnahen Wald sich von einem Extrem zum nächsten bewegten. Stadtnaher Wald hatte vor allem in den Planungen der 1920er Jahre eine größere Bedeutung im Hinblick auf die Berücksichtigung ihres Wertes für die Gestaltung und Qualifizierung eines Ortes als in der Zeit danach. Wald wurde sowohl im gesamtstädtischen als auch im lokalen Maßstab als aktives Landschaftselement unter Einbeziehung moderner Nutzungen geplant. Während vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg die Ideen der funktionalistischen Planung die Landschaft zwar in Planungen mit einbezog, sie jedoch zur Folie, Abstands- oder/und Restflächen degradierte, kam es im Gegensatz dazu im Zuge des Bewusstseinswandels zur Natur und Umwelt zur Gegenbewegung der Planung und zum strikten Schutz der Landschaft und somit auch des Waldes. Während noch im Landschaftsplan von 1975 die Leistungen des Waldes für die Gesellschaft stärker gewichtet wurden, indem z.B. die Nutzung des Waldes durch die Menschen in die Planung einbezogen und die Forderungen nach Waldgestaltung für die Menschen erhoben wurden, kommen heute den Schutzfunktionen stärkeres Gewicht zu. Im Umgang mit Wald zeichnet sich aktuell ein tiefgreifender Wandel ab: der Naturschutz nimmt in diesem Zusammenhang großen Einfluss auf die Neuorientierung, und die Ökologie wird zum bestimmenden Faktor der Natur-

schutzbegründungen. Eine Differenzierung nach Standorten wie Innenstadtlage, Stadtrandlage, Stadtumland usw. wird nicht vorgenommen, auch Aspekte wie Waldgestaltung in Verbindung mit Architektur und Städtebau sowie die Berücksichtigung ästhetischer oder szenischer Werte werden nicht mehr erwähnt. Die Berücksichtigung der spezifischen stadtnahen Situation erfolgt lediglich durch die Bereitstellung des Waldes als Erholungsgebiet. Die von Seiten der Stadtplanung unterliegende Annahme, dass die Unterschützstellung der Wälder und somit ihr Vorhandensein genüge, um attraktive Orte zu schaffen, wird in Frage gestellt, zumal im Landschaftsplan festgestellt wird, dass der Hardtwald nur eine eingeschränkte natürliche Attraktivität für Erholungssuchende besitzt, er aber aufgrund der Nähe zu Karlsruhe einen wichtigen Naherholungsraum darstellt. Das Ziel einer Verbesserung dieser eingeschränkten Attraktivität wird jedoch nicht formuliert.

Angesichts veränderter Bedingungen und Einflüsse sind neue Waldbilder entstanden, und es haben sich neue Zusammenhänge aufgetan zwischen Stadt und stadtnahem Wald. Es erfolgt eine stärkere räumliche Verflechtung zwischen Stadt und Wald, Wald liegt nun **in** der Stadt und nicht mehr am Rande der Stadt, die Ansprüche der Stadtbewohner an den Wald sind differenzierter, Erholung und Gestaltung/Ästhetik stehen im Gegensatz zu rein betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten mehr im Vordergrund, das Freizeitbedürfnis ist gestiegen, und die sportliche Betätigung zur individuellen Selbstbestätigung führt zu Auswirkungen auf die Nutzung und die Erwartungshaltung an die Freiräume im Wohnumfeld. Trotzdem wird der Umgang mit stadtnahem Wald diesen veränderten Rahmenbedingungen und den Bedürfnissen der Menschen nicht angepasst. Trotz jahrzehntelanger Vernachlässigung gestalterischer und nutzungsintegrierter Aspekte in der Planung dient der stadtnahe Wald zwar heute als intensiv genutzter Erholungsraum; dennoch könnten Gestaltungs- und neue Nutzungskonzepte der Verwilderungstendenz großer Waldflächen sowie der strikten Trennung von Waldgebieten und städtischen Gebieten entgegenwirken und die Attraktivität von Orten steigern.

Der Schwerpunkt der Analyse der Siedlungsfallbeispiele lag auf den Fragen zur Entstehung und zum planerischen Umgang mit Wald im Zusammenhang mit den Siedlungen und zielte zweitens auf die Überprüfung der Planungsziele mit der realen Situation ab. Die Analyse hat gezeigt, dass auf Siedlungsebene unterschiedlich mit Wald und Bebauung umgegangen wurde. Da die Gründe für die Waldlage vornehmlich bodenrechtlicher Natur waren, blieb der Wald bei den Siedlungen in erster Linie willkommenes Nebenprodukt. Funktionale Aspekte beherrschten die Planungen. Festzustellen ist, dass bei fast allen untersuchten Siedlungen die „Salami-Taktik“ angewandt wurde, die zur sukzessiven Verkleinerung der Waldflächen führte. Die Planungsziele der weitgehenden Walderhaltung, wie sie bei allen Siedlungen formuliert wurden, wurden daher meistens nicht erreicht. Nur bei einheitlichen Konzepten wie bei der Waldstadt oder Nordstadt konnten Waldflächen, so wie sie in den Plänen festgelegt wurden, erhalten werden. Auch was die gestalterische Durchhaltekraft und potentielle Erweiterbarkeit angeht, so ist erstere bei einheitlichen Konzepten wie bei

der Waldstadt und Nordstadt stark und letztere kaum möglich. Demgegenüber sind bei der „additiven Durchlöcherung“ wie bei der Hochschule Karlsruhe die ursprünglichen Konzepte leichter zerstörbar bzw. modifizierbar.

Der dritte Fokus lag auf der Untersuchung der städtebaulich-räumlichen Beziehung zwischen Wald und Siedlung. Ergebnis ist, dass die räumlichen Beziehungen Wald-Siedlung sich durch die Typologien Verzahnung, Insel, Streuung und ihre Kombinationen typologisieren lassen. Eine Pauschalbewertung dieser Typen konnte nicht vorgenommen werden, vielmehr wurden diese Typologien aus städtebaulicher und gestalterischer Sicht, aus Bewohnersicht und aus Sicht der Walderhaltung diskutiert. Dabei wurde der Frage nachgegangen, ob es überhaupt echte „Waldsiedlungen“ geben kann bzw. was eine „Waldsiedlung“ ausmacht. „Waldsiedlung“ bedeutet nach Meinung der Verfasserin eine Siedlung **im** oder **am** Wald. Dabei kommt den Randbereichen eine hohe Bedeutung zu, wobei es hier um den gebauten Stadt- bzw. Siedlungsrand sowie den (gebauten) Waldrand geht. Die Waldansicht und die Waldrandzone, ausgestaltet als Kulisse, optischer Abschluss, Raumbildner oder besondere Nutzungszone sind entscheidende gestalterische, städtebauliche Elemente.

Die somit entstehende räumliche Nähe von Wald und Gebäuden, wie es von städtebaulicher Seite aus gewollt war, kann aber andererseits u.a. zu Konflikten mit Bewohnerbedürfnissen führen. Aspekte wie das Sicherheitsgefühl der Bewohner oder die Verschattung der Wohnungen durch Bäume müssen mit den städtebaulichen und gestalterischen Zielen abgewogen werden. Übergangszonen zwischen dichtem, geschlossenem Wald und aufgelichtetem, gestaltetem Wald in Siedlungsnähe zur Schaffung von Durchblicksmöglichkeiten könnte zur Minderung dieser Effekte beitragen. Die Bewertung der Siedlungen Waldstadt und Nordstadt durch die Bewohner ist dennoch weitgehend positiv, wobei die Punkte Grün- und Waldflächen, Ruhe und Erholung hervorgehoben sind. Trotz überkommener Ideologien und Bauformen sind die Waldstadt und die Nordstadt als qualitativvoll zu bewerten. Die Annahme, dass Wald als Freiraumgerüst für die Siedlung dienen kann, wurde in dieser Untersuchung bestätigt. Nach Meinung der Verfasserin kann die sinnvolle Verbindung von Wald und Siedlung, zum stabilen System zusammengefügt, vor allem bei einheitlichen Konzepten ein starkes Gerüst für die Siedlung bilden. Wald darf dabei nicht nur für sich betrachtet werden, sondern muss in Bezug zu gebauten Elementen gesetzt werden, die Bebauung muss umgekehrt im Zusammenhang mit dem Wald geplant werden. Als wichtige Erkenntnis können zusammenfassend die Aspekte „Waldbildtypen“, „Siedlungstypen“, „Waldrandtypen“ und „Siedlungerschließungstypen“ sowie die Kombination aus ihnen für den planerischen Umgang im Hinblick auf die Beziehung zwischen Wald und Siedlung aus der Analyse abgeleitet werden.

Teil IV der Arbeit bietet einen Ausblick und zeigt mögliche Aufgaben, Strategien und Perspektiven im Umgang mit stadtnahen Wäldern auf. Hierbei wurden zunächst heutige Planungsprämissen zum Umgang mit Wald und zur Stadtplanung hinterfragt. Die in Teil II dargestellte Strategie des strikten Waldschutzes wird zwar als sinnvoll und

notwendig erachtet, allerdings besteht die Gefahr, dass dieser Extremschutz automatisch zur strikten Trennung von Wald und Stadt, von Wald und Mensch sowie zu einer unflexiblen, prädeternierten, undifferenzierten Betrachtungsweise des Waldes führt. Es ist in diesem Teil der Arbeit kein allgemeingültiges Resümee möglich, da heute jeweils unterschiedliche Vorgaben und Probleme existieren. Während es in Schrumpfsregionen um die Frage geht, wie mit den großräumigen, nun frei gewordenen Flächen inmitten der Städte umzugehen ist, geht es in Wachstumsregionen um die Lenkung und Steuerung von Siedlungserweiterungen im Umland, um den Schutz und die Verteidigung großräumlicher Landschaftsteile.

Es haben sich heute neue allgemeine Ausgangsbedingungen ergeben, die für einen veränderten planerischen Umgang mit stadtnahen Wäldern entscheidend sind: Stadtplanung fokussiert heute nicht nur auf die Stadt selbst, sondern auf die Stadtregion, und es besteht die allgemeine Annahme, dass die dargestellten „Waldsiedlungsbeispiele“ aus dem Stadtgebiet Karlsruhe als auch aus anderen städtischen Gebieten in wachsenden oder stagnierenden Regionen aufgrund des strikten Waldschutzes und der Bodengesetze sich aller Voraussicht nach nicht maßgeblich verändern werden. Somit wurde das Augenmerk daher auf bestimmte aktuelle Sonderfälle gelenkt, bei denen durch verändernde urbane Prozesse Berührungszonen zwischen Stadt und stadtnahem Wald entstehen oder entstehen werden. Auch ist die stadtnahe Forstwirtschaft in einem Umbruch, der Gestaltungschancen enthält, und es haben sich neue Ansprüche der Gesellschaft an stadtnahe Wälder ergeben.

Ansatzpunkte für einen veränderten Umgang mit stadtnahen Wäldern sind daher erstens Stadtregionen im Strukturwandel, zweitens innerstädtische Stadtumbau-Gebiete und drittens wachsende Gebiete im Umland der Städte. Vorgeschlagen wird, die veränderten Ausgangsbedingungen als Chance zu begreifen für ein neues Verständnis vom stadtnahen Wald als Identifikationsträger, Ordnungs- und Freiraumgerüst und Gestaltungselement. Da heute die gravierenden Probleme mehr die Zwischenräume zwischen den Städten und Dörfern sind, bedarf es gemeinsamer Ziele und Strategien für den Gesamttraum, sei es in Schrumpfsregionen oder in Wachstumsregionen. Denn beide Prozesse sind städtische Entwicklungen mit verwandten Mechanismen, die auch gleichzeitig stattfinden können.

Eine gewisse Skepsis scheint hier dennoch angebracht zu sein: gegenwärtig scheint die Gestaltungsaufgabe vielerorts zu einer Verwaltungsaufgabe zu verkommen. Gefordert wird in diesem Zusammenhang ein Mehr an politischem Willen zur Gestaltung und ein Mehr an Kenntnissen über methodisches großräumiges Entwerfen. Es scheint, dass heute eine zunehmende Ökonomisierung und Verrechtlichung aller Lebensbereiche, d.h. auch der Planung, stattfindet. Die ökonomischen Bedingungen und Interessenskonstellationen führen gewiss nicht automatisch zu ansprechenden Bildern. Zudem ist zu beobachten, dass es seit längerem zur Abnahme „ästhetischer Bildung“ kommt und ästhetische Prioritäten in der Politik kaum eine Rolle spielen. Dies ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass ein Rückgang an „ästhetisch“ Ausge-

bildeter in planerischen Führungspositionen stattfindet. Andererseits beschränkt sich in vielen Fällen die Architektur und die Planung auf formalästhetische Belange anstelle von ganzheitlichen Entwurfsansätzen und –methoden. Dies geschieht meist im lokalen Maßstab, im gesamtstädtischen oder regionalen Maßstab wird die „große Gestaltungsperspektive“ Sieverts (1997:159) heute kaum wahrgenommen.

Es wird vorgeschlagen, Regionalplanung auch als Aufgabe der Gestaltung zu verstehen. Man könnte sie strategische regionale Gestaltung nennen. Die Region könnte Gestaltungsfeld sein, bei dem langfristige, flexible Konzepte im großen Maßstab mit realen, kurzfristigen Projekten im kleinen Maßstab verbunden werden können. Im regionalen Maßstab kann Landschaft bzw. Wald als regionales identitätsstiftendes Freiraumgerüst oder als integrativer Rahmen der gebauten Elemente dienen, womit die „Restlandschaft“ zwischen den Städten und Dörfern zu einem wertvollen, ästhetisch ansprechenden Raum transformiert werden kann. Dabei kann dies nicht nur durch bloße Unterschutzstellung der stadtnahen Wälder durch planerische Funktionszuweisungen geleistet werden, sondern es bedarf der Berücksichtigung der soziokulturellen Dimension durch eine angemessene, an den Ansprüchen der Bevölkerung ausgerichtete Gestaltung von Wald und Stadt sowie der Aneignung durch Nutzer. Neben regionalen Konzepten gibt es derzeitige Projekte in innerstädtischen Stadtumbau-Gebieten, bei denen neue Wälder z.B. auf ehemaligen Abrissflächen als Ordnungsgerüst und Gestaltungselement angepflanzt werden. In wachsenden Umlandgebieten von Städten kann Wald zur Gliederung des Umlandes und gleichzeitig zur Gegensteuerung und als „grüne Mauern“ zur Begrenzung der Zersiedlung beitragen. Hierbei könnte die Forstwirtschaft aktiv und gestalterisch durch gezielte gestalterische Ausstockung und Aufforstung mitwirken. Es geht nicht um die flächendeckende Anwendung eines alles harmonisierenden Konzepts, sondern um Entwürfe, die auf eine thematisch begrenzte Gestaltung fokussieren.

Stadtnahe Wälder werden also nicht nur durch ihre Nähe zur Stadt definiert, sondern auch dadurch, dass sie sozialen Wert haben, indem mit ihnen sinnvoll nach urbanen und soziokulturellen Ansprüchen umgegangen wird. Es wird vorgeschlagen, stadtnahe Wälder nicht nur als zu schützendes Ökosystem und als traditionellen Erholungsort, sondern auch als Teil der gebauten Stadt und der Region, als nutzbarer (gebauter) Raum, als Aneignungsraum und als städtebauliches Gestaltungselement sowohl im Siedlungsmaßstab als auch im regionalen Maßstab zu verstehen.

„Wald ist (...) keine reine Kategorie der offenen Landschaft mehr, sondern wird je nach Standort und Nutzung verschieden gelesen und bearbeitet.“

André Schmid (2002:53)

Literatur- und Quellenverzeichnis

Allmann, Joachim (1989): Der Wald in der frühen Neuzeit - eine mentalitäts- und sozialgeschichtliche Untersuchung am Beispiel des Pfälzer Raumes 1500-1800. Zugl. Dissertation an der Freien Universität Berlin

Altrup, Hermann F. (1969): Die Flächennutzungsplanung im jüngsten Wachstumsprozess deutscher Großstädte – untersucht an den Beispielen Wiesbaden, Karlsruhe, Darmstadt und Osnabrück. Wiesbaden

Andersson, Thorbjörn (2002): Von Innen und Außen – skandinavische Landschaften. In: *Topos*, September (40), S. 45-52

Arbeitskreis Regionale Geographie und Regionalplanung Karlsruhe in Zusammenarbeit mit: Regionalverband Mittlerer Oberrhein, Oberschulamt Karlsruhe (Hrsg.) (1985): Materialien zur Regionalen Geographie – Stadtklima, Flurbereinigung, Verkehrsplanung, Landschafts- und Freiraumplanung. Karlsruhe

Aring, Jürgen (2003): Stadt-Umland-Wanderung und die Notwendigkeit, Bauland auf innerstädtischen Standorten zu aktivieren. In: Müller, Heidi/Schmitt, Gisela/Selle, Klaus (Hrsg.): *Stadtentwicklung rückwärts! Brachen als Chance? Aufgaben, Strategien, Projekte*. Aachen, Dortmund, Hannover

ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung) (1983): Aktuelle Probleme der Landesplanung in Baden-Württemberg – Landesentwicklungsplan, Nahbereichsmodelle, Freiräume, Umweltschutz. Aus: *Beiträge*, Bd. 52

Asche, Susanne (1998): Residenzstadt – Bürgerstadt – Großstadt. Auf dem Weg von der Residenz zum Industrie- und Verwaltungszentrum 1806-1914. In: *Stadt Karlsruhe Stadtarchiv* (Hrsg.): *Karlsruhe - Die Stadtgeschichte*, Karlsruhe

Aufmkolk, Gerd (2005): Von der Landschaft und der Stadt. Wege zu neuen Kulturlandschaften. In: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) (Hrsg.): *Neue Landschaften – Vom zukünftigen Umgang mit Freiraum und weitere Themen der Entwicklung von Städtebau und Landesplanung*. Almanach 2004. Berlin

Badischer Finanz- und Wirtschaftsminister (1940): Erläuterungsbericht zum generellen Hochschulprojekt vom Juni 1940, S. 3. Zit. in: Richrath, Klaus (Hrsg.) (1996): *Zur Entwicklung des Campus der Universität Karlsruhe (TH), der Abteilung und Fakultät für Architektur und der Städtebaulehre*. Aus *Karlsruher Städtebauliche Schriften*, Bd. 7, S. 14

Barros, Carlos (1998): Die „Vermenschlichung“ der Natur im Mittelalter. In: Spindler, Konrad (Hrsg.): *Mensch und Natur im mittelalterlichen Europa – archäologische, historische und naturwissenschaftliche Befunde*. Aus: *Schriftenreihe der Akademie Friesach*, Bd. 4, Klagenfurt

Bava, Henri (2002): Landschaft als Fundament. In: *Topos*, September (40), S. 70-77

Die **Bedeutung** des Waldes in der Raumordnung. Ansprachen und Vorträge anlässlich der 12. Vollversammlung des Deutschen Forstwirtschaftsrates e.V. am 7. Februar 1962. Aus: *Schriften des Deutschen Forstwirtschaftsrates* (1962)

Bell, Simon et al. (2006): *Design of Urban Forests*. In: Konijnendijk, Cecil C. et al. (2006): *Urban Forests and Trees*. Berlin, Heidelberg, New York. S. 149-186

Beller, Max (1958): Karlsruhe, die geplante Stadt - Städtebauliche Probleme der Nachkriegszeit. In: *Karlsruhe - die Stadt der vielen Möglichkeiten*. Karlsruhe

Bents, D.: Attraktivität von Erholungslandschaften. Diss. Freiburg 1974

Bergstraesser, A. u. Tenbruck, F. E. usw. (1965): Soziale Verflechtung und Gliederung im Raum Karlsruhe. Karlsruhe

Beurteilung des Preisgerichts bei der Waldstadt. (1956) Unterlagen Stadtplanungsamt

Boczek, Barbara (2004): Qualifizierungspotenziale der urbanen Landschaft – Von der Konfrontation zur Kooperation. In: Bölling, Lars u. Sieverts, Thomas (Hrsg.): Mitten am Rand. Auf dem Weg von der Vorstadt über die Zwischenstadt zur regionalen Stadtlandschaft. Wuppertal. S. 136-151

Böhme, Helmut (1989): Historisch-philosophische Randnotizen. In: Wildenmann, Rudolf (Hrsg.): Stadt, Kultur, Natur – Chancen zukünftiger Lebensgestaltung. Aus: Schriftenreihe zur gesellschaftlichen Entwicklung. Baden-Baden,

Bork, Hans-Rudolf/Erdmann, Karl-Heinz (2002): Natur zwischen Wandel und Veränderung - Phänomene, Prozesse und Entwicklungen. In: Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.): Natur zwischen Wandel und Veränderung. Berlin, Heidelberg

Bradley, Gordon (1995): Urban Forest Landscapes – Integrating Multidisciplinary Perspectives. Seattle, London.

Braun, Annette (2000): Wahrnehmung von Wald und Natur. Zugl. Dissertation. Aus der Reihe „Forschung Soziologie“, Bd. 58, Opladen

Bräunche, Ernst Otto (1997): „eine Wohnungsnot, die katastrophale Ausmaße annahm.“ In: Badisches Landesmuseum Karlsruhe (Hrsg.): Neues Bauen der 20er Jahre – Gropius, Haesler, Schwitters und die Dammerstock-Siedlung in Karlsruhe. Karlsruhe

Bräunche, Ernst Otto (1998): Residenzstadt, Landeshauptstadt, Gauhauptstadt. Zwischen Demokratie und Diktatur 1914-1945. In: Stadt Karlsruhe Stadtarchiv (Hrsg.): Karlsruhe - Die Stadtgeschichte, Karlsruhe

Breuste, Jürgen (1994): „Urbanisierung“ des Naturschutzgedankens. In: Naturschutz und Landschaftsplanung 26 (6), S. 214-220

Breuste, Jürgen (2003): Schutz und Nutzung von Natur in urbanen Landschaften – Grundlagen und aktuelle Erfahrungen. In: LÖBF-Mitteilungen 01/2003. S. 47-54

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (2004): Zwischennutzung und neue Freiflächen – Städtische Lebensräume der Zukunft. Berlin

Burckhardt, Lucius (1995): Design ist unsichtbar. Ostfildern

Burgbacher, Hans (2002): Der Wert des stadtnahen Waldes für die Stadt und Bürgerschaft am Beispiel Freiburg. In: Forstwissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg/Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg (Hrsg.): Vom Wert des Waldes jenseits von Aufwand und Ertrag – Kolloquium 17. September 2002, Freiburg i. Br., Freiburger Forstliche Forschung (Heft 45)

Clemens, Corinna (2001): Planen mit der Landschaft im suburbanen Raum – Landschaft als Bedingung, Objekt und Chance räumlicher Planung für das Umland. Zugleich Diss. An der RWTH Aachen.

Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) (Hrsg.) (2005): Neue Landschaften – Vom zukünftigen Umgang mit Freiraum und weitere Themen der Entwicklung von Städtebau und Landesplanung. Almanach 2004. Berlin

Diener, G. u. Blaschczok, K. (1988): Fortschreibung der Erholungswaldkartierung in Karlsruhe. Referendararbeit. Unterlagen Forstamt Karlsruhe

Durth, Werner u. Gutschow, Niels (1987): Architektur und Städtebau der fünfziger Jahre. Aus Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 33. Bonn

Düwel, Jörn u. Gutschow, Niels (2001): Städtebau in Deutschland im 20. Jahrhundert – Ideen - Projekte –Akteure. Stuttgart; Leipzig; Wiesbaden

Einsele, Martin u. Kilian, Andrea (1997): Stadtbausteine Karlsruhe – Elemente der Stadtlandschaft. Aus Karlsruher Städtebauliche Schriften, Bd. 8. Lehrstuhl für Städtebau und Entwerfen, Universität Karlsruhe

Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung (2004): Mehr Wert für die Fläche: Das ‚Ziel-30-ha‘ für die Nachhaltigkeit in Stadt und land. Texte Nr. 11

Erläuterungsbericht Band 1 – NVK Flächennutzungsplan 2010

Erlbeck, Reinhold et al. (2002): Das Kosmos Wald und Forst Lexikon. Stuttgart

Exkursionsführer für den Forstbezirk Karlsruhe-Hardt (1957). Unterlagen aus B.N.N. Archiv

Forschungszentrum Karlsruher GmbH, Stabsabteilung Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.) (2000): Forschungszentrum Karlsruhe – Technik und Umwelt

Forstbezirk Staatswald – Karlsruhe Hardt – Einrichtungswerk, aufgestellt nach dem Stande vom 1. Oktober 1949 durch Forstamtsvorsteher Burckhardt und Forsttaxator Freudenberger. Unterlagen vom Forstamt Hardt

Forstdirektion Freiburg (2002): Würdigungsentwurf Stand 30.10.2002 des Erholungswaldes „Nördlicher Karlsruher Hardtwald“ im Staatswald der Forstbezirke Hardt und Karlsruhe (Unterlagen Staatliches Forstamt Karlsruhe)

Forstwirtschaft im Zentralen Oberrheingebiet. Regionalplanung im Zentralen Oberrheingebiet – Stadt Karlsruhe, Landkreis Bruchsal, Karlsruhe, Rastatt. (1967) Bericht 10. Institut für Stadt- und Landesplanung an der Fakultät für Architektur. Bayer, Adolf. Karlsruhe

Gaebe, Wolfgang (2004): Urbane Räume. Stuttgart

Gailfuss, Klaus Peter (2003): Die Bauanlage der Fachhochschule im Hardtwald. Vom Schulhaus in der Stadt zum Hochschulcampus im Grünen. In: Das Rektorat der Fachhochschule Karlsruhe (Hrsg.): Spuren in der Stadt – Beiträge der Fachhochschule Karlsruhe – Hochschule für Technik zur Karlsruher Stadtentwicklung 1878-2003. Aus: Schriftenreihe der Fachhochschule Karlsruhe – Hochschule für Technik 3. Karlsruhe

Generalbebauungsplan der Landeshauptstadt Karlsruhe in Baden (1926). Karlsruhe

Gesamtwaldbericht der Bundesregierung, Stand Juli 2001 (2003). Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) (Hrsg.). Berlin

Gilbert, O.L. (1994): Städtische Ökosysteme. Radebeul

Die **Grünpolitik** im Karlsruher Generalbebauungsplan – Der Rheinpark Rappenwört (1927)

Haber, Wolfgang (2001): Kulturlandschaft zwischen Bild und Wirklichkeit. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Die Zukunft der Kulturlandschaft zwischen Verlust, Bewahrung und Gestaltung / ARL; ÖGR (Forschungs- und Sitzungsberichte ARL, Bd. 215). Hannover, S. 6-29

Haber, Wolfgang (2005): Biotop Europa. In: Bund Deutscher Landschaftsarchitekten BDLA (Hrsg.): Spielräume – Zeitgenössische deutsche Landschaftsarchitektur, Basel, Berlin, Boston, S. 34-49

Hafner, Thomas (1993): Vom Montagehaus zur Wohnscheibe - Entwicklungslinien im deutschen Wohnungsbau 1945-1970. Aus der Reihe Stadt – Planung – Geschichte, Bd. 13. Basel, Berlin, Boston

Hammer, Rainer (1985): Waldflächenentwicklung und Walderhaltungspolitik in Ballungsräumen - Eine vergleichende Analyse am Beispiel der Räume Bern, Freiburg i. Br., Karlsruhe und Zürich zwischen 1900 und 1980. Zugl. Dissertation an der forstwissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br.

Harrison, Robert P. (1992): Wälder - Ursprung und Spiegel der Kultur. München, Wien

Hartebrodt, Christoph u. Möhring, Bernhard (2004): Wer nicht rechnet, hat sich bereits aufgegeben! In: AFZ – Der Wald 22/2004, S.1184f

Hasel, Karl u. Schwartz, Ekkehard (2002): Forstgeschichte – Ein Grundriss für Studium und Praxis, Remagen

Häusler, Andreas u. Scherer-Lorenzen, Michael (2002): Nachhaltige Forstwirtschaft in Deutschland im Spiegel des ganzheitlichen Ansatzes der Biodiversitätskonvention. BfN-Skripten 62

Heck, Amalie (1998): 200 Jahre Karlsruher Flug- und Luftfahrtgeschichte. Karlsruhe

Hornsmann, Erich (1958): Allen hilft der Wald. München, Bonn, Wien

Hotz, Joachim (1975): Kleine Geschichte der Universität Fridericiana zu Karlsruhe (Technische Hochschule). Rektor und Senat der Universität Karlsruhe (TH) mit Unterstützung der Karlsruher Hochschulvereinigung e.V. (Hrsg.)

Heiss, Friedrich u. Franke, K. (1964): Der vorzeitig verbrauchte Mensch. Stuttgart.

Hellpach, Willy (1950): Geopsyche: die Menschenseele unter dem Einfluß von Wetter und Klima, Boden und Landschaft. Stuttgart.

Huhn, Eugen (1843): Karlsruhe und seine Umgebungen – Geschichte und Beschreibung. Karlsruhe

Humpert, Klaus (1997): Einführung in den Städtebau. Stuttgart, Berlin, Köln

Humpert, Klaus et al. (1999): Das Phänomen der Ballung. In: Deutsches Architektenblatt, H. 4, S. 584-587

Ipsen, Detlev u. Weichler, Holger (2005): Landscape Urbanism. In: Monu – Magazine On Urbanism 2/Jan., 39-47

Ipsen, Detlev (2006): Ort und Landschaft. Wiesbaden

Irion, Ilse u. Sieverts, Thomas (1991): Neue Städte: Experimentierfelder der Moderne

Isbary, Gerhard (1962): „Der Wald in der Raumordnung“. In: Die Bedeutung des Waldes in der Raumordnung. Aus: Schriftenreihe des Deutschen Forstwirtschaftsrates, S. 11-28

Isenberg, Gerhard (1962): Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung des Stadt- und Landkreises Karlsruhe. Stadtverwaltung Karlsruhe (Hrsg.)

Jaspert, Fritz (1958): Städtebauliche Betrachtungen. In: Wandersleb (Hrsg.): Neuer Wohnbau. Ravensburg

Jaspert, Fritz (1964) in: Bundesbaublatt 1964, Heft 11, S. 534

Jessen, Johann (1998): Peripherie und Stadtkern. In: Garten + Landschaft 10/1998, S. 13-16

Kälble, F. (1982): Aufgaben und Leistungen des Waldes im Oberrheintal der Forstdirektion Karlsruhe. AFZ, Jg. 37

Kaltenbrunner, Robert (2005): Die Stadt ist zur Region geworden. Handlungskonzepte für Agglomerationen. S. 310-321. In: Oswald, Philipp (Hg.): Schrumpfende Städte, Bd.2. Ostfildern-Ruit

Kiemstedt, Hans (1967): Zur Bewertung der Landschaft für die Erholung. Stuttgart.

Klose, Franz u. Orf, Siegfried (1982): Forstrecht (Kommentar). Münster

Kluge, Friedrich u. Götze, Alfred (1951): Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, Berlin, S. 851. In: Mantel, Kurt (1990): Wald und Forst in der Geschichte – ein Lehr- und Handbuch, Hannover

Koch, Manfred (1998): Trümmerstadt – Residenz des Rechts – Zentrum der Technologieregion. Wechseltoller Weg in die Gegenwart. In: Stadt Karlsruhe Stadtarchiv (Hrsg.): Karlsruhe - Die Stadtgeschichte. Karlsruhe

Koch, Manfred (1999): Von Graspisten zum Baden-Airport: Luftfahrt in Mittelbaden. Herausgegeben im Auftrag der Baden-Airpark AG in Verbindung mit dem Stadtarchiv Karlsruhe. Karlsruhe

Konijnendijk, Cecil C. et al. (2006): Urban Forests and Trees. Berlin, Heidelberg, New York

Körner, Stefan (2003): Postindustrielle Natur – Die Rekultivierung von Industriebrachen als Gestaltungsproblem. In: Gesellschaft für UmweltGeowissenschaften (GUG) (Reihen?Hrsg.) Hauser, Susanne u. Genske, Dieter D. (Hrsg.): Brachen als Chance – Ein transdisziplinärer Dialog über verbrauchte Flächen. Berlin, Heidelberg, S. 73-102

Körner, Stefan (2005): Natur in der urbanisierten Landschaft. Ökologie, Schutz und Gestaltung. Aus: Sieverts, Thomas (Hrsg.): Schriftenreihe Zwischenstadt, Bd. 4

Kowarik, Ingo u. Körner Stefan (2005): Wild Urban Woodlands – New Perspectives For Urban Forestry. Berlin, Heidelberg, New York

Kowarik, Ingo (2005): Welche Natur wollen wir schützen und welche sind wir bereit zuzulassen? In: Denkanstöße, Bd. 3, Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz, S. 46-55

Kreft, Holger (1993): Zur "Natur" urbaner Wälder. In: Hütter, Martin u. Reinirkens, Peter (Hrsg.): Geoökologie – Beiträge zur Forschung und Anwendung. Bochum

Kühn, Erich (1960): Der Wiederaufbau der deutschen Städte. In: Bandholtz, Thomas u. Kühn, Lotte u. das Institut für Städtebau und Landesplanung der RWTH Aachen, Gerhard Curdes (Hrsg.) (1984): Stadt und Natur - Vorträge, Aufsätze und Dokumente 1932-1981

Kühn, Manfred (2001): Stadtlandschaft – Neubestimmung des Verhältnisses von Europäischer Stadt und Landschaft. In: Rietdorf, Werner (Hrsg.): Auslaufmodell Europäische Stadt? – Neue Herausforderungen und Fragestellungen am Beginn des 21. Jahrhunderts. Berlin. S. 201-217

Küster, Hansjörg (1998): Die Geschichte des Waldes. München

- Landesanstalt** für Umweltschutz Baden-Württemberg (LfU) (Hrsg.) (1992): Materialien zur Erholungsvorsorge in Baden-Württemberg – Konflikte zwischen Erholung und Landschaft. Untersuchungen zur Landschaftsplanung, Bd. 23. Karlsruhe
- Landschaftsplan** (1981) – Ziele und Vorgaben für das Verbandsgebiet. Bearb. vom Büro Miess+Miess Landschaftsplanung. Nachbarschaftsverband Karlsruhe NVK. November 1981
- Landschaftsplan** 2010 (1999) – Vorentwurf April 1999. Bearb. vom Büro Miess+Miess Landschaftsplanung - Gartenbauamt der Stadt Karlsruhe. Nachbarschaftsverband Karlsruhe NVK. Mai 1999
- Lehmann, Albrecht** (1999): Von Menschen und Bäumen. Die Deutschen und ihr Wald. Reinbek bei Hamburg
- Leiber, Gottfried** (1996): Friedrich Weinbrenners städtebauliches Schaffen für Karlsruhe – Teil I – Die barocke Stadtplanung und die ersten klassizistischen Entwürfe Weinbrenners. Schirmer, Wulf (Hrsg.). Karlsruhe
- Leiber, Gottfried** (1991): Städtebau in Karlsruhe - Von der Gründung bis zum Ende der Ära Weinbrenner. In: Stadt Karlsruhe (Hrsg.): Karlsruher Beiträge: Leben in der Fächerstadt - 275 Jahre Karlsruhe, Nr. 6, September
- Leuzinger, Henri et al.** (1988): Mehrfachnutzung des Bodens in Übergangsbereichen. Bericht 22 des Nationalen Forschungsprogramms „Nutzung des Bodens in der Schweiz“. Liebefeld-Bern
- Lohrberg, Frank** (2001): Stadtnahe Landwirtschaft in der Stadt- und Freiraumplanung – Ideengeschichte, Kategorisierung von Konzepten und Hinweise für die zukünftige Planung. Zugl. Diss. an der Universität Stuttgart
- Lohrberg, Frank** (2002): Landschaftsarchitektur und Städtebau. In: Garten + Landschaft 10/02, S. 10-12
- Lohrberg, Frank** (2004): Rekultivierung 21. In Garten + Landschaft, Juli 2004
- Lohrberg, Frank u. Timpe, Axel** (2005): AG Urbane Forstwirtschaft im Saarkohlenwald. In AFZ-Der Wald 21/2005, S. 1132-1134
- lohrberg stadtlandschaftsarchitektur** (2005): AG Urbane Forstwirtschaft im Saarkohlenwald – Bericht zur Arbeit der AG von Juni 2004 bis Oktober 2005
- Lorenz, Sönke** (1993): Wald und Stadt im Mittelalter - Aspekte einer historischen Ökologie. In: Kirchgässner, Bernhard/Schultis, Joachim B. (Hrsg.): Wald, Garten und Park. Aus der Reihe Stadt in der Geschichte, Bd. 18. Sigmaringen
- Lutz, Christian** (o.J., ca. 1998): Die amerikanischen Streitkräfte in Karlsruhe
- Mangler, Emil** (1960): Fünfzig Skizzen zur Geschichte der Stadt Karlsruhe. Karlsruhe
- Mantel, Kurt** (1990): Wald und Forst in der Geschichte – ein Lehr- und Handbuch. Hannover
- Martin, Egon** (1999): Karlsruhe, die geplante Stadt – Entwicklung seit 1945. In: Straßen- und Verkehrsgeschichte deutscher Städte nach 1945 – Karlsruhe, Salzgitter, Wiesbaden. Aus: Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (Hrsg.) Archiv für die Geschichte des Straßen- und Verkehrswesens Heft 11. Bonn, S. 7-81
- Martin, Egon** (1997): Karlsruhe, die geplante Stadt (Vorbereitender Beitrag (nicht veröffentlicht))

Masterplan Emscher Landschaftspark 2010 (2004)

McHarg, Ian L. (1969): Design With Nature. Philadelphia

Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Iohrberg stadtlandschaftsarchitektur (Verfasser) (2007): Plattform Urbane Waldnutzung im Ruhrgebiet – Landschaftslabor Urbane Waldnutzung im Emscher Landschaftspark

Mitteilungen des Baudezernats – Stadtplanung FNP 15 (1975)

Mitteilungen des Baudezernats - Landschaftsplanung LP2 (1975), Landschaftsplan Karlsruhe, Teil I - Ziele-Bestand-Bedarf

Moll, Gary: Urban Forestry: A National Initiative. In: Bradley, Gordon (1995): Urban Forest Landscapes – Integrating Multidisciplinary Perspectives. Seattle, London. S. 12-16

Muhar, Andreas (2004): Wilde Natur für zahme Besucher – Definitionen von Wildnis in der Stadt. In: Garten + Landschaft 02/04, S. 9-11

Nagler, Heinz 2005: Stadtumbau aus der Perspektive der Planung. In: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen u. Stiftung Bauhaus Dessau (Hrsg.): Tatort Stadt II – Perspektiven einer Stadtumbaukultur. S. 78-105

Nationales Waldprogramm Deutschland – 2. Phase. (2003) Hrsg.: Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL). September

Naturführer Karlsruhe – Hardtwald. Stadt Karlsruhe Umweltamt (Hrsg.) 2002

Neumann, Klaus-D. (1999): Forschungsvorhaben von GALK, FLL und Berliner Universitäten – Versteckte Werte des öffentlichen Grüns. In Garten + Landschaft 8/1999. S. 23-26

Niederstraßer, Johannes (1993): Beiträge zum Naturschutz im Stadtkreis Karlsruhe. Zugl. Diplomarbeit im Fachbereich Landschaftspflege an der Fachhochschule Weihenstephan

Plattform Urbane Waldnutzung im Ruhrgebiet – Dokumentation der Arbeitstagung 23.11.2005

Pries, Ernst (1997): Ackeraufforstungen als gesellschaftliche Notmaßnahmen. In: Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.): Schriftenreihe für Landschaftspflege und Naturschutz, Heft 49, Bonn-Bad Godesberg. S. 99-114

Räumliche Verteilung und Entwicklung der Bevölkerung. In: Raumordnungsbericht 2000

Raumordnung und Umweltschutz (1972), S. 30. Zit. in: Hammer, Rainer (1985): Waldflächenentwicklung und Walderhaltungspolitik in Ballungsräumen - Eine vergleichende Analyse am Beispiel der Räume Bern, Freiburg i. Br., Karlsruhe und Zürich zwischen 1900 und 1980. Freiburg, S. 166

Raumordnungsbericht (ROB) 2000. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Berichte, Bd. 7

Reif, Albert (1997): Sukzession statt Erstaufforstung - eine Alternative?. In: Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.): Schriftenreihe für Landschaftspflege und Naturschutz, Heft 49, Bonn-Bad Godesberg. S. 157-166

Reinborn, Dietmar (1996): Städtebau im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart, Berlin, Köln

Reinhard, Eugen (1990): Stadterweiterungen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. In:

Generallandesarchiv Karlsruhe (Hrsg.): Residenz im Kaiserreich Karlsruhe um 1890. Karlsruhe

Reichow, Hans Bernhard (1948): Organische Stadtbaukunst. Von der Großstadt zur Stadtlandschaft. Braunschweig

Reiß-Schmidt, Stephan (1996): Freiraum als regionale Infrastruktur im Ruhrgebiet. Informationen zur Raumentwicklung. Heft 4/5, S. 261. zit. in: Lohrberg, Frank (2001): Stadtnahe Landwirtschaft in der Stadt- und Freiraumplanung – Ideengeschichte, Kategorisierung von Konzepten und Hinweise für die zukünftige Planung. Zugl. Diss. an der Universität Stuttgart. S. 12

Das **Rektorat** der Fachhochschule Karlsruhe (Hrsg.) (2003): Spuren in der Stadt – Beiträge der Fachhochschule Karlsruhe – Hochschule für Technik zur Karlsruher Stadtentwicklung 1878-2003. Aus: Schriftenreihe der Fachhochschule Karlsruhe – Hochschule für Technik 3. Karlsruhe

Richrath, Klaus (1976): Beiträge zur Entwicklung de Raumes Karlsruhe. Kritische Anmerkungen zu einigen Aspekten der Regionalplanung. Aus Schriftenreihe des Instituts für Orts-, Regional- und Landesplanung. Lehrstuhl für Städtebau und Entwerfen. Prof. Bayer – Fakultät Architektur, Universität Karlsruhe

Richrath, Klaus (2003): Der Oberrhein – Von Stadtregionen, Regionalstädten, Städteneetzen und einer „anderen Metropole“. In: PLANERIN 3/03, S. 25-27

Richter, Gerhard (1981): Stadtwaldungen. In: Richter, Gerhard: Handbuch Stadtgrün. München

Ringler, Harald (1991): Stadtplanung in Karlsruhe von 1835 bis 1985. In: Stadt Karlsruhe (Hrsg.): Karlsruher Beiträge: Leben in der Fächerstadt - 275 Jahre Karlsruhe, Nr. 6, September

Ringler, Harald (1997): Die Karlsruher Stadtplanung in den 20er Jahren. In: Badisches Landesmuseum Karlsruhe (Hrsg.): Neues Bauen der 20er Jahre – Gropius, Haesler, Schwitters und die Dammerstock-Siedlung in Karlsruhe. Karlsruhe

Ringler, Harald (1998): Parkstadt – Parkring – Rheinstadt – Ideen für neue Stadtteile in Karlsruhe nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Blick in die Geschichte. Karlsruher historische Beiträge. 1993-1998. Karlsruhe

Ringler, Harald (2004): Siedlungen der 60er Jahre in Karlsruhe (Teil I). In: Blick in die Geschichte – Karlsruher stadthistorische Beiträge 1998-2003, Bd. 3, Karlsruhe

Röhrig, Ernst u. Bartsch, Nobert (Neubearbeitung) (1992): Der Wald als Vegetationsform und seine Bedeutung für der Menschen (Waldbau auf ökologischer Grundlage (begründet von Dengler, Alfred)). Hamburg und Berlin

Rommel, Gustav (1933): Der Karlsruher Hardtwald mit Wildpark, Fasanengarten und Stutensee - historisch-topographische Studien. Karlsruhe

Runge, Karsten (1998): Entwicklungstendenzen der Landschaftsplanung – Vom frühen Naturschutz bis zur ökologisch nachhaltigen Flächennutzung. Heidelberg

Rupp, Thomas (2004): Trockene Statistik eines lebendigen Grüns. In: Blum, Patricia (Hrsg.): Erlebnis Hardtwald. Karlsruhe

Schäfer, Nicole u. Hohl, Martina (2002): Die Stadtregion Karlsruhe – Auf dem Weg zu einer Sprintregion in Europa. Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung, Bd. 4. Troeger-Weiß, Gabi (Hrsg.) Universität Kaiserslautern

Schenk, Winfried (2001): Kulturlandschaft in Zeiten verschärfter Nutzungskonkurrenz: Genese,

Akteure, Szenarien. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Die Zukunft der Kulturlandschaft zwischen Verlust, Bewahrung und Gestaltung / ARL; ÖGR (Forschungs- und Sitzungsberichte ARL, Bd. 215). Hannover. S. 30-44

Schmid, André (2002): Offene Entwurfssfelder zeitgemäßer Landschaftsarchitektur. In: Topos, September (40), S. 53-69

Schmidt, Horst (2004): Alleen im Hardtwald. In: Blum, Patricia (Hrsg.): Erlebnis Hardtwald. Karlsruhe

Schmidt, Uwe Eduard (1994): Die Waldflächenentwicklung in Deutschland. In: Forst und Holz 49/10-1994, S. 268

Schmidt, Uwe Eduard (2002): Wertende Ansichten über den Wald in der Geschichte. In: Forstwissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg/Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg (Hrsg.): Vom Wert des Waldes jenseits von Aufwand und Ertrag – Kolloquium 17. September 2002, Freiburg i. Br., Freiburger Forstliche Forschung (Heft 45)

Schmithüsen, Franz (2002): Die Wahrnehmung des Waldes und der Waldwirtschaft durch die Bevölkerung. Zürich, S. 2-4.

Schmitt, Heinz unter Mitwirkung von Bräunche, Otto Ernst (Hrsg.)/Autor: Koch, Manfred (1992): Karlsruher Chronik - Stadtgeschichte in Daten, Bildern, Analysen. Band 14. Stadt Karlsruhe (Hrsg.). Karlsruhe

Schriewer, Klaus (2000): Aspekte des Naturbewusstseins – Zur Differenzierung des „Syndroms Deutscher Wald“. In: Lehmann, Albrecht u. Schriewer, Klaus (Hrsg.): Der Wald – Ein deutscher Mythos? Berlin

Schriewer, Klaus (2001): Waldbewusstsein und Waldnutzung: eine ökologische Wende. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Der Bürger im Staat, 51.Jg., Heft 1

Schüpfer, Vinzenz (1928): Die Bedeutung des Waldes und der Forstwirtschaft für die Kultur im Wechsel der Zeiten, Münchener Universitätsreden Heft 10, München, S. 3-8

Schultz, Barbara u. Dosch, Fabian (2005): Neue Strategien für eine bestandsorientierte Siedlungsentwicklung. In DISP 160, S. 3

Schweizer, Otto Ernst (1943): Zur städtebaulichen Neuordnung von Karlsruhe

Selg, Karl: Erläuterungsbericht - Unveröffentlichtes Manuskript ohne Datierung. In: Karl Selg: Arbeiten 1945-1981. Ausstellung 8.2.1984

Seminarbericht am Institut Orts-, Regional- und Landesplanung der Universität Karlsruhe (Lehrstuhl Prof. Bayer) - Wintersemester 1974/75. Baumann, W et al. (betreut von: Oertel, D.): Stadt-Landschaftsgestaltung, Kapitel 3.1

Sieverts, Thomas (1997): Zwischenstadt – zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land. Braunschweig/Wiesbaden

Sieverts, Thomas (2001): Die Zukunft der Kulturlandschaft zwischen Verlust, Bewahrung und Gestaltung. Die verstädterte Landschaft. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Die Zukunft der Kulturlandschaft zwischen Verlust, Bewahrung und Gestaltung / ARL; ÖGR (Forschungs- und Sitzungsberichte ARL, Bd. 215). Hannover. 2001, S. 84-94

Sieverts, Thomas (2003): Stadt – Land – Zwischenstadt. auf der Suche nach einer unserer Zeit

angemessenen, nachhaltigen Stadtform. In: StadtNatur – Bedeutung der Stadt für die Natur und der Natur für die Stadt. Gemeinsame Fachtagung von LfU und Evang. Akademie Tutzing am 02. und 03. Juni 2003

Sieverts, Thomas (2004): Die Gestaltung der Stadtlandschaften – eine europäische Aufgabe. In: Bölling, Lars/Sieverts, Thomas: Mitten am Rand. Auf dem Weg von der Vorstadt über die Zwischenstadt zur regionalen Stadtlandschaft. Wuppertal, S. 12-23

Der **Sportpark** Hardtwald - Spiel und Sport im Karlsruher Generalbebauungsplan (1927). Karlsruhe

Stadt Karlsruhe (Hrsg.) (1991): Leben in der Fächerstadt - 275 Jahre Karlsruhe, Nr. 6, September

Stadt Karlsruhe (Hrsg.) (1999): Umweltbericht 1998. Karlsruhe

Stadt Karlsruhe Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Stadtforschung, Umweltamt (1995): Ökologische Aspekte der Stadtentwicklung, 5/1995

Stadt Karlsruhe - Amt für Stadtentwicklung (Hrsg.) (2003): Integrierte Bevölkerungsvorausrechnung für die Stadt Karlsruhe 2003-2015. Heft 14/2003:55

Stadt Karlsruhe Amt für Stadtentwicklung (Hrsg.) (2003): Wohnungsmarktnachfrage in der Wohnungsmarktregion Karlsruhe bis 2010 – Zentrale Ergebnisse des Gutachtens der empirica – Wirtschaftsforschung und Beratung GmbH, Berlin. 7/2003

Stadt Karlsruhe Amt für Stadtentwicklung (Hrsg.) (2003): Nachfrage nach Freizeit- und Sportangeboten in Karlsruhe – Ergebnisse einer Umfrage zum Sport- und Freizeitverhalten 12/2003

Stadt Karlsruhe Gartenbauamt (Hrsg.) (2005): 100 Jahre Gartenbauamt Karlsruhe 1905-2005. Karlsruhe 2005

Stadt Karlsruhe Stadtarchiv (Hrsg.) (1998): Karlsruhe - Die Stadtgeschichte. Karlsruhe, 1998

Stadt Karlsruhe Stadtplanungsamt/Gartenbauamt (1982): Hauptkonflikte Flächennutzungsplan/Landschaftsplan. April

Stephan, Johannes (1974): Die Landschaftsentwicklung des Stadtkreises Karlsruhe und seiner näheren Umgebung - Landschaftsökologische Studie. Zugl. Habilitationsschrift an der Technischen Universität München zu Weihenstephan. Bonn

Stölb, Wilhelm (2005): Waldästhetik – über Forstwirtschaft, Naturschutz und die Menschenseele. Remagen-Oberwinter

Streich, Bernd (2005): Stadtplanung in der Wissensgesellschaft – Ein Handbuch. Wiesbaden

Sukopp, Herbert u. Weiler, S. (1986): Biotopkartierung im besiedelten Bereich der Bundesrepublik Deutschland. In: Landschaft + Stadt 18 (1), S. 25-38. Zitiert in Breuste, Jürgen (2003): Schutz und Nutzung von Natur in urbanen Landschaften – Grundlagen und aktuelle Erfahrungen. In: LÖBF-Mitteilungen 01/2003

Topos, September 2002 (40)

Trier, Jost (1963): Venus - Etymologien um das Futterlaub. Köln, Graz, S. 48. Zit. in: Mantel, Kurt (1990): Wald und Forst in der Geschichte – ein Lehr- und Handbuch. Hannover, S. 34

Volk, Helmut (1992): Neue Entwicklungen bei der Walderholung in Südwestdeutschland. In:

von Grohman, Adolf (1955): Karlsruhe in den Jahren 1945-1954 – Wiederaufbau und Neubeginn einer Stadt im Nachkrieg. Karlsruhe

Wagner, Otto (1911): Die Großstadt. Wien. In: Dietmar Reinborn (1996): Städtebau im 19. Und 20. Jahrhundert, S. 68

Waldfunktionenkartierung – Allgemeine Erläuterungen. (ca. 1993) Heilbronn - Ministerium für ländlichen Raum, Ernährung , Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.)

Weidinger, Jürgen (2006): Neue Ansätze im Entwurf. In: Institut für Landschaftsarchitektur und Umweltplanung – Technische Universität Berlin (Hg.): Perspektive Landschaft. Berlin

Weiner, Edmund (1920): Wald heil! 50 Wanderungen in die nähere und weitere Umgebung von Karlsruhe, in den Schwarzwald und die Pfalz. Karlsruhe

Werner, Josef (1982): Referat zum 25-jährigen Jubiläum der Waldstadt

Werner, Josef (1994): Bauen und Wohnen – 75 Jahre Hardtwaldsiedlung Karlsruhe. Karlsruhe

Weyergraf, Bernd (Hrsg.) (1987): "Waldungen – Die Deutschen und ihr Wald", Ausstellung der Akademie der Künste. Berlin

Wiegelmann-Uhlig, Edith (2004): Thesenpapier zu den Auswirkungen des Soziodemographischen Wandels auf die kommunale und regionale Politik in Karlsruhe. Stadt Karlsruhe - Amt für Stadtentwicklung 9/2004

Willett, A. (o. J.): Aus: „Wie die Waldstadt entstand“, Vortragsmanuskript nach Aufsatz von Willett (Unterlagen Prof. Dr. Klaus Richrath)

Wittig, Rüdiger (1998): Flora und Vegetation. In: Sukopp, Herbert u. Wittig Rüdiger (Hrsg.) (1998): Stadtökologie - Ein Fachbuch für Studium und Praxis. Stuttgart, Jena, Lübeck, Ulm, S. 219-260

Zundel, Rolf (1968): Behandlung forstlicher Raumordnungsaufgaben in Baden-Württemberg. Aus: Allgemeine Forstzeitung (Wien) 8. In: Institut für Forstpolitik, Forstgeschichte und Naturschutz (Hrsg.) (2004): Zundel, Rolf: Landschaftspflege tut Not – Beiträge zur Landschaftsgestaltung und Walderhaltung 1962-2002. Remagen-Oberwinter

Zweite Bundeswaldinventur 2004. Hrsg.: Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL)

Internetquellen

Aufmkolk, Gerd (2004): Von der Landschaft und der Stadt. (Vorbereitender Bericht) [online] <<http://www.dasl.de/wordpress/wp-content/uploads/07%20Aufmkolk.pdf>> (Stand 31.01.06)

„**Bedeutung** von Freiräumen und Grünflächen für den Wert von Grundstücken und Immobilien“ (Endbericht (Kurzfassung)) (2006). Forschungsprojekt im Auftrag der GALK-DST. Juni 2006 [online] <http://www.die-gruene-stadt.de/symposium/pdf/fvh_gruen_endbericht_kurz_0606.pdf> (Stand 25.05.08)

Bericht der Arbeitsgruppe Freizeit und Erholung im Wald (2003).

[online] <http://www.umwelt-schweiz.ch/imperia/md/content/forstdirektion/wh_waldundholz/wh30_projekte/wh30_projektbersicht/wh30_wap/freizeit_erholung_sb.pdf> (Stand 12.06.2004)

Beschlussvorlage Stadt Wuppertal 2002[online] <<http://www.wuppertal.de/rathaus/onlinedienste/ris/www/pdf/00008529.pdf>> (Stand 05.06.2008)

Brämer, Rainer (2001) [online] <<http://www.staff.uni-marburg.de/~Brämer/wald.htm>> (Stand 21.02.2006)

Bundesministerium für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
[online] <<http://www.bbr.bund.de/raumordnung/stadtregionen/umland.htm>> (Stand 20.04.2004)

Dettmar, Jörg u. **Weilacher, Udo** (2003): Redebeitrag zum 1. Konvent der Baukultur. [online] <http://bundesstiftung-baukultur.de/uploads/media/Joerg_DettmarUdo_Weilacher.pdf> (Stand 14.12.2005)

Grundlagenpapier für das NWP 2003
[online] www.nwp-online.de/archiv/nfp2001/tisch-151b6.pdf (Stand 06.11.2005)

Halle – Sechs Visionen für Halle
[online] <<http://www.halle.de/index.asp?MenuID=973>> (Stand 12.06.06)

Kaltenbrunner, Robert (2005): Die Grenzen des Begriffs “Zersiedlung”
[online] <<http://www.kommunale-info.de/download/Kaltenbrunner.pdf>> (Stand 21.12.2005)

Karlsruhe – Der Karlsruher Wald in Zahlen
[online] <<http://www1.karlsruhe.de/Natur/Wald/forst2.htm#oben>> (Stand 18.01.2005)

Karlsruhe Landschaftsplanung
[online] <<http://www.karlsruhe.de/Natur/Stadtgruen/landschaftsplanung.php>> (Stand 24.07.2005)

Landesforstverwaltung Baden-Württemberg a)
[online] <<http://www.wald-online-bw.de/2wald/waldschutzgebiete/5bannwald/htm>> (Stand 26.09.2005)

Landesforstverwaltung Baden-Württemberg b)
[online] <<http://www.wald-online-bw.de/2wald/waldschutzgebiete/schonwald/htm>> (Stand 26.09.2005)

Landtag von Baden-Württemberg 23.01.2003
[online] <http://www2.landtag-bw.de/wp13/drucksachen/1000/13_1669_d.pdf> (Stand 08.11.2005)

Leipzig [online] <http://www.leipziger-osten.de/page.htm?node_id=2005033114310635155>
(Stand 14.03.07)

Lohrberg, Frank (2002): Die ökologische Stadt – eine Absurdität. Internet-Veröffentlichung. In: Landschaftsplanung.NET. Ausgabe 2002.
[online] <http://www.lapla-net.de/texte/2002/lohrberg/lohrberg_01.htm> (Stand 22.12.05)

MLR Baden-Württemberg (Ministerium für Ernährung und ländlichen Raum Baden-Württemberg)
[online] <http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/cgi/styleguide/content.pl?Artikel_ID=512>
(Stand 26.09.05)

Multifunktionale Forstwirtschaft im Karlsruher Wald a)

[online] <<http://www1.karlsruhe.de/Natur/Wald/forst4.htm> (Stand 18.01.2005)

Multifunktionale Forstwirtschaft im Karlsruher Wald b)

[online] <<http://www.karlsruhe.de/Natur/Wald/forst2.htm>> (Stand 18.01.2005)

Die Nordstadt

[online] <www1.karlsruhe.de/Stadtteile/BV-Nordstadt/Deutsch/Geschichtliches_de/Chronik_Nordstadt.pdf> (Stand 03.08.04)

Plattform Urbane Waldnutzung im Ruhrgebiet - Dokumentation der Impulstagung [online]
<http://www.lohrberg.de/pdf/050504%20Tagungsdokumentation%20kom%20neu.pdf> (Stand 18.11.2005)

Statistik Karlsruher Stadtviertel

[online] <<http://www1.karlsruhe.de/Stadtentwicklung/siska/stv/stvb0101.htm>> (Stand 12.07.05)

Statistisches Bundesamt Deutschland

[online] <<http://www.destatis.de/basis/d/umw/ugrtab7.php>> (Stand 14.12.2006)

Stadtteillumfragen

[online] <http://www1.karlsruhe.de/Stadtentwicklung/afsta/Statistik/Index.htm> (Stand 12.07.05)

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

[online] <<http://www.karlsruhe.de/Stadtentwicklung/siska/sgt/sgt16010.htm>> (Stand 06.02.2006)

Tessin, Wulf: Naturerleben in der Großstadt – welche Natur will die Bevölkerung?

[online] <http://www.comm-care.ch/naturundwirtschaft/pdf/Referat_Tessin.pdf> (Stand 21.04.06)

Thore, C. (2005): Welche ökonomischen Perspektiven hat die Forstwirtschaft in Deutschland?

[online] <www.ffu.uni-freiburg.de/fobawi/winterkolloquium/material/praesentation_thoroe_05.pdf> (Stand 02.03.07)

Waldstadt Homepage

[online] <<http://www.ka-waldstadt.de>> (Stand 04.02.05)

Zeitungsquellen (Auswahl):

B.N.N. 18.02.1949 „Das Wohnungsbauprojekt am Waldring“ StadtAK 1/TBA 27

Amtsblatt für den
Stadtkreis Karlsruhe
02.02.1950 „Friedrichsplatz und Hardtwaldbebauung“ StadtAK 1/H-Reg. 8610

B.A.Z. 06./07.06.1953 „Sünden der Väter werden hier eingebüßt“

B.N.N. 03.08.1954 „Läßt sich die Grenze des Hardtwaldes halten?“

B.N.N. 01.09.1954 „Bauen im Norden, Aufforsten im Südwesten“

B.N.N. 28.10.1954 „OB Klotz: Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren“

B.N.N. 13.11.1954	„Die Fesseln sprengen - aber wie?“
B.N.N. 26.11.1956	„Hardtwald, ein Stück unserer Heimat“
B.N.N. 07.12.1956	„Die Forstdirektion und das Hardtwaldproblem“
B.N.N. 12.12.1956	„Rückläufigkeit der TH muß verhindert werden“
B.N.N. 19.12.1956	„Der Gemeinderat besichtigte den Hardtwald“
B.V.Z. 06.02.1957	„‘Baulücke‘ Hardtwald-Zwickel wird geschlossen“
B.N.N. 02.06.1957	„‘Hardtwaldzwickel‘ wird nun doch bebaut!“
B.N.N. 19.12.1959	„Die ‚Fridericana‘ erhält ein neues Zentrum“
D.T. 10.04.1961	„Karlsruher Waldfläche umfaßt 31 Prozent der Stadt-Gemarkung“
B.N.N. 22. 08.1962	„Hoch- oder Flachbau auf dem Durlacher Bergwald?“
B.N.N. 28.03.1963	„Hochbauten auf dem Bergwald“
B.V.Z. 04.04.1963	„Keine Hochhäuser auf dem Bergwald“
B.N.N. 20.04.1963	„Bleibt es bei Hochhäusern auf der Kuppe des Bergwaldes?“
B.N.N. 06.07.1965	„Seit Kriegsende 1240 Hektar Wald geopfert“
B.N.N. 29.03.1967	„Unser Wohlbefinden hängt von Waldbäumen ab“
B.N.N. 09.05.1967	„Naturschutz und Paragraphen“
B.N.N. 09.02.1980	„Der Hardtwald büßte in 30 Jahren ein Drittel seiner Fläche ein“
Karlsruher Rundschau 11.5.1983	„Der Wald stirbt bald“
B.N.N. 17.09.1983	„Vor 500 Jahren begann der Siegeszug der Kiefer in der Hardt wieder“
B.N.N. 26.05.1995	„Weniger mit dem Spaten ist oft mehr – Natürliche Verjüngung hat Vorrang“

Sonstige Quellen (Auswahl)

Aktennotiz 20.10.1950. StadtAK 1/H-Reg 8610

Aktennotiz 17.3.1952. StadtAK 1/H-Reg. 3246

Anhang von Stadtbaudirektor Karl Pflästerer im Brief an F. Gardner 28.4.1952. StadtAK 1/H-Reg. 3246

Antrag an den Gemeinderat 7.2.1962. StadtAK 1/H-Reg 7383

Ausstockungsantrag 22.3.1961. StadtAK 1/H-Reg. 7383

Beschluss 5.6.1950. StadtAK 1/H-Reg. 3246

Brief der Stadt an die Forstdirektion Nordbaden Karlsruhe 08.03.1957. StadtAK 1/H-Reg 8610

Brief der Stadt Karlsruhe an die städt. Forstverwaltung vom 27.8.1964. StadtAK 1/H-Reg. 8610

Brief des Tiefbauamts Karlsruhe an den Stadtrat, 12.05.1919. Quelle: StadtAK 1/H-Reg./6 1464

Brief eines Bürgers 16.02.1950. StadtAK 1/H-Reg 8610

Brief von Albert Braun an den Oberbürgermeister vom 10.4. 1919. StadtAK 1/H-Reg./6 1464

Gemeinderatsprotokoll 20.7.1954, S. 519, StadtAK

Gemeinderatsprotokoll 18.8.1954, S. 619, StadtAK

Gemeinderatsvorlage vom 28.11.1956, StadtAK 1/H-Reg. 8079

Gemeinderatsvorlage vom 15.01.1957, StadtAK 1/H-Reg. 8079

Gemeinderatsvorlage vom 25.4.1957, S. 245. StadtAK

Gemeinderatsvorlage 17.2.1960, S. 185. StadtAK

Gemeinderatsvorlage 19.7.1960, S. 661. StadtAK

Niederschrift über Verhandlungen der Stadt mit der höheren Forstbehörde 24.10.1949. StadtAK 1/H-Reg. 8610

Niederschrift über die Verhandlung des städtischen Tiefbauamts - Grundstücksverkehr und Siedlungswesen mit der höheren Forstbehörde, 19.10.1949. StadtAK 1/H-Reg. 8610

Offenlage 14.12.1966. StadtAK 1/H-Reg. 7384

Offenlage 21.12.1966. StadtAK 1/H-Reg. 7384

Protokoll der Sitzung vom 19.12.1954, S. 2. StadtAK 1/H-Reg. 3246

Schreiben der Forstdirektion Nordbaden an die Stadt vom 30.9.1957. StadtAK 1/H-Reg. 8610

Gesprächsverzeichnis

Martin 27.04.2005 – persönliches Treffen mit Herrn Egon Martin, dem ehemaligen Stadtplanungsamtschef Karlsruhe (1972-1994)

Kienzler 29.05.06 – persönliches Treffen mit Herrn Ulrich Kienzler, dem Forstamtsleiter des Staatlichen Forstamtes Karlsruhe

Mürb 20.04.05 - persönliches Treffen mit Robert Mürb, ehemaligem Gartenbauamtsleiter von Karlsruhe

Obwohl sich heute die Verhältnisse und die Ansprüche an den stadtnahen Wald tiefgreifend verändert haben, werden sie in der Öffentlichkeit kaum diskutiert. Im Hinblick auf die räumlichen Veränderungen, aus denen neue Siedlungsformen und Bevölkerungsumverteilungen resultieren, und angesichts neuer gesellschaftlicher Ansprüche an stadtnahe Grünräume kommt den stadtnahen Wäldern eine veränderte Rolle zu. Unter gestalterischen, baulich-räumlichen und planerischen Gesichtspunkten wird in dieser Arbeit anhand der Stadtentwicklung Karlsruhe nachgegangen, welcher konzeptionelle Stellenwert in Leitplänen und in der realen Planung stadtnahen Wäldern in der Vergangenheit bis zur Gegenwart zugemessen wurde.

Schwerpunkt dieser Arbeit liegt in der Fragestellung, wie die Stadtplanung in der Vergangenheit mit stadtnahen Wäldern umgegangen ist und wie sich die Ergebnisse dieses Umgangs darstellen. Mit Hilfe einer Untersuchung der historischen Entwicklung des planerischen Umgangs mit dem stadtnahen Wald und des Verhältnisses von Stadt und Wald am Beispiel der Stadt Karlsruhe werden heutige planerische Umgangsweisen in den geschichtlichen Kontext eingebettet, um somit eine mögliche Entwicklungslinie aufzuzeigen.

